



# Verfassungsschutzbericht

des Landes Nordrhein-Westfalen  
über das Jahr 2025

[www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)







## VORWORT



### Herbert Reul

Minister des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz geht neue Wege. Das sieht man nicht nur am veränderten Design des Verfassungsschutzbericht, den Sie in den Händen halten. Das sieht man auch an der Online-Offensive „Auf dem Radar“, mit der Information und Aufklärung nun stärker, konsequenter und dauerhaft im Internet stattfindet. Für die Arbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein Westfalen ist das ein Paradigmenwechsel. Mit „Auf dem Radar“ wollen wir verdeutlichen, wie antidemokratische Propaganda funktioniert und wie man sie erkennt. Wir stechen in die digitalen Blasen, in denen radikalisiert wird. Mit Videos, Podcasts und Unterrichtsmodulen für Schulen setzen wir Hass und Hetze eine breit angelegte Sensibilisierung entgegen.

Junge Köpfe sind die Währung für Extremisten aller Art. Sie nutzen Social Media, Messengerdienste und Online-Spiele, um ihre Ideologien zu verbreiten. Mit modernem Design, Lifestyle-Angeboten und subtiler Ansprache versuchen sie, junge Menschen zu ködern. Das sehen wir im Rechtsextremismus, wo sich weiter Gruppierungen wie „Active Clubs“ formieren, ebenso wie im Linksextremismus, wo Gewalt gegen Polizei und Infrastruktur zunimmt, und im Islamismus, der internationale Konflikte nutzt, um in Deutschland zu spalten. Erstmals rückt dieser Bericht in einem eigenen Kapitel auch das Thema Künstliche Intelligenz in den Fokus.

Mit Deepfakes werden Grenzen verschoben, die einst unvorstellbar waren, und unsere Demokratie auf die Probe gestellt.

Unsere Demokratie steht unter Druck wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Extremismus, Hass, Hetze und gezielte Desinformation: Was lange entfernt schien, ist längst Teil unseres Alltags. Politisch motivierte Straftaten nehmen zu, werden härter und aggressiver. Selbst Wahlen, das Herzstück unserer Demokratie, werden zunehmend zum Anlass für Angriffe, Einschüchterungen und Sachbeschädigungen. Konflikte, die anderswo in der Welt schwelen, lodern auch hier auf. So hinterlassen der Nahostkonflikt, die Lage in Syrien und im Iran sowie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Spuren in Nordrhein Westfalen. Die Bedrohung für unser Zusammenleben ist kein theoretisches Schreckgespenst der Sicherheitsbehörden. Sie ist Realität auf unseren Straßen, im Netz und in den Köpfen.

In solchen Zeiten zeigt sich, wie resilient eine Demokratie wirklich ist. Der Rechtsstaat darf nicht die Augen verschließen, sondern muss sich wehren. Das muss er klug, entschlossen und im Rahmen seiner Gesetze machen. Mit dem neuen Verfassungsschutzgesetz, das im April 2026 in Kraft getreten ist, geben wir unserem Verfassungsschutz die Mittel, die er dafür braucht. Damit kann er Gefahren früher erkennen, extremistisches Treiben schneller einordnen und Spionage ausländischer Nachrichtendienste gezielter bekämpfen - und das besonders dort, wo heute vieles beginnt, was unserer freiheitlichen Ordnung gefährlich werden kann. Klar ist aber auch, dass jede Maßnahme an Recht, Kontrolle und Verhältnismäßigkeit gebunden ist. Sicherheit gibt es nur mit Freiheit, nie gegen sie.

Nach dem schrecklichen Anschlag von Solingen hat die Landesregierung ein umfangreiches Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. Dazu gehörten weitere Maßnahmen gegen Islamismus, unter anderem Investitionen in Prävention. Das neue Serious Game „Wer ist Bilal?“ zeigt, wie schleichend und vermeintlich harmlos islamistische Anwerbung im digitalen Raum abläuft und wie man sich dagegen wehren kann. Mit dem Handy-Spiel wollen wir Jugendliche frühzeitig sensibilisieren und stärken, bevor extremistische Menschenfänger sie erreichen.

Neben Extremismus bleiben Spionage, Sabotage und Desinformation ernste Gefahren. Russland, China und Iran betreiben weiterhin intensive Ausforschung gegen Deutschland und Nordrhein Westfalen. Sie zielen auf unsere Wirtschaft, unsere Wissenschaft und unsere politischen Entscheidungsprozesse. Mit Cyberangriffen und Desinformationskampagnen versuchen sie, Vertrauen zu untergraben und Einfluss zu gewinnen. Auch das ist keine ferne Bedrohung, sondern betrifft uns konkret, in unseren Betrieben, Laboren und Verwaltungen.

Der Verfassungsschutzbericht zeigt die ganze Breite dieser Herausforderungen. Er beschreibt, wo Extremisten und feindliche Dienste unsere freie Gesellschaft attackieren und wie wir sie schützen. Aber er soll nicht nur informieren. Er soll wachrütteln. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Hass und Hetze den Ton bestimmen. Unsere Demokratie ist nicht wehrlos. Sie braucht Menschen, die sie verteidigen.

Mein Dank gilt all denjenigen, die jeden Tag dazu beitragen, dass wir in Sicherheit leben können: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes. Sie sind das Rückgrat einer Demokratie, die sich schützt und nicht aufgibt. Um dieses Rückgrat zu stützen brauchen wir wache und informierte Bürgerinnen und Bürger.



Herbert Reul  
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen



# INHALT

●	VORWORT	4
●	GRUNDLAGEN UND ZIELE DES VERFASSUNGSSCHUTZES	12
●	KOMPAKT	24
●	EXTREMISMUS IN ZAHLEN	32
	Personenpotenziale	34
	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)	36
	PMK- rechts	44
	PMK- links	48
	PMK- ausländische ideologie	52
	PMK- religiöse ideologie	56
	PMK- Sonstige zuordnung	58
●	SONDERTHEMA: KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND VERFASSUNGSSCHUTZ: HERAUSFORDERUNGEN IM DIGITALEN ZEITALTER	60
●	ANTISEMITISMUS	74
●	RECHTSEXTREMISMUS	88
	Zusammenfassung	90
	Im Fokus: Jugend und Rechtsextremismus	94
	Die Heimat	98
	Rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD)	106
	Der III. Weg	112

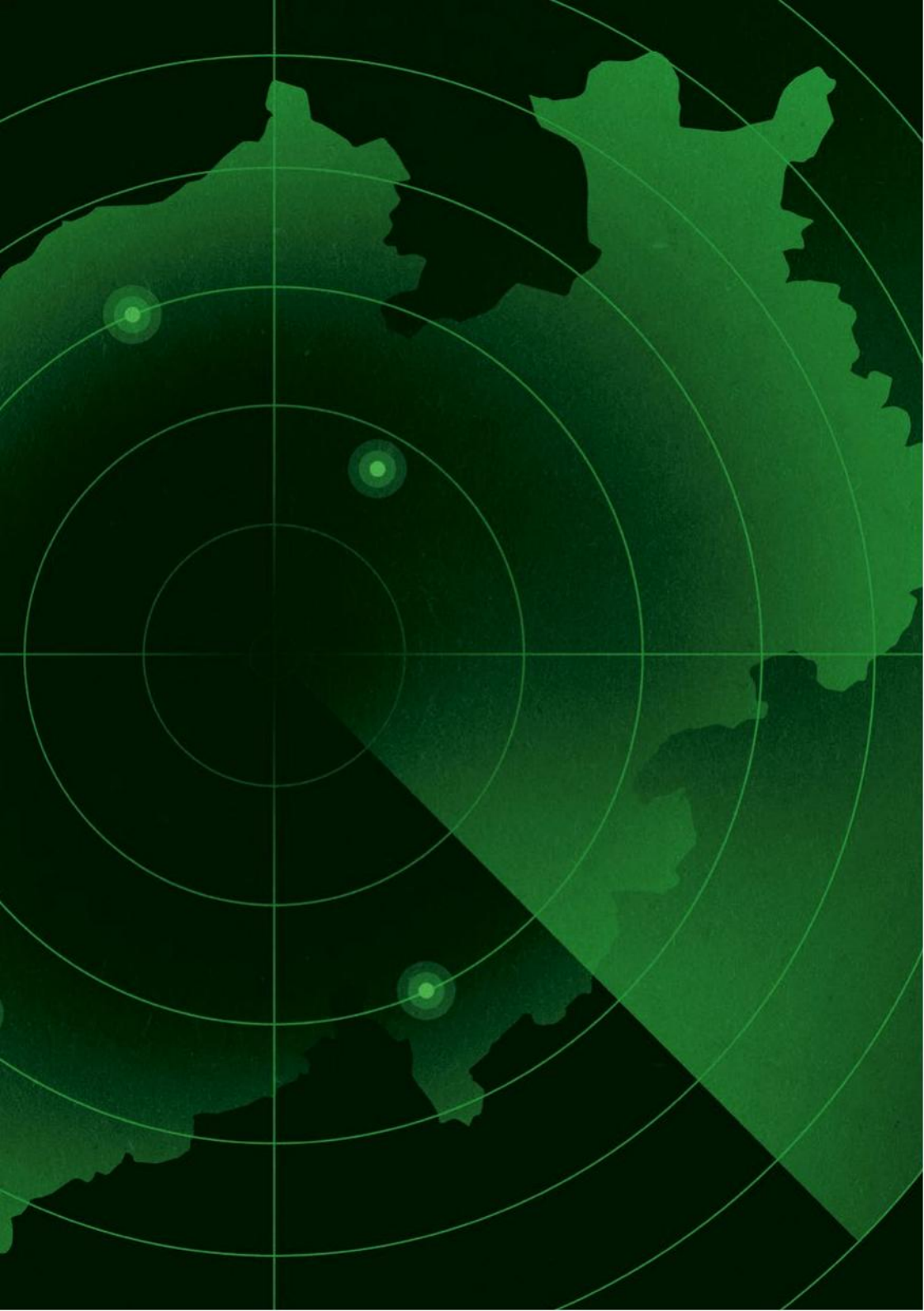
Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD) und Nachfolgestrukturen	118
Neonazis	122
Subkulturell geprägter Rechtsextremismus	128
Rechtsextremistische Zeitschriften	134
Rechtsterrorismus	136
Rechtsextremismus im Internet	140
● REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER	142
● LINKSEXTREMISMUS	150
Zusammenfassung	152
Im Fokus: Antimilitarismus am Beispiel des „Rheinmetall entwaffnen“-Camps 2025 in Köln	156
Linksextremismus in Parteien und deren Umfeld	162
Kommunistische Jugend- und Kadergruppen	170
Autonome Linksextremisten	176
● AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS	188
Zusammenfassung	190
Im Fokus: Die Instrumentalisierung propalästinensischer Solidarität durch extremistische Kräfte	192
Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	196
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front (Devrimci Halk KurtulusPartisi-Cephesi – DHKP-C)	202
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen	206
● ISLAMISMUS	214
Zusammenfassung	216
Im Fokus: Hanna Hansen: Eine salafistische Influencerin als Ausnahmeerscheinung	220
Extremistischer Salafismus	228
HAMAS	240
Hizb Allah (Partei Gottes) und schiitischer Islamismus	246

	Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)	252
	Muslimbruderschaft	
	(unter anderem Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG)	256
	Furkan-Bewegung	262
●	SPIONAGEABWEHR, CYBERABWEHR UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ	266
	Zusammenfassung	268
	Im Fokus: Low-Level-Agenten	272
	Spionage, Proliferation und sicherheitsgefährdende	
	Aktivitäten für fremde Mächte	286
	Cyberangriffe durch ausländische Staaten	310
	Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft	324
●	PRÄVENTIONSARBEIT UND AUSSTEIGERPROGRAMME	330
	Zusammenfassung	332
	Im Fokus: Minderjährige als Klientel der Aussteigerprogramme	334
	Aufklärung und Information der Öffentlichkeit	342
	Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wissenschaft und Praxis	352
	Umgang mit frühen Formen der Radikalisierung	358
	Extremistische Vergangenheit zurücklassen -	
	Aussteigerprogramme NRW	366
●	INDEX	372



# GRUNDLAGEN UND ZIELE DES VERFASSUNGSSCHUTZES







# GRUNDLAGEN UND ZIELE DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem vor Gefahren für die Demokratie, die von politischem oder religiösem Extremismus, Terrorismus und Spionage ausgehen. Dabei hat er sowohl die reale als auch die digitale Welt im Blick.

## **Über den Verfassungsschutz**

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung innerhalb des Ministeriums nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren, wobei das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene übernimmt.

Der NRW-Verfassungsschutz verfügte im Jahr 2025 über einen Haushalt von rund 24 Millionen Euro, das sind 5,3 Millionen mehr als im Vorjahr. Davon waren rund 10 Millionen Euro für die Prävention vorgesehen. Zudem waren ihm für das Berichtsjahr 610 Stellen zugewiesen.

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich festgelegt. Ein Ermessenspielraum, welche verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu beobachten sind, besteht nicht. Der öffentlichen Berichterstattung des Verfassungsschutzes über von ihm beobachtete Organisationen und Strukturen geht hingegen eine Ermessensentscheidung zur Art und Weise der Information der Öffentlichkeit voraus. Eine Berichterstattung ist zudem erst dann zulässig, wenn hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder Tätigkeiten bestehen, ein öffentliches Interesse an der Bekanntheit besteht und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.

Eine zentrale Veröffentlichung ist der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2025. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen gibt es online unter [www.im.nrw/verfassungsschutz](http://www.im.nrw/verfassungsschutz).

## **Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes**

Im November 2025 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen ein neues Verfassungsschutzgesetz (VSG NRW) verabschiedet. Dieses löst einen im Kern 30 Jahre alten Vorgänger mit einem modernen Gesetz ab, angepasst an zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung und ergänzt um neue Befugnisse auf der Höhe der Zeit. Auch die Kontrolle des Verfassungsschutzes wurde verstärkt. Das neue Gesetz wird am 1. April 2026 in Kraft treten.

Nach Paragraph 3 Absatz 1 des geltenden und des künftigen VSG NRW hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht,
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

## Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: **Partei X**, *Partei Y*

Bei „Bestrebungen“ handelt es sich gemäß Paragraph 3 Absatz 5 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in Paragraph 3 Absatz 1 VSG NRW genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ besteht aus mehreren Personen, die gemeinsam handeln. Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes ist die Beobachtung von Personenzusammenschlüssen (Organisationen). Daneben ist aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen zulässig. Beides setzt jeweils mindestens einen Extremismusverdacht voraus.

### **Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese bildet den Kern des Grundgesetzes (GG), der gemäß Artikel 79 Absatz 3 GG gegen jede Veränderung geschützt ist. Paragraph 3 Absatz 6 VSG NRW zählt hierzu im Einzelnen folgende Grundsätze:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.


### **Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung**

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern, herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (Paragraph 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (Paragraph 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks-)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

### **Arbeitsweise des Verfassungsschutzes**

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf frei verfügbare Informationen wie Veröffentlichungen im Internet und in den sozialen Medien sowie aus Zeitungen, Radio- und Fernsehberichten. Dazu gehören



unter anderem wissenschaftliche Beiträge, Interviews und zum Beispiel Parteiprogramme. Die Verfassungsschützer gehen dabei auf gezielte Spurensuche in Print- und Onlinemedien, den sozialen Netzwerken und sonstigen offenen Plattformen.

Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten jedoch gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesprochen. Auch darüber benötigt der Verfassungsschutz verlässliche Informationen, damit er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinem Auftrag zur Information von Politik und Öffentlichkeit erfüllen kann. Nicht nur Extremistinnen und Extremisten, sondern auch fremde Nachrichtendienste arbeiten konspirativ. Deshalb kann zur Aufklärung der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel notwendig sein. Dabei werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben insbesondere Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs.

Als Frühwarnsystem hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, frühzeitig mögliche verfassungsfeindliche Bestrebungen zu identifizieren, deren Ursachen zu analysieren, Entwicklungen zu prognostizieren und Politik, Verwaltung und Gesellschaft darüber zu informieren. Die Aufgabe des Verfassungsschutzes erschöpft sich insoweit nicht in der Sammlung und Auswertung von Informationen als Selbstzweck, sondern ist erst mit der Weitergabe analytisch aufbereiteter Erkenntnisse erfüllt.

Außerdem übermittelt der Verfassungsschutz, dem selbst keine Zwangsbefugnisse für Durchsuchungen oder Festnahmen zustehen, seine Erkenntnisse im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten an Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften, um diesen die notwendigen exekutiven Maßnahmen zu ermöglichen oder dabei zu unterstützen. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes fließen auch in viele andere Verfahren ein, beispielsweise Verbotsverfahren nach dem Vereinsgesetz oder bei Parteiverboten.



Der Verfassungsschutz wirkt außerdem daran mit, drohenden politischen und wirtschaftlichen Schaden durch illegitime oder illegale Aktivitäten fremder Mächte in Deutschland zu verhindern. Dabei setzt der Verfassungsschutz auf eine Dreifachstrategie aus Früherkennung, Frühwarnung und Prävention.

Der Verfassungsschutz unterstützt andere Behörden bei der rechtzeitigen Erkennung von Gefahren, die im Einzelfall aus extremistischen Bestrebungen oder den Aktivitäten fremder Mächte erwachsen.

Durch Präventionsarbeit, konkret durch Aufklärung der Öffentlichkeit, schafft der Verfassungsschutz ein Bewusstsein für die Gefahren des Extremismus und stärkt damit die Demokratie von innen heraus. Hinzu kommen mit Spurwechsel im Rechtsextremismus, API im Islamismus und Left im Links- und auslandsbezogenen Extremismus drei Aussteigerprogramme sowie das Präventionsprogramm „Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus“, das ein Abdriften in die islamistische Szene verhindern soll - seit über einem Jahr auch mit einem Chat.


Der Verfassungsschutz sensibilisiert zudem die Wirtschaft vor den Gefahren durch Spionage, Sabotage und Cyberangriffe, um so entsprechende Eigenschutzmechanismen zu aktivieren.

Daneben klärt der Verfassungsschutz online mit Web-Angeboten, in den sozialen Medien sowie mit Veranstaltungen und auf Messen über die einzelnen Extremismusbereiche auf. Denn eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit trägt wesentlich dazu bei, die Gesellschaft vor extremistischen Bestrebungen zu schützen.

### **Kontrolle des Verfassungsschutzes**

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind im VSG NRW definiert. Zugleich ist dort geregelt, durch wen und wie ihr Handeln kontrolliert wird, denn eine rechtliche und politische Kontrolle der Verwaltung sind konstitutive Merkmale des Rechtsstaates.

Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder sei-



nen Ausschüssen beraten werden können, gibt es für die Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Der Landtag Nordrhein-Westfalen wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder des PKG aus seiner Mitte. Das PKG überwacht umfassend die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Für die Kontrolle der Telekommunikations- und Postüberwachungs- sowie Finanzaufsichtsmaßnahmen des Verfassungsschutzes bestellt das PKG in jeder Legislaturperiode die sogenannte G 10-Kommission. Diese ist für die Genehmigung der genannten Maßnahmen zuständig. Zukünftig wird es - neben der G 10-Kommission - für die Genehmigung weiterer nachrichtendienstlicher Mittel eine externe Vorabkontrolle geben. Diese wird insbesondere den Einsatz menschlicher Quellen sowie längerfristige Observationen betreffen und durch die Richterinnen und Richter am Amtsgericht Düsseldorf ausgeübt werden.

### **Mitwirkung**

Im Rahmen der gesetzlichen Mitwirkungsaufgaben steuert der Verfassungsschutz als Sicherheitsbehörde auf Anfrage bereits vorhandene oder aus Anlass des Mitwirkungsersuchens gewonnene Erkenntnisse in Sachentscheidungsprozesse anderer Behörden ein. Auf diese Weise trägt der Verfassungsschutz beispielsweise dazu bei, dass extremistischen Personen waffenrechtliche Erlaubnisse durch die Waffenbehörden versagt oder wieder entzogen werden können.

Wesentliche Mitwirkungsaufgaben sind

- die Beteiligung bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen (beispielsweise im Bereich des Waffen-, Jagd-, Sprengstoff- und Luftsicherheitsrechts), bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und der Entscheidung über Einbürgerungsanträge sowie bei Akkreditierungen für sicherheitsrelevante Großveranstaltungen,
- die Beteiligung bei Sicherheitsüberprüfungen auf Grundlage des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes NRW im Interesse des Geheim- oder Sabotageschutzes,
- die Durchführung von Beratungen zu technischen Sicherungsmaßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen und zur Verschlusssachenanweisung NRW (VSA NRW).



Wie in den Vorjahren erfolgten die meisten Anfragen im Jahr 2025 im Zusammenhang mit Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren sowie waffenrechtlichen Erlaubnissen. Insgesamt war im Berichtsjahr erneut eine Zunahme der Anfragen im Bereich der Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Beteiligungsaufgaben zu beobachten. Genauso nahm die Zahl der Anträge auf Sicherheitsüberprüfungen zum Zwecke des personellen Geheim- oder Sabotageschutzes zu.

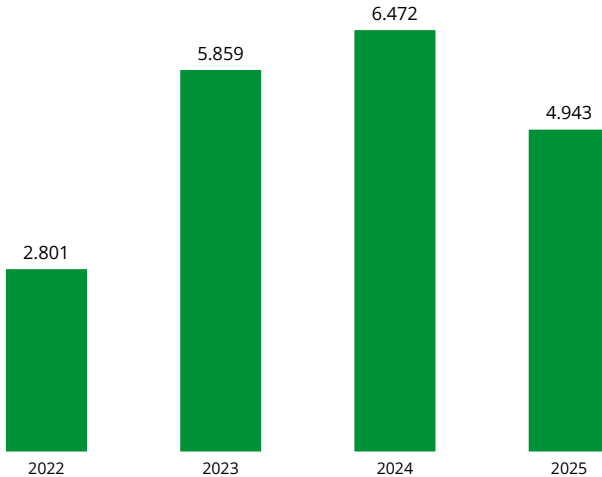
	2022	2023	2024	2025
Jagd- und Waffengesetz	188.571	317.341	199.301	198.904
<b>Aufenthalt</b>	<b>181.717</b>	<b>225.128</b>	<b>221.258</b>	<b>164.306</b>
Einbürgerung	74.983	90.569	121.396	142.448
<b>Luftsicherheit</b>	<b>35.022</b>	<b>66.358</b>	<b>46.137</b>	<b>29.137</b>
Sicherheit im Strafvollzug	17.007	18.646	18.948	22.374
<b>Bewachungsgewerbe</b>	<b>16.064</b>	<b>15.623</b>	<b>17.978</b>	<b>21.574</b>
Akkreditierung	10.834	21.021	18.098	17.342
<b>Bewerbungen Polizeidienst</b>	<b>3.843</b>	<b>37.351</b>	<b>9.762</b>	<b>9.525</b>
Sprengstoffgesetz	3.727	4.046	3.594	3.406
<b>Atomgesetz</b>	<b>927</b>	<b>1.712</b>	<b>1.929</b>	<b>2.094</b>
Hafensicherheit	46	75	61	28

Anzahl der Anfragen nach Verfahren im Jahresvergleich

Durch konsequent digitalisierte Prozesse gelingt es, Anfragen nach dem Waffengesetz und Luftsicherheitsgesetz bei Personen, zu denen keine Verfassungsschutz-erkenntnisse vorliegen, regelmäßig innerhalb weniger Tage zu beantworten und somit eine zügige Weiterbearbeitung zu ermöglichen.

## Personeller Geheim und Sabotageschutz

Der Verfassungsschutz ist mitwirkende Behörde bei der Sicherheitsüberprüfung. Kommt er bei der Prüfung des Einzelfalls zum Ergebnis, dass ein Sicherheitsrisiko vorliegt, teilt er dies unter Darlegung der Gründe der zuständigen Behörde mit, die



Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz NRW

eine abschließende Entscheidung trifft.

Die angespannte Sicherheitslage und die hiermit auch verbundenen intensivierten Aktivitäten fremder Nachrichtendienste gegen Personen und Einrichtungen in Deutschland führen zu entsprechend aktualisierten Bewertungen von Sicherheitsrisiken im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen.

Das zum Teil aggressive Vorgehen der russischen Nachrichtendienste bei Spionage und Sabotage sowie die gestiegene Gefahr willkürlicher Inhaftierungen oder anderer freiheitsbeschränkender Maßnahmen bei Reisen nach Russland oder Weißrussland erforderten verschärfte Reise- und Sicherheitshinweise für sicherheitsempfindlich eingesetztes Personal. Die Zunahme der in den Behörden des Landes und der Kommunen als Verschlussachen einzustufenden Informationen sowie die Ausweitung sicherheitsempfindlicher Tätigkeiten führten zu einer erheblichen Zunahme der Zahl der Sicherheitsüberprüfungen.

## Personeller Geheim- und Sabotageschutz

Um Sicherheitsrisiken bei Personen auszuschließen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben, wird eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Es gibt insgesamt drei Stufen. Die jeweils erforderlichen Maßnahmen richten sich nach der Überprüfungshöhe. Welche Stufe der Sicherheitsüberprüfung erforderlich ist, ergibt sich aus der konkreten sicherheitsempfindlichen Tätigkeit.

## Materieller Geheimerschutz

Die Handhabung von Verschlusssachen wird in der Verschlusssachenweisung des Landes geregelt. Der Verfassungsschutz berät als mitwirkende Behörde die nordrhein-westfälischen Behörden zum Umgang mit Verschlusssachen, zu technischen Sicherungsmaßnahmen oder zu Fragen im Umgang mit der Verschlusssachenanweisung. Besonderer Beratungs- und Informationsbedarf bestand im Berichtszeitraum im kommunalen Bereich.

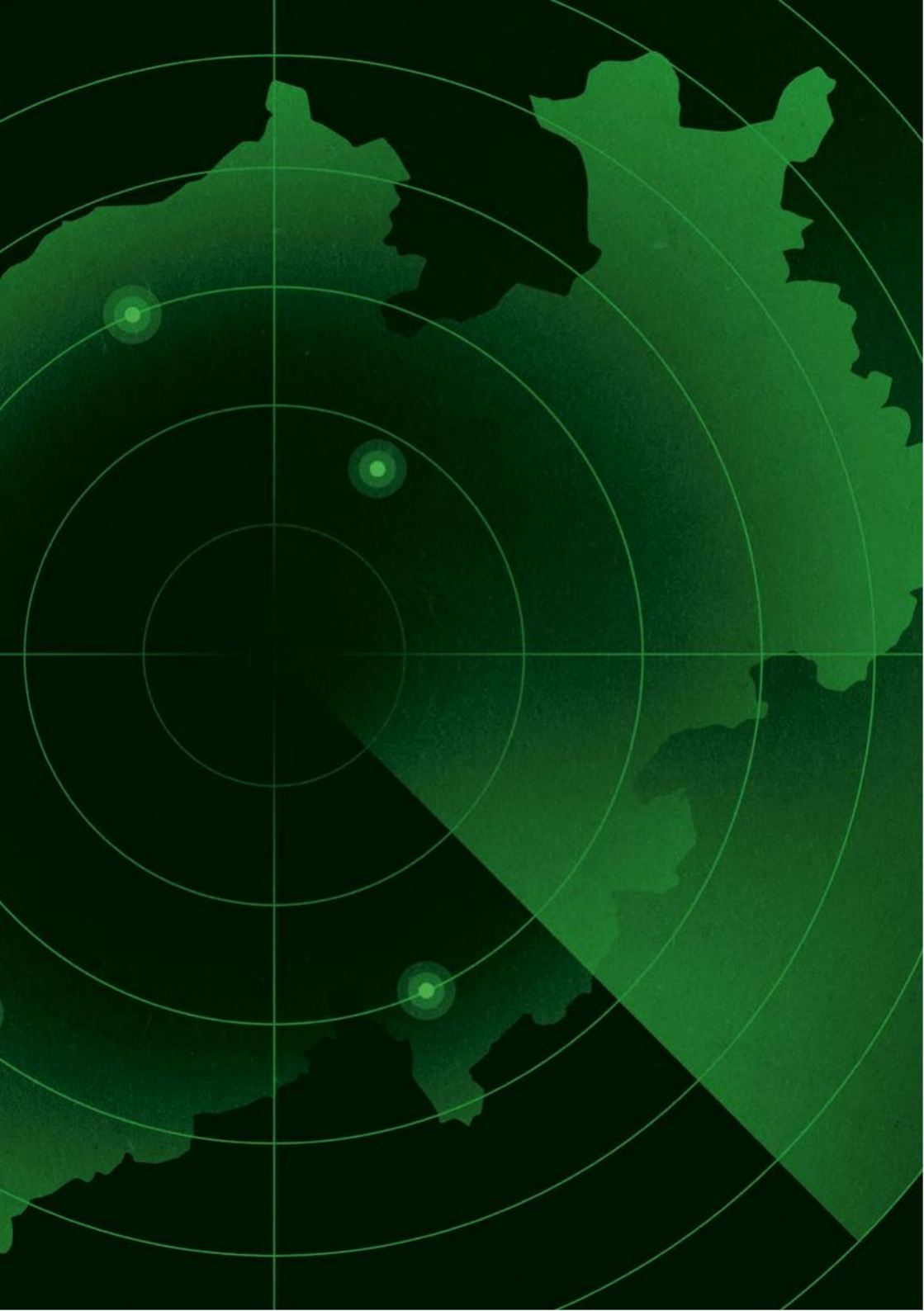
## Materieller Geheimerschutz

Unter materiellem Geheimerschutz sind alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu verstehen, die zum Schutz von Verschlusssachen (im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen) nötig sind. Verschlusssachen werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit in die Geheimhaltungsgrade VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, VS-VERTRAULICH, GEHEIM und STRENG GEHEIM eingestuft.

Um den Schutz von Verschlusssachen sicherzustellen, müssen die Maßnahmen des personellen Geheimenschutzes und des materiellen Geheimenschutzes eng aufeinander abgestimmt sein.

# KOMPAKT





## Rechtsextremismus

- Die Remigrationskampagne, als modernisierte Form der fremdenfeindlichen Forderung „Ausländer raus“, wird weiterhin von der gesamten rechtsextremistischen Szene getragen.
- Der digitalisierte Rechtsextremismus verschafft der Propaganda eine hohe Reichweite und befördert Radikalisierungsprozesse bei jungen Menschen. Dabei setzt die Szene zunehmend auf KI. Während die Digitalisierung zu flüchtigen, virtuellen Gruppierungen im Rechtsextremismus führt, münden diese kurzfristigen Mobilisierungen zunehmend in einer Annäherung an die erstarkte **Heimatjugend** als zentralem Ankerpunkt der Neonaziszene.
- Die Organisationsstrukturen - getrieben durch die Digitalisierung - „verflüssigen“ sich immer mehr, weswegen der Rechtsextremismus sich zunehmend zu einem Netzwerk von Netzwerken entwickelt. Dies erleichtert es, gesellschaftlichen Anschluss zu finden, insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene.

## EREIGNISSE IM BERICHTSZEITRAUM

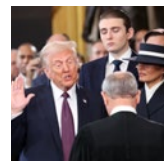
### 15. Januar

Israel und die HAMAS vereinbaren Waffenruhe und Freilassung von Geiseln

2025

### 20. Januar

Vereidigung Donald Trumps als US-Präsident





## Linksextremismus

- Das Jahr 2025 zeigt im Bereich der **Autonomen** einen zunehmend aktionsorientierten Trend in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Themenfeldern Antifaschismus und Antimilitarismus.
- Im Themenfeld „Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur“ wurden im Berichtszeitraum in Nordrhein-Westfalen mehrere Sabotagehandlungen mit zum Teil erheblichen Schadenssummen und massiven Auswirkungen auf die Öffentlichkeit verübt.
- Die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen (KJKG)** gewannen im Jahr 2025 an Bedeutung und haben sich zu einem wesentlichen Teil der Szene entwickelt. Es gelang ihnen weiterhin, besonders junge Menschen anzusprechen und zu mobilisieren.

## Auslandsbezogener Extremismus

- Beobachtungsobjekte, die einen Bezug zur Türkei haben, bilden nach wie vor einen Schwerpunkt im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus.
- Das Label „Palästina Solidarität“ wird zweckentfremdet und von Akteuren aus dem säkularen extremistischen propalästinensischen Bereich für die eigene Sache instrumentalisiert.

### 13. Februar

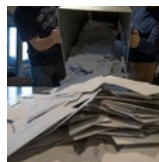
Auto fährt in Menschenansammlung in München – mehrere Verletzte

### 01. März

PKK verkündet Waffenruhe mit der Türkei

### 23. Februar

Bundestagswahl



- Einzelne Protagonisten der **freien Ülkücü-Szene** verfügen in sozialen Medien über eine enorme Reichweite und inszenieren sich als Sprecher der türkischstämmigen und türkischen Community in NRW.

## Islamismus

- Zwei der fünf jihadistisch motivierten Angriffe in Deutschland in 2025 wurden in Nordrhein-Westfalen verübt - die Anschläge vom 18. Mai 2025 auf eine Gruppe vor einer Bar in Bielefeld und vom 5. September 2025 auf eine Lehrerin und einen Passanten in Essen.
- Es mehren sich die Hinweise, dass Akteure innerhalb der **HAMAS** Deutschland nicht mehr länger nur als Rückzugsraum, sondern zunehmend auch als Operationsraum betrachten könnten.
- Im Hinblick auf salafistische Missionierungstätigkeiten Da'wa war vor allem die Gruppierung **Nur al-Ilm** besonders präsent - online und mit Informationsständen auf Straßen und in Fußgängerzonen.

### 6. Mai

Friedrich Merz wird im zweiten Wahlgang zum Kanzler gewählt



2025

### 13. Juni

Start Zwölf-Tage-Krieg zwischen Iran und Israel

## Spionageabwehr, Cyberabwehr und Wirtschaftsschutz

- Vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklungen und Konfliktlagen ist die von ausländischen Mächten ausgehende Bedrohung für Deutschland, seine demokratischen Werte und staatlichen Interessen auf einem Höchststand seit dem Ende des zweiten Weltkrieges.
- Die Qualität und Quantität der von Russland ausgehenden hybriden Angriffe auf Deutschland und Europa haben sich weiter erhöht. Ein aktuelles Mittel ist dabei der Einsatz sogenannter Low-Level-Agenten.
- Cyberangriffe durch staatlich gesteuerte Akteure zielen insbesondere auf Politik, kritische Infrastrukturen sowie die Rüstungs- und Verteidigungsbranche.
- Ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsschutzes lag folgerichtig auf diesen Bereichen.

## Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

- Die Zahl der radikalisierten Minderjährigen ist weiterhin hoch. Dies wirkt sich auf alle Präventionsebenen aus, die auf eine hohe Nachfrage nach zielgruppenspezifischen Aufklärungsangeboten auch für ein jüngeres Publikum reagieren müssen.

### 10. September

Rechter Aktivist Charlie Kirk wird durch Schussangriff getötet

### 16. September

Messerangreifer von Mannheim zu lebenslanger Haft verurteilt

### 14. September

NRW-Kommunalwahl



- Insbesondere bei den Klientinnen und Klienten der Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW ist eine ansteigende Verjüngung festzustellen, was mit der zunehmenden Rolle von digitaler Kommunikation in sozialen Medien einhergeht.
- Soziale Medien spielen in allen Phänomenbereichen und insbesondere auch bei der Rechtsextremismusprävention eine zentrale Rolle. So informierte der Verfassungsschutz NRW bei einem gemeinsamen Fachtag mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Volkshochschule Essen über das Thema „Kampfsport, Social Media, Rap, Gaming, KI: Aktuelle Facetten der Erlebniswelt Rechtsextremismus.“

### **1. Oktober**

Festnahme von drei mutmaßlichen HAMAS-Mitgliedern in Berlin

2025

### **9. Oktober**

Israel und HAMAS einigen sich auf erste Phase des US-Friedensplans



**13. Oktober**

Freilassung der noch lebenden israelischen Geiseln beginnt

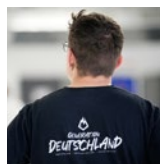
**14. Dezember**

Antisemitischer Schusswaffenangriff am Bondi Beach in Sydney



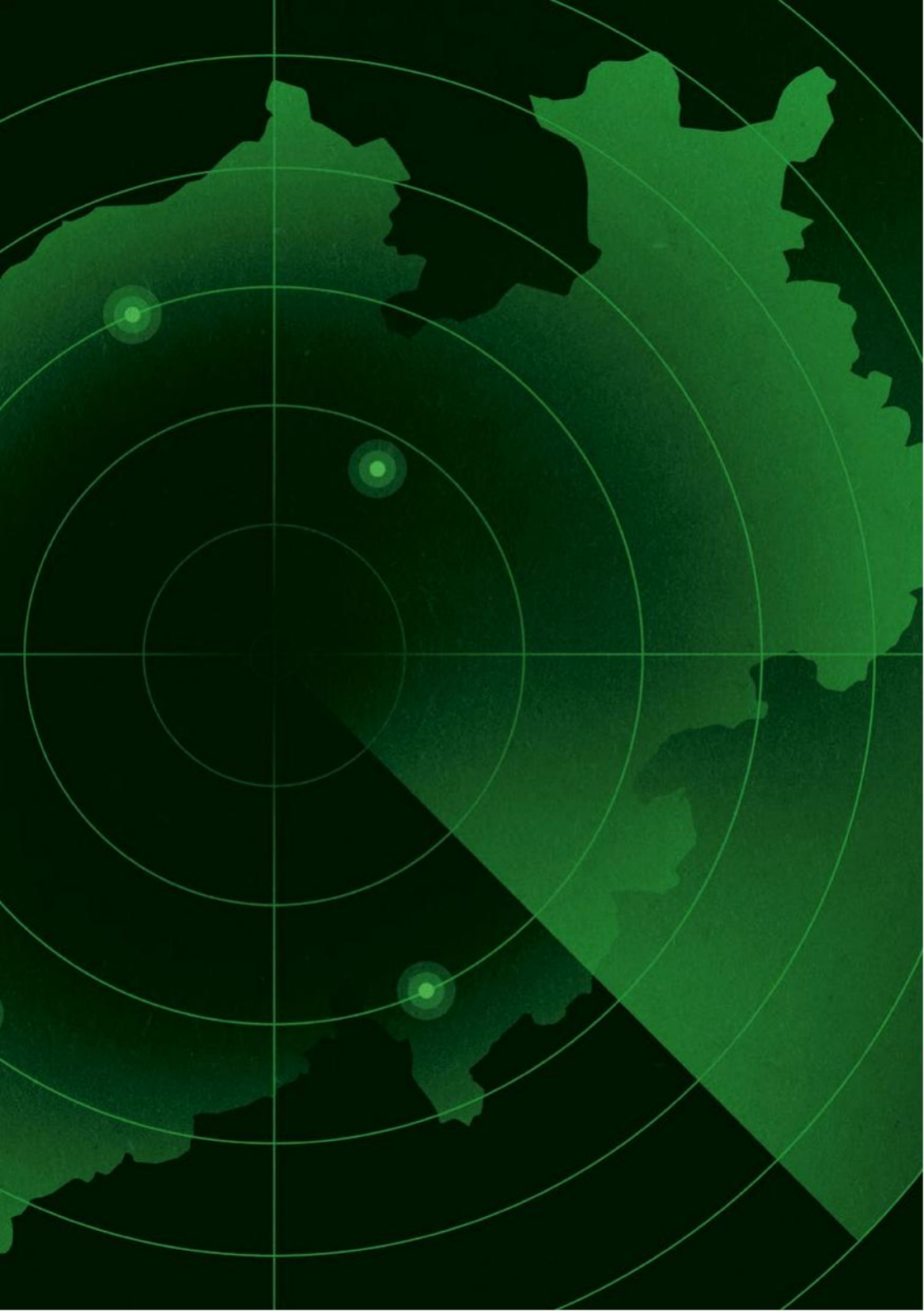
**29. November**

AfD-Jugend stimmt für den Namen Generation Deutschland



# EXTREMISMUS IN ZAHLEN





# PERSONENPOTENZIALE

Rechtsextremismus	2024	2025
<b>Die Heimat</b>	400	420
<b>Junge Nationalisten</b>	50	60
<b>Der III. Weg</b>	40	40
<i>Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien (völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals „Flügel“)</i>	1.100	1.250
<i>Junge Alternative</i>	200	300
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere <b>neonazistischen Kameradschaften</b> und <b>Mischszene</b>	1.150	1.150
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere <b>Skinheads</b>	1.355	1.540
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-285	-314
<b>Gesamt</b>	<b>4.010</b>	<b>4.446</b>
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	1.840	1.795
<b>Reichsbürger und Selbstverwalter</b>	3.700	3.700

\* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden.  
Die Mitglieder der Partei Die Rechte werden weiterhin als Neonazis gezählt.

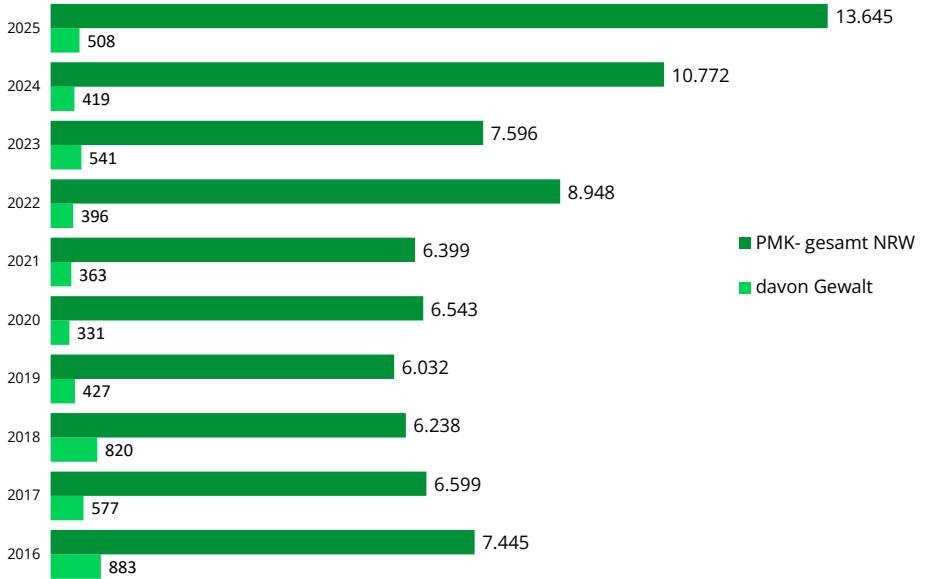
Linksextremismus	2024	2025
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. <b>Autonome, Anarchisten</b> und <b>Kommunistische Jugend- und Kadergruppen*</b>	1.465	
<b>Autonome</b>		1.100
<b>Anarchisten</b>		250
<b>Kommunistische Jugend- und Kadergruppen</b>		400
<b>DKP</b>	800	800
<b>MLPD</b>	750	750
<b>Gesamt</b>	<b>3.015</b>	<b>3.300</b>
davon gewaltorientierte Linksextremisten		1.500

\* Seit dem Jahr 2025 werden die Anarchisten nicht mehr als gewaltorientiert eingeordnet.

Auslandsbezogener Extremismus	2024	2025
<b>ADÜDF</b>	2.000	2.000
<b>ATIB</b>	600	700
<b>ANF</b>	300	300
<b>Freie Szene der Ülkücü-Bewegung</b>	800	900
<b>DHKP-C</b>	200	200
<b>KONGRA-GEL bzw. PKK</b>	2.200	2.200
<b>PSDU</b>	15	
<b>Gesamt</b>	<b>6.115</b>	<b>6.300</b>

Islamismus	2024	2025
<b>Extremistischer Salafismus</b>	2.700	2.700
davon politisch	2.100	2.100
davon gewaltbereit	600	600
<b>HAMAS</b>	230	230
<b>Hizb Allah</b>	400	400
<b>Hizb ut-Tahrir</b>	150	170
<b>Muslimbruderschaft (ohne HAMAS)</b>	150	160
<b>Furkan-Gemeinschaft</b>	70	90
<b>Sonstige</b>	310	370
<b>Gesamt</b>	<b>4.010</b>	<b>4.120</b>

# ENTWICKLUNG DER POLITISCH MOTIVIERTEN KRIMINALITÄT (PMK)



Gesamtentwicklung der politisch motivierten Straftaten im 10-Jahres-Vergleich

## Betrachtung der Gesamtentwicklung

Im Jahr 2025 stieg in Nordrhein-Westfalen die Gesamtzahl auf 13.645 politisch motivierte Straftaten (2024: 10.772). Dies bedeutete im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 2.873 Delikte beziehungsweise um 27 Prozent, was hauptsächlich auf wesentlich gestiegene Fallzahlen im Bereich der PMK- links und -sonstige Zuordnung sowie einen erneuten Anstieg im Bereich der PMK- rechts zurückzuführen ist.

Einen Anstieg der Fallzahlen gab es ausgenommen der Phänomenbereiche PMK-ausländische Ideologie und PMK-religiöse Ideologie in allen anderen Phänomen-

bereichen. Besonders auffällig ist der Anstieg im Bereich der PMK- links, in dem die Fallzahlen von 1.187 auf 2.418 stiegen, was einem Anstieg von 104 Prozent entspricht. Zudem stieg die Anzahl der Delikte im Bereich der PMK- sonstige Zuordnung mit 3.737 Straftaten im Vergleich zur Vorjahreszahl von 2.525 um 48 Prozent.

Im Bereich der PMK- links und PMK- sonstige Zuordnung erklären sich die starken Steigerungsraten bei den Sachbeschädigungen unter anderem durch die Bundestags- und Kommunalwahl im Berichtszeitraum.

### **Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK- Gewalt gesamt)**

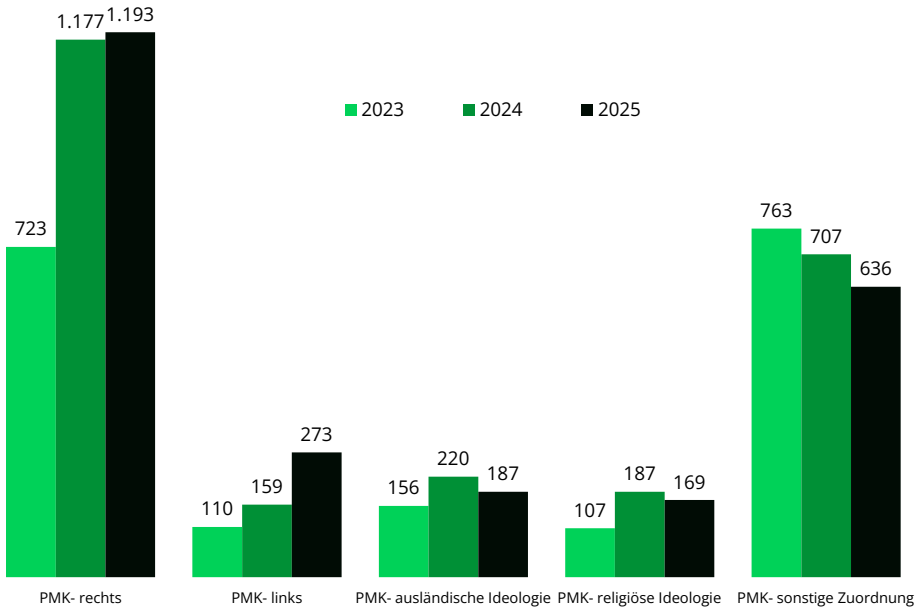
Die Polizei erfasste 508 Gewaltdelikte, was eine Steigerung um 21 Prozent zum Vorjahr bedeutete. Korrespondierend zu den Fallzahlen in der Gesamtentwicklung der PMK stiegen auch im Phänomenbereich der PMK- links die Gewaltdelikte von 86 Fällen im Jahr 2024 auf 153 Delikte im Jahr 2025 an. Schwerpunktmäßig handelte es sich mit 55 Prozent um Körperverletzungen sowie mit 24 Prozent um Widerstandshandlungen.

### **Straftaten mit dem Tatmittel „Internet“**

2025 erfasste die Polizei 2.458 politisch motivierte Straftaten mit dem Tatmittel „Internet“ (2024: 2.450 Straftaten) und blieb somit beim Vorjahresniveau. Anstiege zeichneten sich im Phänomenbereich PMK- links und PMK- rechts wie folgt ab:

Im Bereich der Hasskriminalität war der Phänomenbereich PMK- rechts mit 2.172 Straftaten führend, was einem Anteil von 16 Prozent der Gesamtfallzahl von 13.645 Straftaten entsprach (2024: 2.049 Straftaten; 19 Prozent).

Ein Anstieg im Bereich der Beleidigungsdelikte mit 662 sowie der sonstigen Straftaten mit 112 Delikten konnte im Bereich PMK- rechts verzeichnet werden. Insgesamt gingen die Straftaten im Bereich der Hasskriminalität im Bereich PMK- rechts leicht um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2024 zurück.

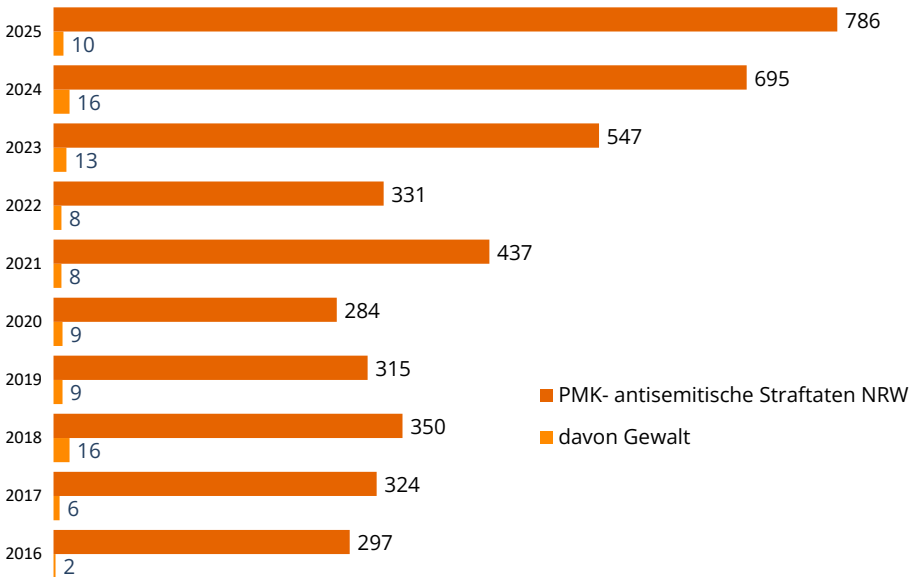


3-Jahres Vergleich Tatmittel Internet

Der Nahost-Konflikt war 2025 für 965 Straftaten verantwortlich, von denen 61 Prozent dem Phänomenbereich PMK- ausländische Ideologie zugeordnet wurden (2024: 990 Straftaten; 65 Prozent PMK- ausländische Ideologie).

### Antisemitische Straftaten

Die Zahl der antisemitischen Straftaten in allen Phänomenbereichen stieg im Jahr 2025 von 695 auf 786 Straftaten, was einer Steigerung von 13 Prozent (91 Delikte) entsprach. Auf Basis der noch immer zugespitzten Lage im Nahen Osten kommt es im Bereich der antisemitischen Straftaten, insbesondere auch wegen einer enormen Emotionalisierung, zu weiteren Steigerungen.



Antisemitische Straftaten in Nordrhein-Westfalen im 10-Jahres-Vergleich

Wie in den Vorjahren machten auch 2025 die folgenden Deliktgruppen den Großteil der antisemitischen Straftaten aus:

- Volksverhetzungen:  
337 Straftaten (2024: 344 Straftaten / Rückgang um 2 Prozent)
- Propagandadelikte:  
185 Straftaten (2024: 121 Straftaten / Steigerung um 53 Prozent)
- Sachbeschädigungen:  
97 Straftaten (2024: 86 Straftaten / Steigerung um 13 Prozent)

Zusammen stellten diese Deliktgruppen rund 79 Prozent der gesamten antisemitischen Straftaten dar.

Die Zahl der antisemitischen Gewaltdelikte sank im Jahr 2025 auf 10 Fälle, was einen Rückgang von knapp 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2024: 16 Straftaten) darstellte.

Im Jahr 2025 wurden 333 antisemitische Straftaten, das entsprach 42 Prozent am Gesamtaufkommen antisemitischer Straftaten, dem Phänomenbereich PMK-rechts zugeordnet. Im Vergleich zu den Vorjahren sank damit der Anteil der PMK-rechts am Gesamtaufkommen antisemitischer Straftaten (2024: 51 Prozent; 2023: 50 Prozent).

Dem anteiligen Rückgang der PMK-rechts-Straftaten stand ein deutlicher Anstieg antisemitischer Straftaten in den Phänomenbereichen PMK-ausländische Ideologie und PMK-religiöse Ideologie im Jahr 2025 gegenüber.

### **Propagandadelikte**

Unter dem Begriff Propagandadelikte werden die in den §§ 86, 86a StGB aufgeführten Straftaten (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) erfasst.

Auf Propagandadelikte, insbesondere Verstöße gegen §§ 86 und 86a des Strafgesetzbuches, entfielen im Berichtsjahr 4.525 Straftaten. Diese bedeuteten einen Anstieg um fast 5 Prozent im Vergleich zu 2024 (4.326 Delikte). Die Aufklärungsquote lag bei 36 Prozent (2024: 41 Prozent).

### **Extremistische Straftaten**

Diese Kategorie umfasst Straftaten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Von den insgesamt 13.645 politisch motivierten Straftaten im Jahr 2025 wurden 12.984 als extremistische Straftaten eingestuft, was einem Anteil von 95 Prozent entsprach.



Deliktgruppen	PMK- rechts		PMK- links	
	2025	2024	2025	2024
Tötungsdelikte	0	0	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	0	1	7	6
Landfriedensbruchdelikte	0	1	12	6
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft-, und Straßenverkehr	1	3	6	2
Körperverletzungsdelikte	183	145	83	43
Widerstandshandlungen	4	2	37	27
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	2	2	8	2
Sexualdelikte	0	0	0	0
<b>Zwischensumme Gewaltdelikte</b>	<b>190</b>	<b>154</b>	<b>153</b>	<b>86</b>
Bedrohungen, Nötigungen	106	83	40	33
Sachbeschädigungen	549	302	1.193	488
Propagandadelikte	3.684	3.511	63	24
Volksverhetzungen	678	893	15	14
Störungen des öffentlichen Friedens	45	13	14	5
Beleidigungen	759	584	384	219
Verstöße gegen das VereinsG	0	0	1	1
Verstöße gegen das VersG	9	13	261	201
Sonstige Straftaten	248	88	294	115
<b>Gesamt</b>	<b>6.268</b>	<b>5.641</b>	<b>2.418</b>	<b>1.187</b>

PMK- ausländische Ideologie		PMK- religiöse Ideologie		PMK- sonstige Zuordnung	
2025	2024	2025	2024	2025	2024
0	0	2	1	0	0
0	1	0	0	9	6
0	0	0	0	0	0
0	1	0	0	11	9
58	73	11	11	53	55
5	10	1	0	5	5
5	4	0	1	5	2
0	0	0	0	0	0
<b>68</b>	<b>89</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>83</b>	<b>77</b>
50	51	29	29	76	71
270	303	12	26	1.725	719
78	102	97	97	603	592
206	209	27	49	251	259
12	11	50	38	22	21
147	127	16	10	543	541
18	39	3	2	2	0
16	31	0	2	21	48
63	131	46	60	411	197
<b>928</b>	<b>1093</b>	<b>294</b>	<b>326</b>	<b>3.737</b>	<b>2.525</b>

## PMK- RECHTS

	2025	2024	Prozentuale Entwicklung
<b>PMK- rechts</b>			
Gesamtzahl	6.268	5.641	+11,1%
davon Gewalkriminalität	190	154	+23,4%
Aufklärungsquote	38,5%	41,8%	-7,9%
<b>Schwerpunkte der Delikte</b>			
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	3.684	3.511	+4,9%
Beleidigung	759	584	+30%
Volksverhetzung	678	839	-19,2%
<b>Vorherrschende Themenfelder</b>			
Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus	4.180	3.968	+5,3%
Konfrontation/politische Einstellung	2.450	2.022	+21,2%
Hasskriminalität	2.172	2.049	+6%
<b>Tatverdächtige</b>			
gesamt	2.320	2.240	+3,6%
männlich	1.957	1.920	+1,9%
weiblich	363	320	+13,4%

### Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

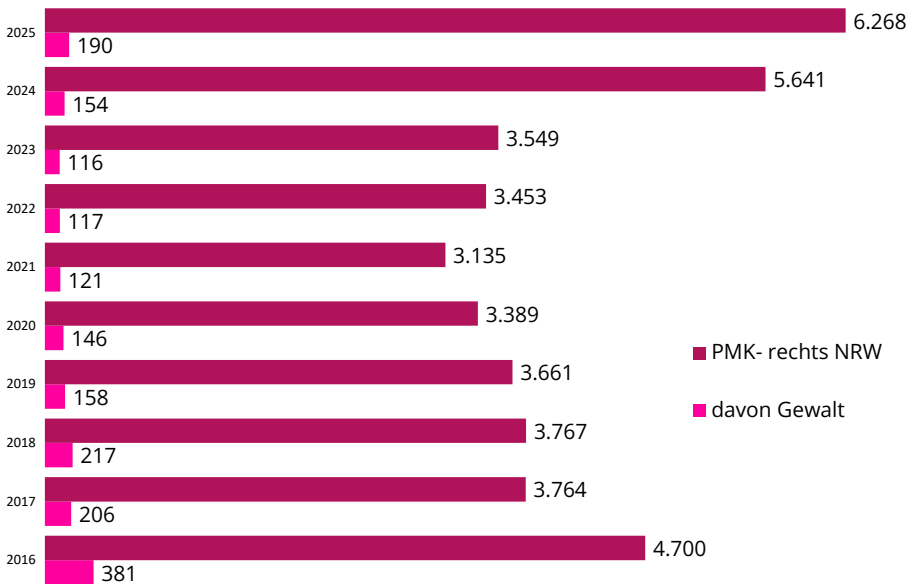
Die erfassten Straftaten im Phänomenbereich PMK- rechts stiegen mit einem Gesamtaufkommen von 6.268 Straftaten (2024: 5.641) im Vergleich zum Vorjahr erneut merklich um 11 Prozent an. Propagandadelikte und Beleidigungen, dicht gefolgt von Volksverhetzungen, machten mit 82 Prozent (5.121 von 6.268 Straftaten) den Großteil der Straftaten im Bereich PMK- rechts aus.

Insgesamt wurden 2.320 Tatverdächtige ermittelt (2024: 2.240). Die Gruppe der 30-39-jährigen bildeten mit 403 Personen (2024: 394) die größte Gruppe.

Die Zahl der 14-17-jährigen Tatverdächtigen stieg von 287 auf 299 Tatverdächtigen in 2025 an. Im Jahr 2023 waren es noch 100 Tatverdächtige. Dies ist auch eine Folge der schnellen und agilen Vernetzung im Bereich von digitalen Chatgruppen und Foren.

Vor allem die jünger werdenden Tatverdächtigen nutzten unzählige Kommunikations- und Planungswege, die auch den Zugang zur Szene eröffnen. Insgesamt traten 1.298 (56 Prozent) der Tatverdächtigen bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung. Im Vorjahr waren es 911. Dies zeigt, dass im Wahljahr vermehrt die bereits etablierten rechten Szenen, Gruppierungen und Tatverdächtigen strafrechtlich in Erscheinung getreten sind.

Die dominanten Themenfelder der PMK- rechts waren Nationalsozialismus und Sozialdarwinismus (Anstieg von 3.968 auf 4.180 Straftaten) sowie Konfrontation und politische Einstellung (Anstieg von 2.022 auf 2.450 Straftaten). Hasskriminalität stieg von 2.049 auf 2.172 Straftaten.



PMK- rechts und Gewalt im 10-Jahres-Vergleich

Die Entwicklungen und Steigerungen der Fallzahlen in den vorgenannten spezifischen Themenfeldern spiegelten sich auch im Anstieg der Gewaltstraftaten von 154 auf 190 (Anstieg von 23,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2024) wider.

Zusammenfassend erklärt sich die Fallzahlenentwicklung der PMK- rechts aus anhaltenden nationalen und globalen Themen. Politische Ereignisse, wie die Europawahl im Jahr 2024 sowie die Bundestags- und Kommunalwahl im Jahr 2025 sorgten für polarisierende Diskussionen und Auseinandersetzungen insbesondere zwischen „Links“ und „Rechts“. Diese fanden sowohl im virtuellen Raum, als auch auf der Straße, beispielsweise bei Demonstrationen oder an Wahlkampfständen, statt. Darüber hinaus waren es immer wieder globale politische Themen, die Einfluss genommen haben. So waren unter anderem die Krisensituationen im Nahen Osten sowie in der Ukraine, große Treiber rechtsextremistischer Handlungsmotivation.



## PMK- LINKS

	2025	2024	Prozentuale Entwicklung
<b>PMK- links</b>			
Gesamtzahl	2.418	1.187	+103,7%
davon Gewaltkriminalität	153	86	+77,9%
Aufklärungsquote	30,3%	31,0%	-2,3%
<b>Schwerpunkte der Delikte</b>			
Sachbeschädigung	1.193	489	+144%
Beleidigung	384	219	+75,3%
<b>Vorherrschende Themenfelder</b>			
Konfrontation/politische Einstellung	2.286	983	+132,6%
Innen- und Sicherheitspolitik	1.290	302	+327,2%
Ökologie/Wirtschaft	125	192	-34,9%
<b>Tatverdächtige</b>			
gesamt	920	364	+152,8%
männlich	652	231	+182,3%
weiblich	268	133	+101,5%

### Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

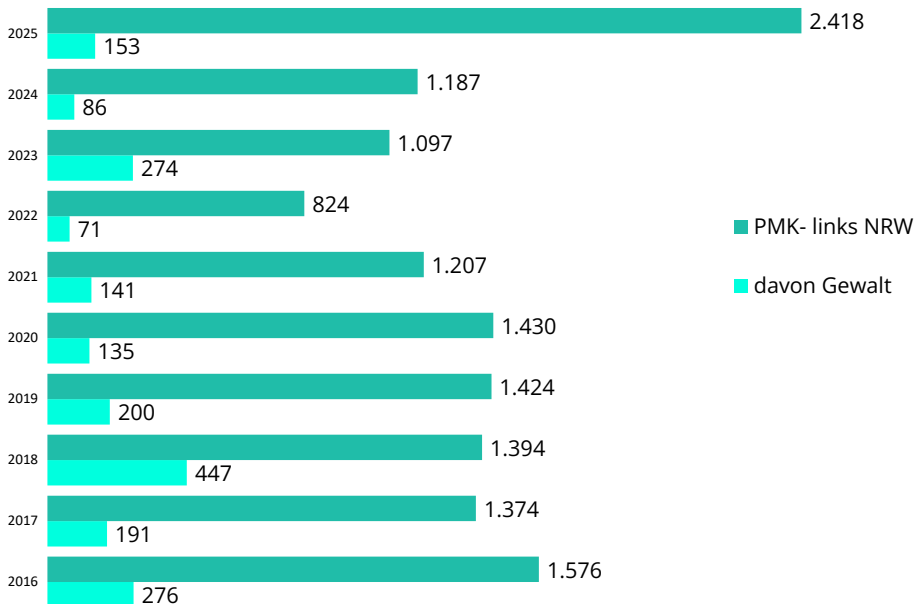
Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK- links stieg mit 2.418 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 104 Prozent an (2024: 1.187 Straftaten).

920 Tatverdächtige konnten im Jahr 2025 ermittelt werden (2024: 364). Davon waren 652 (71 Prozent) männlich und 268 (29 Prozent) weiblich.

Vorherrschende Themenfelder waren in absteigender Reihenfolge Konfrontation und/oder politische Einstellung (Steigerung von 983 auf 2.286 Straftaten), Innen- und Sicherheitspolitik (Anstieg von 302 auf 1.290 Erfassungen), Antifaschismus (Zunahme von 339 auf 554 Delikte) und Ökologie/Industrie/Wirtschaft (Rückgang von 192 auf 125 Straftaten).

Insbesondere fiel der starke Anstieg der Fallzahlen im Bereich des Themenfeldes Innen- und Sicherheitspolitik auf. Prozentual sind die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 427 Prozent stark angestiegen. Zwei Wahlen (Bundestags- und Kommunalwahl) sowie steigende Spannungen und Konfrontationen zwischen den politischen Lagern „Links“ gegen „Rechts“ und das gestiegene Interesse am Thema Antimilitarismus haben zu der Steigerungsrate beigetragen. Die gesellschaftliche Polarisierung zeigte sich auch bei den Themen Wehrpflicht und Aufrüstung, wo sich der Diskurs zugespitzt hat. Beispielsweise können hier auch die Auseinandersetzungen an Wahlkampf- bzw. Informationsständen genannt werden.

Die Zahl der Gewaltdelikte durch politisch motivierte Tatverdächtige stieg von 86 Taten im Jahr 2024 auf 153 (plus 78 Prozent). Die linksextremistische Szene reagiert schnell und sensibel auf aktuelle politische Entwicklungen und die vermehrten Konfrontationen zwischen den politischen Lagern „Links“ gegen „Rechts“ erklären die Zunahme.



PMK- links und Gewalt im 10-Jahres-Vergleich

In Folge dessen stiegen auch die Körperverletzungsdelikte um 93 Prozent von 43 Straftaten in 2024 auf 83 Delikte in 2025.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Fallzahlen insbesondere bei Raub, Widerstandshandlungen und gefährlichen Eingriffen in den Bahn- oder Flugverkehr. Im letztgenannten Deliktsfeld kam es im Vergleichszeitraum zu einer Verdopplung der Fallzahlen von 6 auf 12 Delikte. Im Bereich Widerstandshandlungen kam es zu einer Verdreifachung der Delikte von 2 auf 6 und bei Raub vervierfachten sich die Fallzahlen sogar von 2 auf 8 Delikte. Daraus lässt sich eine sinkende Hemmschwelle für Gewaltanwendung innerhalb der Szene ableiten. Insgesamt machten diese drei Deliktsfelder gut ein Drittel aller begangenen Gewaltdelikte aus.



## PMK- AUSLÄNDISCHE IDEOLOGIE

	2025	2024	Prozentuale Entwicklung
<b>PMK- ausländische Ideologie</b>			
Gesamtzahl	928	1.093	-15,1%
davon Gewaltkriminalität	68	89	-23,6%
Aufklärungsquote	44,4%	41,0%	+8,3%
<b>Schwerpunkte der Delikte</b>			
Sachbeschädigung	270	303	-10,9%
Volksverhetzung	206	209	-1,4%
<b>Vorherrschende Themenfelder</b>			
Krisenherde/Bürgerkriege	831	928	-10,5%
Konfrontation/politische Einstellung	844	935	-9,7%
<b>Tatverdächtige</b>			
gesamt	327	392	-16,6%
männlich	267	310	-13,9%
weiblich	60	82	-26,8%

### Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

Bei den Straftaten des Phänomenbereiches PMK- ausländische Ideologie konnte trotz des andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie des Nahost-Konfliktes von 1.093 auf 928 Straftaten ein leichter Rückgang verzeichnet werden (minus 15 Prozent).

Auch 2025 stand weiterhin im Zeichen kriegerischer Auseinandersetzungen in relativer Nähe zur Europäischen Union. Die Terroranschläge gegen den Staat Israel sowie die darauffolgende militärische Offensive Israels gegen Stellungen der **HAMAS** wirkten sich weiterhin auf die dargestellten Fallzahlen aus. Ausländische Konflikte bis hin zu Kriegen beeinflussen die Fallzahlen der PMK- ausländische Ideologie erheblich.

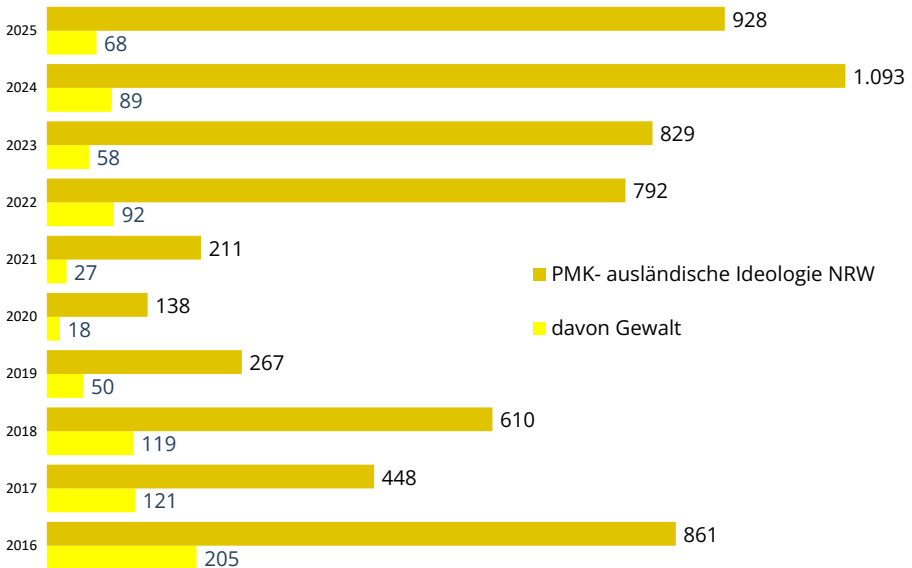
Während in den Monaten Mai bis Juni 2025 durchschnittlich 81 Straftaten erfasst wurden, verzeichnete der September mit 129 Straftaten den höchsten Wert im Berichtsjahr. In diesem Monat fand zum einen der „Lange Marsch“ mit anschließendem kurdischen Kulturfest in Dortmund statt. Zum anderen ereignete sich ein Drohnenangriff auf die Aktivist:innen der „Global Sumud Flotilla“-Friedensflotte. In Folge dessen kam es zu einem erhöhten Veranstaltungsaufkommen im Rahmen pro-palästinensischer Versammlungen einhergehend mit versammlungstypischen Straftaten sowie Ordnungswidrigkeiten.

In den darauffolgenden Monaten sanken die Fallzahlen wieder von 68 im November auf 34 im Dezember. Ein weiterer Peak lässt sich im Juli feststellen, in dem 113 Straftaten im Phänomenbereich PMK- ausländische Ideologie erfasst wurden. In diesem Monat kam es zu mehreren Auseinandersetzungen bei Demonstrationen zwischen arabischen Syrern sowie drusischen/kurdischen Syrern. Auslöser war hier die Offensive des neuen syrischen Regimes in den Drusengebieten.

Insgesamt sind die Terroranschläge gegen den Staat Israel und der damit einhergehende Konflikt als das dominierende Thema im Bereich PMK- ausländische Ideologie im Jahr 2025 anzusehen. Das Übernehmen und Wiedergeben vornehmlich pro-palästinensischer Positionen im Rahmen von Versammlungen oder im öffentlichen Diskurs auf Social-Media-Kanälen führte zu polizeilichen Maßnahmen hinsichtlich strafrechtlich relevanter Sachverhalte. Zudem stieg das Veranstaltungsaufkommen pro-palästinensischer Versammlungen und mit ihnen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Kontext derer.

Rückläufig sind weiterhin die Straftaten im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Hier erfassten die Behörden 71 (2024: 138) Straftaten im Themenfeld-Unterbegriff „Ukraine“. Der „Faktor Zeit“ beeinflusst hier die Entwicklung der Fallzahlen. Aus kriminalfachlicher Sicht zeigt sich deutlich, dass Emotionalisierungsprozesse zu Beginn eines Ereignisses besonders stark wirken und im weiteren Verlauf wieder abnehmen.

Entsprechend der Charakteristika des Phänomenbereiches wurde in 90 Prozent aller Fälle (831 von 928) der Themenfeld-Oberbegriff „Krisenherde/Bürgerkriege“ für die zugrunde liegenden Sachverhalte gewählt.



PMK- ausländische Ideologie und Gewalt im 10-Jahres-Vergleich

Der anhaltende Konflikt zwischen der Türkei und Teilen der kurdischen Bevölkerung wirkte sich im Jahr 2025 maßgeblich auf die Fallzahlen aus. So wurden 81 (2024: 117) der 928 erfassten Gesamtstraftaten mit dem Unterbegriff „Kurden“ erfasst. Hier gingen die Fallzahlen deutlich zurück. Das Jahr 2025 war zudem geprägt durch den mutmaßlichen Auflösungsprozess der **Partiya Karkerên Kurdistanê (PKK)** und deren Aufforderung, die Waffen niederzulegen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Straftaten in dem Unterbegriff „Türkei“ von 158 Straftaten im Jahr 2025 auf 113 Straftaten.

Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der erfassten Gewaltdelikte im Jahr 2025 um 24 Prozent. Insgesamt wurden 68 Gewaltdelikte statistisch erfasst, davon 58 Körperverletzungsdelikte. Im Vergleich zu 2024 sank die Anzahl der Körperverletzungsdelikte somit um 21 Prozent von 73 auf 58 Straftaten. Ebenso halbierten sich die Widerstandshandlungen von 10 auf 5 Delikte. Sachbeschädigungsdelikte stellten mit 270 Straftaten die größte Deliktgruppe innerhalb der erfassten Straftaten in diesem Phänomenbereich dar.

## PMK- RELIGIÖSE IDEOLOGIE

	2025	2024	Prozentuale Entwicklung
<b>PMK- religiöse Ideologie</b>			
Gesamtzahl	294	326	-9,8%
davon Gewaltkriminalität	14	13	+7,7%
Aufklärungsquote	64,6%	60,1%	+7,5%
<b>Schwerpunkte der Delikte</b>			
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	97	97	0%
Volksverhetzung	27	49	-44,9%
<b>Vorherrschende Themenfelder</b>			
Islamismus/Fundamentalismus	266	246	+8,13%
Krisenherde/Bürgerkriege	130	152	-14,47%
<b>Tatverdächtige</b>			
gesamt	124	119	+4,2%
männlich	114	103	+10,68%
weiblich	10	16	-37,5%

### Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

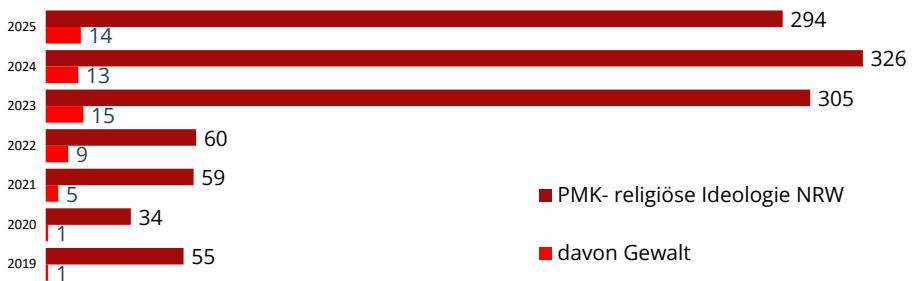
Die im Jahr 2025 erfassten Straftaten im Bereich der PMK- religiöse Ideologie sanken um knapp 10 Prozent auf 294 Straftaten (2024: 326 Delikte). Die Gewaltdelikte stiegen um ein Delikt auf 14 an. Zudem ereigneten sich 2025 zwei versuchte Tötungsdelikte, im Mai in Bielefeld und Anfang September in Essen, die beide aufgeklärt werden konnten.

Nachdem die Fallzahlen nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 zunächst deutlich gestiegen waren, setzt sich die leicht rückläufige Tendenz aus dem Jahr 2024 auch im Jahr 2025 fort. Rund um das Ende der Waffenruhe im März 2025 und der neuen israelischen Militäroffensive in Gaza-Stadt im September 2025 sowie dem Jahrestag am 7. Oktober 2025, kam es zu vermehrten Straftaten. Neben den leicht rückläufigen Fallzahlen in den Themenfeldern „Nah-

ost“ und „Krisenherde/Bürgerkriege“, sind auch die Anzahl versammlungstypischer Straftaten wie zum Beispiel Volksverhetzung im zweiten Jahr in Folge geringfügig rückläufig.

Die islamistische Propaganda und die Radikalisierung im digitalen Raum bilden das Fundament für konstant hohe Fallzahlen im Themenfeld „Islamismus“. Der Trend zu allein handelnden Tätern und einer zunehmenden Online-Radikalisierung immer jünger werdender Personen konnte erneut festgestellt werden. Die im Berichtszeitraum bekannt gewordenen Anschlagshinweise, aber auch der oben genannte Anschlag in Essen, verdeutlichen, dass sich insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene verleiten lassen, einen Anschlag zu begehen, wenngleich die ideologische Prägung eher gering ist.

Die zuvor dargestellten Entwicklungen unterstreichen die hohe abstrakte Gefährdungslage, die vom islamistischen Terrorismus unverändert ausgeht. Dies belegen die Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden im Oktober 2025 gegen mutmaßliche Mitglieder der **HAMAS** in Deutschland. Aber auch der Messerangriff in Bielefeld im Sommer 2025 mit vier schwer verletzten Opfern zeigt, dass auch zukünftig mit jihadistisch motivierten Gewalttaten in Deutschland jederzeit gerechnet werden muss.



PMK- religiöse Ideologie und Gewalt im 7-Jahres-Vergleich

## PMK- SONSTIGE ZUORDNUNG

	2025	2024	Prozentuale Entwicklung
<b>PMK- sonstige Zuordnung</b>			
Gesamtzahl	3.737	2.525	+48%
davon Gewalkriminalität	83	77	+7,8%
Aufklärungsquote	36,1%	47,5%	-24%
<b>Schwerpunkte der Delikte</b>			
Sachbeschädigung	1.725	719	+139,9%
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	603	592	+1,9%
Beleidigung	543	541	+0,4%
<b>Vorherrschende Themenfelder</b>			
Konfrontation/politische Einstellung	2.668	1.531	+74,27%
Innen- und Sicherheitspolitik	2.032	777	+161,52%
<b>Tatverdächtige</b>			
gesamt	1.307	1.117	+17,01%
männlich	1.100	960	+14,58%
weiblich	207	157	+31,85%

### Entwicklungen und Erklärungen im Berichtszeitraum

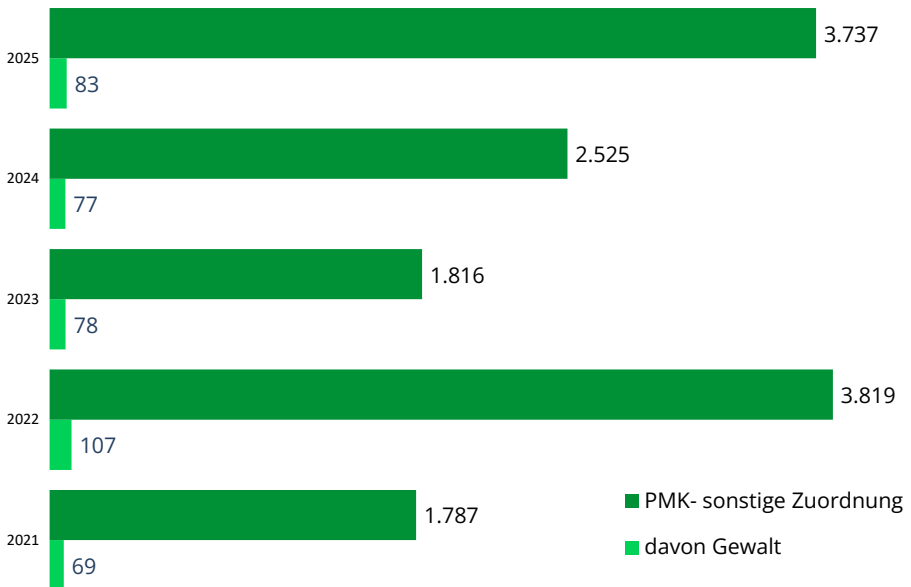
Im Bereich der PMK- sonstige Zuordnung stieg die Zahl der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 48 Prozent von 2.525 auf 3.737 Straftaten an. Eine signifikante Rolle spielte dabei insbesondere der Anstieg der Sachbeschädigungen mit politischem Hintergrund. Im Jahr 2024 erfasste die Polizei 719 Sachbeschädigungen; im Berichtsjahr waren es 1.725 (plus 140 Prozent). Zurückzuführen ist dies auf den Anfang 2025 durchgeführten Wahlkampf zur Bundestagswahl sowie die Kommunalwahl in NRW Mitte des Jahres 2025. Zahlreiche Sachbeschädigungen an Parteibüros und beschädigte Wahlplakate schlugen hier zu Buche.

Abseits dieser Spitzen registrierte die Polizei über das Jahr 2025 hinweg gesehen deutlich niedrigere Fallzahlen.

Zudem sank die Zahl der Straftaten gegen das Versammlungsgesetz um mehr als die Hälfte von 48 Delikten im Jahr 2024 auf 21 Delikte im Jahr 2025.

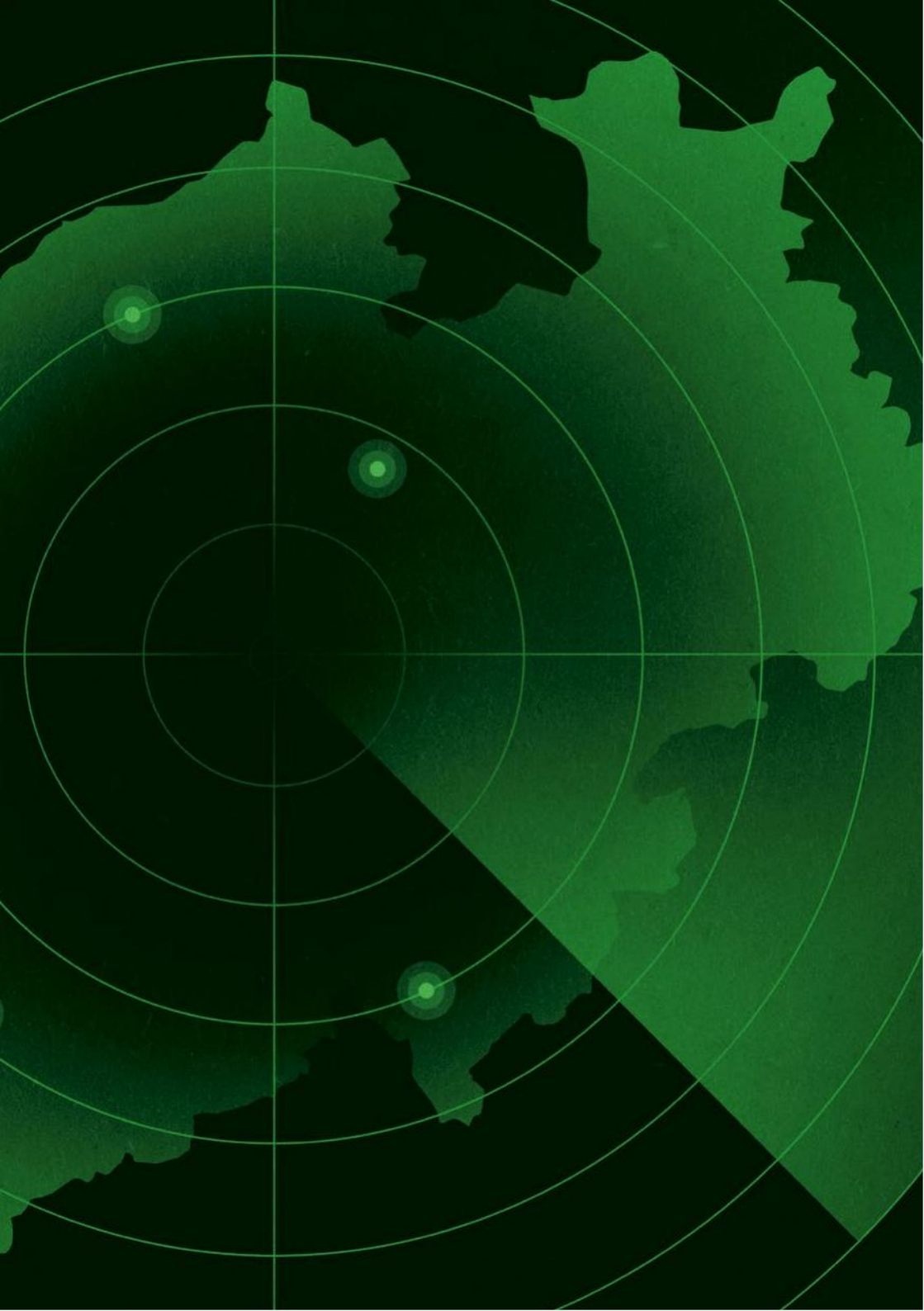
Zusammengefasst handelte es sich bei den markanten Themenfeldern der verzeichneten Delikte der PMK- sonstige Zuordnung hauptsächlich um die Bereiche „Konfrontation/politische Einstellung“ (Anstieg von 1.531 auf 2.668 Erfassungen) sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 777 auf 2.032 Erfassungen).

Die Anzahl der Gewaltdelikte stieg leicht von 77 auf 83 Gewaltdelikte im Jahr 2025 an. Dies entspricht einer Steigerung von 8 Prozent.



PMK-sonstige Zuordnung und Gewalt im 5-Jahres-Vergleich

# SONDERTHEMA: KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND VERFASSUNGSSCHUTZ: HERAUSFORDERUNGEN IM DIGITALEN ZEITALTER



## SONDERTHEMA: KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND VERFASSUNGSSCHUTZ: HERAUSFORDERUNGEN IM DIGITALEN ZEITALTER

Künstliche Intelligenz (KI) gehört zu den wichtigsten technologischen Entwicklungen unserer Zeit. Diese stellt aber auch den NRW-Verfassungsschutz vor neue Herausforderungen. Denn extremistische Akteure und ausländische Nachrichtendienste haben die Möglichkeiten von KI für sich entdeckt. Sie verbreiten damit Propaganda, erstellen gefälschte Videos (sogenannte Deepfakes) und manipulieren gezielt die öffentliche Meinung in sozialen Medien.

Das Besondere an KI ist, dass die Technologie es einfach macht, Inhalte schnell und professionell zu erstellen, ohne dass dafür viel Expertise erforderlich ist. Extremisten können so ihre Botschaften gezielter streuen und erreichen insbesondere junge Menschen mit emotional aufgeladenen Bildern und Videos.

Die Verwendung von KI für Cyberangriffe und Desinformation durch ausländische Staaten, aber auch für die Rekrutierung und Radikalisierung von Anhängern durch Extremisten, macht sie deshalb zu einem zentralen Thema für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz.

Mit diesem Sonderkapitel wird beabsichtigt, die aktuellen Einsatzmöglichkeiten von KI durch extremistische Gruppen sowie ausländische Akteure anhand von Beispielen zu erläutern und die damit verbundenen Bedrohungen und den Umgang damit aufzuzeigen.

### **KI im Verfassungsschutz:**

#### **Konzepte, Anwendungen und der Umgang mit neuen Technologien**

Künstliche Intelligenz (KI) ist ein schwer zu fassender Begriff, da es keine allgemein anerkannte Definition von „Intelligenz“ gibt. Vereinfacht gesagt bezeichnet KI die Fähigkeit technischer Systeme, Aufgaben zu bewältigen, die typischerweise mit intelligentem kognitivem Verhalten verbunden sind.

Ein KI-System verarbeitet Informationen und erkennt auf Basis mathematischer Verfahren Muster in diesen Daten. Auf Basis dieses Lernprozesses kann es anschließend Vorhersagen, Empfehlungen oder Inhalte erzeugen.

Besonders große öffentliche Aufmerksamkeit und Zugänglichkeit erlangte das Thema KI durch die Veröffentlichung von ChatGPT und später durch weitere leistungsfähige Sprach- und Bildmodelle. Die heute weit verbreiteten Anwendungen lassen sich unter dem Begriff der generativen KI zusammenfassen. Diese stellt einen speziellen Zweig innerhalb des maschinellen Lernens dar. Generative KI-Systeme sind in der Lage, fiktive Inhalte zu erzeugen, die zuvor nicht existiert haben. Dazu gehören Texte, Bilder, Audio, Videos oder Programmcodes. Aus den Mustern, die beim Training identifiziert wurden, leitet das KI-System neue Varianten ab, die oft erstaunlich kreativ wirken. Der Vorteil ist, dass sich Inhalte mit Hilfe dieser neuen Werkzeuge kostengünstig, individuell, schnell und in hoher Qualität produzieren lassen. Das eröffnet zahlreiche positive Anwendungsmöglichkeiten. Diese reichen von Assistenzsystemen über kreative Werkzeuge bis hin zu mehr Unterstützung in der Kommunikation. Gleichzeitig bringt diese Technologie neue sicherheitsbehördliche Herausforderungen mit sich. Durch generative KI lassen sich zum Beispiel täuschend echte Falschinformationen, Deepfakes oder Propaganda erstellen.

### **Neues Verfassungsschutzgesetz regelt den Einsatz von KI**

Die Informationsmengen, mit denen der NRW-Verfassungsschutz heute arbeiten muss, werden immer größer. Das liegt vor allem daran, dass das Internet als Informations- und Kommunikationsmedium in allen Lebensbereichen eine immer wichtigere Rolle spielt. Die dabei entstehenden Datenmengen – oft öffentlich einsehbar – enthalten auch viele Informationen, die für die Arbeit des Verfassungsschutzes relevant sind.

Um diese Informationsflut bewältigen zu können, wurden im novellierten Verfassungsschutzgesetz weitere Regelungen für den Einsatz automatisierter Datenverarbeitung aufgenommen. Beim Einsatz von KI durch den Verfassungsschutz gelten strenge Datenschutzerfordernungen.

Das neue Gesetz unterscheidet zwei Formen der Automatisierung. Die rein automatisierte Erhebung, etwa durch einfache Schlagwortsuchen im Internet oder in Datenbeständen, war auch vorher bereits zulässig. Neu geregelt wird der Einsatz fortschrittlicher Systeme mit maschinellem Lernen. Konkret geht es dabei vor allem darum, Daten zu filtern, zu sortieren und zu priorisieren, und damit für menschliche Bearbeiter handhabbar zu machen.

Mit IT-gestützten Verfahren lassen sich relevante Informationen deutlich schneller auffinden als bei rein manueller Bearbeitung. Das gilt für das gezielte Auswerten vorhandener Datenbestände ebenso wie für die Früherkennung verfassungsfeindlicher Entwicklungen im Internet, insbesondere gewaltorientierter Bestrebungen.

Vollautomatische Analysen wird es jedoch auch in Zukunft nicht geben. Dafür sind die Aufgaben des NRW-Verfassungsschutzes zu komplex und die ggf. damit verbundenen Grundrechtseingriffe zu bedeutsam.

### **Künstliche Intelligenz - disruptive Technologie in den Händen von Rechtsextremisten**



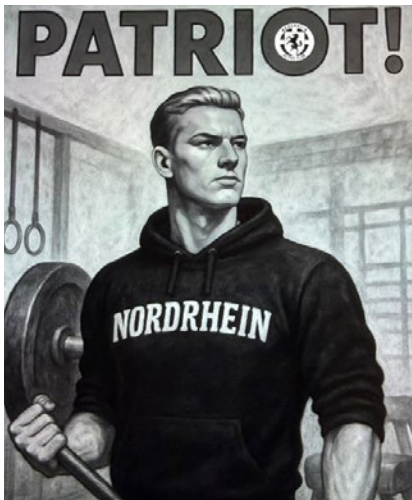
KI-generierte Aufforderung nach „Remigration“ für alle Flüchtlinge

„Eine vermeintliche Polizeikontrolle. Ein Auto wird angehalten. Auf der Fahrerseite sitzt Adolf Hitler und schreit die Polizisten an. Anschließend beschleunigt er seinen Wagen und fährt davon.“

Diese absurde und zugleich fiktiv-revisionistische Videosequenz wirkt täuschend echt. Erstellt wurde das sogenannte Deepfake-Video mit Hilfe von KI. Diese neue, disruptive Technologie bietet nahezu unbegrenzte Anwendungsmöglichkeiten, die weit über die bisherigen Möglichkeiten im Internet hinausgehen. Ein Vorteil, den auch immer mehr Rechtsextremisten für sich entdecken und zu nutzen wissen. Dabei

helfen ihnen KI-Anwendungen, Propaganda und Desinformation zu verbreiten, Unterstützer zu rekrutieren und Aktionen zu planen und durchzuführen.

Im Rechtsextremismus werden überwiegend mittels KI-Anwendungen generierte oder modifizierte Bildinhalte erstellt. Diese werden mehrheitlich in den sozialen Medien als „Content“ bezeichnet, um einerseits Aufmerksamkeit zu erzeugen und andererseits mit der Gefolgschaft zu interagieren. Oftmals wirkt dabei KI-generierter „Content“ sehr emotionalisierend und auf die jeweilige Zielgruppe angepasst. Nicht selten werden komplette Profile in den sozialen Netzwerken ausschließlich mit KI erzeugt. Die so erstellten rechtsextremistischen KI-Influencer sprechen nicht nur eine jüngere Zielgruppe an, sondern indoktrinieren Kinder und Jugendliche mit vermeintlich harmlosen Bildern, Memes, Sprüchen oder sogar Videos.



Betont maskulin erstelltes KI-Bild

Darüber hinaus spielen KI-generierte Bildinhalte bei der Agitation gegen rechtsextremismustypische Feindbilder eine besondere Rolle. Diese richten sich häufig gegen staatliche Institutionen, medial bekannte Personen, politische Funktionsträger oder gesellschaftlich abgelehnte Gruppen, wie beispielsweise Flüchtlinge oder Asylbewerber.

Dabei wirkt dieser KI-Content häufig klischeehaft und übertrieben in der Darstellung von Stereotypen über eine Person oder Gruppe, die wenig mit der individuellen Realität zu tun hat.

Zunehmend werden auch KI-generierte Musikinhalte, Klänge oder Stimmen in der rechtsextremistischen Szene verbreitet. Dass KI-generierte Musik erfolgreich sein kann, zeigte der österreichische Musikproduzent Butterbro. Ihm gelang es mit dem Song „Verknallt in einen Talahon“ als Erstem, mit einem ausschließlich KI-erstellten Lied in die deutschen Singlecharts einzutreten. Der Song versucht, satirisch ver-

schiedene Stereotype von überwiegend arabischen Migranten zu bedienen, weshalb dieser auch in den virtuellen Echokammern der rechtsextremistischen Szene geteilt wurde.

Mit KI lassen sich Songs produzieren, die stilistisch an normale Popmusik oder Rap erinnern. Dadurch werden diese Songs insbesondere für Kinder, Jugendliche und breitere Zielgruppen zugänglich. So kann auch die Hemmschwelle sinken, sich ideologisch belastete Inhalte anzuhören. Nicht selten landen von Rechtsextremisten erstellte KI-Lieder auch auf Streamingdiensten, also auf Plattformen mit algorithmischer Reichweite. Dort erreichen die Lieder ein breites Publikum, oft ohne dass gleich auffällt, wer tatsächlich dahintersteckt. Es ist davon auszugehen, dass die rechtsextremistische Szene mittels verbesserter KI-Softwareprodukte noch subtiler und zielgruppenspezifischer ihre Propaganda in den sozialen Netzwerken platzieren und verbreiten wird. Dabei zeigt sich die Szene flexibel und reagiert dynamisch auf verschiedene Trends in den sozialen Netzwerken. Die teilweise unverfänglichen Botschaften, deren Intention aber eindeutig rechtsextremistisch geprägt ist, werden durch harmlos wirkende Bilder oder Videos geschickt verpackt. Dabei bedienen sich Rechtsextremisten beispielsweise der Methode des „Storytelling“, bei der durch den Einsatz von Geschichten subtil oder offen rechtsextremistische Inhalte vermittelt werden.

### **Nutzung von Künstlicher Intelligenz im Islamismus - Neue Möglichkeiten der Propaganda**

Neben Rechtsextremisten entdecken zunehmend auch islamistische Akteure die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen die neuen Technologien der Künstlichen Intelligenz bieten. In den nicht-jihadistisch ausgerichteten islamistischen Gruppierungen wird KI von verschiedenen Akteuren ebenso für die jeweils eigenen Zwecke rezipiert und angewendet, wie es auch allgemein in der Gesellschaft üblich geworden ist. Besonders jüngere oder technikaffine Personen experimentieren mit KI und setzen diese ein. Vereinzelt finden sich Hinweise darauf, dass KI im politischen Salafismus zur Unterstützung der Da'wa-Aktivitäten genutzt wird, um Videos in andere Sprachen zu übersetzen. Eine eigene Strategie für die Anwendung von KI, um damit ganz bestimmte Ziele zu erreichen, ist bisher jedoch noch nicht erkennbar.

Die Unterstützer des jihadistischen Islamismus, vor allem die des sogenannten **Islamischen Staates (IS)**, nutzen hingegen bereits seit längerem gezielt KI. Die Anwendungsbereiche sind vielfältig und umfassen Video- und Bildmaterialerstellung für **IS**-Propaganda, aber auch die Möglichkeiten der Texterstellung oder die Übersetzung in andere Sprachen. Im Juni 2025 erklärte die offizielle Medienstelle des **IS**, „Al-Azaim“, die Nutzung von KI in der englischsprachigen Ausgabe des Online-Magazins „Voice of Khorasan“ sogar zur Notwendigkeit und einer religiösen Pflicht. Letzteres wurde kurz darauf jedoch wieder relativiert. In diesem und ähnlichen Beiträgen werden die Vor- und Nachteile verschiedener KI-Werkzeuge dargestellt. Ein weiteres Beispiel sind Chatbots, deren Aufgabe es ist, erste Kontakte mit möglichen neuen Rekruten des **IS** aufzunehmen, bevor ein menschlicher Anwerber das Gespräch übernimmt.

Neben dem Nutzen, der aus der Verwendung von KI für die eigene Propaganda, Cybersicherheit und Cyberangriffe gezogen werden kann, machen die offiziellen **IS**-Verlautbarungen auch auf die damit verbundenen Gefahren wie Desinformation



In der „Voice of Khurasan“ werden Vor- und Nachteile künstlicher Intelligenz diskutiert

und Sicherheitsprobleme aufmerksam. Insgesamt zeigt sich, dass der **IS** und seine Unterstützerszene sich schnell auf neue technologische Entwicklungen im Bereich der KI einstellen und diese zielgerichtet für ihre Zwecke nutzen. Es ist davon auszugehen, dass sich zukünftig durch die Nutzung von KI sowohl die Qualität als auch die Quantität der jihadistischen Propaganda – sei es von Seiten des **IS** oder auch von **Al-Qaida**-Ablegern – steigern wird.



IS-Anhänger nutzen eine mit KI generierte Nachrichtensendung, um ihre Propaganda zu verbreiten

**Nutzung von Künstlicher Intelligenz -  
Auslandsbezogener Extremismus und Linksextremismus**

Eine themenbezogene und gruppenübergreifende Anwendung von künstlicher Intelligenz ist im Auslandsbezogenem Extremismus im Rahmen des seit Oktober 2023 laufenden israelischen Militäreinsatzes in Gaza festzustellen. KI wird



KI-generierte Explosion

in diesem Themenfeld vor allem von extremistisch beeinflussten säkularen pro-palästinensischen Gruppen sowie von Anhängern der unorganisierten, türkischen rechtsextremistischen **Ülkücü-Bewegung** genutzt. Es werden KI-generierte Bilder erzeugt und verbreitet, die sich polarisierend mit dem israelischen Militäreinsatz in Gaza beschäftigen.

Häufig werden Motive genutzt, die eine hohe Emotionalisierung bei den Nutzern von sozialen Medien hervorrufen. Der Gaza-Krieg dient Akteuren aus dem Bereich des Auslands-

bezogenen Extremismus dazu, zu polarisieren, zu mobilisieren und neue Sympathisanten und Mitglieder zu rekrutieren. Es werden einseitige Freund-Feind-Schemata zum Nachteil Israels verbreitet. Teilweise werden hierüber antisemitische Erzählungen für entsprechende Propaganda und Agitation genutzt. Die Beiträge auf Plattformen wie TikTok, Instagram oder Facebook werden in den digitalen Echo-kammern geteilt und erreichen so eine hohe Sichtbarkeit und Resonanz. Die durch KI generierten Bilder und Videos können, insbesondere in Kombination mit Falschmeldungen, auch zu verstärkten Radikalisierungsprozessen führen, etwa zu Gewalt bei Demonstrationen und Kundgebungen. Aufgrund der rasanten technischen Entwicklung und der leichten Verfügbarkeit von KI- Anwendungen ist zukünftig von einer noch stärkeren Nutzung auch im Bereich des Auslandsbezogenen Extremismus auszugehen. Im Bereich der **PKK** werden bereits jetzt Desinformationen verbreitet. Oftmals werden Tatsachen den eigenen ideologischen Bedürfnissen angepasst und in die Community gestreut.

Im Bereich des Linksextremismus wurde künstliche Intelligenz im Jahr 2025 nur punktuell zur Mobilisierung oder Radikalisierung eingesetzt. Aufgrund der zu-



428 3 14 93

Social Media Beitrag der Roten Jugend im KI-generierten Ghibli-Stil

zunehmenden Nutzung von künstlicher Intelligenz in der Gesellschaft und durch extremistische Akteure insgesamt ist davon auszugehen, dass auch im Linksextremismus zukünftig verstärkt KI-Tools zur Mobilisierung und Rekrutierung herangezogen werden. Da vergleichsweise niedrigschwellig und mit geringen Hürden professionell hochwertiges und zielgruppenorientiertes (Propaganda-)Material hergestellt werden kann, ist davon auszugehen, dass auch linksextremistische Akteure davon zielgerichtet Gebrauch machen werden. So ist nicht auszuschließen, dass generative KI zur Identitätsverschleierung auch im Linksextremismus etwa durch synthetische Profilbilder oder automatisierte Social Media-Konten eingesetzt werden könnte. So besteht die

Möglichkeit, auch für linksextremistische Akteure, in digitalen Räumen sichtbare Präsenz aufzubauen und Debatten zu beeinflussen, ohne reale Akteure einsetzen zu müssen. Im Linksextremismus spielen digitale Räume für die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen (KJKG)** eine große Rolle. Der in den letzten Jahren gestiegene Bekanntheitsgrad dieser Gruppen ist auch darauf zurückzuführen, dass sie ihre Propaganda in professionell gestalteten Social Media-Beiträgen präsentiert haben. Von Akteuren dieser Gruppen werden linksextremistische Inhalte in kurzen Beiträgen und Memes verbreitet und mit jugendorientierten Lifestyle-Elementen kombiniert.

### **Künstliche Intelligenz in der Präventionsarbeit**

Für die Extremismusprävention ist zu erwarten, dass die Konfrontation mit KI-generierten Inhalten auf allen drei Ebenen der Prävention - Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention - zunehmen wird und sich dies auf die Radikalisierungswege junger Menschen weiter auswirkt. Gerade extremistische Social Media-Auftritte nutzen KI zunehmend, um ihren Content moderner und jugendgerecht zu präsentieren.



Das KI-Rolle-Modell Lara Labun

Diese Entwicklung beobachtet und bewertet das Präventionsreferat in Zusammenarbeit mit allen Expertisen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes intensiv. Auch die Ausstiegsbegleiterinnen und -begleiter sowie die Wegweiser-Beratungskräfte werden im Mediumgang von Kindern und Jugendlichen von anerkannten Fachleuten geschult; der Einfluss von KI auf Radikalisierungsprozesse wird dabei ebenfalls beleuchtet. Weiterhin werden die Möglichkeiten, die ein Einsatz von KI auch in der Extremismusprävention bieten könnte, fortlaufend geprüft.

Die Nutzung von KI durch Rechtsextremisten wird in allen Präventionsveranstaltungen zum Themenfeld „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ aufgegriffen.

Gemeint sind damit alle Formen, mit denen sich Rechtsextremisten vor allem an junge Menschen richten. Die Aufklärung geschieht zum Beispiel anhand des cross-medialen Projekts „Lara: Die blonde Rebellin“. Es besteht einerseits aus einem Buch, das die angebliche, 16-jährige Gymnasiastin Lara Labun aus Münster in den Mittelpunkt stellt und als „packender Coming-of-Age-Roman über Freundschaft, erste Liebe und der Suche nach der eigenen Identität“ beworben wird. Zum Projekt gehören andererseits Memes und Videos auf Social Media, die Lara als KI-generierte Kunstfigur zeigen.

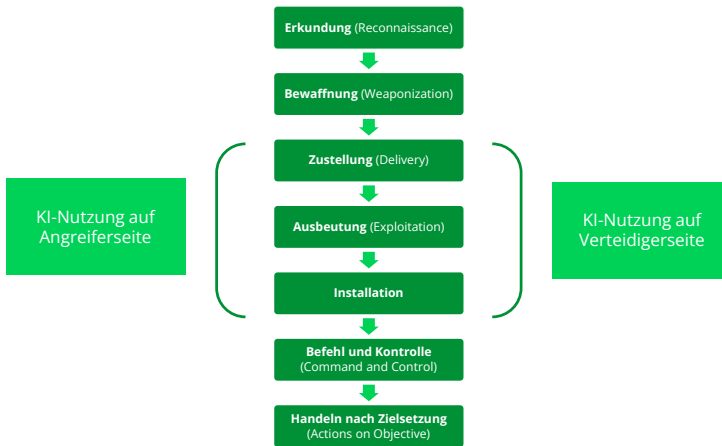
### **Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei Cyberangriffen**

Künstliche Intelligenz wirkt sich auch auf die Qualität und Quantität von Cyberangriffen aus. Mit Hilfe von fortschrittlichen KI-Werkzeugen können staatliche Cyberakteure ihre Ziele, wie etwa Spionage und Desinformation, schneller, günstiger und teilweise effektiver als bisher erreichen. Somit steigt das Risiko einer unbemerkten Infektion mit Schadsoftware. Gleichzeitig bietet künstliche Intelligenz aber auch der angegriffenen Seite erweiterte Möglichkeiten, Cyberangriffe abzuwehren. Sogenannte Intelligente Systeme sind in der Lage, Angriffsmuster zu erlernen, zu speichern und abzuwehren. Sie erlauben es, Anomalien im Netzwerkverkehr frühzeitig zu erkennen und Systemadministratoren rechtzeitig darauf hinzuweisen.

Es ist schwer zu quantifizieren, von wem und wie oft KI bereits eingesetzt wird. Es gibt jedoch vermehrt Hinweise, dass KI von ausländischen Nachrichtendiensten bei Cyberangriffen bereits genutzt wird. Hierzu zählen beispielsweise Hinweise der KI an den Entwickler, der im Quellcode der Schadsoftware auffindbar ist. Bisher sind keine Fälle bekannt geworden, bei denen ein Angriff von einer KI selbständig ausgeführt wurde. Vielmehr unterstützt und automatisiert KI viele Schritte, die früher manuell erfolgten.

Die in der Abbildung dargestellte Cyber-Kill-Chain ist ein klassisches Modell eines Cyberangriffs. Sie beschreibt die Handlungsfelder in der Cybersicherheit in sieben

idealtypischen Phasen. Inzwischen können KI-Systeme sowohl die Angreifer- als auch die Verteidigerseite in jeder einzelnen Phase des Angriffs unterstützen. Moderne KI-Systeme verleihen den Nutzern einen enormen Produktivitätszuwachs, so dass viele langwierige Aufgaben schneller und häufig sogar besser erledigt werden können. Daher ist davon auszugehen, dass eine erhebliche Transformation in der IT-Sicherheit bevorsteht.



Phasen eines Cyberangriffs (Cyber-Kill-Chain) in Verbindung mit Künstlicher Intelligenz

Auch Unternehmen und Organisationen, die ihre Systeme schützen möchten, setzen zunehmend „intelligente“ Systeme ein. Hierzu zählen beispielsweise sogenannte „Intrusion Detection Systeme“, die Abweichungen im Netzwerkverkehr anhand von trainierten KI-Modellen besser identifizieren können. Auch forensische Auswertungen, Recherchen in offenen Quellen (OSINT) und Security Health Checks können durch den Einsatz von KI effizienter, umfangreicher oder passgenauer durchgeführt werden. KI-gestützte Sicherheitssysteme können ungewöhnliches Verhalten, etwa untypische Login-Zeiten und Datenbewegungen, automatisch erkennen. Durch den Einsatz von KI können kompromittierte Zugänge und Zugriffe dynamisch bewertet und blockiert werden. Aufwendige Sicherheitssysteme, die auf einem Zero-Trust-Modell (vertraue niemanden) basieren, werden durch KI skalierbar und effektiv.

Künstliche Intelligenz bietet großes Potenzial, Cyberangriffe abzuwehren und die IT-Sicherheit zu verbessern. Dennoch werden klassische Verfahren zur Erhöhung des Schutzniveaus nicht automatisch obsolet. Neben der Schaffung von Aufmerksamkeit und der Schulung der Mitarbeiter bleiben Zugangsverifizierung, Updates- und Patch-Management, Verschlüsselung sensibler Daten sowie Backup-Strategien weiterhin wesentliche Bestandteile einer vorausschauenden IT-Sicherheitsstrategie.

### **Ausblick**

Die Nutzung von KI durch extremistische Akteure stellt eine wachsende Herausforderung für den NRW-Verfassungsschutz dar. Die Technologie ermöglicht es, Ideologien effizienter zu verbreiten, gezielt junge Menschen anzusprechen und Propaganda über digitale Kanäle zu verstärken.

Besonders im Rechtsextremismus spielt KI bereits eine zentrale Rolle bei der Erstellung von Memes und Musik. Auch der sogenannte **Islamische Staat** setzt KI verstärkt für Propagandazwecke ein. KI erweitert die Möglichkeiten sowohl für Cyberangriffe als auch für deren Abwehr erheblich.

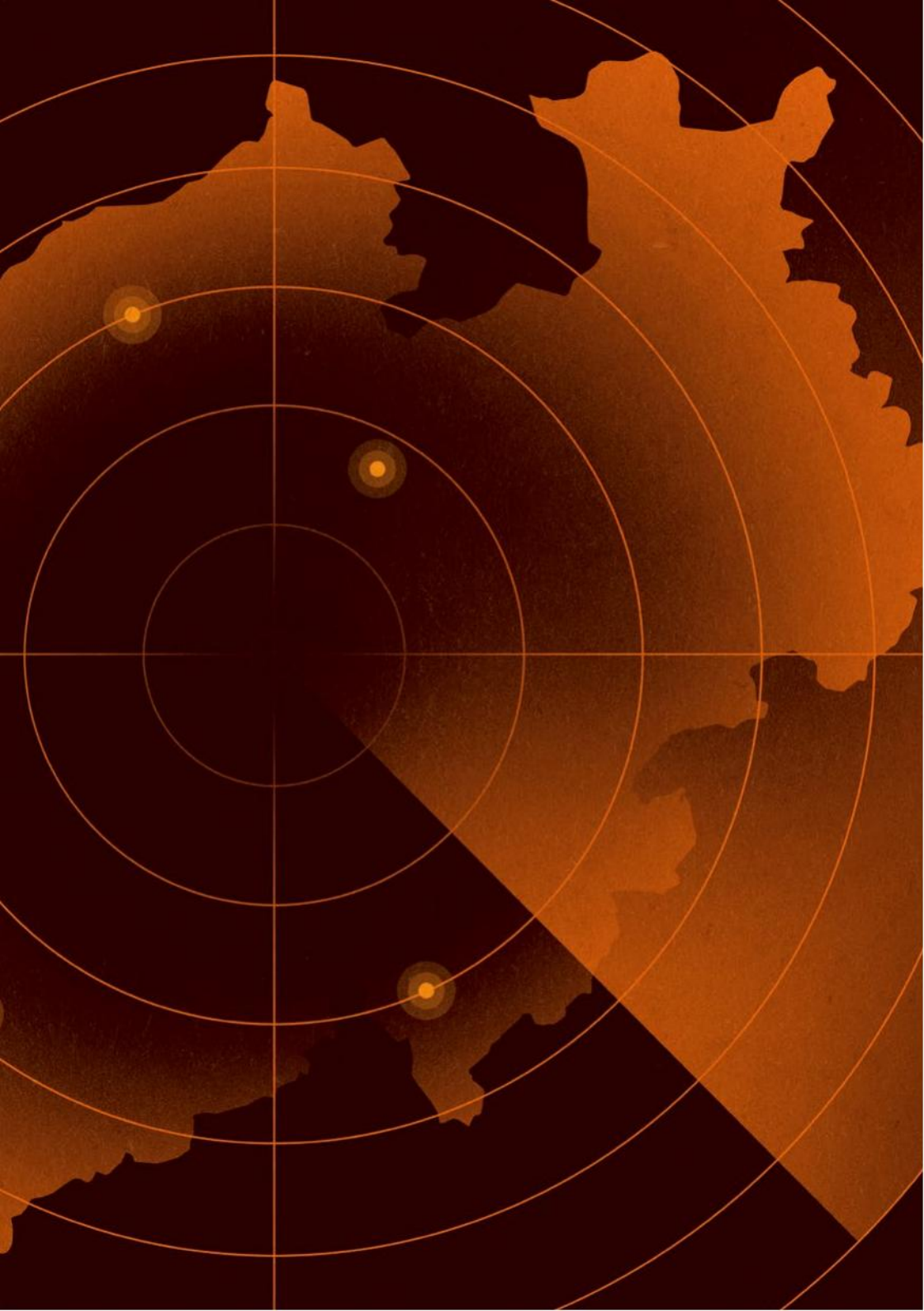
In den kommenden Jahren wird die Nutzung von KI durch Extremisten voraussichtlich weiter zunehmen. Aber auch ausländische Nachrichtendienste werden KI zunehmend einsetzen, um ihre Ziele, wie etwa Spionage und Desinformation, im Cyberraum effizienter umzusetzen. KI-Werkzeuge werden immer leistungsfähiger und zugänglicher, wodurch Aktivitäten zunehmend automatisiert und gezielt gestaltet werden können.

Um der aktuellen Entwicklung Rechnung zu tragen, wurde im Jahr 2025 das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz grundlegend novelliert, das nun auch den Einsatz von KI ermöglicht.

Die kontinuierliche Beobachtung und Analyse der KI-Nutzung bleibt für den Verfassungsschutz unerlässlich, um frühzeitig auf diese Entwicklungen reagieren und präventive Maßnahmen entwickeln zu können.

# ANTISEMITISMUS





# ANTISEMITISMUS

Mehr als zwei Jahre nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 hat sich in Nordrhein-Westfalen eine bittere Realität eingeschlichen. Antisemitismus ist zunehmend Alltag, die Grenzen des Unsagbaren sind vollends verwischt. Die Zahlen im Berichtsjahr 2025 sind leicht angestiegen und spiegeln die vermeintliche Normalität des Antisemitismus in vielen Lebensbereichen als etablierte Größe wider.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten stieg im Jahr 2025 von 695 auf 786 Straftaten. Das entsprach einer Zunahme von knapp 13 Prozent. Der Anstieg ließ sich insbesondere durch den Nahost-Konflikt erklären.

Besonders alarmierend ist, dass sich Antisemitismus in der alltäglichen Wahrnehmung manifestiert hat. Es kommt nicht mehr in Wellen, es ist zu einem dauerhaften Rauschen geworden. Die Gesellschaft droht, in der öffentlichen Debatte abzustumpfen.

## **Antisemitismus Definition**

Die Landesregierung orientiert sich an der sogenannten IHRA-Arbeitsdefinition (International Holocaust Remembrance Alliance) von Antisemitismus. Diese bildet die Grundlage für das Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen. In dieser Definition sind Kriterien für einen israelbezogenen Antisemitismus abgebildet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder gegen deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet:

„Darüber hinaus kann der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Das Judentum und der Staat Israel bieten weiterhin ein gemeinsames Feindbild der extremistischen Szenen. So ist Antisemitismus keine untrennbare Einheit, sondern schlägt Brücken in die extremistischen Strömungen hinein. Im Folgenden werden die Erscheinungsformen des Antisemitismus im Kontext extremistischer Bestrebungen dargestellt.

### **Antisemitismus im Rechtsextremismus**

Im Rechtsextremismus ist Antisemitismus ein hervorgehobenes Dauerthema, das in verschiedenen Varianten verbreitet wird. Vor allem wird ein rassistischer Antisemitismus vertreten, wie ihn die Nationalsozialisten propagierten. Da dabei oftmals die Grenze zur Strafbarkeit überschritten wird, geschieht die Verbreitung oftmals anonymisiert in geschlossenen virtuellen Gruppen. Letzteres gilt auch für die Leugnung des Holocausts. In offener Form äußern Rechtsextremisten diesen meistens nur verklausuliert. So hat die Zeitschrift **N.S. Heute** den Schwerpunkt ihrer ersten Ausgabe im Jahr 2025 der 2024 verstorbenen langjährigen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck gewidmet. In dem dort erschienen Nachruf verkündet der Autor sie als „die Große Dame des deutschen Revisionismus, die so mutige Streiterin für Meinungs- und Forschungsfreiheit.“

Seit 1945 entwickelt sich ein sekundärer Antisemitismus, der sich durch Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr auszeichnet. Ein Beispiel dafür war die Rede von Manuel L. beim Gründungskongress der Generation Deutschland, der Jugendorganisation der AfD, am 29. November 2025 in Gießen. Der Redner, der in der *Jungen Alternative NRW* bis zu deren Selbstauflösung im März 2025 im Bezirksverband Südwestfalen Ruhr im Vorstand saß, sagte: „Schaut in die Vergangenheit. Unser Volk wurde gedemütigt, geteilt und beschämt. Man lehrte uns, uns zu schämen für das, was wir sind.“ Eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere des Holocausts, wird als Erniedrigung Deutschlands dargestellt.

Eine weitere Variante ist der auf den Staat Israel bezogene Antisemitismus. Dabei werden antisemitische Stereotype auf Israel projiziert. Rechtsextremisten propagieren anlassbezogen entsprechende Feindbilder. Den eskalierten Nahost-Konflikt nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 nutzten Rechtsextremisten 2025 vielfach, um Israel sowie Jüdinnen und Juden zu dämonisieren. So veröffentlichte beispielsweise **Der III. Weg** auf seiner Webseite am 15. August 2025 einen Beitrag, in dem es heißt: „Doch der alttestamentarische Vernichtungswillen der „Auserwählten“ ist ungebrochen.“

### Antisemitismus im Islamismus

Der Nahost-Konflikt und die Bilder des Leids aus Gaza haben eine starke Emotionalisierung insbesondere in der islamistischen Szene hervorgerufen. Diese äußert sich aber überwiegend im persönlichen Bereich. So fallen etwa immer wieder Personen durch Sympathiebekundungen für die **HAMAS** und deren Führungsfiguren auf, obwohl sie ansonsten keinerlei Bezüge zu der Organisation haben und deren islamistische Ausrichtung vielleicht sogar ablehnen.

Ebenso war während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Iran im Sommer 2025 feststellbar, dass selbst Personen aus der salafistischen Szene, die der Islamischen Republik Iran aus ihrer dogmatischen Ablehnung von Schiiten heraus absolut feindlich gegenüberstehen, die iranischen Raketenangriffe auf Israel begrüßten und die Bilder der Schäden in israelischen Städten sowie die



Antisraelische Darstellung von Islamisten auf Instagram

Nachrichten über israelische Todesopfer bejubelten. Dies verdeutlicht, dass der Hass auf Israel sogar derart tiefe ideologische Gräben überwinden kann und das gesamte islamistische Lager in dieser Frage eint. Sämtliche islamistischen Gruppierungen teilen eine grundsätzliche Ablehnung

des Staates Israel und die Negierung von dessen Existenzrecht. Islamistische Organisationen sind hingegen deutlich zurückhaltender als Einzelpersonen und schrecken aus Angst davor, dass ihre Äußerungen Sympathien für die **HAMAS** zum Ausdruck bringen, vor einer allzu deutlichen Positionierung zurück.

Dennoch war erkennbar, dass der Druck, angesichts der verheerenden humanitären Lage in Gaza Position zu beziehen, im Berichtszeitraum Wirkung gezeigt hat und der Nahost-Konflikt vermehrt innerhalb der Moscheen thematisiert wurde. Vor allem Islamisten nutzen die starke Emotionalisierung und drängen Moscheegemeinden dazu, den Nahost-Konflikt häufiger aufzugreifen, damit sie dabei ihre ideologischen Botschaften einbringen können. Vereinzelt wurde das Thema tatsächlich dazu instrumentalisiert, um Botschaften zu verbreiten, die zumindest anschlussfähig für islamistische Narrative sind.



Islamisten setzen auf Instagram Moscheen unter Druck, sich zum Nahost-Konflikt zu positionieren

Kampf gegen die gesamte muslimische Gemeinschaft sei. Derartige Vorstellungen knüpfen an gängige islamistische Narrative an und können die Grundlage für die Entwicklung von antisemitischen Einstellungen legen. Diese verfangen unter Umständen auch bei Personen, die ansonsten keinen Bezug zu Islamisten aufweisen und deren extremistische Ordnungsvorstellungen eigentlich ablehnen.

Üblicherweise wurde auf die Solidarität der Umma, der islamischen Gemeinschaft, verwiesen und betont, dass hiesige Muslime in der Verantwortung stünden, sich gegen das Leid ihrer Glaubensbrüder in Gaza einzusetzen. Vereinzelt wurde aber auch geäußert, dass sich das israelische Vorgehen nicht nur gegen die Palästinenser richte, sondern ein



Aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir werden auf Instagram mehr Diskussionen zum Nahost-Konflikt gefordert



Unter den islamistischen Organisationen stechen allerdings die **Hizb ut-Tahrir** und die **Furkan-Bewegung** heraus, die beide intensiv den Nahost-Konflikt aufgreifen und diesen zu einem zentralen Thema in ihrer Propaganda machen. So richtete die **Furkan-Bewegung** auch in Nordrhein-Westfalen eine entsprechende Veranstaltung aus, bei der die

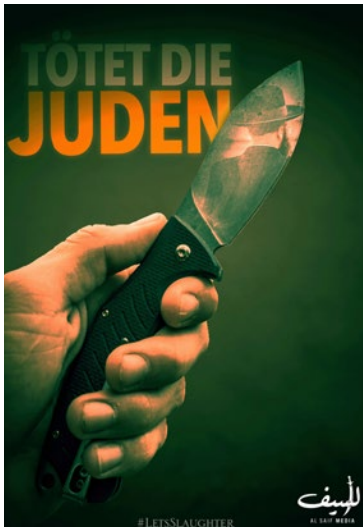
Bedeutung des Nahost-Konflikts für die gesamte muslimische Gemeinschaft betont wurde. Aus dem Umfeld der **Hizb ut-Tahrir** wurde hingegen eine bundesweite Kampagne organisiert, die sich unter dem Begriff „Nie wieder Staatsräson“ gegen das deutsche Engagement für die Sicherheit Israels richtete und auch in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Unterstützer fand.



Die Furkan-Bewegung bewirbt eine Veranstaltung zum Nahost-Konflikt

In der jihadistischen Szene fehlt hingegen jegliche Differenzierung in Bezug auf den Nahost-Konflikt. Es wird nicht einmal versucht, die eigene antisemitische Einstellung zu kaschieren. Während die **HAMAS** in ihrer Propaganda angibt, dass sich ihre Angriffe nicht gegen „Zionisten“ aufgrund der Besetzung Palästinas richten würden, bekennen sich jihadistische Akteure offen und ungehemmt zu ihrem Judenhass. Vereinzelt richten sich diese auch an einen deutschsprachigen Adressatenkreis. Im Oktober 2025 wurde etwa auf dem IS-nahen Kanal „Al-Saif-Media“ eine Grafik veröffentlicht, die zur Ermordung von Juden aufruft. Unter der Überschrift „Tötet die Juden“ ist dort eine Hand mit einem Messer abgebildet. In dessen Klinge spiegelt sich die Rücken-

sicht einer Person, die mutmaßlich einen orthodoxen Juden darstellen soll. Darunter findet sich der Hashtag #Lets Slaughter, der allgemein zur Begehung von Anschlägen aufruft. Diese Grafik ist ein weiterer Beleg dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland durch die Aktivitäten jihadistischer Akteure akut bedroht wird.



Im Oktober auf dem IS-nahen Rocket.Chat-Kanal „Al-Saif-Media“ veröffentlichte Grafik, die zur Ermordung von Juden aufruft

Bezüglich des pro-palästinensischen Demonstrationsgeschehens setzte sich die bisherige Zurückhaltung islamistischer Akteure fort. Allerdings gibt es erste Anzeichen dafür, dass sich dies verändern und es zu einem stärkeren Engagement von Islamisten kommen könnte. Nach wie vor scheuen einige islamistische Organisationen vor dem Aufruf zur Beteiligung an den Kundgebungen zurück, sodass deren Anhänger dort nicht geschlossen, sondern wenn überhaupt dann nur als Einzelpersonen in Erscheinung treten. Tatsächlich bestehen weiterhin erhebliche ideologische Vorbehalte, die trotz des grundsätzlichen Wunsches des Engagements für die palästinensische Sache gegen eine Beteiligung von Islamisten sprechen. Dazu zählt etwa, dass viele Kundgebungen durch Veranstalter, die als aus

dem politisch linken oder gar linksextremistischen Bereich wahrgenommen werden, angemeldet und organisiert werden. Zum islamistischen Lager bestehen hier trotz des Schnittpunkts im Antiimperialismus erhebliche ideologische Differenzen. Islamisten kritisieren die fehlende Geschlechtertrennung bei den Kundgebungen oder lehnen teilweise die Verwendung von Nationalfahnen - auch der palästinensischen Flagge - ab. In mehreren Fällen war aber feststellbar, dass sich Islamisten trotz dieser Vorbehalte an Kundgebungen beteiligten und dabei vereinzelt sogar als Redner auftraten. Vor diesem Hintergrund bleibt es abzuwarten, ob sich künftig eine stärkere Beteiligung des islamistischen Spektrums am pro-palästinensischen Demonstrationsgeschehen ergeben wird.

## Antisemitismus im Linksextremismus

Linksextremisten des dogmatischen Spektrums nahmen 2025 weiterhin an pro-palästinensischen Versammlungen teil, auch wenn dort antisemitische und/ oder islamistische Organisationen präsent waren. Sie sind dort aber eher eine Randerscheinung, auch wenn sich einzelne Personen aus dem Linksextremismus sehr stark engagieren, etwa in der **Palästina Solidarität Duisburg**.

Wie im sehr Theorie und Debatten affinen linksextremistischen Spektrum üblich, gibt es durch den Krieg in Israel und Gaza und dem damit verbundenen Versammlungsgeschehen, eine ganze Flut von Stellungnahmen, Äußerungen und Debattenbeiträgen zum Thema. Dabei zeigt sich wieder einmal die altbekannte Spaltung innerhalb der Szene entlang des Nahost-Konflikts. So gibt es auch einen relevanten Teil der linksextremistischen Szene, der sich klar israelsolidarisch positioniert und auch die Gegenseite innerhalb der Szene offen kritisiert.

Letztere speist sich vor allem aus den Marxistisch-Leninistischen Gruppierungen, also beispielsweise den Parteien **DKP** und **MLPD**, den **Kommunistischen Jugend- und Kaderorganisationen** und dem **trotzkistischen Spektrum**. Ihr aus der Ideologie abgeleiteter Antiimperialismus ist weiterhin anschlussfähig für antisemitische Denkmuster. Diese Teile der linksextremistischen Szene positionieren sich deutlich antizionistisch, lehnen also den Staat Israel als solchen ab, distanzieren sich jedoch weiterhin von Antisemitismus. Dabei gibt es aber durchaus verschiedene und auch unterschiedlich differenzierte Bewertungen des Konflikts. Eine offen erklärte Ablehnung des Judentums oder der Juden an sich, war auch 2025 nicht feststellbar.

Ein Beispiel sind die 2025 erneut aufgebrochenen Konflikte in der **Linksjugend [‘solid]**. So schrieben die Basisgruppe Essen und der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf Instagram im August 2025, Israel sei ein „ethno-faschistischer Kolonialstaat“, in dem eine „queere Befreiung [...]“ niemals möglich sei. In einem Social Media-Beitrag der Basisgruppe Münster aus dem September 2025, gegen „zionistische Positionen in der Partei Die Linke“, wurde sogar behauptet, Zionisten seien Rassisten und Israel unterstellt, es würde Minderheiten „generell vertreiben wollen“.



Der Landesarbeitskreis Antiimperialismus nutzte die Flaggen Palästinas und der Sowjetunion als Logo auf seinem Instagram-Profil

Innerhalb des Verbandes trat 2025 auch ein Landesarbeitskreis Antiimperialismus in Erscheinung, dessen Logo bezeichnenderweise die Flaggen Palästinas und der Sowjetunion sind. Dieser Arbeitskreis distanzierte sich im Oktober 2025 mit den Basisgruppen Krefeld, Rhein-Sieg, Paderborn und Remscheid vom eigenen Bundesverband. Auslöser war ein Statement in dem, nach Meinung der Kritiker, die Ge-

walt zu einseitig der **HAMAS** zugeschrieben worden sei. Im November 2025 folgte eine Kehrtwende des Gesamtverbandes, der auf seinem XVIII. Bundeskongress die Resolution „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ annahm. Darin wird Israel als koloniales und rassistisches „Apartheidsystem“ bezeichnet, welches einen „Genozid in Gaza“ durchführe.

Demgegenüber steht der Bundesarbeitskreis Shalom in der **Linksjugend [‘solid]**, welcher seinen verbandsinternen Gegnern vorwirft, die „Queerfeindlichkeit“ der **HAMAS** zu ignorieren und die „islamistische Herrschaft in Gaza“ zu unterstützen.

Ein anderes Beispiel ist die **Rote Jugend Deutschland** beziehungsweise deren Teilorganisation **Aufbruch Münster**. Diese beteiligt sich an den pro-palästinensischen Demonstrationen in der Stadt, solidarisiert sich mit der verbotenen palästinensischen Organisation **Samidoun**, bezeichnet Israel durchgängig als Kolonialstaat und spricht von „Aufrufen durch Zionisten zu Gewalt und Genozid gegen das palästinensische Volk“.

An der **Perspektive Kommunismus (PK)** kann aber recht eindeutig gezeigt werden, dass die liberalen Demokratien der eigentliche Feind der Antiimperialisten sind und eben nicht die Juden als religiöses oder ethnisches Kollektiv. Israel wird

abgelehnt, weil es hier als Teil des imperialistischen Westens definiert ist. Zum antimilitaristischen „Rheinmetall entwaffnen“- Camp im August 2025 in Köln schrieb die **PK** demgemäß:

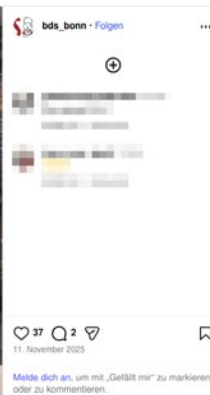
„Es ist der westliche Imperialismus, der weltweit die Kriegsgefahr vorantreibt. Im Angesicht der kapitalistischen Krise, ihrer schwindenden Profite und der schärfer werdenden Konkurrenz sind die Herrschenden zunehmend bereit, die Eskalation zu riskieren. Ihr moralisches Mäntelchen lassen sie dabei mehr und mehr fallen. Der Krieg gegen den Iran, der blutige Abnutzungskrieg an der NATO-Ost-Front, der Genozid in Palästina – die Barbarei ist sichtbar.“ Perspektive Kommunismus: Die revolutionäre Seite aufbauen – Krieg dem Krieg!

### Antisemitismus im auslandsbezogenen Extremismus

In der säkularen pro-palästinensischen Szene gab es ebenfalls Elemente des Antisemitismus. In den meisten Fällen handelte es sich um Agitationen gegen den Staat Israel als jüdisches Kollektiv. Dabei wurde dem Staat Israel regelmäßig das Existenzrecht abgesprochen, so zum Beispiel durch das Rufen bestimmter Parolen. Weit verbreitet wurde vor allem die Parole „from the river to the sea, palestine will be free“. Damit ist die Befreiung Palästinas auf dem Gebiet zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer gemeint, mithin das israelische Staatsgebiet. Daneben wurden vermehrt Aufrufe im Sinne der Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) festgestellt.



Die BDS-Gruppe Bonn wirbt auf Instagram für einen Infostand



Diese fordern einen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott des Staates Israel. Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2019 mit seinem „BDS-Beschluss“ die Argumentationsmuster und Methoden der Kampagne als antisemitisch qualifiziert und Assoziationen zur national-

sozialistischen Parole „Kauft nicht bei Juden“ dargelegt. In Nordrhein-Westfalen gab es 2025 regelmäßig Beiträge pro-palästinensischer Gruppierungen, die zum Boykott des Staates Israel und mit diesem in Verbindung stehenden Unternehmen aufriefen. Neben diesen Aufrufen fanden zudem Informationsstände und Seminare zum Thema statt. In Nordrhein-Westfalen kann als Beispiel die **BDS-Gruppe Bonn** genannt werden.

Antisemitismus ist darüber hinaus grundlegender Bestandteil der Ideologie des türkischen Rechtsextremismus. Die Ideologie der **Ülkücü-Bewegung** ist von einem übersteigerten Nationalbewusstsein geprägt und äußert sich vorrangig in der Verherrlichung des Türkentums bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen. In diesem Kontext ist der Nahost-Konflikt stets ein Thema unter den Anhängern der **Ülkücü-Bewegung** und bedient mithin auch die bekannten Narrative der **Ülkücü-Ideologie**. Basierend auf der Wahrnehmung einer allgemein herrschenden Islamfeindlichkeit, gilt die uneingeschränkte Solidarität mit Palästina und dem palästinensischen Volk.

Obwohl die Anhänger der sogenannten freien Szene der **Ülkücü-Bewegung** überwiegend in den sozialen Medien aktiv sind und teilweise antiisraelische und anti-zionistische Inhalte verbreiten, gab es im Jahr 2025 vereinzelt auch realweltliche Aktionen wie Aufrufe und Teilnahmen an pro-palästinensischen Demonstrationen. So wurden während einer Demonstration in Düsseldorf am 27. September 2025 Symbole wie das Wolfsymbol, das Wort Türk in Orchon Runen der türkischen Rechtsextremisten gezeigt.

Der Nahost-Konflikt wurde auch innerhalb der vereinsgebundenen Anhängerschaft thematisiert. So nahm der Dachverband ATIB an einer Pressekonferenz am 9. Juli 2025 mit Bezug zur Situation in Gaza in Brüssel teil. In dieser Pressekonferenz richteten acht zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs), die die muslimische Gemeinschaft in Europa vertreten, einen gemeinsamen Appell an die internationale Gemeinschaft.

Gegenstand der Erklärung ist die humanitäre Situation in Gaza. Zudem wird darin scharfe Kritik an den europäischen Regierungen geübt. In diesem Kontext wird die

israelische Vorgehensweise als Kriegsverbrechen und Völkermord beschrieben. Außerdem werden die Anerkennung des Staates Palästina und die Beendigung von Waffenlieferungen an Israel gefordert.

### **Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus**

Seit dem Frühjahr 2023 ist die Bündelungsstelle Antisemitismus zentraler Ansprechpartner für das Thema Antisemitismus innerhalb des NRW-Verfassungsschutzes. Diese steht im engen Austausch mit den jüdischen Gemeinden und Organisationen mit Bezug zum Judentum beziehungsweise Israel. Die Themenfelder Aufklärung und Prävention sind dabei integraler und strategischer Teil der Arbeit. Durch beide wirkt die Bündelungsstelle nach außen. Durch Veranstaltungen und Sensibilisierungen leistet der Verfassungsschutz so seinen Beitrag, um antisemitische Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zählt dabei zu den Kernaufgaben. Stetige Sensibilisierung - ein stetiges Wachrütteln - soll die Bevölkerung aufklären und informieren und so dazu beitragen, einer Abstumpfung entgegenzuwirken.

Bei den Veranstaltungen kommen Akteure aus Politik und Gesellschaft zusammen, vernetzen sich und setzen sich so gemeinsam gegen Antisemitismus ein.

Über die Bündelungsstelle pflegt der Verfassungsschutz NRW stetigen Kontakt mit der seit dem 1. November 2024 amtierenden Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur des Landes Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann.

Am 11. November 2025 stellte die Beauftragte des Landes zum Thema Antisemitismus sich und ihre Arbeit den Beratungskräften des Präventionsangebots „Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus“ vor. Während des jährlich stattfindenden Erfahrungsaustauschs im nordrhein-westfälischen Innenministerium in Düsseldorf betonte sie ihr Interesse an einem frühzeitigen Austausch und einer engen Zusammenarbeit mit Wegweiser. Aus ihrer Sicht müssen Prävention und Bil-

Hand in Hand gehen, daher sei die Arbeit der Wegweiser-Beratungskräfte an Schulen unabdingbar.

Die Bündelungsstelle unterstützte die Kommunale Fachtagung der Beauftragten des Landes zum Thema Antisemitismus 2025 mit einem Impuls über Antisemitismus als Brückenphänomen zwischen den Extremismusformen und der Abgrenzung zwischen Antisemitismus und der legitimen Kritik an der Regierungspolitik Israels in der Bezirksregierung Düsseldorf am 8. Dezember. Dabei wurde insbesondere auf den Drei-D-Test anhand der Kriterien Delegitimierung, Dämonisierung und doppelter Standards abgehoben.

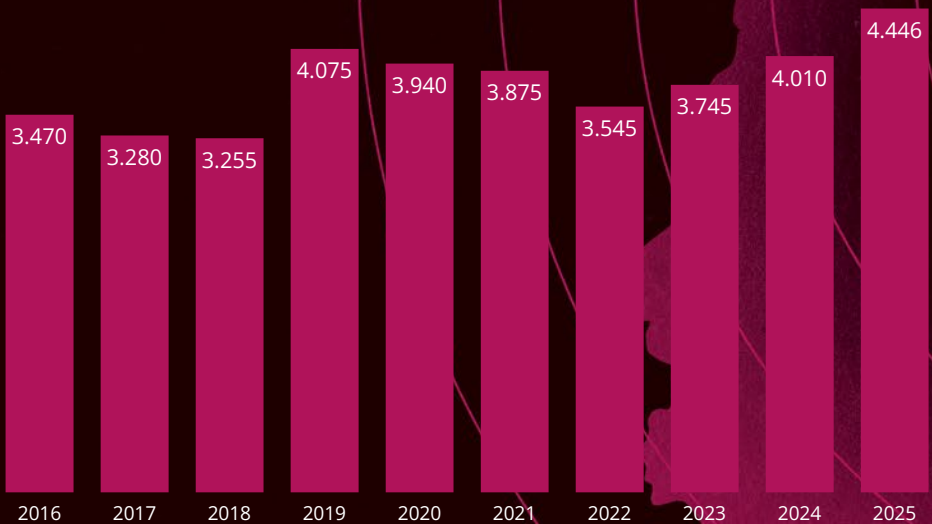
Am 10. Dezember 2025 kamen circa 40 Besucherinnen und Besucher in der Zentralbibliothek Düsseldorf zu einem Fachvortrag von Leo Fischer, Mitherausgeber des Sammelbandes „Code und Vorurteil“, zusammen. Veranstalter der Fachdiskussion waren die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Düsseldorf, das nordrhein-westfälische Innenministerium, die Düsseldorfer Beiträge „Respekt und Mut“, die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) und die Volkshochschule Düsseldorf.

In dem Sammelband „Code & Vorurteil. Über Künstliche Intelligenz, Rassismus und Antisemitismus“ geht es um die Frage, wer von der durch Künstliche Intelligenz (KI) neu gewonnenen Effizienz profitiert und für wen KI zu einer echten Gefahr werden kann. Darüber hinaus geht es um den Aspekt, was dies für die wehrhafte Demokratie und vielfältige Gesellschaft bedeutet. In dem Vortrag von Leo Fischer mit anschließender angeregter Diskussion ging es genau um diese Fragen.

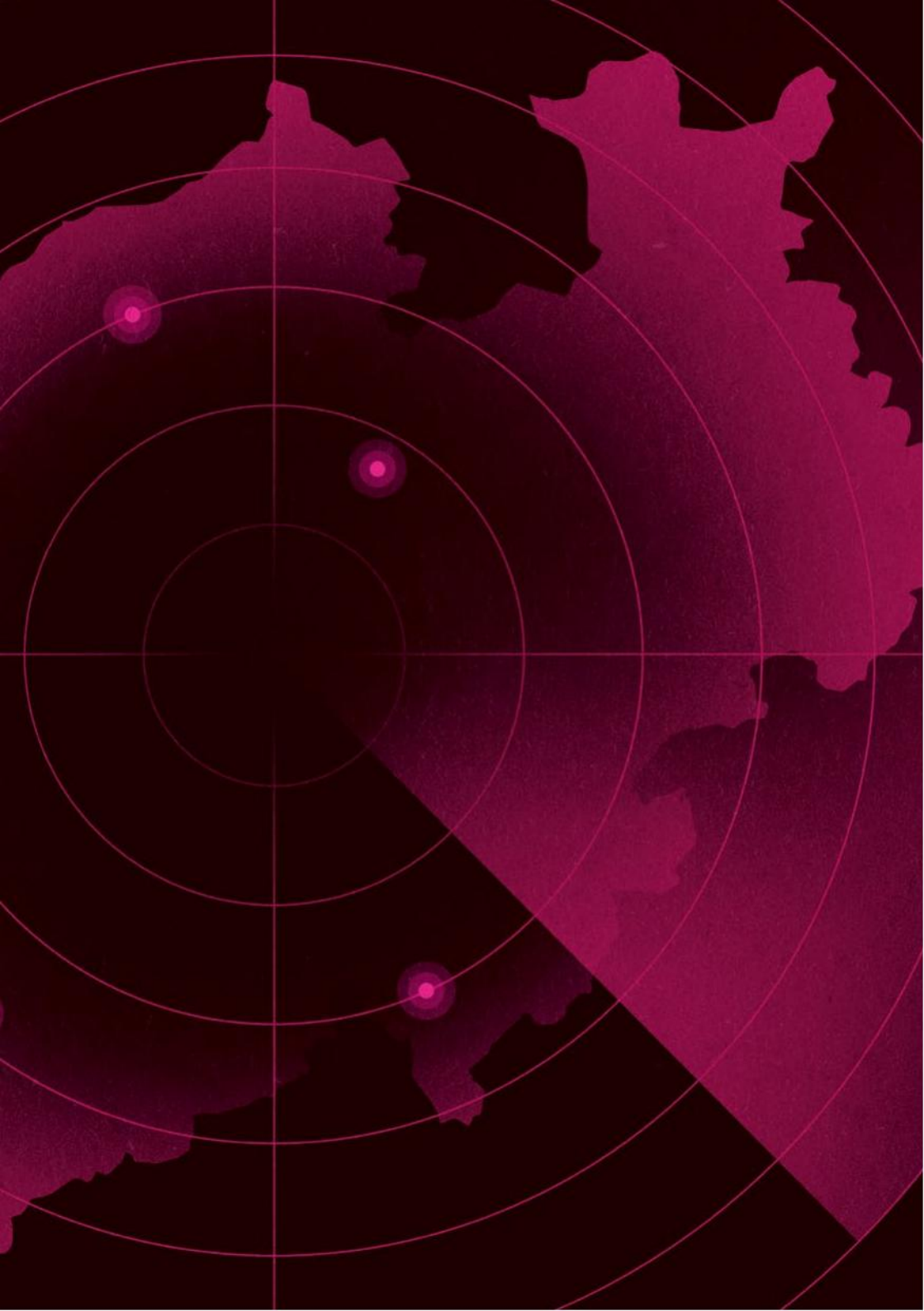
Ein weiterer Aspekt war, wie insbesondere die junge Generation vor Hass, Hetze und Desinformation im Netz geschützt werden kann. Es konnten die Methoden der Beeinflussung im Netz unter besonderer Berücksichtigung der Verbreitung antisemitischer Inhalte beleuchtet und die dahinterstehenden Strategien von extremistischen Organisationen aufgezeigt werden.

Die Sensibilisierung und Aufklärung über den Antisemitismus werden auch in 2026 fortgeführt.

# RECHTSEXTREMISMUS



Personenpotenzial im Rechtsextremismus



## ZUSAMMENFASSUNG

### **Thema Remigration**

Inhaltlich dominierte auch 2025 das Kampagnenthema „Remigration“. Rechts-extremisten geht es im Sinne einer völkisch-nationalistischen Ideologie darum, dass Menschen mit Migrationsbiografie Deutschland verlassen sollen. Damit sind auch Menschen gemeint, deren Eltern oder Großeltern bereits eingewandert sind. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden dabei dem Ziel einer ethnisch homogenen Gesellschaft untergeordnet. Vor allem gravierende Gewalttaten von Menschen mit Migrationsbiografie greifen Rechtsextremisten auf, um diese Menschengruppe pauschal als gewalttätig zu stigmatisieren und die Forderung nach „Ausländer raus“ als Lösung darzustellen.

### **Dissens zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine**

Hinsichtlich prägender Kriege und Konflikte besteht im Rechtsextremismus kein Konsens über die eigene Position. So übernehmen einige Rechtsextremisten bezüglich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Propaganda der russischen Regierung. Andere Rechtsextremisten erklären sich mit der Ukraine solidarisch. Dieser Konflikt zeigte sich Ende Dezember 2025, als in Sozialen Medien vermeldet wurde, dass der russische Rechtsextremist Denis Kapustin, der auf Seiten der Ukraine gegen Russland kämpft, angeblich durch einen russischen Drohnenangriff zu Tode gekommen sei. Einige Tage später meldete sich Kapustin, der viele Jahre in Köln gelebt hatte, als lebend zurück. Der vermeintliche Tod wurde von einigen Rechtsextremisten begrüßt, von anderen bedauert.

### **Strukturen**

Die rechtsextremistische Organisationslandschaft befindet sich in einem schnellen Wandel. Dazu trägt die Digitalisierung der Gesellschaft bei, die im Rechtsextremismus zu einer Verflüssigung der Strukturen führt. Virtuelle Gruppierungen können sich kurzfristig anlassbezogen organisieren und mobilisieren, sind aber nur selten von längerer Dauer. 2024 entstanden neue neonazistische Gruppierungen, die sich zunächst in Social Media zusammengefunden hatten: **Deutsche**

**Jugend voran, Der Störtrupp, Jung und Stark.** Einige Anhänger haben ihre Aktivitäten inzwischen wieder eingestellt, andere haben sich der Jugendorganisation der rechtsextremistischen Partei **Die Heimat** angenähert, der **Heimatjugend West**, die Regionalstruktur der **Jungen Nationalisten (JN)**. Nachdem diese Jugendorganisation in den 2010er Jahren aufgrund fehlenden Nachwuchses bedeutungslos wurde, hat sie sich in den vergangenen beiden Jahren zur wichtigsten Organisation in der Neonaziszene entwickelt.

Nachdem 2023 die **NPD** sich in **Die Heimat** umbenannte und ein neues Parteikonzept verfolgte, spaltete sich eine kleine Minderheit ab, um unter dem alten Namen **NPD** die rechtsextremistische Agenda fortzusetzen. 2025 demonstrierte eine Handvoll Anhänger dieser Abspaltung erstmals in NRW. Ob dieser Personenkreis seine Aktivitäten verstetigt, ist derzeit noch offen. Die **JA NRW**, bisher als Verein organisiert, hat sich im März 2025 aufgelöst. Der Personenzusammenschluss führte seine Aktivitäten aber auch ohne formale Organisation weiter und veranstaltete unter anderem ein Sommerfest. Ende November 2025 gründete man einen neuen Jugendverband, der nun Teil der AfD ist.

Vielfach wirken Rechtsextremisten organisationsübergreifend in Netzwerken zusammen. Dazu tragen entsprechende Treffen bei. Beispielsweise veranstaltete die rechtsextremistische Zeitschrift **Aufgewacht - Die deutsche Stimme** am 15. November 2025 in Thüringen einen „Netzwerktag“. Dabei trat unter anderem der Vorsitzende von **Aufbruch Leverkusen**, Markus Beisicht, mit dem Bundesvorsitzenden von **Die Heimat**, Peter Schreiber, bei einer Podiumsdiskussion auf, die von einem langjährigen Neonazi moderiert wurde.

## **Kommunalwahlen**

Bei den Kommunalwahlen im September 2025 traten rechtsextremistische Parteien und Wählervereinigungen nur in ausgewählten Kommunen an und erzielten überwiegend marginale Ergebnisse. In drei Städten lehnten die Wahlausschüsse die Zulassung von rechtsextremistischen Bürgermeisterchaftskandidaten ab, weil diese nicht die Voraussetzung erfüllten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Dies waren der „Stützpunktleiter“ vom **III. Weg** in Hilchenbach, die Führungsperson von **Aufbruch Leverkusen** und ein Anhänger

des *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses in der AfD, ehemals ‚Flügel‘* in Lage.

### **Gewalt**

Die Bandbreite der Tätertypen hat sich vergrößert. Schwere Straftaten lassen sich immer weniger einem bestimmten rechtsextremistischen Akteur oder einer Szene zuordnen. Ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen. Dabei fallen zunehmend Minderjährige als Täter oder Tatverdächtige auf. Oftmals haben diese keine Verbindungen zu realweltlichen rechtsextremistischen Organisationen. Stattdessen findet die Radikalisierung in geschlossenen Social-Media-Gruppen statt.

### **Reichsbürger und Selbstverwalter**

**Reichsbürger und Selbstverwalter** leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und versuchen, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Im Zuge der Corona-Pandemie konnte die Szene auch verstärkt Frauen und junge Erwachsene hinzugewinnen. Von einzelnen **Reichsbürgern** geht ein erhebliches Gefahrenpotenzial aus. Dies umfasst auch die Bildung terroristischer Vereinigungen.



## IM FOKUS: JUGEND UND RECHTSEXTREMISMUS

In den vergangenen Jahren wenden sich Jugendliche vermehrt rechtsextremistischen Organisationen in allen ideologischen Ausrichtungen zu. Für die Attraktivität der rechtsextremistischen Szene für Jugendliche spielt eine moderne und ausdifferenzierte Erlebniswelt eine entscheidende Rolle.

### **Erlebniswelt Rechtsextremismus**

Rechtsextremisten sprechen junge Zielgruppen mit einem breiten Spektrum jugendnaher Angebote an, darunter Social-Media-Kanäle und -Profile, Kampfsport und Musik. Die Gesamtheit dieser Formen kann als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ bezeichnet werden. Sie trägt zur Anziehungskraft des Rechtsextremismus auf Jugendliche und junge Erwachsene erheblich bei - auch weil sie dieser Zielgruppe Gemeinschafts- und Sinnangebote macht.

Die Elemente der Erlebniswelt werden vielfach strategisch eingesetzt, um junge Menschen zu erreichen. Für solche Aktivitäten sind spezifische Strukturen entstanden: Gerade bei den Akteuren des Versandhandels oder bei Veranstaltern rechtsextremistischer Events mischen sich politische und kommerzielle Interessen. Jugendorganisationen rechtsextremistischer Parteien zielen auf die Nachwuchsgewinnung. In der Erlebniswelt verbinden sich menschenverachtende Inhalte mit Freizeit- und Gruppenangeboten, die häufig einen modernen Charakter haben. Die Szene wirkt zunehmend cool, zeitgemäß und unangepasst, mitunter kreativ, engagiert, dynamisch oder intellektuell. Demokratiefeindliche Inhalte sind daher häufig kaum noch auf Anhieb erkennbar. Solche Angebote bieten einen niedrigschwelligen Zugang zum Rechtsextremismus.

### **Online-Politisierung**

Die heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wachsen als „Digital Natives“ auf, die Online-Medien umfassend in ihren Alltag integrieren und einen Großteil ihrer Lebenszeit in und mit Sozialen Medien verbringen. Diese Entwicklung

wurde im Zuge der Corona-Pandemie nochmals verstärkt. Die Erlebniswelt Rechts-  
extremismus macht auch in Online-Videos von rechtsextremistischen Musiklabels  
oder Influencern mediale Angebote. Hinzu kommt in den vergangenen Jahren,  
dass im Bereich des Gaming rechtsextremistische Inhalte, Gruppen und Kanäle  
auftreten und so Menschenverachtung im Spielmodus vermitteln. Dies trägt  
bei einem Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch zu einer rechts-  
extremistischen Politisierung bei.



Das rechtsextremistische Computerspiel „The Great Rebellion“

### Neue rechtsextremistische Jugendgruppen

Im Spektrum des nationalsozialistisch orientierten Rechtsextremismus haben sich  
seit 2023 neue Gruppierungen der Jugendorganisation der Partei **Die Heimat**,  
die **Jungen Nationalisten (JN)** in Nordrhein-Westfalen gebildet. In Dortmund  
und Essen trifft sich die Jugendorganisation regelmäßig zu offenen Abenden, an  
denen zwischen 30 und 80 Anhänger teilnehmen. Darüber hinaus bilden sich in  
sozialen Netzwerken lose strukturierte rechtsextremistische Gruppen. Anlassbe-  
zogen werden diese auch realweltlich aktiv. So führten Mobilisierungsaufrufe in  
den virtuellen Gruppierungen **Deutsche Jugend voran**, **Jung und Stark** und **Der  
Störtrupp** Mitte 2024 dazu, dass es mehrfach zu Störversuchen gegen CSD-Ver-  
anstaltungen kam.

Der niedrighschwellige Zugang und die geringe Verbindlichkeit dieser Gruppen erschließen der rechtsextremistischen Szene ein jugendliches Personenpotenzial, das diese in der Vergangenheit oftmals nicht aktivieren konnte. Inzwischen arbeiten diese Gruppierungen mit der **JN** zusammen und beteiligen sich an deren Aktivitäten.

Auch durch das aus den USA importierte Konzept der „Active Clubs“ gewinnt die neonazistische Szene neue Aktivisten. Bei diesen Clubs geht es zunächst um gemeinschaftsstiftende Freizeitangebote wie beispielsweise Kampfsport und Wandern. Auf Grundlage dieser freundschaftlichen Verbundenheit sollen die Mitglieder

auch langfristig motiviert werden, politisch aktiv zu sein. Diese Aktivitäten bereiten sie später in Videos und Bildern auf und verbreiten sie über die Social-Media-Präsenzen des jeweiligen Active Clubs öffentlichkeitswirksam. In Nordrhein-Westfalen wurden seit 2024 drei **Active Clubs Niederrhein, Nordrhein** und **Ostwestfalen** gegründet.



Der Active Club Nordrhein wirbt auf Telegram um neue Mitglieder

Im Spektrum der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten war in den 2010er Jahren die **Identitäre Bewegung (IB)** zunächst Anlaufpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene. Als regionale Nachfolgeorganisation der **IB** hat sich 2021 die *Revolte Rheinland* gegründet, die zwischen Bonn und Koblenz aktiv war und Ende 2024 ihre Auflösung bekannt gegeben hat. Als reine Frauengruppierung ist zudem *Lukreta* seit 2019 aktiv, die ebenfalls in aus der **IB** hervorgegangen ist. In den vergangenen Jahren ist die *Junge Alternative Nordrhein-Westfalen (JA NRW)*, die Jugendorganisation

der AfD, zur wichtigsten Nachwuchsorganisation der Neuen Rechten in Nordrhein-Westfalen aufgestiegen. Die Organisation, bis März 2025 als Verein organisiert, hat sich zwar formal aufgelöst, ihre Aktivitäten während des Jahres indes fortgesetzt. Ende November 2025 fand die Neugründung des Bundesverbandes mit dem Namen *Generation Deutschland* in Gießen statt. Die neue Organisation ist nun organisatorischer Bestandteil der Partei AfD.

Ohnehin ist ein Merkmal des jugendlichen Rechtsextremismus der rasche Wandel von Organisationsstrukturen. So agierte von 2023 bis 2024 die neonazistisch geprägte **Rheinlandbande**, die mit **JN**-Gruppen vernetzt war. Nachdem die Führungsperson aber ihre Aktivitäten einstellte, löste sich die Gruppierung auf. Das heißt jedoch nicht, dass die betreffenden Personen ihre Einstellungen geändert haben und Distanz zu anderen ehemaligen Gruppenmitgliedern halten.

# DIE HEIMAT



## Sitz/Verbreitung

Bundesverband: Berlin; Landesverband: Essen

## Gründung/Bestehen seit

1964 (Bundes- und Landesverband NRW), im Juni 2023 wurde die **NPD** in **Die Heimat** umbenannt

## Struktur/ Repräsentanz

Bundesvorsitzender: Peter Schreiber (seit November 2024)

Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008);

einstellige Zahl aktiver Kreisverbände; **Junge Nationalisten (JN)** als Jugendverband

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

420 ↘

**Junge Nationalisten (JN):** 60 ↗

## Veröffentlichungen

Publikationen als Printversion: Zeitschrift des Bundesverbandes **Aufgewacht - Die Deutsche Stimme**; Zeitschrift der Parteizentrale **Deutsche Nachrichten**;

Web-Angebote: fast alle aktiven Parteistrukturen sind in den sozialen Netzwerken vertreten

## Kurzporträt/Ziele

Das Bundesverfassungsgericht stellte in seiner Entscheidung vom 17. Januar 2017 im **NPD**-Verbotsverfahren fest, dass es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handele, der es aber an Potenzial fehle, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu realisieren. Die Partei kooperiert mit anderen rechtsextremistischen Parteien und **Neonazis**.

Der Landesverband profitiert von der Etablierung von Jugendstrukturen. Es gibt wenige Kreisverbände der **Heimat** und der **Jungen Nationalisten**. Diese gewinnen unterschiedlich stark an Zuwachs.

## Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

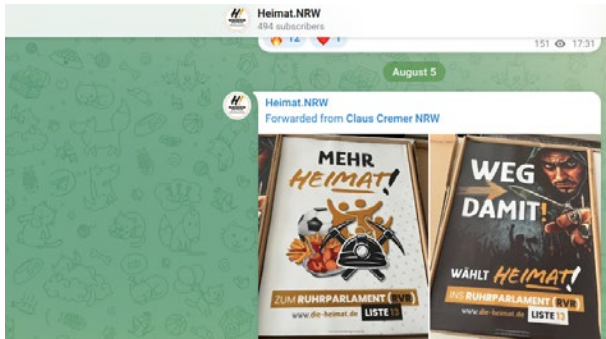
**Die Heimat** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. So negiert die Partei die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes. Insbesondere wendet sie sich gegen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde. Die von der Partei **Die Heimat** verfolgten politischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus. **Die Heimat** verfolgt eine rechtsextremistische Ideologie, die auf dem Prinzip der Volksgemeinschaft basiert und sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus hervorut.

Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der Partei **Die Heimat** mit dem Nationalsozialismus. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele überdies in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Sie versteht sich als Bürgerbewegung, deren Aktionen stärker auf Provokationen abzielen als auf klassischer Parteiarbeit. **Die Heimat** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

### Landesverband Nordrhein-Westfalen

Im April 2025 fand in Essen der diesjährige Landesparteitag des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der **Heimat** statt. Der bisherige Landesvorsitzende Claus Cremer wurde erneut im Amt bestätigt. Für den Bundesverband der Partei ist er weiterhin für die internationalen Beziehungen des Bundesverbandes zuständig und vertrat diese unter anderem bei einem rechtsextremistischen Kongress am 10. und 11. Mai 2025 in Paris.



Fremdenfeindliches Wahlplakat auf Telegram

**Die Heimat** nahm im Rahmen der Kommunalwahlen lediglich an der Wahl des Ruhrparlaments und in einzelnen Kommunen teil. Die rechtsextremistische Partei führte nur wenige Wahlkampfveranstaltungen im Ruhrgebiet durch und

erreichte bei der Wahl des Ruhrparlaments einen Stimmenanteil von 0,14 Prozent. Auf kommunalpolitischer Ebene bleibt sie weiterhin bedeutungslos.

### Kreisverband Dortmund

Der Dortmunder Kreisverband der **Heimat** ist der mit Abstand aktivste Kreisverband in Nordrhein-Westfalen. Er hat seinen Sitz in einer Szeneimmobilie in

Dortmund-Dorstfeld, in der er regelmäßig rechtsextremistische Vortrags- und Musikveranstaltungen durchführt. Beispielsweise trat dort am 15. November 2025 das rechtsextremistische Musikerduo **Sturmwehr** auf.



Werbung für das Sommerfest der Heimatjugend Dortmund auf Telegram

In der Immobilie wohnen zahlreiche Anhänger der Partei, so dass eine starke soziale Kontrolle besteht. Zudem dient sie als Unternehmenssitz der Zeitung **N.S. Heute**, die von dem Kreisverbandsvorsitzenden Sascha Krolzig herausgegeben wird. Auch das rechtsextremistische Kampfsportlabel **Kampf der Nibelungen** hat seinen Sitz in der Immobilie.

## Junge Nationalisten

Der Landesverband gewann im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2025 wieder an Einfluss im Rechtsextremismus hinzu. Dies lag am Aufschwung der Jugendorganisation der **Partei, die Jungen Nationalisten (JN)**, die nach jahrelanger Bedeutungslosigkeit einen personellen Zuwachs verzeichnen konnte und ihre Strukturen ausbaute. Der länderübergreifende Regionalverband für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland nennt sich **Heimatjugend West**. Abgekürzt lautet dieser **HJ West** - die Anlehnung an die Abkürzung der Hitlerjugend im Nationalsozialismus ist offensichtlich. Die Jugendorganisation des Dortmunder Kreisverbandes, die am 20. April 2025 gegründet wurde, Hitlers Geburtstag, nennt sich **Heimatjugend Dortmund**.

Die Jugendorganisation etablierte Angebote, die sich gezielt an Jugendliche und junge Erwachsene richteten, die zuvor keinen Kontakt zur organisierten rechtsextremistischen Szene hatten. Seit 2024 bietet sie regelmäßig sogenannte „offene Abende“ in der Dortmunder Szeneimmobilie an. Diese Veranstaltungsform wurde ab dem Frühjahr 2025 auch in der Essener Landesgeschäftsstelle der Partei übernommen. Hier führte die Jugendorganisation im Zusammenhang mit den „offenen Abenden“ auch rechtsextremistische Demonstrationen im Stadtteil Kray durch. An den jeweiligen Veranstaltungen in Dortmund und Essen nahmen in der Regel zwischen 30 und 80 Personen teil. Im Anschluss an eine Veranstaltung in Essen am 8. August 2025 stiegen 19 Rechtsextremisten in einen Linienbus und griffen dort über 20 Personen an, die sie zur linken Szene zählten. Die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruch. Sieben der Beschuldigten waren zum Tatzeitpunkt minderjährig.



Logo der Heimatjugend West auf Telegram

Die rechtsextremistischen Positionen der Heimatjugend verdeutlichten zwei Führungspersonen in einem Interview mit einem ZDF-Journalisten. Dort sagte ein Befragter „Wir sind die JN. Wir wollen [...]

eine neue deutsche Jugend schaffen und eine Jugend ohne Migrationshintergrund. Wir sagen, wir sind Deutsch und du kannst nur Deutscher sein, wenn du deut-

sche Eltern hast. Wenn du ein Schwein in den Pferdestall stellst, dann ist es immer noch kein Pferd, weil geht einfach nicht. Nur wer wirklich deutsche Eltern hat, kann Deutsch sein. Und dieses Multikulti, das ist ein Todesurteil.“

Im Jahr 2024 entstanden mehrere dezentral organisierte Jugendgruppen, die aus dem Internet auf die Straße drängten und für eine neue Sichtbarkeit des Rechtsextremismus sorgten. Dazu zählten **Jung und Stark** und **Der Störtrupp**. Im Laufe des Jahres 2025 wurde eine zunehmende Vermischung von Angehörigen der **Jungen Nationalisten** und den Angehörigen dieser neonazistisch geprägten Jugendgruppen festgestellt. Auch langjährige Führungspersonen der Partei bemühten sich, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die rechtsextremistische Partei zu integrieren.

### Demonstrationsgeschehen

In den vergangenen Jahren hatte die rechtsextremistische Szene Schwierigkeiten, eine ausreichende Anzahl von Anhängern für Demonstrationen zu mobilisieren, mit der man öffentliche Aufmerksamkeit erhält. Die Situation änderte sich Ende des Jahres 2024. Der **Heimat Dortmund** gelang es erstmals seit Jahren, für eine rechtsextremistische Demonstration über 100 Teilnehmer zu mobilisieren. Diese Trendwende setzte sich 2025 fort. Während sich Die **Heimat NRW** und die Jugendgruppen anfänglich distanziert begegneten, entwickelte sich schon bald eine Kooperation, die sich bei der Anmeldung und Durchführung von Demonstrationen zeigte. Dies wurde von der Landespartei auch öffentlich betont. In einem Bericht im Telegram-Kanal von **Die Heimat NRW** über die 1. Mai-Demonstration in Gelsenkirchen wird angegeben, dass die Veranstaltung von der **Heimat NRW**, den **Jungen Nationalisten (JN)** sowie freien Gruppen organisiert wurde, wobei die Gruppe **Jung & Stark (JS)** einen größeren Block stellte. Mit den Anhängern der Jugendgruppen vergrößerte sich das aktionsorientierte Personenpotenzial der Partei.

Ein Demonstrationsschwerpunkt war 2025 Münster, mit drei Versammlungen im Mai, Juli und September. Anlass der ersten Demonstration war, dass die Rechtsextremisten das Oberverwaltungsgericht Münster dafür kritisieren wollten, dass es eine Entscheidung über eine Grabgestaltung eines 2021 verstorbenen szeneprominenten Rechtsextremisten noch nicht anberaunt habe. Zu den Ver-

sammlungen rief ein „Freundeskreis Siegfried Borchardt“ auf. Tatsächlich war es im Wesentlichen die **Heimat Dortmund**, die die Organisation und Mobilisierung übernahm.


Nachdem die Rechtsextremisten sich bei der Demonstration im Mai von der Polizei ungerecht behandelt fühlten, meldeten die Organisatoren zunächst für den Juli und dann für den September weitere Versammlungen an. Die Versammlungsaufgaben für die Rechtsextremisten griff Sven Skoda, eine Führungsperson der neonazistischen Szene in NRW, in seiner Rede zum Abschluss der Veranstaltung im Juli auf. Er sprach diesbezüglich von „Schreibtischtätern“ und drohte wenig verklausuliert: „Am Ende aller Tage werden wir über diese Verbrecher Gericht halten. [...] Volksgerichte werden tagen, Volksgerichte werden verurteilen. Das Volk wird richten. In diesem Sinne nichts für uns, alles für ein freies, nationales und sozialistisches Deutschland.“ Inhaltlich wurde auf den Versammlungen aber vor allem rechtsextremistische Propaganda verbreitet. Im September appellierte ein Redner in rassistischer Manier an die Teilnehmer: „Haltet euer Blut sauber.“

Eine Besonderheit war, dass **Die Heimat NRW** sich an einer rechtsextremistischen Demonstration in der niederländischen Stadt Baarn beteiligte. Laut eigener Darstellung lautete das Motto: „Für Remigration - Gegen Umvolkung“. Unter anderem hielten der Landesvorsitzende Claus Cremer und der Vorsitzende von **Heimat Dortmund** Sascha Krolzig dort Reden.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

**Die Heimat** ist in Nordrhein-Westfalen weiterhin eine rechtsextremistische Kleinstpartei, die sich bemüht, als rechtsextremistische „Sammlungsbewegung“ und „Anti-Parlamentarismus-Bewegung“ aufzutreten. Parlamentarische Aktivitäten spielen kaum noch eine Rolle.

Allerdings gelang es der rechtsextremistischen Partei mit ihrer Jugendorganisation Angebote zu etablieren, die auch junge Menschen erreichen, die zuvor keine Berührung mit dem organisierten Rechtsextremismus hatten. Ein wesentlicher Effekt dieser Verjüngung des Personenpotenzials ist die zeitgleich stattfindende Verlagerung politischer Kommunikation in die Sozialen Medien. Die Jugendlichen und



jungen Erwachsenen bewegen sich als „Digital Natives“ im Netz, kennen die rechtsextremistischen Memes und Mythen und können diese wirksam in den Sozialen Medien verbreiten. Für **Die Heimat NRW** sind sie wertvolle Multiplikatoren in einer Öffentlichkeit, die von den älteren Mitgliedern nicht so kompetent angesprochen werden kann. Die Erfahrenen steuern dafür ihre Kenntnisse hinsichtlich der Anmeldung und Organisation von Demonstrationen sowie dem Umgang mit Polizei und Justiz in der realen Welt bei.

Durch die stärkere Nutzung der Landesgeschäftsstelle für Veranstaltungen der **Heimatjugend** hat sich neben Dortmund auch Essen zu einem lokalen Schwerpunkt der rechtsextremistischen Aktivitäten von **Die Heimat** entwickelt.



## RECHTSEXTREMISTISCHE PERSONEN- ZUSAMMENSCHLÜSSE INNERHALB DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

### Sitz/Verbreitung

**Junge Alternative (JA) / Generation Deutschland:** Bundesverband

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Seit der formalen Auflösung des *Flügels* am 30. April 2020 dezentrale Auffächerung; Aktivitäten auf lokaler Ebene

### Gründung/Bestehen seit

**JA** Bundesverband: *Auflösung März 2025*

*JA NRW:* Auflösung März 2025

*Generation Deutschland* Bundesverband: 29. November 2025 in Gießen

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* 14. März 2015  
(Veröffentlichung der „Erfurter Resolution“)

### Struktur/ Repräsentanz

*Generation Deutschland* Bundesverband

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Sammlungsbewegung; maßgebliche Leit- und Identifikationsfigur: Björn Höcke

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Personenpotenzial von circa 1.250 ↗

### Veröffentlichungen

*JA NRW:* Mehrere Internetpräsenzen mit regionalen Untergliederungen.

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss:* Verlagerung in geschlossene Gruppen und allgemeine Diskussionsforen der sozialen Netzwerke

## Kurzporträt/Ziele

Die *Junge Alternative Landesverband Nordrhein-Westfalen (JA NRW)* war bis zur Selbstauflösung im März 2025 die offizielle Jugendorganisation der AfD in Nordrhein-Westfalen. Trotz der formalen Auflösung führte der Personenzusammenschluss weiterhin politische Veranstaltungen wie Vorträge und Schulungen und gemeinschaftsstiftende Freizeitaktivitäten wie Ausflüge und Feiern durch. An der Gründung des Bundesverbandes *Generation Deutschland* beteiligte sich der nordrhein-westfälische Personenzusammenschluss. Letzterer vertritt einen völkischen Nationalismus, wobei das ethnisch „Fremde“ ausgeschlossen werden soll. Dies entspricht der von der Neuen Rechten geprägten Idee des Ethnopluralismus.

Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* tritt seit der vorgeblichen Auflösung des sog. *Flügels* nicht mehr als formale Gruppierung im öffentlichen Raum auf. Er existiert in Nordrhein-Westfalen in virtuellen Strukturen fort und versucht, als Parteiströmung auf die inhaltliche und personelle Ausrichtung der AfD Einfluss zu nehmen. Mit dem *Alternativen Kulturkongress Deutschland* verfügt er über eine Substruktur in OWL, die Veranstaltungen organisiert. Die ideologische Ausrichtung fokussiert sich im Wesentlichen auf das völkische Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Damit knüpft der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* unmittelbar an den Entwurf einer ethnisch homogenen Gemeinschaft an, den die rechtsextremistische Neue Rechte vertritt. Weiterhin greift der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* das nationalistisch-historische Konzept eines deutschen Sonderwegs auf.

## Finanzierung

*JA NRW*: Mitgliedsbeiträge, Verkauf von Merchandise Produkten, Spenden.

*Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss*: Indirekt, indem der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* entsprechend seiner Verankerung in den Parteistrukturen der AfD an den Mitgliedsbeiträgen partizipiert.

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die *JA NRW* missachtete in ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Sie vermittelte ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, das ausschließlich an deren Nationalität oder Religionszugehörigkeit anknüpft. Dabei griffen sowohl die Wortwahl als auch die Argumentationsmuster die Menschenwürde an und sind deshalb nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Nach der formellen Auflösung setzte der bisherige Personenzusammenschluss seine Aktivitäten und seine politische Agenda fort. Der Personenzusammenschluss unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* propagiert eine völkisch-nationalistische Ideologie, die Migranten und Muslime ausgrenzt und abwertet. Er verbreitet ein in Teilen revisionistisches Geschichtsbild. Sein ethnisch homogener Volksbegriff und sein antiindividualistisches Menschenbild sind in der Gesamtschau nicht mit der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde und dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip vereinbar. Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* nutzt darüber hinaus globale Krisen als Vehikel zur Verächtlichmachung der staatlichen Institutionen, der politischen Gegner und der demokratischen Prozesse. Der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In den vergangenen Jahren gab es kontroverse Diskussionen, wie die *JA* organisatorisch mit der *AfD* verbunden sein sollte. Auf dem *AfD*-Bundesparteitag im Januar 2025 entschied eine Mehrheit von über zwei Dritteln der Delegierten, die Parteisatzung dahingehend zu ändern, dass die bisher als Verein eigenständige Jugendorganisation zu einem Bestandteil der Partei gemacht wird. Die *JA NRW* hatte dieses Vorhaben zuvor abgelehnt, weil sie eine stärkere Steuerung durch die Partei befürchtete. Dies dürfte unter anderem den Konflikten der Jugendorganisation mit dem Landesvorstand der *AfD* NRW geschuldet sein.

Die **JA** beschloss Anfang Februar auf ihrem Bundeskongress ihre Selbstauflösung zum 31. März 2025. Die *JA NRW* machte unmittelbar danach in einem Statement auf ihrem Instagram-Profil deutlich, dass es sich aus ihrer Sicht lediglich um eine Änderung der Organisationsstruktur handle, der inhaltliche Kurs jedoch beibehalten werde: „Wir werden auch in der neuen Jugendorganisation 100%igen Einsatz für die AfD, die deutsche Jugend und und [sic!] unsere Heimat zeigen. Wir bleiben jung, patriotisch und rebellisch. Die Hülle der JA fällt weg - ihre Seele wird weiterleben.“

Nach der Auflösung der *JA NRW* auf dem Landeskongress am 21. März 2025 ist eine faktische Fortführung des Personenzusammenschlusses zu konstatieren. So wurden die ursprünglichen Social-Media-Kanäle der *JA NRW* in den Sozialen Medien lediglich umbenannt - zunächst in „AfD Jugend NRW“. Weiterhin fanden Veranstaltungen des Personenzusammenschlusses statt. Dazu zählten unter anderem folgende:

- Das NRW-Jugend-Sommerfest am 31. August 2025 mit über 100 Gästen. Darunter nahmen unter anderem der bisherige Landevorsitzende der *JA NRW* Patrick Heinz und der bisherige Vorsitzende des Bezirksverbandes Köln Cedric Krippler teil.
- Unterstützung der AfD NRW im Kommunalwahlkampf durch das „Wahlkampfkommando der Jugend“ am 13. September 2025.
- „Patriotische Herbstwanderung“ im Siebengebirge am 20.10.2025 mit rund 60 Anhängern aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.
- „Jugendakademie“ am 22.11.2025 in Gevelsberg mit dem ehemaligen *JA NRW*-Landesvorsitzenden Heinz als Referenten zum Thema Jugendarbeit

An der Gründungsveranstaltung der *Generation Deutschland* am 29. November 2025 in Gießen nahmen rund 200 Personen aus Nordrhein-Westfalen teil. Mitglied der Jugendorganisation können AfD-Mitglieder bis zum Alter von 36 Jahren werden, die eine Mitgliedschaft in der *Generation Deutschland* beantragen. Aus Nordrhein-Westfalen wurde der bisherige Vorsitzende der *JA NRW*, Heinz, zum 3. stellv. Vorsitzenden gewählt. In seiner Rede zur Kandidatur schürte er zunächst Ressentiments gegen muslimische Jugendliche, indem er diese pauschal als gewalttätig darstellte. Er schloss seine Rede dann mit dem Appell „und zusammen kämpfen wir

dafür, dass Deutschland das Land der Deutschen bleibt.“ Zum 7. Beisitzer wurde der bisherige Vorsitzende des JA-Bezirksverbandes Köln, Krippner, gewählt. Auf dem Gründungskongress beendete er seine Rede zur Kandidatur mit folgender Forderung: „Deutschland ist, liebe Freunde, und Deutschland bleibt unverhandelbar. Das machen wir allerdings nicht mit einer leichten Symptomatikpolitik. Das schaffen wir nur mit Remigration. Millionenfacher Remigration.“ Mit dieser Forderung verdeutlicht er, dass es ihm nicht nur darum geht, Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Vielmehr ist die Forderung nach „millionenfacher Remigration“ ein Synonym für die fremdenfeindliche Forderung, Menschen mit Migrationsbiografie auszugrenzen.

Der AfD-Bezirksverband Arnsberg führte am 1. Mai 2025 nach der Veranstaltung 2024 in Hamm das zweite sogenannte „Patriotische Maifest“ in Dortmund durch, an dem Vertreter des formal aufgelösten Flügels teilnahmen. Hingewiesen wurde insbesondere auf einen Vortrag von Benedikt Kaiser, einem Vordenker der rechtsextremistischen Neuen Rechten. Diese Aktion wurde vom Personenzusammenschluss der ebenfalls formal aufgelösten *JA NRW* mitgetragen.

Der formell am 18. September 2024 erloschene – auf virtueller Ebene weiterhin agierende – Verein *Alternativer Kulturkongress Deutschland*, der eine Substruktur des *völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses* darstellt, bewarb 2025 zwei eigene Vortragsveranstaltungen.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Die *JA NRW* hat sich zwar formell im März 2025 aufgelöst, der Personenzusammenschluss ist aber weiterhin aktiv und verfolgt eine rechtsextremistische Agenda. An der Neugründung des Bundesverbandes *Generation Deutschland (GD)* war der Personenzusammenschluss aktiv beteiligt. Zwei Führungspersonen der aufgelösten *JA NRW* sind nun im Bundesvorstand der *GD* vertreten und haben eine Fortführung der Inhalte in neuer Organisationsform angekündigt.



Fortführung des extremistischen Personenzusammenschlusses

ser finanziell ausgestattet als bisher und freuen uns natürlich auf eine gute Zusammenarbeit auch mit der Bundesspitze der AfD.“ Die Gründung eines NRW-Landesverbandes der *GD* wurde bereits angekündigt und die ersten Kandidaturen für Führungspositionen weisen auf eine personelle Kontinuität des Personenzusammenschlusses hin.

Trotz der formellen Auflösung des Flügels agiert der *völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss* innerhalb der AfD informell weiter. Damit nimmt er Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und den Willensbildungsprozess innerhalb der AfD. In Nordrhein-Westfalen stellt der *völkisch nationalistic Personenzusammenschluss* jedoch keinen dominierenden Faktor im Landesverband der AfD dar.

In einem Interview unmittelbar im Anschluss an die Gründungsveranstaltung machte Heinz deutlich, dass er in der Gründung der *Generation Deutschland* eine organisatorische Änderung, aber keine inhaltliche Neuausrichtung sieht: „Ja, also letztlich wollen wir natürlich so ein bisschen die Flamme der JA auch weitertragen.“

Wir werden natürlich die Grundsätzlichkeit, die auch die JA mit sich gebracht hat, jetzt in die neuen Strukturen einbetten. Wir werden wahrscheinlich auch bes-

## DER III. WEG



### Sitz/Verbreitung

Bundesverband: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und in Ostdeutschland; zwei sogenannte Stützpunkte in NRW

### Gründung/Bestehen seit

28. September 2013 in Heidelberg

### Struktur/ Repräsentanz

Vorsitzender Bundesverband: Matthias Fischer

Vorsitzender Landesverband West (ehemals Gebietsverband West): Julian Bender

Als einer von fünf Landesverbänden umfasst der Landesverband West zwei sogenannte Stützpunkte in Nordrhein-Westfalen. Die Gründung des Stützpunktes Sauerland-Süd ist auf den 29. Dezember 2015 datiert. Zu ihm gehören insbesondere Siegen und der Landkreis Olpe. Der Stützpunkt Rheinland, am 16. März 2019 gegründet, umfasst den Großraum Düsseldorf und Köln

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

rund 40 ➔

### Veröffentlichungen

Verschiedene Internetpräsenzen, Publikationen, insbesondere in Form von Büchern und Flyern

### Kurzporträt/Ziele

Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. So lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen

Sozialismus“ ein. Zudem beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren.

### Finanzierung

Überwiegend über Mitgliedsbeiträge und Spenden

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das Parteiprogramm von **Der III. Weg** zeigt, dass die Partei eine ethnisch homogene Gesellschaft im Sinne des völkischen Nationalismus anstrebt, die durch die rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden ohne Rücksicht auf die Menschenrechte verwirklicht werden soll. Diesem Verständnis folgend agitiert die Partei vor allem gegen Migranten und verletzt damit fortlaufend deren Menschenwürde. **Der III. Weg** bezeichnet sich selbst als „nationalrevolutionäre Partei“, was auf eine Ablösung der freiheitlich demokratischen Grundordnung abzielt.

Zahlreiche Mitglieder waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Zudem pflegt die Partei Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen in Europa. **Der III. Weg** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

#### Stützpunkt Sauerland/Siegerland (auch: Sauerland-Süd)

Der Vorsitzende des **Landesverband West** und des **Stützpunkt Sauerland/Siegerland**, Julian Bender, erwarb 2023 ein Haus mit Grundstück in Hilchenbach (Kreis Siegen-Wittgenstein), um dieses auch als regionales Parteibüro zu nutzen. Die mit Parteiflaggen und Plakaten gestaltete Immobilie wird regelmäßig für Parteiveranstaltungen mit Vorträgen und/oder Musik genutzt. Beispielsweise veranstaltete die Partei am 15. Februar 2025 in Hilchenbach einen Vortrags- und Liederabend. So fanden Vorträge mit den Titeln „Kesselschlacht um Budapest“ und „Stalingrad - Opfergang und Heldenmut“ statt. Im Anschluss folgte ein Auftritt des Sängers der rechtsextremistischen Band **Front776**.

Beherrschendes Thema des Stützpunkts war in der ersten Jahreshälfte 2025 die Kandidatur von Julian Bender zum Bürgermeisterkandidaten und Ratsmitglied in

Hilchenbach. Nachdem dieser wegen Zweifeln an der Gewähr, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, durch den Wahlausschuss nicht als Bürgermeisterkandidat zugelassen worden war, fokussierte man sich auf einen möglichen Einzug in den Stadtrat.

Neben der Verteilung von Flugblättern fanden mehrere Versammlungen und Infostände in der Gemeinde statt. Dabei wurden tagespolitische Themen in rechtsextremistischer Weise dargestellt. So wird die geplante Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Hilchenbach aufgegriffen und das in der Szene verbreitete Narrativ des „großen Austausches“ bedient, indem die Partei dazu wie folgt Stellung nimmt: „Keine Asylheime in Hilchenbach! Während alle im Rat vertretenen Parteien den unkontrollierten Zuzug von Asylanten nicht nur widerspruchslos hinnehmen, sondern regelrecht anfeuern, stellen wir als einzige wählbare Alternative gegen die systematische Überfremdung unserer Region! Schluss mit der Bereitswilligkeit zur Aufnahme von Asylanten! Keine Hauskäufe oder Anmietung von Wohnraum für Asylanten! Nein zum geplanten Asylheim in Vormwald und anders-

wo!“ In der Parteiimmobilie führte **Der III. Weg** am 23. August 2025 eine Parteiveranstaltung mit dem Motto durch: „Für Familie, Heimat und Tradition! Ausländer-rückführung statt Zu-wanderung! NEIN! zum Asyl-heim in Vormwald!“ Danach schloss sich noch ein Kon-zert mit den beiden rechts-extremistischen Musikern **Proto** und **Kavalier** an.



Rechtsextremistisches Konzert auf dem „nationalrevolutionären Weihnachtsmarkt“ des III.Weg in Hilchenbach

Auch in 2025 führte die Partei zudem ein revisionistisches Gedenken am Jahrestag der Bombardierung Olpes durch und war bemüht, Täter - Opfer - Umkehr zu betreiben und das nationalistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg als Opfer der Alliierten darzustellen. Am 9. November führten die beiden **Stützpunkte Sauerland/Siegerland** und **Westerwald** eine gemeinsame Gedenkfeier für die am Hitler-Putsch beteiligten getöteten Nationalsozialisten durch, die während des nationalsozialistischen Regimes zu „Blutzeugen der Bewegung“ verklärt wurden.

Die Stützpunkte schreiben über diese: „In uns leben sie für Deutschland und wachen für unser Volk. Sie wachen als treue Zeugen unserer Bewegung und stehen exemplarisch für alle Männer und Frauen, die heldenhaft ihr Leben für die Zukunft unseres Volkes gaben.“

Nachrichten Programm Werbemittel

DER WEG

Brand „Jede ohne Rasse“ nannte. Im Westen marschierten französische und britische Truppen ein, unterstützt von belarussischen Ingenieuren. Mit ihnen zogen afrikanische Kolonialsoldaten als Heimen in das Land, was von der Bevölkerung als „schwarze Schande“ aufgefasst wurde. Die Besatzer begannen mit der systematischen Ausplünderung Deutschlands und zerstörten und forderten übertriebene Wiedergutmachungsleistungen und Ratschläge. So kam es, dass viele Deutschen ins Elend gestürzt wurden, Hunger, Kälte und Verzweiflung sich breit machten.



Glorifizierung des Nationalsozialismus

und Reden von Parteifunktionären statt. Im Dezember organisierte der Stützpunkt dort wie in den Vorjahren einen „nationalrevolutionären Weihnachtsmarkt“ mit politischen Reden und rechtsextremistischer Musik.

Weiterhin führte **Stützpunkt Sauerland/Siegerland** regelmäßig bestimmte Szene-Events durch. Dazu gehörte der zum siebten Mal veranstaltete „Tag der Heimmattreue“ am 3. Oktober 2025. Ähnlich wie in den Vorjahren wurde eine Art rechts-extremistischer Jahrmakkt mit Essens-, Informations- und Devotionalienständen geboten. Zudem fanden auf dem Gelände der Immobilie Sportwettkämpfe

## Stützpunkt Rheinland

Die Mitglieder des **Stützpunkt Rheinland** nahmen regelmäßig an Parteiveranstaltungen in Hilchenbach teil, führten allerdings keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten durch.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

**Der III. Weg** sieht sich weitestgehend als in der Tradition des Nationalsozialismus stehende elitäre Partei an. Entsprechend wird keine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen angestrebt. Der **Stützpunkt Sauerland/Siegerland** stellt in Nordrhein-Westfalen weiterhin das Zentrum der Parteiaktivitäten dar und ist bestrebt, seine Bedeutung durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und provokante Veröffentlichungen zu steigern.

Mit der Kombination aus rechtsextremistischen Vorträgen und Musikveranstaltungen möchte man Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen, was aber nur in geringem Maße gelingt. Ferner schafft es die Partei nicht, in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden und ihren Einfluss auszubauen. Dies liegt unter anderem an der paramilitärischen Selbstinszenierung und Revolutionsrhetorik. Gleichwohl konnte die Partei ein Mandat im Rat der Gemeinde Hilchenbach erreichen. Diese kommunalpolitische Bühne wird sie künftig mutmaßlich für rechtsextremistische Propaganda nutzen.





# IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND E.V. (IBD) UND NACHFOLGESTRUKTUREN

## Sitz/Verbreitung

Ursprung in Frankreich; seit 2012 in Deutschland; Vereinssitz in Paderborn

## Gründung/Bestehen seit

Seit Mai 2014 ist die ursprünglich virtuelle Aktionsform als **Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)** vereinsrechtlich registriert.

## Struktur/ Repräsentanz

Bundesweite Organisation mit regionalen Ablegern und Nachfolgegruppierungen

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

Aktivistenkreis: rund 20 ➔

aktionsorientierte Sympathisanten: rund 20 ➔

## Veröffentlichungen

Profil auf Telegram. Abgespaltene Kleinstgruppen sind unter eigenem Namen zusätzlich auf Instagram, Facebook und Twitter aktiv.

## Kurzporträt/Ziele

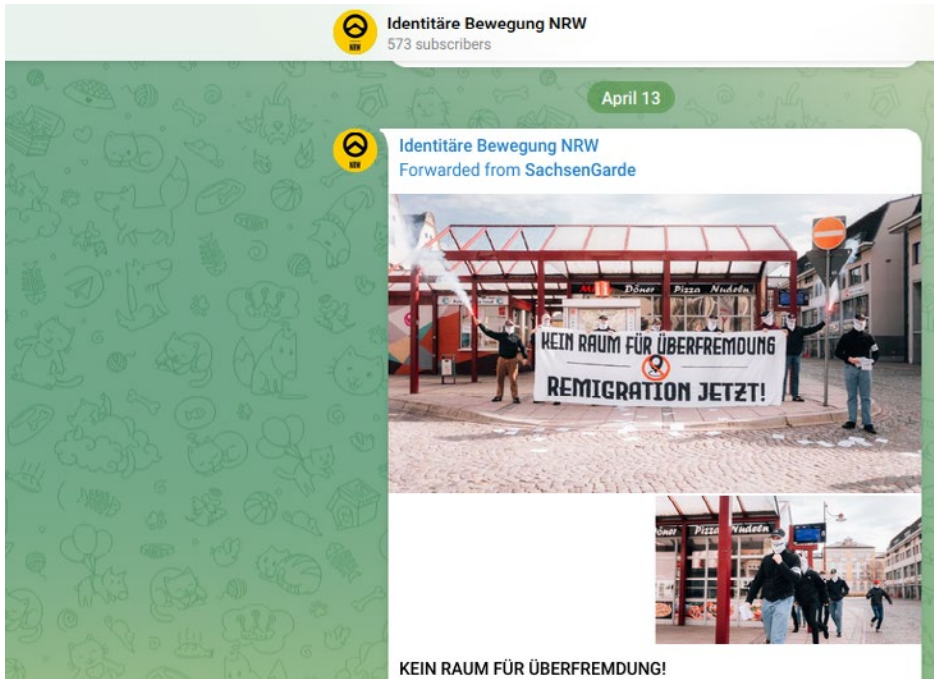
Die **IBD** ist eine rechtsextremistische Jugendorganisation. In der Außenwirkung verfolgt sie die Strategie, gemäßigt zu wirken und sich sprachlich und symbolisch von NS-orientierten Rechtsextremisten abzugrenzen, um eine öffentliche Stigmatisierung zu vermeiden. Durch mediengerechte Aktionsformen über die in sozialen Medien berichtet wird, erzeugt die **IBD** Reichweite. In den vergangenen Jahren hat die **IBD** einen Transformationsprozess eingeleitet, sodass von **IBD**-Protagonisten zahlreiche Kleinstgruppen und Projekte initiiert wurden, die unter neuem Erscheinungsbild aber mit gleicher rechtsextremistischer Ideologie auftreten.

## Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Merchandising

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Ideologie der **IBD**, als Teil der rechtsextremistischen Strömung der Neuen Rechten richtet sich gegen die Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie. Sowohl die rassistische Doktrin des Ethnopluralismus als auch der kollektivistische Grundsatz, das Individuum mit seinen Menschenrechten der Nation unterzuordnen, sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten versucht die **IBD**, Einfluss auf die politische Öffentlichkeit zu nehmen und ihre rechtsextremistischen Positionen zu verbreiten. Die **IBD** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.



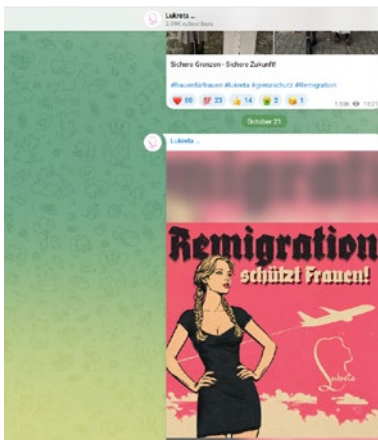
Fremdenfeindliche Propaganda auf Telegram

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem es Ende 2024 polizeiliche Hausdurchsuchungen bei mehreren Mitgliedern der regionalen **IBD-Gruppierung** in Ostwestfalen-Lippe, **Westfalens Erben**, gab, hat diese ihre realweltlichen Aktivitäten eingestellt. 2025 beschränkte sie sich darauf, in sozialen Netzwerken Beiträge der IBD beziehungsweise regionaler IB-Gruppen zu verbreiten.

Die regionale Nachfolgegruppierung der IBD **Revolte Rheinland** gab Ende 2024 über ihre Internetpräsenzen ihre Selbstauflösung bekannt. Einzelne Mitglieder sind aber weiterhin in Social-Media-Projekten rechtsextremistisch aktiv. Beispielsweise betreibt die ehemalige Führungsperson den YouTube-Kanal „Nach vorn“. Ein Video zum Düsseldorfer CSD am 21. Juni 2025 textet er mit einem queerfeindlichen Kommentar an: „Degeneration, wohin man sieht: Der CSD steht sinnbildlich für den Verfall unserer Gesellschaft.“

*Lukreta* ist eine Nachfolgestruktur der IBD. Der Gruppierung gehören ausschließlich Frauen an. Zum Kern zählen lediglich knapp zehn Personen, hauptsächlich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Die Gruppierung *Lukreta* instrumentalisiert den Schutz von Frauen, Jugend und Familie, um rechtsextremistische Positionen anschlussfähiger zu machen. Dabei werden Migranten pauschal als Gewalttäter stigmatisiert und queere Menschen als Gefahr für Kinder, Jugendliche und das traditionelle Familienbild dargestellt.



IBD NRW verbreitet Remigrations-Kampagne über ihren Telegram-Kanal

Durch die Veranstaltung von sogenannten „Frauenkongressen“ versucht die Gruppierung sich mit anderen Akteuren aus der Neuen Rechten zu vernetzen, insbesondere auch mit ähnlichen Gruppierungen aus dem benachbarten Ausland.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Die **IBD** als Organisation hat seit den 2010er Jahren stark an Bedeutung verloren. Allerdings werden ihre Ideologie, ihre Aktionsformen und ihre Social-Media-Strategien vielfach in der Strömung der Neuen Rechten aufgegriffen. Dazu zählt in NRW derzeit vor allem *Lukreta*. Auch ohne größere Organisation schafft es dieses Netzwerk von Akteuren im öffentlichen Diskurs Reichweite zu erzielen.

# NEONAZIS

## Sitz/Verbreitung

Landesweite Verbreitung mit regionalen Schwerpunkten

## Gründung/Bestehen seit

1970er Jahre

## Struktur/ Repräsentanz

Gruppierungen auf lokaler Ebene, die teilweise in vereinsähnlichen, sogenannten Kameradschaften oder in Parteistrukturen organisiert sind; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten. Mit den Verboten der wichtigsten Kameradschaften hat in der **Neonazi-Szene** in Nordrhein-Westfalen ein Wandel stattgefunden: Das rechtsextremistische Parteienspektrum stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Zentrum des Neonazismus dar.

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

circa 700 →

## Veröffentlichungen

Internetpräsenzen von Einzelpersonen und Personenzusammenschlüssen.

## Kurzporträt/Ziele

Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die Anhänger organisieren sich regional in Kleingruppen, sogenannten Kameradschaften. Diese werden oftmals von einer Person nach dem Führerprinzip geleitet. Die Szene ist überregional vernetzt und findet sich bei Veranstaltungen wie Demonstrationen, Rechtsrock-Konzerten oder rechtsextremistischen Kampfsportevents zusammen.

Ein großer Teil der **Neonazis** in Nordrhein-Westfalen ist in den Parteien **Die Heimat** und **Der III. Weg** organisiert. Der Rest der Szene in Nordrhein-Westfalen besteht aus kleineren, losen organisierten Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich gelegentlich an Veranstaltungen der Partei **Die Heimat** beteiligen.

### Finanzierung

Beiträge der Anhänger

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **Neonazi-Szene** ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Ideologische Grundlage ist ein rassistisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Vermeintlich Fremde und politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt wird. Dadurch wird Gewalt gegen „Feinde“ legitimiert. Die Szene der **Neonazis** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Junge **Neonazis** bedienen sich vor allem digitaler Medienformate wie YouTube, Twitter, Telegram und Instagram. Die Personen sind dabei auf verschiedenen Plattformen aktiv und verbreiten dort ihre Inhalte, die von verbalen Konfrontationen mit dem politischen Gegner über Gespräche mit bekannten Szeneangehörigen und Reaktionen auf aktuelle Nachrichten bis zu Videos über Krisenvorsorge reichen.

Für die **neonazistische Szene** ist die Vorbereitung auf eine mögliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner von besonderer Bedeutung. So rückt das Werben für sowie das Bemühen um eine legale Bewaffnung und verstärkte Kampfsportaktivitäten immer mehr in den Fokus der neonazistischen Szene. In dem Zusammenhang werden wiederkehrend Informationsveranstaltungen hinsichtlich geeigneter Schutzmaßnahmen durchgeführt.

## Klassische Kameradschaften

Als einzige öffentlich präsente klassische neonazistische Kameradschaft ist die **Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)** zu nennen. Sie bildete sich bereits im Jahr 2017 in Kamp-Lintfort. Deren Führungsperson verfügt dort über ein Haus mit großem Grundstück, das der **VGN** als Anlaufstelle dient und in dem 2025 wieder Treffen und rechtsextremistische Musikveranstaltungen stattfanden. Da die Führungsperson der **VGN** innerhalb der **neonazistischen Szene** umstritten ist, besitzt die Gruppierung keinen überregionalen Einfluss.

## Jugendgruppen

Als Nachfolger des klassischen Kameradschaftsmodells entstehen innerhalb der **Neonaziszene** zunehmend lose strukturierte Jugendgruppen. Zu den längerfristig etablierten Gruppen in Nordrhein-Westfalen zählen insbesondere **Jung & Stark** und **Der Störtrupp**. Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene im Altersspektrum zwischen 14 und 26 Jahren. Diese werden vor allem im virtuellen Raum rekrutiert. So nutzen die genannten Organisationen Social-Media-Plattformen wie Instagram oder TikTok, um auf sich aufmerksam zu machen und potenzielle Mitglieder in ihre Chatgruppen einzuladen. Die weibliche Führungsperson der nordrhein-westfälischen Regionalstruktur von **Jung & Stark** gab im Sommer 2025 der Zeitschrift **N.S. Heute** ein Interview. Den Zulauf von Jugendlichen zu neuen neonazistischen Gruppierungen erklärt sie darin unter anderem mit dem Einfluss von neonazistischen Influencern, die zu Aktivismus motivieren würden. Allerdings kündigte die NRW-Gruppierung im Herbst 2025



Logo von „Jung und Stark“ auf Instagram

an, ihren öffentlichen Aktivismus vorerst einzustellen. Inwieweit die Rechtsextremisten weiter agieren wollen, bleibt bislang offen.

Während die neonazistisch geprägten Jugendgruppen 2024 vor allem CSD-Veranstaltungen störten oder dagegen demonstrierten, intensivierten sie 2025

das Demonstrationsgeschehen. Als für den 18. Januar 2025 in Aachen eine Versammlung unter dem Motto „für Recht und Ordnung, gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ angemeldet wurde, mobilisierten vor allem die Jugendgruppen ihre Anhängerschaft. Von den 150 Veranstaltungsteilnehmern stammte der Großteil aus den neonazistisch geprägten Jugendgruppen, darunter **Jung & Stark** sowie **Der Störtrupp**.

Durch gemeinsame Demonstrationsteilnahmen erfolgte 2025 eine zunehmende Annäherung an die rechtsextremistische Partei **Die Heimat**. Für den 15. März 2025 meldete **Jung & Stark** in Essen eine eigene Versammlung mit dem fremdenfeindlichen Motto „Remigration schafft Wohnraum“ an. Daran beteiligten sich neben den Anhängern der neonazistisch geprägten Jugendgruppen auch Mitglieder von **Die Heimat**. Auch der Heimat-Landesvorsitzende Claus Cremer und der Vorsitzende von **Heimat Dortmund** Sascha Krolzig hielten dort Reden. Cremer verbreitete in seiner Rede fremdenfeindliche Ressentiments. Unter anderem unterstellte er Migranten pauschal, eine Bedrohung für die einheimische Bevölkerung darzustellen: „[...] und die herrschende Klasse scheinbar absichtlich mit dem Leben und der Gesundheit der einheimischen Bevölkerung spielt, indem sie der ungehinderten Einreise von art- und kulturfremden Ausländern auch noch Vorschub leistet.“

Die Anhänger der neonazistisch geprägten Jugendgruppen wiederum besuchten Veranstaltungen wie Parteiabende oder Konzerte von der **Heimat** beziehungsweise der **Heimatjugend**. Gemeinsam mit letzterer Parteijugendorganisation bildet man nunmehr eine junge neonazistische Szene, die schwerpunktmäßig im Ruhrgebiet verankert ist. Aus dieser Szene heraus entstehen immer wieder lokale Kleingruppen wie die **Vereinigungen Kampfbund**, **Rheinfront**, **Racial Power Germany (RPG)**, **Letzte Verteidigungswelle**, **Nationale Jugend Neuwerk** und weitere, die oftmals nur wenige Monate existieren.

### Active Clubs

Seit 2024 lässt sich die Gründung sogenannter Active Clubs (AC) in Deutschland beobachten, eine Organisationsform, die bereits seit 2021 in verschiedenen Ländern, insbesondere in den USA, etabliert ist. Insgesamt umfasst das AC-Netzwerk welt-

weit mehr als 100 Gruppierungen in über 20 Ländern. In Deutschland dient als zentrale Anlaufstelle und Kommunikationsplattform der **Active Club Germania** bzw. dessen Telegram-Kanal, der durch einen langjährigen Angehörigen der deutschen **Neonaziszene** betreut wird. Ziel ist die Etablierung eines dezentralen Netzwerks aus unabhängig voneinander agierenden „Clubs“.

Diese „Clubs“ sollen ihren Mitgliedern einerseits eine attraktive Freizeitgestaltung (zum Beispiel Kampfsport, Wandern, Fußballspielen) unter Gleichgesinnten bieten. Durch diese positiven gemeinsamen Erlebnisse sollen die AC-Mitglieder langfristig in die rechtsextremistische Szene integriert werden. Gleichzeitig sollen die „Clubs“ politisch aktiv sein und möglichst öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen. Hierzu zählt insbesondere auch das Betreiben von Social-Media-Präsenzen zum Verbreiten ihrer Propaganda. Ein Active Club kann hierbei gruppenübergreifend besetzt sein, beispielsweise durch Angehörige verschiedener rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Den Gruppenmitgliedern soll letztlich nur ein möglichst niedrigschwelliger rechtsextremistischer Grundkonsens abverlangt werden. Im Vordergrund stehen vielmehr gemeinschaftsstiftende Aktivitäten, die die Basis für die folgenden politischen Aktionen darstellen sollen.



Block AC Germania beim Dresden-Gedenken im Februar 2025

Bislang existieren in Nordrhein-Westfalen drei ACs: **AC Niederrhein**, **AC Nordrhein** und **AC Ostwestfalen-Lippe**. Gemäß dem Konzept verbreiten die nordrhein-westfälischen ACs politische Propaganda über ihre jeweiligen Telegram-Kanäle. Zudem berichten sie über durchgeführte Wanderungen, Kraftsporttrainings sowie Aktionen und Teilnahmen an Versammlungen. Im Jahr 2025 beteiligten sich nordrhein-westfälische ACs beispielsweise am sogenannten „Dresden-Gedenken“ - einer revisionistischen Demonstration der **Neonaziszene** anlässlich der Bombardierung

Dresdens im zweiten Weltkrieg. In Nordrhein-Westfalen ist derzeit eine Stagnation in der Entwicklung des Phänomens festzustellen - sowohl hinsichtlich der Zahl an ACs selbst als auch ihrer Mitgliederzahl. Diese Entwicklung kann auch als Folge

intensiver medialer Berichterstattung zum AC-Konzept gesehen werden. Zudem erfolgten im Oktober 2025 polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen gegen sechs Angehörige des **AC Ostwestfalen**, unter anderem wegen des Verdachts des unerlaubten Waffenbesitzes. In der Folge kam es zu öffentlichen Distanzierungen aus dem AC-Spektrum zu den betroffenen Personen sowie einer vermeintlichen Neugründung des **AC Ost-Westfalen-Lippe**, der anstelle des ehemaligen **AC Ostwestfalen** tritt.

### Weitere neonazistisch geprägte Gruppierungen

Die **Freischar Westfalen** entstand aus Rechtsextremisten und Personen, die zuvor in der Delegitimierer-Szene aktiv waren. Die Gruppierung ist in der Region Ostwestfalen aktiv und kooperiert mit anderen Rechtsextremisten in der Region. Sie kopiert die Vorgehensweise der **Identitären Bewegung**, in dem sie Aktionen inszeniert, die sie filmt oder fotografiert und anschließend per Social Media verbreitet. Bevorzugt setzt sie bei Banneraktionen Pyrotechnik ein und unterlegt die daraus entstandenen Videos mit Rechtsrock. Inhaltlich greift sie vor allem die rechtsextremistische Remigrationskampagne auf. Die Führungsperson der **Freischar Westfalen** meldete für den 17. Mai 2025 eine Demonstration für „Demonstration für Recht und Ordnung – gegen Linksextremismus und rechtsfreie Räume“ in Herford an. Diese Versammlung wurde von mehreren neonazistischen Gruppierungen unterstützt, unter anderem von **Jung & Stark**, **Der Störtrupp** und dem **Active Club Ostwestfalen**. Ebenso nahmen Anhänger von die **Heimat Dortmund** daran teil. Ungefähr 100 Personen beteiligten sich an der Demonstration, auf der sie „hier marschiert der deutsche Widerstand“ skandierten.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Aktuell zeichnen sich in der **neonazistischen Szene** unterschiedliche Entwicklungstendenzen ab. Langjährige Gruppierungen treffen sich weiterhin in regelmäßigen Abständen, agieren jedoch ohne erkennbare Außenwirkung, um keinen Anlass für staatliche Repressionsmaßnahmen zu bieten.

Die jüngere **Neonazi-Szene**, wie beispielsweise in Essen und Dortmund, agiert hingegen oft provokant und versucht öffentliche Räume für sich einzunehmen, hierbei werden auch Strafverfahren in Kauf genommen.

## SUBKULTURELL GEPRÄGTER RECHTSEXTREMISMUS

### Sitz/Verbreitung

Landesweite Verteilung mit regionalen Schwerpunkten

### Gründung/Bestehen seit

Ende der 1960er Jahre in Großbritannien, seit circa Ende der 1970er Jahre in anderen europäischen Staaten

### Struktur/ Repräsentanz

In der Regel keine festen Strukturen, eine Ausnahme bilden die **Brothers of Honour** mit einem festen hierarchischen Aufbau.

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

circa 1.150 ➔

### Veröffentlichungen

Print-Publikationen, Soziale Medien, CDs und Streaming-Angebote und Online-Shops

### Kurzporträt/Ziele

Der **subkulturell geprägte Rechtsextremismus** definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und den damit zusammenhängenden Lebensstil. Ziel ist es, eine rechtsextremistische Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen. **Subkulturell geprägte Rechtsextremisten** vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie rassistische Gewalt. **Rechtsextremistische Skinheads** bilden immer noch die wichtigste Subkultur im Rechtsextremismus.

Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage allerdings kaum noch eine eindeutige Zuordnung zur **rechtsextremistischen Skinhead-Szene** zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der **Skinhead-Szene** ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

### Finanzierung

Verkäufe von CDs und Merchandise-Artikeln, Organisation und Durchführung von Musikveranstaltungen

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

**Subkulturell geprägte Rechtsextremisten** vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen, gepaart mit einem hohen Gewaltpotenzial. Musik spielt hier eine herausragende Rolle bei der Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Bands, CDs und Konzerten gilt deshalb ein besonderes Interesse. Oftmals gehen gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie gelegentlich mit offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus, etwa dem Zeigen des Hitler-Grußes, einher. Der **subkulturell geprägte Rechtsextremismus** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Eine der wenigen Organisationen im **subkulturellen Rechtsextremismus** sind die **Brothers of Honour (BoH)**. Deren Führungsperson, Marko Gottschalk ist zugleich Sänger der rechtsextremistischen Band **Oidoxie**. Eine weitere Führungsperson von **BoH** stammt ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. Die meisten Mitglieder der deutschlandweit aktiven Gruppierung sind seit vielen Jahren im **subkulturellen Rechtsextremismus** aktiv. Sie verfügt darüber hinaus über Mitglieder im europäischen Ausland. Die **BoH** veranstalteten eigene rechtsextremistische Musikver-

anstaltungen und besuchten in Deutschland sowie in anderen Ländern rechtsextremistische Konzerte. Trotz einer vorgeblichen Auflösung im Jahr 2023 führte die Organisation ihre Aktivitäten weiter fort. Am 25. Juni 2025 fanden Durchsuchungsmaßnahmen bei drei Beschuldigten aus Nordrhein-Westfalen statt, da sie im Verdacht stehen, mit **BoH** die verbotene Vereinigung **Blood and Honour-Division Deutschland** fortzuführen.

Die **Hammerskins Deutschland** wurden im Juli 2023 durch das Bundesministerium des Innern verboten. Dies betraf in Nordrhein-Westfalen die regionalen Gruppierungen „Chapter Westfalen“ und „Chapter Rheinland“. Im Dezember 2025 verhandelte das Bundesverwaltungsgericht die Klagen früherer Chapter sowie Mitglieder gegen das Verbot. Das Gericht hob das Verbot aus formalen Gründen auf. Das vorliegende Material würde nicht die Annahme rechtfertigen, dass es eine verfestigte Organisation auf nationaler Ebene gegeben habe.

Weiterhin sind die **Mindener Jungs** als regionale subkulturelle Gruppierung seit vielen Jahren aktiv. Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um langjährige Szeneangehörige. Diese unterhalten auch Kontakte zu den **BoH**. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Vernetzung untereinander und dem Ausrichten von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen.

Die Gruppierung **Voice of Anger**, die bereits 2002 in Memmingen (Bayern) gegründet wurde, versucht derzeit, sich wieder in Nordrhein-Westfalen unter der Bezeichnung **Voice of Anger Sektion Preussen** zu etablieren. Die Gruppierung war bereits in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen aktiv. Nach behördlichen Maßnahmen und der Schließung des Clubhauses im Märkischen Kreis im Jahr 2022 entfaltete sie zunächst keine Aktivitäten mehr. Derzeit ist jedoch eine Wiederaufnahme der Aktivitäten der Gruppierung in NRW feststellbar.

### **Bands und Konzerte**

Überregional bekannt in der Szene sind aus Nordrhein-Westfalen unter anderem die Bands **Oidoxie**, **Sleipnir**, **Sturmwehr** und **Smart Violence**, die allesamt seit mehreren Jahren aktiv sind. Insbesondere die Band **Sleipnir** fiel durch eine ge-

steigerte Aktivität in Form von zahlreichen Konzerten, dem Betreiben eines Podcasts und einer Albumveröffentlichung auf.



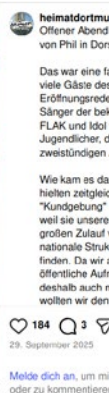
CD-Neuerscheinungen 2025 von rechtsextremistischen Bands aus NRW

Im Jahr 2025 fanden in Nordrhein-Westfalen 33 rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt- etwas mehr als im Vorjahr (29). Soweit bekannt, nahmen maximal 100 Personen an den jeweiligen Veranstaltungen teil. Die Musikveranstaltungen umfassten ein Konzert, 16 Lieder- beziehungsweise Balladenabende und 16 sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Livemusik. Dies sind zum Beispiel Parteiveranstaltungen mit Live-Musik. Zu letzterem zählen unter anderem die Veranstaltungen „Tag der offenen Tür“ am 3. Mai 2025 oder „Tag der

Heimattreue“ am 3. Oktober 2025 der Partei **Der III. Weg**, auf denen neben Redebeiträgen auch rechtsextremistischen Bands eine Bühne geboten wurde. Es traten unter anderem die Rapper **Proto** und **Kavalier** sowie die Bands **Odessa** und **The-matik 25** auf. Die meisten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen fanden 2025 in der Parteizentrale der Partei **Die Heimat Dortmund** statt.



Liederabend bei Heimat Dortmund mit dem rechtsextremistischen Musiker Phil



## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Konzerte und andere Musikveranstaltungen sind ein wichtiges Element der Erlebniswelt Rechtsextremismus, in der politische Agitation, Freizeitaktivitäten und Unterhaltung verbunden werden, um insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Zudem handelt es sich bei rechtsextremistischer Musik um ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen. Für Veranstaltungen spielen insbesondere die Szene-Immobilien in Dortmund und Hilchenbach eine wichtige Rolle. Darüber hinaus hat die **subkulturelle Szene** in Nordrhein-Westfalen weiterhin Schwierigkeiten, Veranstaltungsortlichkeiten zu finden.

Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen. Dies beinhaltet sogar ideologisch widersprüchlich erscheinende Entwicklungen wie nationalistischer Rap. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musik enorm verbessert.



## RECHTSEXTREMISTISCHE ZEITSCHRIFTEN

Im Rechtsextremismus dienen Zeitschriften zum einen als Meinungsforum, zum anderen als Kanal, um die Ideologie zu vermitteln und Einfluss auf die strategische Ausrichtung zu nehmen. In Anbetracht zunehmender Ausdifferenzierung des Rechtsextremismus und schwindender formeller Strukturen nehmen diese Funktionen an Bedeutung für die Szene zu. Trotz zunehmender Fokussierung der rechtsextremistischen Szene auf den virtuellen Raum, messen Angehörige des Phänomenbereichs in NRW den Printmedien weiterhin eine wichtige Rolle zu.

### **N.S. Heute**

Die rechtsextremistische Zeitschrift **N.S. Heute** erscheint alle zwei Monate, laut Impressum zählt im Jahr 2025 die Auflage 1300 Exemplare. Die Verantwortlichen nennen die Zeitschrift „Das Magazin von der Bewegung für die Bewegung!“.

Entsprechend treten wiederholt Rechtsextremisten unterschiedlicher Spektren des Phänomenbereichs als Autoren und Interviewpartner auf.



N. S. Heute #48 (Juli/August 2025)

Für einen größtmöglichen Adressatenkreis ist die Themenauswahl vielseitig gestaltet. Die Leserzahl ist für die Zeitschrift essentiell, da die Finanzierung mittels Abonnements und Werbeanzeigen erfolgt. In Ausgabe 48 aus dem Sommer 2025 war die Vereinnahmung junger Menschen für die rechtsextremistische Ideologie ein Leitthema, denn „Ansporn der Jugend ist Verpflichtung für erfahrene Aktivisten“. Bereits erzielte Erfolge begrüßten die Autoren mit den Worten „Rechts sein scheint trotz aller Sanktionen in Schule, Studium und Beruf eine Art Trend zu werden. Das klingt doch toll, nicht wahr?“.

Herausgeber der Zeitschrift ist der **Sturmzeichen-Verlag** in Dortmund. Zu seinem Repertoire zählt ebenso ein wachsendes Angebot an Szeneliteratur wie das Buch „Kampf um Dortmund“ von Michael Brück. Der Autor - vor seinem Wegzug aus NRW selbst jahrelang aktiver Dortmunder Neonazi - betrachtet darin die Szenentwicklungen der letzten 40 Jahre. Gewalttaten und interne Streitigkeiten werden in der Darstellung bewusst verharmlost, um das propagierte Selbstbild einer vermeintlich coolen und rebellischen Szene zu unterstreichen.

### Rock Hate

Das seit April 2021 existierende, rechtsextremistische Musikmagazin **Rock Hate** aus NRW versteht sich als „Musikmagazin für politische Soldaten“. Das Magazin hat in den vergangenen zwei Jahren seine Tätigkeit in den virtuellen Raum verlagert und konzentriert sich hauptsächlich auf den Telegram-Kanal und den regelmäßig erscheinenden Podcast. Die letzte physische Zeitschrift erschien Ende 2023.

**Rock Hate** greift auf seinem Telegram-Kanal kontinuierlich tagesaktuelle Themen auf und verbreitet Postings von anderen rechtsextremistischen Telegram-Kanälen. Insbesondere nutzen die Herausgeber den Kanal, um mit ihren Nutzern zu interagieren und beispielsweise das Album des Jahres wählen zu lassen.



ROCK HATE

Telegramkanal Rock Hate

### Unabhängige Nachrichten

Die Zeitschrift **Unabhängige Nachrichten (UN)** erscheint bundesweit bereits seit 1969, Herausgeber der monatlich veröffentlichten Ausgaben ist der **Freundeskreis UN e.V.** aus Oberhausen. Da die Herausgeber der übrigen Presselandschaft eine tendenziöse und „volkserziehende“ Berichterstattung unterstellen, sagen sie über die eigene Publikation: „Zu all den ‘Fake-News’ bilden die **UN** ein Gegengewicht“. In kurz gefassten Artikeln werden daher Themen des gesellschaftlichen und politischen Diskurses aufgegriffen und aus einem rechtsextremistischen Betrachtungswinkel aufbereitet. So wird in völkischer Diktion das Thema Migration aufgegriffen. In der Ausgabe 3 aus 2025 heißt es: „Deutschland ist das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt und die Urdeutschen dürften auf absehbare Zeit zu einer numerischen Minderheit unter vielen werden. Und nun? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Remigration!“

## RECHTSTERRORISMUS

Im Jahr 2025 blieb die Bekämpfung des Rechtsterrorismus eine zentrale Aufgabe der Sicherheitsbehörden.

Die fortwährende Verbreitung von Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik im Rechtsextremismus trägt weiterhin zu einer Radikalisierung eines Teils der Szene bei. Das hat sich im vergangenen Jahrzehnt in einer Reihe schwerer Anschläge niedergeschlagen. Eine zentrale Bedeutung hat dabei die Erzählung vom sogenannten „Tag X“. Damit ist der Tag gemeint, an dem das politische System zusammenbricht. Manche Rechtsextremisten sind der Auffassung, dass sie einen solchen „Tag X“ aktiv herbeiführen sollten - auch durch die Verübung von schweren Straftaten.

### **Schwere Straftaten**

Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Drolshagen wurde am 31. Oktober 2025 ein Anschlag verübt. In den Abendstunden warf ein Tatverdächtiger einen sogenannten „Polenboller“, ein in Deutschland wegen der Sprengkraft nicht zugelassener Feuerwerkskörper, durch ein geöffnetes Fenster in einen Wohnraum der Unterkunft. Ein dort aufhältiger Bewohner sprang daraufhin durch ein Fenster nach draußen, sodass er durch Glück unverletzt blieb. Der Hauptverdächtige hielt sich mit einer Freundesgruppe, die zuvor fremdenfeindliche Parolen gerufen hatte, an der Unterkunft auf. Es liegen Anhaltspunkte für den Verdacht vor, dass die Freundesgruppe sich zu der Tat verabredet hatte. Die fünf Beschuldigten waren zur Tatzeit zwischen 15 und 17 Jahre alt. Am 11. November 2025 fanden bei ihnen Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei statt.

Die Generalstaatsanwaltschaft Celle in Niedersachsen führt ein Ermittlungsverfahren gegen acht Beschuldigte wegen der Bildung einer bewaffneten Gruppe, der eine rechtsextremistische Gesinnung zugrunde liegt. Gegen vier Beschuldigte wird zudem wegen des unerlaubten Besitzes von Kriegswaffen beziehungsweise voll-

automatischen Schusswaffen ermittelt. Am 16. September 2025 durchsuchte die Polizei 13 Objekte, die der Gruppe zugeordnet wurden. Dazu zählte auch ein Objekt in Nordrhein-Westfalen im Landkreis Lippe.

## Terrorismus

Der Verfassungsschutz versteht unter Rechtsterrorismus den nachhaltig geführten Kampf für politische Ziele durch Anschläge auf Leib, Leben und Eigentum anderer, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind.

Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen einen Dortmunder Rechtsextremisten unter anderem wegen des dringenden Verdachts der Terrorfinanzierung und der Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Der Beschuldigte rief im Darknet dazu auf, Anschläge gegen Politiker und Personen des öffentlichen Lebens zu begehen. Auf seiner Plattform führte er eine Liste mit Personen, die er in selbst verfassten Urteilen zum Tode verurteilt hatte. Dazu verbreitete er dort Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen. Außerdem bat er um Spenden in Kryptowährung, die er als „Kopfgeld“ für die Tötung der von ihm benannten Menschen ausloben wollte. Am 11. November 2025 nahm die Polizei den Beschuldigten fest. Dieser nahm spätestens ab 2020 an verschiedenen Veranstaltungen der Dortmunder Neonaziszene teil, die sich zunächst in der Partei „**Die Rechte**“ und seit 2023 in der Partei „**Die Heimat**“ organisiert.

Im Frühjahr 2024 gründete sich die rechtsextremistische Gruppe **Letzte Verteidigungswelle (L.V.W)** mit der Absicht, die „Deutsche Nation“ zu verteidigen. Darunter versteht sie, Gewalttaten vornehmlich gegen Migranten und politische Gegner zu verüben, um einen Zusammenbruch des demokratischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. Zu solchen Taten zählen insbesondere Brand- und Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Einrichtungen des politisch linken Spektrums. Todesopfer werden dabei einkalkuliert. So verübten Mitglieder im Januar 2025 einen Brandanschlag auf ein Kulturhaus in Brandenburg, das die Rechtsextremisten fälschlicherweise für einen Treffpunkt der linken Szene gehalten hatten. Ebenfalls im Januar 2025 war eine Flüchtlingsunterkunft in Sachsen das Ziel eines Anschlagversuches, bei dem die Täter Pyrotechnik ins Innere des Gebäudes schießen wollten. Allerdings scheiterten sie dabei,

das Gebäude in Brand zu setzen. Während der Tat sprühten die Beschuldigten mehrere Schriftzüge an die Unterkunft, darunter „Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“ und „NS-Gebiet“. Einen weiteren Anschlag planten Mitglieder der **L.V.W** auf eine Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg. Die Festnahme der Beschuldigten verhinderte die geplante Ausführung. Inzwischen sind acht Mitglieder beziehungsweise Unterstützer in Haft. Alle Beschuldigten sind noch minderjährig. Auch Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen zählten zu den Mitgliedern der **L.V.W**. Ob diese auch an der Verübung beziehungsweise Planung von Straftaten beteiligt waren, werden die Ermittlungen zeigen.

An den Oberlandesgerichten Stuttgart, Frankfurt und München wird derzeit gegen die Mitglieder der **Reichsbürger**-Gruppierung um Heinrich XIII Prinz R. verhandelt. Die Gruppierung hatte einen Staatsstreich beabsichtigt. Das Vorhaben sollte mit dem Einsatz militärischer Mittel und Gewalt gegen staatliche Repräsentanten verwirklicht werden. Hierzu zählte auch die Begehung von Tötungsdelikten. Zu den Beschuldigten zählt auch eine Polizistin aus Nordrhein-Westfalen, gegen die bislang noch keine Anklage erhoben wurde.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Die begangenen oder geplanten schweren Straftaten verdeutlichen die Gefahr rechtsterroristischer Potenziale. Dabei hat sich die Bandbreite der Tätertypen vergrößert. Rechtsterroristische Ansätze lassen sich immer weniger einem bestimmten rechtsextremistischen Akteur oder einer Szene zuordnen. Ein Teil der identifizierten Tatverdächtigen ist zuvor kaum oder überhaupt nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten und Straftaten aufgefallen. Fremdenfeindlichkeit bleibt zwar für schwere Straftaten bis hin zum Rechtsterrorismus das wichtigste Tatmotiv, allerdings verfügen die Täter eher selten über ein gefestigtes, umfassendes, rechtsextremistisches Weltbild. Stattdessen dominieren diffuse Feindbilder, die die Täter mithilfe von rechtsextremistischen Onlinediskursen individuell entwickeln und dabei zum Teil auch verschiedene Diskursstränge kombinieren.



## RECHTSEXTREMISMUS IM INTERNET

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert das Leben tiefgreifend - auch den Rechtsextremismus. Rechtsextremisten bekommen durch die Digitalisierung neue Handlungsmöglichkeiten zur Verbreitung ihrer Ideologie, Rekrutierung neuer Anhänger und der Organisation in Netzwerken. Dabei profitieren Rechtsextremisten von der Dynamik und Anonymität des Internets: Menschenverachtung und Desinformation können sich in rasanter Geschwindigkeit verbreiten, während Algorithmen und Echokammern ihre Inhalte verstärken. So entsteht ein digitaler Resonanzraum, in dem rechtsextremistische Weltbilder normalisiert, Gewalt legitimiert und demokratische Werte systematisch untergraben werden.

### Rechtsextremistische Influencer

Rechtsextremisten agieren auch als Influencer in Social Media. Oftmals greifen sie aktuelle Themen auf und ordnen sie aus einer rechtsextremistischen Perspektive ein. Sie stellen dabei ihre eigene Person in den Vordergrund. Durch eine hohe Emotionalisierung der Beiträge und den direkten Austausch mit der Anhängerschaft wird Nähe und Zugänglichkeit suggeriert.



Vermeintlich naturverbundener Instagram-Beitrag der rechtsextremistischen Influencerin Anioo

### Anioo - weiblich, traditionell, harmlos?

Schnell geschnittene Videosequenzen, in denen eine junge Frau auf einer Wiese Blumen pflückt, durch den Wald spazieren geht und an einem See rastet. Dazu das Statement in Frakturschrift: „Weiblichkeit statt Feminismus“. Das Video veröffentlichte die 23-jährige rechtsextremistische Influencerin Anioo auf ihrem Instagram-Profil. Rechtsextremistische Ideologien werden in vermeintlich traditionelle Werte verpackt, um so die Meinungsbildung junger Menschen zu beeinflussen.

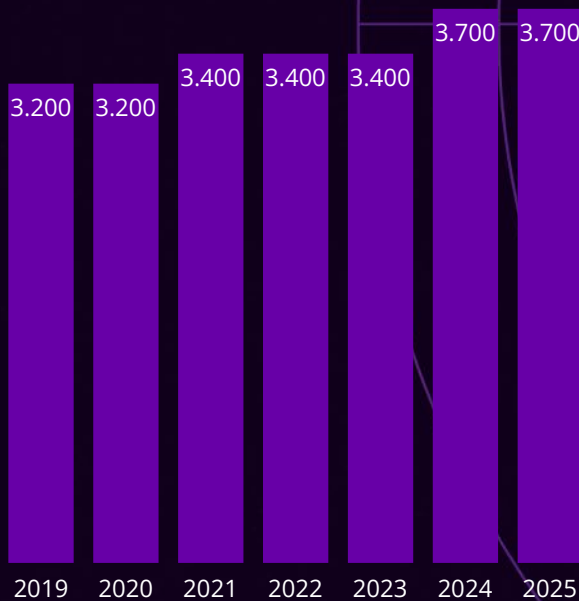
In einem Interview mit dem rechtsextremistischen Magazin **N.S. Heute** gibt Anioo einen Einblick in ihre Absichten: „Durch den politischen Aktivismus habe ich mich dann mehr mit der Weiblichkeit beschäftigt und damit, wie wichtig wir Frauen für die Gesellschaft sind.“. Als weibliches Vorbild nennt die 23-Jährige die verstorbene Rechtsextremistin und wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung mehrfach verurteilte Ursula Haverbeck. Die auf den ersten Blick harmlos wirkenden Beiträge dienen letztlich dem Zweck, demokratie- und menschenverachtende Ansichten zu verbreiten.

### **Online-Radikalisierung**

In manchen geschlossenen Gruppen auf Social Media findet eine weitgehend unkontrollierte Verbreitung von Hass, Gewalt und Verschwörungserzählungen statt. Durch die permanente gegenseitige Bestätigung wirken diese virtuellen Räume wie Echokammern und festigen menschenverachtende Überzeugungen. Dies kann Radikalisierungsprozesse anstoßen oder intensivieren.

Seit den 2020er Jahren kommt es vermehrt zur Aufdeckung von Anschlagplänen hoch radikalierter und überwiegend sehr junger männlicher Einzeltäter, die in der Regel keine Verbindungen zu klassischen rechtsextremistischen Organisationen haben, allerdings Bezüge in die sogenannte „Terrorgram-Szene“. Das lose virtuelle Netzwerk basiert im ideologischen Kern auf dem militanten Akzelerationismus, einer Ideologie und Strategie mit dem Ziel, durch Gewalt Chaos und Bürgerkrieg auszulösen, um den Zusammenbruch der westlichen Gesellschaft zu beschleunigen. Seit 2018 gibt es mindestens fünf Gruppierungen und mehrere, zu Anschlägen bereite Einzelpersonen in Deutschland, die der „Terrorgram-Szene“ zugeordnet werden können. Im Herbst 2024 kam es in NRW zuletzt in zwei Fällen zu polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen bei Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Die Strafverfahren gegen die Beschuldigten wurden unter anderem wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstößen gegen das Waffengesetz geführt.

# REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER



Personenpotenzial Reichsbürger und Selbstverwalter



# REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

## Sitz/Verbreitung

NRW-weite Verbreitung

## Gründung/Bestehen seit

1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarische Reichsregierung (KRR) in Berlin)

## Struktur/ Repräsentanz

Die heterogene Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** besteht aus einer Vielzahl von Einzelpersonen und Kleingruppen, die teils miteinander kooperieren, teils jedoch scharf voneinander abgegrenzt sind. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad existieren auch lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Bei der Mehrzahl der **Reichsbürger und Selbstverwalter** in Nordrhein-Westfalen lässt sich keine feste Organisationsbindung erkennen.

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

ca. 3.700 →

## Veröffentlichungen

Publikationen wie Flyer, Broschüren, Flugblätter, Postwurfsendungen. Eigene Webseiten der einzelnen Gruppierungen sowie soziale Medien. Offene Briefe, sogenannte „Anordnungen“, „Amtsblätter“ oder „Bekanntmachungen“ an Behörden

## Kurzporträt/Ziele

**Reichsbürger und Selbstverwalter** sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den

demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich sogar vollständig als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren.

Aus dieser ideologisch begründeten Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland entstehen in einigen Fällen Systemüberwindungsfantasien, die sich auch in konkreten Umsturzplänen manifestieren können.

Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** ist mitunter schwer zu treffen. **Reichsbürger** lehnen die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ ab. **Selbstverwalter** dagegen fühlen sich dem Staat gänzlich nicht zugehörig. Sie behaupten, sie könnten durch eine Erklärung aus dem Staat austreten und seien daher nicht an dessen Gesetze gebunden.

Ein kleinerer Teil der **Reichsbürger und Selbstverwalter** ist eindeutig auch dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Ideologische Überschneidungen finden sich im Bereich des Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, bei völkischem und teilweise nationalsozialistischem Gedankengut sowie bei antisemitischen Denkmustern.

### Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Verkauf von Merchandise Produkten, Spenden, Veranstaltungen, Seminare

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

**Reichsbürger und Selbstverwalter** sind verfassungsfeindlich, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung offensiv ablehnen. Dies zeigt sich unter anderem im Verweigern von Steuerzahlungen, dem Nichtanerkennen von behördlichen Bescheiden sowie im Errichten vermeintlich eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber wird mitunter offen aggressiv aufgetreten. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund, wie etwa ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches

Weltbild, haben. Die im Reichsbürger-Milieu weit verbreitete Ansicht, das deutsche Staatsvolk bestehe nur aus Personen, die ihre Staatsangehörigkeit nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) 1913 nachweisen können, belegt die rassistische Einstellung. Die **Reichsbürger und Selbstverwalter** unterliegen deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

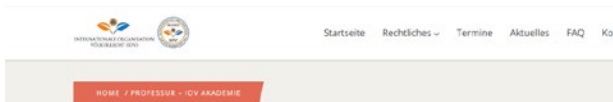
Es existieren zahlreiche deutschlandweite Gruppierungen insbesondere in den sozialen Medien. Diese sind untereinander zum Teil auch vernetzt. Die nachfolgenden Gruppierungen sind in NRW aktiv.

**Alliance Earth IGO (Intergovernmental Organisation)** ist eine Nachfolgeorganisation der ehemaligen **Verfassungsgebenden Versammlung (VV)**. Dem Namen entsprechend sieht sie sich als „zwischenstaatliche Organisation“ und leitet daraus entsprechende Befugnisse ab, so z.B. die Einrichtung von Gerichten und das Verleihen von Staatsbürgerschaften an ihre Mitglieder. Das sogenannte „Manifest“ dient als Gesetzesgrundlage. Den Normen der Bundesrepublik Deutschland hingegen mangelt es in den Augen der Organisation, ebenso wie der BRD selbst, an jedweder Legitimität. Ende November 2025 fand die Jahreshauptversammlung statt. Die interne Kommunikation erfolgt hauptsächlich im virtuellen Raum über Chatportale und Plattformen zum Datenaustausch. Die in Ratingen ansässige Organisation versucht ihre Ideologie vor allem im virtuellen Raum zu verbreiten. Dazu nutzt sie vor allem die zur Gruppierung gehörende Webseite **ddbnews** beziehungsweise das Webradio **ddbradio**. Dort ging man 2025 zum Beispiel auf die Debatte zu einer möglichen Wehrpflicht ein und behauptete, dass Mitglieder von **Alliance Earth** eine andere Staatsangehörigkeit besäßen und deshalb vor der Wehrpflicht geschützt seien.

Die Organisation **Amt für Menschenrechte** tritt ebenfalls unter dem Namen **Internationales Zentrum für Menschenrechte (IZMR)** oder **Akademie für Menschenrechte** auf. Sie leugnen die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland und diffamieren diese wahlweise als faschistischen Unrechtsstaat oder bezeichnen sie als „Firma“. Das **IZMR** versendet Nötigungs- bzw. Drohschreiben an verschiedene Stellen. Aufgrund von Streitigkeiten kam es zuletzt zu Abspaltungen

innerhalb der Organisation. Herausgebildet hat sich dabei die **Organisation Internationales Völkerrecht**.

Die **Internationale Organisation Völkerrecht (IOV)** bestreitet die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland mit internationalem Völkerrecht. Seit Ende 2023 erhalten verschiedene Behörden Schreiben der **IOV**. In den Schreiben wird eine Kooperation der Organisation mit den betroffenen Behörden angestrebt, um ihre Mitglieder, sogenannte „Zivilisten“ von Forderungen sämtlicher staatlicher Stellen zu befreien und optimal zu schützen. Die **IOV** betreibt eine Vielzahl von Webseiten und Social Media Kanäle. Darauf bieten sie beispielsweise kostenpflichtige Online-Seminare zu ihren Themen an. Das „Spezialseminar BASIS - Finanzamt & Schutzstatus“ wurde für den 11. und 12. Oktober 2025 angeboten und kostete 2.999 Euro,



Seminarangebot zur angeblichen Professur-Ausbildung

Das „Spezialseminar – Finanzamt & Schutzstatus PREMIUM“ am 27. und 28. September 2025 kostete sogar 9.999 Euro. Die größte Vereinigung der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene **Königreich Deutschland (KRD)** wurde einschließlich ihrer Teilorganisationen am 13. Mai 2025 vom Bundesministerium des Innern und für Heimat verboten. Es fanden Durchsuchungen in mehreren Gebäuden und Wohnungen in sieben Bundesländern statt, darunter auch in Nordrhein-Westfalen. Eine Person in NRW war von dem Verbot betroffen. Diese war Geschäftsführer der „Gemeinwohlfkasse Menden“, einer Teilorganisation des **KRD**, die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 2021 geschlossen wurde. Danach betätigte er sich als Vortragsredner für das **KRD**. Die zahlreichen noch im Jahr 2023 und Anfang 2024 vorzugsweise in Düsseldorf, Köln und Bielefeld angebotenen Seminare und „Vernetzungswanderungen“ der Inter-

Professur – IOV AKADEMIE

10 Kundenbewertungen

14.999,00 €

Onlinepräsentation

5 vorrätig

1

IN DEN WARENKORB

netpräsenz „LEUCHT-TURM“ stagnierten bereits in der zweiten Jahreshälfte 2024. Bis zum Verbot der Vereinigung im Mai 2025 konnten kaum noch Aktivitäten in NRW wahrgenommen werden.

Der **Vaterländische Hilfsdienst (VHD)** als realweltliche Organisation von **Bismarcks Erben /Ewiger Bund** veranstaltet regelmäßig Treffen von Mitgliedern in NRW. Der **VHD** wurde gegründet um das „Deutsche Kaiserreich“ wieder handlungsfähig zu machen und den angeblich noch existenten Kriegs- und Belagerungszustand von 1918 zu beenden. Der **VHD** gliedert sich regional in sogenannte „Armeekorpsbezirke“ (AK).



AK VIII Sommerfest Raum Jülich

licher Kontakte und dem gemeinschaftlichen Zusammenhalt.“ Für das Münsterland und Ostwestfalen ist der „AK VII“ des **VHD** zuständig. Dieser veranstaltete unter anderem am 21. April 2025 ein Treffen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal bei Porta Westfalica.

Im Rheinland ist der „AK VIII“ aktiv, der unter anderem am 28. September 2025 im Raum Mönchengladbach ein Treffen organisierte. Dort kam es laut einem Bericht der Gruppierung „zu interessanten Diskussionen über die Entwicklung des vaterländischen Hilfsdienstes im Hinblick auf die Restauration des deutschen Gesamtstaates und die Meldestellenarbeit im Allgemeinen. Das Treffen diente auch der Förderung persön-

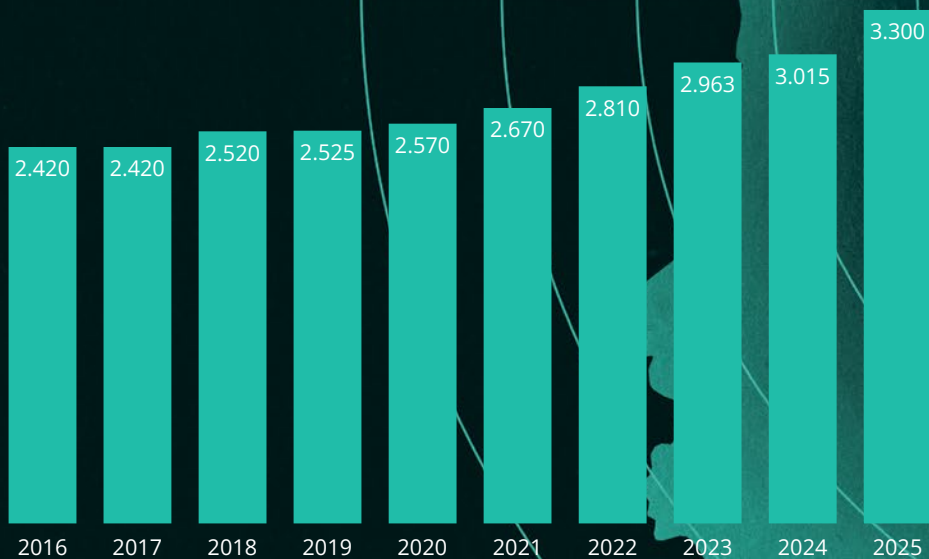
Der **Verband Deutscher Wahlkommissionen (VDWK)** versteht sich als Dachverband der sogenannten Wahlkommissionen. Nach deren Ideologie bestehe das Kaiserreich von 1871 weiterhin, sei aber aktuell nicht handlungsfähig. Wegen der fehlenden „Verwaltungsstrukturen“ sollen Wahllisten ausschließlich für Deutsche gemäß RuStaG 1913 erstellt werden, damit ein „Verweser“ (anstatt Bürgermeister) gewählt werden kann. Von ehemaligen Anhängern wurde der **VDWK** 2025 in den einschlägigen Telegram-Kanälen kritisiert, weil dieser das „Reich“ auch ohne einen Kaiser „aktivieren“ wolle. Der Streit weist auf die Heterogenität der Szene hin, in der es keinen Konsens über den richtigen Weg gibt.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

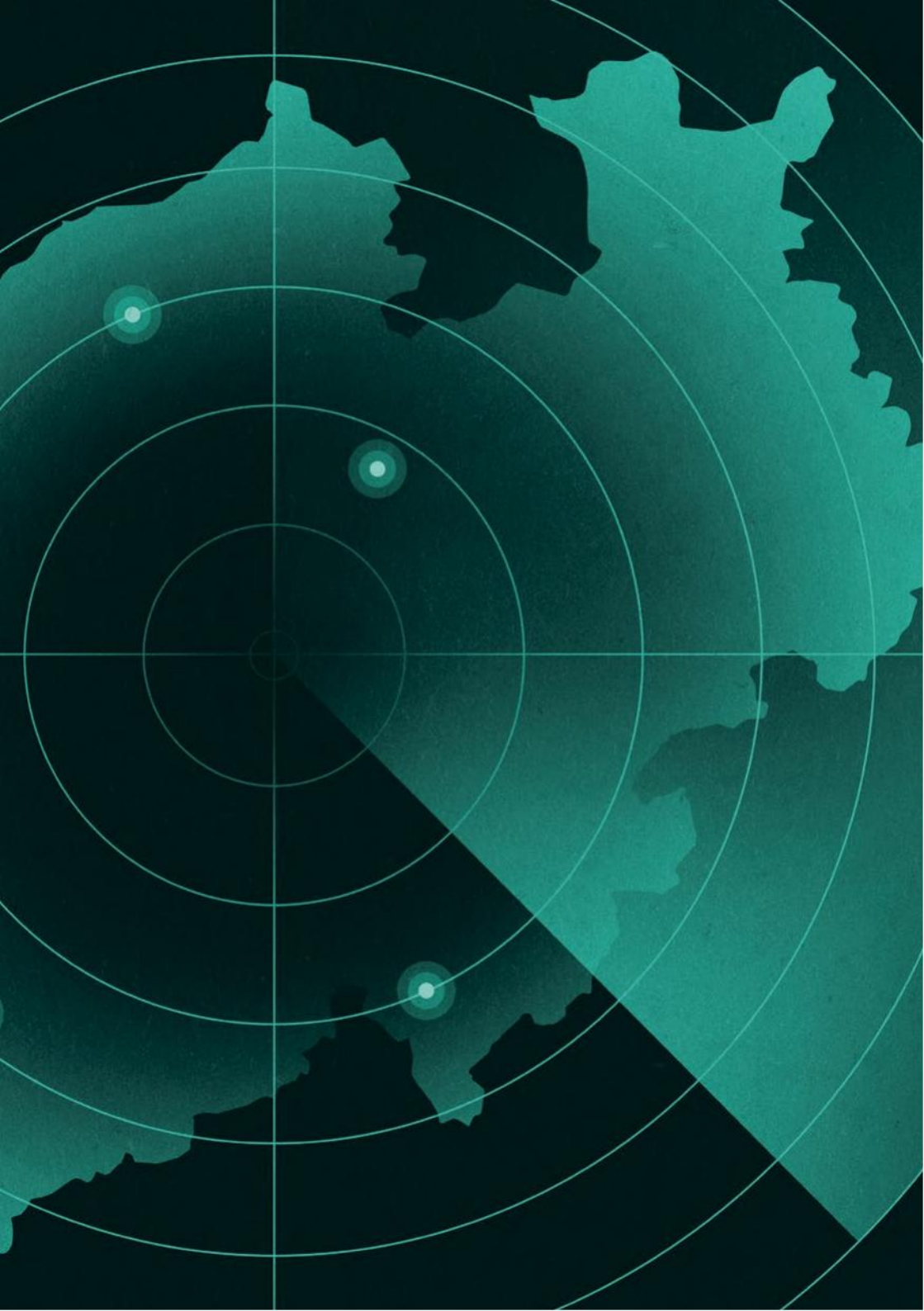
Die Zahl der **Reichsbürger und Selbstverwalter** ist weiterhin konstant hoch. Sie versuchen durch ihre Aktivitäten eine sachgerechte Arbeit der Behörden zu behindern. Davon sind insbesondere die Kommunen betroffen. Dies schließt auch Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen Beschäftigte von Behörden ein. Häufiges Feindbild ist dabei der demokratische Rechtsstaat mit seinen Repräsentanten.

Wiederkehrend sind bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern gewaltbefürwortende Kommentare, Widerstandshandlungen und Funde illegaler Waffen festzustellen. Deswegen bewertet der Verfassungsschutz diese extremistische Szene weiterhin als Bestrebung mit erheblichem Gewalt- und Gefährdungspotenzial.

# LINKSEXTREMISMUS



Personenpotenzial im Linksextremismus



## ZUSAMMENFASSUNG

### **Autonome: Zunehmend aktionsorientiert**

Das Jahr 2025 zeigt im Bereich der Autonomen einen zunehmend aktionsorientierten Trend in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Themenfeldern Antifaschismus und Antimilitarismus. Die Wahlerfolge der Bundespartei *AfD* rufen eine hohe Emotionalisierung im Linksextremismus hervor. Dies wurde insbesondere in Versammlungslagen deutlich, bei denen die Grenze des friedlichen Protests durch die Begehung von Straftaten überschritten wurde.

Im Themenfeld „Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur“ wurden im Berichtszeitraum in Nordrhein-Westfalen mehrere Sabotagehandlungen mit zum Teil erheblichen Schadenssummen und massiven Auswirkungen auf die Öffentlichkeit verübt.

So verübte die linksextremistische Gruppierung **Kommando Angry Birds** am 31. Juli 2025 einen Brandanschlag auf der Nord-Süd-Hauptstrecke der Deutschen Bahn zwischen Duisburg und Düsseldorf. Der Bahnverkehr wurde dadurch in der Folge auf dieser hoch frequentierten Pendlerstrecke stark beeinträchtigt. Neben erheblichen Einschränkungen auf den Bahnverkehr mit Zugausfällen und stundenlangen Verspätungen führte der Anschlag zu einem hohen finanziellen Schaden für die Deutsche Bahn.

Aufgrund des als hoch einzuschätzenden Mobilisierungspotenzials ist davon auszugehen, dass auch künftig mit weiteren Aktionen und Straftaten in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit Angriffen auf die kritische Infrastruktur zu rechnen ist.

Im Themenfeld Ökologie ist von Bedeutung, dass die Rodung des letzten verbliebenen Teilstücks (sogenanntes Sündenwäldchen) im Nahbereich des Tagebaus Hambach vollzogen wurde. Im Vorfeld kam es am 18. November 2025 zur Räumung des besetzten Teilstücks. Im Berichtszeitraum kam es in diesem Zusammen-

hang in Folge der andauernden Waldbesetzung zu mehreren Straftaten zum Nachteil des Tagebaubetreibers RWE AG. So wurden im Januar 2025 beispielsweise sieben Pumphäuser und deren Elektroeinheit des Tagebaus Hambach durch unbekannte Täter beschädigt.

### **Kommunistische Kader- und Jugendgruppen: Klare Ideologie und aktivistischer Habitus**

Die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen (KJKG)** gewannen im Jahr 2025 an Bedeutung und haben sich zu einem wesentlichen Teil der Szene entwickelt. Es gelang ihnen weiterhin, besonders junge Menschen anzusprechen und zu mobilisieren. Dabei konnten sie auch im Jahr 2025 ihren aktivistischen Habitus mit marxistisch-leninistischen Ideologeelementen verbinden, was sich plakativ durch das Zeigen entsprechender Fahnen und Symbole bei größeren Versammlungen des Spektrums darstellte.

Im Berichtszeitraum bildeten **KJKG** beispielsweise einen „revolutionären Block“ auf der dem „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln zugehörigen Demonstration am 30. August 2025. Auf dem Camp selbst organisierten sie ein „Revolutionäres Barrio“.

Zudem konnten die **KJKG** die sozialen Medien für sich nutzen. Ergänzend zu den Auftritten der Gruppen verbreiten Jugendliche mittlerweile verstärkt eigene Kurzformate (wie Reels oder TikToks), die mit ideologischen Botschaften oder einschlägiger Musik unterlegt sind. Nicht zuletzt deshalb ist davon auszugehen, dass sich die **KJKG** weiter als Teil der linksextremistischen Szene festigen werden.

### **Linksextremismus im Parteienumfeld: Erfolge und Konflikte**

Die **Linksjugend [‘solid]** profitierte im Berichtsjahr von dem Wahlerfolg der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2025. Sowohl DIE LINKE als auch **Linksjugend [‘solid] NRW** steigerten deutlich ihre Mitgliederzahlen. Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE unter 35 Jahren gelten automatisch als passives Mitglied der Jugendorganisation, sofern sie der Mitgliedschaft nicht widersprechen.

Besonders bemerkenswert für den Berichtszeitraum ist die Positionierung zum Nahost-Konflikt. Sie bildete die Grundlage für einen Konflikt innerhalb des Verbandes der **Linksjugend [’solid] NRW**. Einerseits forderte der nordrhein-westfälische Jugendverband, den „Genozid in Gaza“ und die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Deutlich antizionistisch und zumindest anschlussfähig für antisemitische Stereotype wurde Israel zudem als „ethno-faschistischer Kolonialstaat“ bezeichnet. Außerdem mobilisierte die **Linksjugend [’solid] NRW** für die Teilnahme an pro-palästinensischen Versammlungen. Andererseits bewarb die **Linksjugend [’solid] NRW** eine sozialistische Strategie für Freiheit und Gerechtigkeit in Israel und Palästina auf Instagram, in der sie sich von Antisemitismus abgrenzte und bekräftigte, dass weder die Vertreibung der jüdischen noch der palästinensischen Bevölkerung die Lösung sei.



## IM FOKUS: ANTIMILITARISMUS AM BEISPIEL DES „RHEINMETALL ENTWAFFNEN“-CAMPS 2025 IN KÖLN

Vom 26. bis 31. August 2025 fand das Camp des im Themen- und Handlungsfeld Antimilitarismus agierenden Bündnisses „Rheinmetall ent Waffen“ in Köln statt. Es wurde damit erstmals in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Bei mit dem Camp einhergehenden Veranstaltungen und Aktionen beteiligten sich auch Personen und Personenzusammenschlüsse aus dem linksextremistischen sowie auslandsbezogenen extremistischen Spektrum. Der Umfang der Beteiligung war dabei auch geprägt von welt- und tagespolitischen Entwicklungen und der Ballung von militärischen Einrichtungen und an der Rüstungsproduktion beteiligten Firmen in räumlicher Nähe zum Veranstaltungsort Köln. In der Gesamtschau kam es während der Camp-Tage auch zu strafrechtlich relevantem und grenzüberschreitendem Verhalten von Teilnehmern im Rahmen der durchgeführten Aktionen.

### **Unterscheidung Pazifismus/Antimilitarismus**

Das Themen- und Handlungsfeld Antimilitarismus ist ein klassisches Betätigungsfeld von Linksextremisten. Hierbei muss klar zwischen Pazifismus und Antimilitarismus differenziert werden. Grundsätzlich sind beide politischen Strömungen nicht per se extremistisch.

Während der Pazifismus Krieg als Mittel der Auseinandersetzung ablehnt, werden im Antimilitarismus militaristische Tendenzen (beispielsweise Rüstungsausgaben/ Wehrpflicht) und die Überhöhung damit verbundener Werte (beispielsweise Gehorsam/Opferbereitschaft) abgelehnt. Dadurch bedingt ist der Aktionismus im Pazifismus weit überwiegend von Gewaltlosigkeit geprägt. Dies ist insbesondere bei Aktivitäten von Extremisten im Antimilitarismus nicht immer so. Hintergrund dessen ist, dass Militarismus als staatliches Prinzip beziehungsweise das Agieren des Staates in diesem Kontext gerade im Linksextremismus sowohl als repressives Handeln als auch als Ausdruck einer faschistischen Formierung des Staates wahr-

genommen werden. Die dagegenstehenden Konzepte der Bundeswehr als „Parlamentsarmee“ und der Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ werden aufgrund des linksextremistischen Narratives abgelehnt, da sie trotzdem Bestandteil eines zu überwindenden Systems seien. Daher kann es bei Aktionen im Themen- und Handlungsfeld Antimilitarismus durch Extremisten auch zu Gewalt beziehungsweise grenzüberschreitendem Verhalten kommen, da dies als legitimes Agieren angesehen wird.

### **Ideologische Differenzen**

Das Themenfeld Antimilitarismus wird im Hinblick auf ideologische Elemente von den beiden Strömungen Marxismus und Anarchismus unterschiedlich wahrgenommen. Während für Marxisten der Aspekt der möglichen Faschisierung der Gesellschaft, also die Schaffung und Stärkung von autoritären und stark hierarchischen Strukturen in einem politischen System im Vordergrund steht, so ist es für Anarchisten das repressive Agieren des Staates. Unbenommen dessen wirkt die ablehnende Haltung gegenüber dem bestehenden System als solches als einendes Element. Marxistische Strömungen lehnen dabei nicht per se Staaten oder staatsähnliche Konstrukte und damit einhergehend das Militär oder andere Sicherheitsorgane ab, solange diese der „richtigen“ Ideologie folgen. Konträr dazu werden im Anarchismus Staaten, Militär und Sicherheitsorgane abgelehnt, weil diese Elemente die individuelle Freiheit beschränken würden. Zur Herstellung dieser Freiheit wird auch die Anwendung von Gewalt als legitim erachtet. Grundsätzlich handelt es sich beim Antimilitarismus um ein anlassbezogenes Themenfeld. Das bedeutet, dass mit Aktivitäten eher dann zu rechnen ist, wenn tages- oder weltpolitische Ereignisse dies anstacheln. So führten in der jüngeren Vergangenheit insbesondere der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine oder die Schaffung des Sondervermögens für die Modernisierung der Bundeswehr und die gesellschaftliche Debatte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht zu entsprechendem Aktivismus.

### **„Rheinmetall entwaffnen“**

Eine der wenigen konstanten Strukturen im Themen- und Handlungsfeld Antimilitarismus ist das Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ (RME), das in der jüngeren Vergangenheit einen höheren Zuspruch zu verzeichnen hat. In seinem Selbstverständnis verortet sich RME als antikapitalistischer, antimilitaristischer und anti-

imperialistischer Akteur, der als auslösendes Element für die eigene Konstituierung Ereignisse im Kontext Kurdistan solidarität anbietet. Eine eindeutige Verortung in einem rein extremistischen Kontext ist schwierig, da eine belastbare Aufzählung unterstützender Gruppierungen des Bündnisses nicht existiert. Insofern ist es geboten, die sich an den Aktivitäten beteiligenden extremistischen Strukturen und auch deren Involvierung in beispielsweise organisatorische Abläufe zu beurteilen. Dabei ist festzustellen, dass sich sowohl an Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen in der Vergangenheit extremistische Akteure sowohl des auslandsbezogenen Extremismus als auch des Linksextremismus beteiligt haben.

### „Rheinmetall entwaffnen“-Camp 2025 in Köln

Dies gilt auch für das „Rheinmetall entwaffnen“-Camp und die damit einhergehende Aktionswoche vom 26. bis 31. August 2025 in Köln. Diese war thematisch anfangs geprägt von juristischen Auseinandersetzungen.



Ein Schild macht auf das Camp im Kölner Grüngürtel aufmerksam

Ein erstinstanzliches Verbot des Camps wurde kurz vor dem Start wieder aufgehoben. Zudem spielten auch tages- und weltpolitische Entwicklungen wie die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie der andauernde Nahost-Konflikt eine einflussreiche Rolle. Dies schlug sich in dem

in der Woche offen ablaufenden Programm mit Informations-, Diskussions- und Kulturveranstaltungen auf dem Campgelände nieder. Es wurden ebenfalls weitere Themen- und Handlungsfelder, in denen Extremisten aktiv sind, wie Antirepression oder Antikapitalismus sowie weitere aktuell andauernde regionale Konflikte thematisiert. Den thematischen Schwerpunkt bildeten allerdings Veranstaltungen, die sich kontextual auf die Bereiche Feminismus/Antisexismus kon-

zentrierten und sich dabei kritisch mit dem Patriarchat beziehungsweise dessen Rolle im antimilitaristischen Kontext beschäftigten. Daneben kam es zu punktuell angemeldeten Aktionen, bei denen Campsteilnehmer auch Straftaten verübten. Hierbei sind zu nennen:

- die Blockade des Bundesamts für Personalmanagement der Bundeswehr in Köln,
- die Demonstration vor dem Wohnhaus des Vorstandsvorsitzenden eines Rüstungsunternehmens in Meerbusch,
- ein Versammlungsdelikt vor dem Standort eines Rüstungsunternehmens in Bonn,
- die Besetzung eines SPD-Parteibüros in Köln,
- die Blockade eines Logistikunternehmens in Köln und
- die Auseinandersetzungen im Rahmen einer Kundgebung, der sogenannten „Antimilitaristischen Parade“ in Köln.

Darüber hinaus gab es weitere, das Ereignis begleitende niedrigschwellige Delikte, überwiegend Sachbeschädigungen, insbesondere an Einrichtungen und Liegenschaften mit thematischem Bezug zur Veranstaltung.



Das Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ demonstriert unweit des Wohnhauses des Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall

## Teilnehmer und Fazit

An der Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen im Rahmen des Camps beteiligten sich Akteure des auslandsbezogenen Extremismus wie **Young Struggle** (Jugendorganisation der linksextremistischen türkischen **Marxistischen Leninistischen Kommunistischen Partei**) und des Linksextremismus wie der **Kommunistische Aufbau**, die **Interventionistische Linke**, **Perspektive Kommunismus** und die **Rote Jugend Deutschland**, aber auch anarchistische Personen und -zusammenschlüsse. Wesentlicher Sammelpunkt dieser Strömungen waren hierbei die im Camp räumlich abgegrenzten Bereiche, die sogenannten „Barrios“ wie beispielsweise das „Anarchist Barrio“ oder das „Revolutionäre Barrio“ (überwiegend für **Kommunistische Jugend- und Kadergruppen**). Überrascht hat dabei insbesondere die offene Teilnahme des **Kommunistischen Aufbau**, da gegen diesen und seine Vorfeldorganisationen wie die **Föderation klassenkämpferischer Organisationen (FKO)** zu diesem Zeitpunkt sogenannte „Täterschutz“-Vorwürfe, also ein Decken von Angehörigen gegen die Beschuldigungen wegen der Anwendung sexualisierter Gewalt, bestanden. Üblicherweise werden solche Strukturen bis zum Abschluss der szeneeigenen Aufarbeitung temporär von Aktivitäten ausgeschlossen.



Plakat auf dem Gelände des „Rheinmetall entwaffnen“-Camps

Die im Rahmen von den oben genannten Aktionen durch polizeiliche Maßnahmen erfassten Personen stammten dabei aus dem gesamten Bundesgebiet und punktuell dem europäischen Ausland. Die beschriebene Beteiligung von extremistischen Akteuren aus beiden Phänomenbereichen

war auch bei den erfassten und aus Nordrhein-Westfalen stammenden Personen festzustellen, unter denen sich auch Angehörige der genannten extremistischen Gruppen fanden.

Im Fazit des „Rheinmetall entwaffnen“-Camps lässt sich festhalten, dass das Bündnis zumindest extremistisch beeinflusst, wenn nicht gar durch extremistische Akteure dominiert war. Inhaltlich kann darüber hinaus resümiert werden, dass beispielsweise der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, trotz starken Bezugs zur Firma Rheinmetall, nur eine nachgeordnete Rolle eingenommen hat. Gleichzeitig hat der Nahost-Konflikt, auch bedingt durch eine weitreichende Solidarisierung zugunsten Palästinas durch die Campteilnehmer, inklusive spontaner Mobilisierungsaufrufe zu einer lokalen palästinasolidarischen Kundgebung, eine wesentliche Thematisierung erfahren. Weiterhin wurde zwar die Thematik „Kurdistan“ punktuell aufgegriffen. Unbenommen dessen war eine Beteiligung von Akteuren des auslandsbezogenen Extremismus mit Konfliktbezug nur eingeschränkt festzustellen.

Das Resümee des Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“ zum Camp selbst fiel dabei überwiegend positiv aus. Man verwies auf personellen Zulauf und erfolgreiche Aktionen. Zudem konnten durch die vorzeitige Beendigung der sogenannten „Antimilitaristischen Parade“ am 30. August 2025 die Narrative des repressiven Vorgehens gegen legitimen Protest bedient werden. Daraus folgernd riefen teilnehmende extremistische Akteure zur Überwindung des bestehenden „kaputten“ Systems und des Kapitalismus auf.

Allerdings nahmen im Vergleich zu in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen durch andere Akteure aus anderen Themen- und Handlungsfeldern durchgeführten sogenannten „Massenaktionen“ weniger Menschen teil.

## LINKSEXTREMISMUS IN PARTEIEN UND DEREN UMFELD

### Sitz/Verbreitung

#### **Linksjugend [‘solid]:**

Berlin (Bundesgeschäftsstelle)/

Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle NRW)

**Deutsche Kommunistische Partei (DKP):** Essen (Hauptsitz)

**Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD):** Gelsenkirchen  
(Parteizentrale)

Verbreitung jeweils deutschlandweit

### Gründung/Bestehen seit

**Linksjugend [‘solid]:** 2007

**DKP:** 1968

**MLPD:** 1982

### Struktur/ Repräsentanz

**Linksjugend [‘solid]:** Bundesverband, Landesverbände, Basisgruppen, Hochschulgruppen (Die Linke.SDS)

**DKP:** Bezirksverbände, Kreisverbände;

Unterstützte Jugendorganisation:

**Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**

Vorsitz: Patrick Köbele

**MLPD:** Landesverbände, nominell eigenständige Gruppen (unter anderem Jugendverband **Rebell**, Kinderorganisation **Rotfüchse**), kommunale Wahlbündnisse, zum Beispiel *alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)*

Vorsitz: Gabi Fechtner

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

**DKP:** circa 800 →

**MLPD:** circa 750 →

## Veröffentlichungen

**Linksjugend [‘solid]:** Web-Angebote

**DKP:** Web-Angebot, Wochenzeitung **unsere Zeit**

**MLPD:** Web-Angebot, Publikation „Rote Fahne Magazin“ (14-täglich)

## Kurzporträt/Ziele

**Linksjugend [‘solid]:** Parteinah, aber rechtlich unabhängige Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Der Verband sieht sich als „Plattform für antikapitalistische und selbstbestimmte Politik“.

**DKP:** Laut Selbstdarstellung sieht sich die Organisation als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zum Marxismus-Leninismus an.

**MLPD:** Ihrem Selbstverständnis zufolge ist die Partei die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland und strebt die revolutionäre Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft an.

## Finanzierung

Jeweils Mitgliedsbeiträge und Spenden, bei der **Linksjugend [‘solid]** zusätzlich Mittel der Partei **DIE LINKE**

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

„Sozialistische Zukunft statt Kapitalismus“ – das hat sich **die Linksjugend [‘solid] NRW** weiterhin auf die Fahne geschrieben. Gemäß dem Ernst Thälmann zugeschriebenen Leitspruch „einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust“ will sie laut ihrem Jugendprogramm den Kapitalismus überwinden, nicht nur als Wirtschaftsordnung, sondern als bestehende Gesellschaftsordnung. Die Website des Bundesverbandes nennt diesbezüglich weiterhin die „kommunisti-

sche Vision einer klassenlosen Gesellschaft“ als politisches Ziel. Daraus folgt in der Konsequenz, dass die parlamentarische Demokratie nach einer Revolution von der Diktatur des Proletariats ersetzt werden würde.

Allein aufgrund einer Mitgliedschaft in der **Linksjugend [‘solid]** kann jedoch nicht zwangsläufig von einer bewussten Entscheidung für eine extremistische Organisation ausgegangen werden. Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE unter 35 Jahren gelten automatisch als passives Mitglied der Jugendorganisation, sofern sie der Mitgliedschaft nicht widersprechen. Folglich zählen die Mitglieder des Jugendverbands nicht zum Personenpotenzial Linksextremismus.

**DKP** und **MLPD** streben die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Ziel der Errichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft an.

Die beschriebenen Ziele der Akteure sind zwangsläufig mit erheblichen Einschränkungen von Individualgrundrechten verbunden. **DKP** und **MLPD** benennen ferner die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung als den von ihnen angestrebten Weg in eine kommunistische Gesellschaft. **Linksjugend [‘solid]**, **DKP** und **MLPD** richten sich damit gegen wesentliche Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und werden daher gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachtet.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Schien die **Linksjugend [‘solid]** 2024, wie auch DIE LINKE, in einer Krise zu sein, profitierte die Jugendorganisation aufgrund der Ergebnisse der Bundestagswahl 2025. Über den Wahlerfolg hinaus steigerten sowohl DIE LINKE als auch die **Linksjugend [‘solid] NRW** deutlich ihre Mitgliederzahlen. Im Berichtszeitraum gründeten sich außerdem neue Basisgruppen oder wurden wieder aktiv. Dieser Aufschwung ist „das Resultat der strategischen, organisatorischen und personellen Erneuerung der Linken, so das Fazit auf der Landesvollversammlung im April 2025. Euphorisch wurde hier sogar von einem „Möglichkeitsfenster für den Aufbau einer sozialistischen Massenbewegung“ gesprochen und entschieden, den Fokus der

Basisgruppen strategisch auf drei Schwerpunkte zu legen: vopolitische Arbeit, solidarische Praxis und Stadtteilarbeit gegen den vermeintlichen Rechtsruck.



Aufruf der Linksjugend [solid] auf Instagram zum „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln

2025 beteiligte sich die **Linksjugend [solid] NRW** wieder an anti-faschistischen Protesten, unterstützte das Bündnis „Widersetzen“ und solidarisierte sich mit Personen, die wegen gewalttätiger Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Rechts-extremisten strafrechtlich verfolgt werden. Im Themenfeld Antimilitarismus engagierte sich die **Linksjugend [solid] NRW** gegen eine zur politischen

Debatte stehende Wehrpflicht und beteiligte sich am „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln. Wie im Vorjahr gab es auch 2025 ein sogenanntes „revolutionäres Juniwochenende“ mit den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saarland.

Die Position zum Nahost-Konflikt blieb allerdings ambivalent und wurde vor allem in der zweiten Jahreshälfte erneut zu einem wesentlichen Konfliktpunkt innerhalb des Verbandes. Einerseits positionierte sich der nordrhein-westfälische Jugendverband im Zuge des Nahostkonflikts, indem er dazu aufforderte, den „Genozid in Gaza“ und die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Deutlich antizionistisch und zumindest anschlussfähig für antisemitische Stereotype wurde Israel sogar als „ethno-faschistische[r] Kolonialstaat“ bezeichnet. Auch mobilisierte der Jugendverband für die Teilnahme an pro-palästinensischen Versammlungen.



Antizionistischer Aufruf auf dem Instagram-Profil der Linksjugend [solid] NRW zu einer Pro-Palästina-Demonstration in Essen

Andererseits bewarb die **Linksjugend [solid] NRW** eine sozialistische Strategie für Freiheit und Gerechtigkeit in Israel und Palästina auf Instagram, in der sie sich von Antisemitismus abgrenzte und bekräftigte, dass weder die Vertreibung der jüdischen noch der palästinensischen Bevölkerung die Lösung sei. In Bezug auf die **DKP** rückten im Berichtszeitraum

außenpolitische Themen in den Vordergrund. So bekräftigte die Partei ihre Haltung, dass Deutschland und die NATO eine imperialistische Politik verfolgten. In diesem Zusammenhang verfolgt die **DKP** den Ansatz „Frieden mit Russland und China“. Der Angriffskrieg Russlands gegen die nach Lesart der **DKP** „faschistische“ Ukraine wird hierbei ausgeklammert. Hieran angelehnt wird der Sozialismus und ein Ein-Parteien-System unter dem Deckmantel der Kapitalismuskritik als Alternative zur parlamentarischen Demokratie idealisiert.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten wurden im Berichtszeitraum als imperialistische Kriege definiert. Israels Handeln nach den Terroranschlägen der **HAMAS** sei als „Genozid“ zu verurteilen. Die **DKP** vertrat eine bedingungslose Solidarität mit dem palästinensischen Volk unter Ausblendung der Terrorangriffe der Hamas auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023.

Die **DKP**, deren Vorstand auf dem 26. Parteitag im Juni 2025 in Frankfurt wiedergewählt wurde, verzichtete auf eine Teilnahme an der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025. In diesem Zusammenhang hob die **DKP** über ihren Vorsitzenden ihren politischen Fokus auf die Friedenspolitik hervor und betonte, dass der „Kampf um den Frieden und gegen den sozialen Kahlschlag nicht im Bundestag entschieden wird.“. Zudem wurde bezweifelt, dass die Partei die Kraft habe,

ihre Mitglieder bundesweit zu mobilisieren. Unter dem Motto „Jetzt erst recht!“ wurde aufgerufen, im außerparlamentarischen Kampf „an breiten Bündnissen für eine starke Friedens- und Gewerkschaftsbewegung auf der Straße und im Betrieb zu arbeiten“.

Die **DKP** trat in Bottrop, Gladbeck, Dortmund und Köln zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. September 2025 an. In Bottrop konnte ein Ratsmandat (1,27 Prozent) von den bisherigen zwei Mandaten verteidigt werden. In Gladbeck wurde das Ratsmandat (0,7 Prozent) verloren. In Dortmund und Köln wurden keine Mandate erzielt.

Traditionell richtet die **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)** in einem Zwei-Jahres-Rhythmus zu Pfingsten das Festival der Jugend aus. Im Berichtsjahr wurde das Musikfestival erstmals in Bottrop durchgeführt. Hintergrund ist auch für die Zukunft, dass der bisherige Veranstalter - Jugendpark in Köln - auf politisch orientierte Veranstaltungen verzichten will. An dem Festival haben etwa 2.000 Personen teilgenommen.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der **Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)** stand 2025 die Sammlung von Spenden für die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens in Gaza, begleitet durch Unterstützung der Gründung der säkularen Organisation „Palestine must live!“.

Nachdem die **MLPD** den Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen Israel als terroristisch und faschistisch kritisiert hatte, wurde die Reaktion Israels als „Völkermord“ am palästinensischen Volk verurteilt.

Die militärischen Auseinandersetzungen im Nahostkonflikt wurden wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als imperialistische Aggressionen kapitalistischer Systeme gesehen. Gefordert wurde ein internationaler Sozialismus, der gemäß der kommunistischen Lehre „Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter!“ kriegerische Auseinandersetzungen ausschließen soll.

Die **MLPD** beteiligte sich unter dem Motto „Make socialism great again!“ am Wahlkampf zur Bundestagswahl im Februar 2025. Der Partei gelangen sowohl bundesweit als auch in Nordrhein-Westfalen Stimmenzuwächse. Diese sind weiterhin sehr gering und weit davon entfernt, wahlpolitisch relevant zu sein (0,0 bis 0,1 Prozent).



Plakat der MLPD im Bundestagswahlkampf 2025

Im Rahmen der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen unterstützte die **MLPD** auf kommunaler Ebene örtliche überparteiliche Kommunalwahlbündnisse mit dem Zusatz *antifaschistisch, unabhängig, fortschrittlich (AUF)*. In Gelsenkirchen erreichte *AUF Gelsenkirchen* ein Ratsmandat (0,85 Prozent), in Bergkamen (*BergAUF*) zwei Ratsmandate (3,05 Prozent) und in Nordkirchen-Vluyn (*NV AUF geht's*) drei Ratsmandate (7,9 Prozent). In Radevormwald wurde ein Ratsmandat (1,4 Prozent) für das unterstützte „Linke Forum (LF)“ zurückgewonnen.

Der Versuch, mit der Wahlgruppe *AUF Ruhr* mit einer umweltpolitischen Ausrichtung unter dem Motto „gegen die Politik der verbrannten Erde der RAG – das Revier will leben!“ im Ruhrparlament - Regionalverband Ruhr Mandate zu gewinnen, schlug mit 0,13 Prozent Stimmenbeteiligung fehl.

## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Das gute Wahlergebnis der ihr nahestehenden Partei DIE LINKE und die stark gestiegenen Mitgliederzahlen haben der **Linksjugend [‘solid] NRW** einen Aufschwung beschert. In dieser Wachstumsphase will die Jugendorganisation eigentlich den strategischen Fokus auf den Aufbau ihrer Strukturen und ihre Verankerung in der Gesellschaft stärken, wird aber gleichzeitig durch das Thema Nahostkonflikt wieder einmal von internen Lagerbildungen ausgebremst.

Der dogmatische, klassenkämpferische und revolutionäre Anspruch der **DKP** wurde mit der Wiederwahl des Vorstands auf dem 26. Parteitag bestätigt. Trotz der wahlpolitischen Unbedeutsamkeit der Partei ist die DKP überzeugt davon, die Meinungsbildung für den Sozialismus und Kommunismus beeinflussen zu können. Weiterhin steht dabei im Vordergrund, die Präsenz in breiten Bündnissen zu pflegen, in Gewerkschaften Schlüsselpositionen zu besetzen und soziale Belange für ihre Ziele aufzugreifen.

Auf dem Weg zum echten Sozialismus sucht die **MLPD** in allen gesellschaftlichen Belangen ihre Führungskompetenz für die Arbeiterklasse hervorzuheben. Die angestrebte Einheitsfront gegen Krieg und Faschismus wird organisatorisch durch proletarische Unterstützung von Selbstorganisationen in den Themenfeldern Umwelt, Friedenspolitik, Frauenpolitik und Internationalismus gefördert. Die **MLPD** öffnet hiermit eine breite Bündnispolitik ohne auf ihren klassenkämpferischen Anspruch zu verzichten.

## KOMMUNISTISCHE JUGEND- UND KADERGRUPPEN

### Sitz/Verbreitung

bundesweit insbesondere in urbanen Räumen

### Gründung/Bestehen seit

**Kommunistischer Aufbau (KA)** und **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO)**: 2014/ 2022, **Rote Jugend Deutschland**: 2023

### Struktur/ Repräsentanz

Bundesweite Strukturen mit lokalen und regionalen Gliederungen.

Der **Kommunistische Aufbau** hat mit den **Kommunistischen Frauen** und der **Kommunistischen Jugend** zwei offizielle Vorfeldorganisationen. Diese haben allerdings nur eine bundesweite Ebene, auf der lokalen Ebene agieren vor allem die Teilorganisationen der **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen**. Diese richten sich an bestimmte Zielgruppen. Die **Internationale Jugend** versteht sich als „sozialistische Organisation für Schüler:innen, Studierende, junge Arbeiter:innen und Erwerbslose.“ Sie hat in NRW derzeit in Köln, Düsseldorf, Essen und Wuppertal lokale Gruppen. Das **Solidaritätsnetzwerk** ist in Köln, Essen, Wuppertal und Dortmund aktiv und möchte Angehörige der „Arbeiter:innenklasse“ in Stadtteilen vernetzen.

Das **Frauenkollektiv** will „patriarchale Unterdrückungsverhältnisse“ sichtbar machen und hat Ortsgruppen in Köln und Wuppertal. Die Gruppe **Betriebskampf** möchte eine „kämpferische „Arbeiter:innenbewegung“ wieder aufbauen. Bisher hat sie nur in Köln eine überschaubar aktive Gruppe.

Die **Rote Jugend Deutschland** ist eine bundesweite Organisation von lokalen Jugendgruppen. In NRW sind die Gruppen **Rote Jugend Köln**, **Rotes Ruhrgebiet**, **Einheit Bielefeld** und **Aufbruch Münster** klar dieser Struktur zuzuordnen.

Eine habituelle und/oder ideologische Nähe ist zudem auch bei einigen anderen Gruppen festzustellen, ohne dass diese bisher eindeutig dem Netzwerk zugeordnet werden können.

Die **Perspektive Kommunismus** ist in Köln und im Raum Duisburg/Essen aktiv.

Die **Kommunistische Partei** hat Ortsgruppen in Köln, Dortmund und Aachen.

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

Circa 400 ↗

### Veröffentlichungen

Eigene Websites und Auftritte in den sozialen Medien

Der **Kommunistische Aufbau** betreibt das Nachrichtenportal „perspektive-online.org“

Unregelmäßige Veröffentlichungen von Zeitschriften/Zeitungen.

### Kurzporträt/Ziele

Im Gegensatz zu den **(Post-)Autonomen** wollen die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen** langfristig die Kommunistische Partei aufbauen, den „bürgerlichen Staat“ revolutionär stürzen und die „Diktatur des Proletariats“ errichten.

Zu diesem Beobachtungsobjekt gehören der **Kommunistische Aufbau**, die **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen**, die **Rote Jugend Deutschland**, die **Perspektive Kommunismus** und die **Kommunistische Partei**.

### Finanzierung

Teilweise Verkauf von eigenen Schriften und Merchandise-Artikeln.

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen (KJKG)** sind ideologisch dem dogmatischen Linksextremismus zuzuordnen. Wie bei den Parteien **DKP** und

**MLPD** ist der Marxismus-Leninismus für sie die grundsätzliche politische Richtschnur. Der **Kommunistische Aufbau** bezieht sich in seinen Texten auch auf Josef Stalin, ebenso die **Rote Jugend Deutschland**, welche sich zudem noch die Ideen von Mao Zedong zu eigen macht. Alle Gruppierungen verstehen sich mehr oder weniger in Kontinuität der kommunistischen Bewegung und den daraus entstandenen Staaten. Nach ihrer Lesart waren letztere, im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie, bereits auf dem Weg zu einer fortschrittlicheren und gerechteren Gesellschaft.



Propaganda der Roten Jugend Köln auf Instagram

Wie beispielsweise die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik, wollen die Gruppierungen eine „Partei neuen Typus“ aufbauen. Dies bedeutet, dass die Kader der Organisationen sich als Avantgarde der Arbeiterklasse verstehen und sich zu Berufsrevolutionären entwickeln sollen. Sie verpflichten sich darauf, in der Organisation gefasste Beschlüsse einheitlich nach

außen zu vertreten (Demokratischer Zentralismus), sich von den höheren Ebenen anleiten zu lassen und sich der Führung der Partei unterzuordnen. Ziel ist die Diktatur des Proletariats, also nach der Revolution die Kommunistische Partei als zentrale Macht zu etablieren, um die Opposition zu entmachten und dann die Gesellschaft in den Kommunismus zu überführen.

In einer solchen Gesellschaft besteht keine Trennung zwischen Partei und Staat. Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen im Sinne des Art. 38 Grundgesetz und zentrale rechtsstaatliche Prinzipien sowie die Unabhängigkeit

der Justiz und die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns wären der Herrschaft der Partei untergeordnet oder abgeschafft. Der Marxismus-Leninismus sieht zudem vor, dass politische Willensbildung außerhalb der Kommunistischen Partei und den von ihr kontrollierten Massenorganisationen nur eingeschränkt oder gar nicht zugelassen wird. Nicht zuletzt wird auch die in Art. 1. Abs.1. GG bestimmte Menschenwürde missachtet, da der Mensch nicht als freies Individuum Zugehörigkeit politischer Repression ausgesetzt wird.

Die Bestrebungen der **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen** richten sich folglich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und unterliegen daher der Beobachtung durch den Verfassungsschutz NRW gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **KJKG** haben sich in vielen Bereichen des Linksextremismus zu einem wesentlichen Teil der Szene entwickelt. Ihre Blöcke mit den entsprechenden Fahnen und Symbolen sind bei allen größeren Versammlungen des Spektrums nicht mehr zu übersehen. Ihre Ästhetik und der an Fußball-Ultra-Gruppen angelehnte Habitus, wie mit Megaphonen ausgerüstete „Capos“, welche die Parolen vorgeben, färbt auch auf andere Teile der linksextremistischen Szene ab. Accessoires wie rote Halstücher mit oder ohne Hammer und Sichel werden zunehmend auch von nicht in den Gruppen organisierten Versammlungsteilnehmern verwendet.

Obwohl die Gruppen eigentlich konkurrieren, besteht eine sogenannte „Aktionseinheit im Kampf“, weswegen die **KJKG** auf größeren Versammlungen oft kooperieren. Auf dem „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln organisierten sie etwa ein „Revolutionäres Barrio“, aus dem dann ein „revolutionärer Block“ auf der Demonstration im Zusammenhang mit dem Camp am 30. August 2025 gebildet wurde. Wie im Fokusthema näher ausgeführt, kam es im Verlauf des Camps zu diversen Blockaden, Besetzungen und Widerstandshandlungen gegen Maßnahmen der Polizei.

Anlässlich der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 organisierte die **Rote Jugend Deutschland** in Gelsenkirchen eine Versammlung, die sich explizit gegen die Wahl und die parlamentarische Demokratie richtete. Es beteiligten sich etwa 150 Per-

sonen an der Versammlung, darunter auch die **KA/FKO Teilorganisation Internationale Jugend Ruhr**.



Instagram-Aufruf der Internationalen Jugend Ruhr zu Demonstrationen am Tag der Bundestagswahl 2025

Wie schon in den vergangenen Jahren beteiligten sich die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen** stark an Protesten gegen rechte bis rechts-extreme Versammlungen und Veranstaltungen. Weitere Betätigungsfelder waren Palästina-solidarität und Antimilitarismus. Die Gruppierungen werfen Israel einen Genozid vor und solidarisieren sich mehr oder weniger uneingeschränkt mit den Palästinensern. Auch wenden sie sich strikt gegen die Wehrpflicht und

die Aufrüstung der Bundeswehr. Insbesondere die Teilorganisationen der **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen** beziehungsweise des **Kommunistischen Aufbaus** sind außerdem kontinuierlich mit kleineren Kundgebungen oder Infotischen auf der Straße. Dabei thematisieren sie sowohl lokale Ereignisse wie zum Beispiel Fälle von Gewalt gegen Frauen (Femizide) als auch die aktuellen großen politischen Themen, insbesondere die Debatten um die Wehrpflicht und die Aufrüstung der Bundeswehr.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **KJKG** bieten neben der Ideologie vor allem eine scheinbar starke Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Gemeinsame Aktivitäten vom Lesekreis über das Malen von Bannern, Graffiti spraysen, Sticker kleben, bis zu gemeinsamem Sport und Wanderungen oder Sommerfesten wirken nur für Jugendliche sinnstiftend und stärken das Kollektiv. Der Sport und insbesondere Kampfsport dienen aber darüber hinaus auch „der Vorbereitung für den politischen Kampf“.

Die Gruppen haben in der Regel auch Zugang zu Räumlichkeiten, in denen sie regelmäßige Treffen, Bildungsveranstaltungen oder ähnliches für ihre Mitglieder und interessierte Personen anbieten. **KA/FKO** verfügen mit dem Sozialen Zentrum Phillip Müller in Essen und dem Internationalen Zentrum Vingst in Köln über eigene Lokalitäten.



Einladung zum offenen Kampfsporttraining der Gruppierung Rotes Ruhrgebiet auf Instagram

Das Zentrum Phillip Müller in Essen und dem Internationalen Zentrum Vingst in Köln über eigene Lokalitäten.

Die **Kommunistischen Jugend- und Kadergruppen** können ihren Mitgliedern daher ein soziales Netzwerk bieten. Außerdem vermitteln sie ein Gefühl, Teil von etwas Bedeutsamen zu sein und einen Beitrag zu etwas Größerem leisten zu können. Dies kann letztendlich die Motivation und das Selbstwertgefühl des

Einzelnen stark erhöhen. Ein weiterer entscheidender Faktor ihres Erfolges dürften außerdem die sozialen Medien sein, welche sie professionell und kontinuierlich bedienen. Neben den eigentlichen Auftritten der Organisationen und diesen nahe stehenden Angeboten besteht hier inzwischen auch eine Szene, in der Jugendliche kurze, oft mit einschlägiger Musik oder ideologischen Zitaten unterlegte Videos („Reels“, „TikToks“, „Shorts“) verbreiten.

Aktuell scheint es daher weiterhin so, dass es den **KJKG** mit der vergleichsweise klaren Ideologie des Marxismus-Leninismus und ihrem aktivistischen Habitus gelingt, insbesondere Jugendliche und junge Menschen zu mobilisieren. Außerdem inszenieren sie sich scheinbar erfolgreich als kämpferischen Gegenentwurf zur extremen Rechten. Damit erreichen sie in zunehmendem Maß auch antifaschistisch eingestellte, nicht extremistische Personen. Ein Ausbau der Strukturen ist daher zu erwarten.

## AUTONOME LINKSEXTREMISTEN

### Sitz/Verbreitung

Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren

### Gründung/Bestehen seit

Ende der 1970er- beziehungsweise Anfang der 1980er-Jahre aus der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti“-Szene der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden

### Struktur/ Repräsentanz

Weitgehend hierarchiefreie Netzwerke mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung; überregionale Treffen, Chat- oder Telefonkonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge; Internet als offenes Kontaktmedium

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

circa 1.100 ↗

### Veröffentlichungen

Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken

### Kurzporträt/Ziele

Die **linksautonome Szene** als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden **Autonome** zur Durchsetzung ihrer Auffassung auch ent-

hemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.

### Finanzierung

Ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung durch die **linksautonome Szene** bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die **Autonomen** werden daher nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW durch den Verfassungsschutz NRW beobachtet.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

#### Antifaschismus

Das Themenfeld Antifaschismus spielte im Berichtszeitraum auch weiterhin eine hervorgehobene Bedeutung für die linksextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen und bundesweit. Der von der Szene propagierte Kampf gegen vermeintlich identifizierte Faschisten stellt für viele Linksextremisten eine Antriebsfeder für das eigene Engagement in der Szene dar. Dass dieses antifaschistische Engagement von Linksextremisten teilweise über das friedliche Demonstrieren hinausgeht, wurde bei einigen Ereignissen in Nordrhein-Westfalen sichtbar, die im Folgenden dargestellt werden.

Am 18. Januar 2025 kam es in Aachen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Demonstranten und der Polizei. Bei Protesten gegen eine Kundgebung aus dem rechten Lager unter dem Motto „für Recht und Ordnung, gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ blockierten Linksextremisten den Demonstrationszug der rechten Versammlung. Es wurden vielfältige Straftaten verübt. Dabei wurden unter anderem Polizistinnen und Polizisten mit Gegenständen beworfen und mit Pyrotechnik beschossen und es kam zu vereinzelt Flaschenwürfen aus dem Demonstrationsgeschehen heraus. Vier Polizisten wurden leicht verletzt, blieben aber dienstfähig. Durch den massiven

Polizeieinsatz wurde ein direktes Aufeinandertreffen der beiden politischen Lager verhindert. Dabei kam es von Seiten der Polizei auch zur Anwendung von Schlagstöcken, um die Demonstranten zurückzudrängen. 150 Teilnehmern der rechten Demonstrationen standen dabei rund 7.700 Demonstranten aus dem linken Lager gegenüber, darunter zahlreiche Linksextremisten. Die Polizei sprach hinterher von



Bei Protesten gegen eine Kundgebung unter dem Motto „für Recht und Ordnung, gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ blockierten Linksextremisten den Demonstrationszug

circa 600 gewalttätigen Straftätern, die sich an den Protesten gegen die rechte Versammlung beteiligt hätten.

Gegen eine Wahlkampfveranstaltung der *AfD* im Zuge der Bundestagswahl regte sich am 15. Februar 2025 in Düsseldorf erneut massiver Protest, der durch ein hohes Polizeiaufkommen jedoch überwiegend fried-

lich blieb. Nach polizeilichen Schätzungen nahmen circa 13.000 Personen an den Protesten teil, darunter im Rahmen des organisierenden Bündnisses „Düsseldorf stellt sich quer“ neben bürgerlichen Gruppen und Organisationen abermals einige linksextremistische Antifa-Gruppen. Einige Durchbruchversuche zur Versammlung der *AfD* von einzelnen Teilnehmern konnten unterbunden werden. Dabei kam es zu vereinzelt Widerstandshandlungen seitens der Protestteilnehmer. Das hohe Mobilisierungspotenzial bis hinein in das linksextremistische politische Lager gegen Versammlungen der *AfD* wurde an diesem Tag in Düsseldorf einmal mehr offenbar.

In Essen fand am 15. März 2025 eine Demonstration der rechtsextremistischen Partei **Die Heimat (ehemals NPD)** sowie der Gruppe **Jung und Stark** statt. Diese wurde begleitet von massiven Protesten. Die linksextremistische Szene hatte hierzu breit mobilisiert. Am Ende schlossen sich rund 1.000 Teilnehmer den Protesten an, um die Demonstration aus dem rechtsextremistischen Lager zu stören.

Aus den Protesten heraus erfolgten Angriffe auf Polizeibeamte und Versuche, die Polizeisperren zu durchbrechen.

Die Mobilisierung zu den Protesten in Essen emotionalisierte die links-extremistische Szene nicht zuletzt deshalb, weil die Partei **Die Heimat** eine Anlaufstelle in Essen-Kray besitzt und seit 2025 monatlich zu sogenannten Offenen Abenden einlädt. Seitdem gibt es auch im Nachgang zu den Protesten am 15. März 2025 in regelmäßigen, zumeist monatlichen Abständen Versammlungen gegen die Errichtung der rechtsextremistischen Anlaufstelle in Essen. Auch bei diesen Versammlungen wurde immer wieder der Vorwurf einer Ausübung von Polizeigewalt gegenüber den Demonstranten in die Öffentlichkeit getragen. Als Organisator der Proteste fungiert zumeist das Bündnis „Essen stellt sich quer“, das bürgerlich geprägt ist. Linksextremisten nutzen diese Mobilisierung jedoch regelmäßig, um sich den Protesten anzuschließen.

Am 31. Mai 2025 trafen in Münster abermals Demonstrationen aus dem rechten und linken politischen Lager aufeinander. Anlass war die Anmeldung einer rechten Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ mit rund 100 Teilnehmern. Demgegenüber protestierten circa 2.000 Personen, die durch das bürgerlich geprägte Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ mobilisiert wurden. Unter den Protestierenden befanden sich wiederum auch Linksextremisten, unter anderem rief das linksextremistische Internetportal **Klasse gegen Klasse** zur Teilnahme an den Protesten auf.

Am Abend vor der Demonstrationslage kam es in Dortmund zu einem Überfall mit schwerem Landfriedensbruch und Sachbeschädigung auf die Kneipe „HirschQ“. Dabei wurden mehrere Tatverdächtige aus der Dortmunder rechtsextremistischen Szene festgenommen. Im Anschluss hieran veröffentlichte die linksextremistische Gruppe **Mean Streets Antifa Dortmund** Fotos von mehreren Tatverdächtigen aus der rechtsextremistischen Szene. Der Überfall auf die Kneipe führte bei den darauffolgenden Versammlungslagen in Nordrhein-Westfalen zu einer zusätzlichen Emotionalisierung der linksextremistischen Szene. So auch am 28. Juni 2025, als in Dortmund wiederum eine rechte Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ stattfand. Gegen circa 75 rechte Teilnehmer protestierten knapp

200 Gegendemonstranten. Hierbei kam es zu Widerstandshandlungen und einem Angriff auf einen Polizeibeamten seitens der Gegendemonstranten. Die lokale Antifa hatte zu den Protesten aufgerufen.

Am 13. September 2025 war Münster erneut Schauplatz einer Rechts-/Links-Versammlungslage. Die Partei **Die Heimat** hatte eine Demonstration mit etwa 70 Teilnehmern durchgeführt, der sich mindestens 600 Personen an unterschiedlichen Stellen in der Stadt entgegenstellten. Seitens der Gegendemonstranten wurden mehrere Farbbeutel in Richtung der rechtsextremistischen Demonstration geworfen. Drei Demonstranten und 23 Polizisten wurden von den Farbbeuteln getroffen.

Wie sehr die nordrhein-westfälische linksextremistische Szene vernetzt ist, zeigt ein Beispiel aus Koblenz (Rheinland-Pfalz), wo am 26. April 2025 linksextremistische Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen in hohem Maße für mehrere strafrechtlich relevante Ereignisse im Rahmen eines Protestes gegen eine rechte Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ verantwortlich zeichneten. Mehr als 40 Strafverfahren wurden eingeleitet und insgesamt sind 17 Personen in Gewahrsam genommen worden, die die angesprochene Versammlung stören wollten. Dabei handelte es sich überwiegend um Linksextremisten aus Nordrhein-Westfalen.

### Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur

Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur variieren in ihrer Tatbegründung. Ein wesentliches Merkmal linksextremistischer Taten und essentiell für die Anerkennung innerhalb der Szene ist die Einbettung der Tat in einen Begründungszusammenhang. Daher werden linksextremistische Sabotageakte oftmals durch Selbstbeichtigungsschreiben in die Öffentlichkeit getragen, um letztlich zu vermeiden, als Akte der Willkür wahrgenommen zu werden und andere potenzielle Täter für weitere Taten zu animieren. Dies zeigt sich insbesondere bei der linksextremistischen Mitmachkampagne **Switch Off**.

In einem auf [de.indymedia.org](https://de.indymedia.org) veröffentlichten Rückblick auf zwei Jahre **Switch off** am 1. August 2025 wird eine im Ergebnis positive Bilanz gezogen: „Bis zu

einem gewissen Grad ist es uns sicher gelungen, direkte Aktion und Sabotage in der Strategiedebatte der Klimabewegung als Methoden im Kampf gegen die Zerstörung der Erde mehr zum Thema zu machen“. Nach einem Diskurs über „Faschisierung, Militarisierung und Grenzpolitik“ wird resümiert: „Wir wissen, dass die Herrschenden uns handlungsunfähig, machtlos und ohnmächtig sehen wollen, doch wir werden ihnen diesen Gefallen nicht tun. Wir wollen den Staat und seine Gesellschaft abschaffen“.

Im Berichtszeitraum wurden in Nordrhein-Westfalen mehrere Sabotagehandlungen auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur mit zum Teil erheblichen Schadenssummen und Auswirkungen auf die Öffentlichkeit verübt.

In 2025 wurde auf der Website der Kampagne **Switch off** unter der Überschrift „Steine und Farbe in Solidarität mit Maja und gegen den Veteranentag!“ eine Aktion aufgegriffen, bei der der Eingangsbereich einer in Wuppertal ansässigen Logistikfirma mit Farbe und Steinen „markiert“ und die Firma als „Kriegsprofiteur“ angeprangert wurde.

Am 24. Januar 2025 setzten unbekannte Täter ein Stromkabel der Deutschen Bahn in Düsseldorf in Brand, das sich in einem Kabelgraben neben der Gleisanlage befand und mit losen Betonplatten bedeckt war. Die Strecke wird ausschließlich durch den Güterverkehr zwischen Köln und Düsseldorf genutzt. In der Folge kam es zu Signalausfällen, Streckensperrungen und entsprechenden Zugausfällen. Es entstand ein hoher Sachschaden, dessen konkrete Höhe unbekannt ist. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Serie bundesweiter Vorfälle von Straftaten zum Nachteil der Deutschen Bahn. Zu der Tat bekannte sich das **Kommando Angry Birds**. Bei diesem Label handelt es sich um eine linksextremistische Gruppe, die in den letzten Jahren mehrfach für Sabotagehandlungen in Nordrhein-Westfalen, schwerpunktmäßig im Düsseldorfer Raum und im weiteren Rheinland, verantwortlich war. Dabei sind die Ziele oftmals im Bereich „Energie und Verkehr“ zu verorten.

Ende Mai 2025 wurde ein Selbstbeichtigungsschreiben auf **de.indymedia.org** sowie **switchoff.noblogs.org** veröffentlicht, worin unbekannte Täter sich gegen Technologie, technologische Machtmittel und gewaltsame Anpassung aus-

sprechen. Als „kleinen symbolischen Beitrag“ habe man daher an „3 Funkmasten in Langenfeld, Erkrath und zwischen den Industriegebieten „Auf dem Sand“ und „Hül- sen“ in Hilden Brandsätze angebracht“.

Am 31. Juli 2025 gab es einen Brandanschlag auf der Nord-Süd-Hauptstrecke der Deutschen Bahn zwischen Duisburg und Düsseldorf, wodurch der Bahnverkehr massiv beeinträchtigt wurde. Dabei wurde ein Kabelkanal in Brand gesetzt. Hierdurch kam es zu einer hohen Schadenssumme für die Deutsche Bahn und bis zum 2. August 2025 zu erheblichen Einschränkungen (Zugausfälle und stundenlange Verspätungen) für zehntausende Reisende auf einer der meistbefahrenen Zugstrecken Deutschlands. Fernzüge mussten umgeleitet werden.



In Düsseldorf wurde neben der Bahnstrecke Feuer in einem Kabeltunnel gelegt, der sechs Kabel in Mitleidenschaft zog

Zu der Tat hat sich wiederum die Gruppierung **Kommando Angry Birds** bekannt. Diese veröffentlichte ein Bekenner schreiben auf **de.indymedia.org** und auf **Switch off**. Die Täter wollten hierdurch offenbar den europäischen Wirtschaftsraum treffen. Das erschienene Selbstbezeichnungsschreiben reiht sich ein in einen für

diese Kampagne typischen anarchoprimitivistischen Duktus. Der Anarchoprimitivismus stellt eine Strömung im Linksextremismus dar, die eine Rückkehr zur vorindustriellen Zeit anstrebt und daher als technologiefeindlich anzusehen ist. Im Begründungszusammenhang des Naturschutzes soll jegliche industrielle Infrastruktur sabotiert werden, um der Natur vermeintlich wieder den berechtigten Vorrang vor dem Menschen und seiner Industrie einzuräumen.

Anlagen der Deutschen Bahn sind dabei aus Sicht der Täter ein geeignetes Ziel, da die Infrastruktur zumeist im Freien liegt und entfernt von möglichen Zeugen der Tat. Linksextremisten bevorzugen in der Regel jene Ziele, die bei geringstmöglichem Risiko den größtmöglichen Schaden versprechen. Viele Schadensobjekte befinden sich ungesichert im Freien oder auf nur vergleichsweise gering gesichertem Gelände, wie auch in diesem Fall. Durch die Nutzung des Labels einer Mitmachkampagne wird eine personenbezogene Zuordnung zu solchen Straftaten erschwert. Es besteht lediglich der oben beschriebene propagierte Begründungszusammenhang, der als Motivation für potenzielle Täterinnen und Täter dienen soll. Insgesamt lässt sich feststellen, dass es der Kampagne **Switch Off** gelungen ist, innerhalb von knapp über zweieinhalb Jahren eine strömungsübergreifende, auf Langfristigkeit angelegte Initiative aufzubauen, die sich deutschlandweit bereits mehrfach zu Straftaten bekannt hat. Die Angriffe sollen einen weltweiten Widerstand mit darauffolgender sozialer Revolution initiieren, in deren Anschluss alle Menschen in Herrschaftsfreiheit und ohne Ausbeutung von Mensch und Natur leben können. Zum anderen soll durch die Angriffe Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen genommen werden, wenn es beispielsweise um die Verhinderung der Ansiedlung oder den Ausbau großer Unternehmen geht, was langfristig auch einen gesamtgesellschaftlichen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland darstellt.

Die vergangenen Aktionen und verübten Straftaten im Zusammenhang mit der Initiative **Switch off** und das als hoch einzuschätzende Mobilisierungspotenzial lassen den Schluss zu, dass auch künftig mit weiteren Aktionen und Straftaten in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit **Switch off** zu rechnen ist.

### Waldbesetzung am Tagebau Hambach und Räumung des Sündenwäldchens

Im Nahbereich des Tagebaus Hambach im Rheinischen Braunkohlerevier hielt die Besetzung des Manheimer Erbwaldes oder auch „Sündenwäldchens“ weiter an, bis das Waldstück am 18. November 2025 geräumt und das letzte verbliebene Teilstück des Areals gerodet wurde. Im Berichtszeitraum kam es in Folge der andauernden Waldbesetzung zu mehreren Straftaten zum Nachteil des Tagebaubetreibers RWE AG.



Polizisten begleiten Aktivisten aus dem sogenannten Sündenwäldchen am Rande des Tagebaus Hambach im Hambacher Fors

Am 15. Januar 2025 wurden insgesamt sieben Pumpanlagen und deren Elektro-einheit des Tagebaus Hambach durch unbekannte Täter beschädigt. So wurde das Plastik-Display einiger Pumpen eingeschlagen, einige Container gewaltsam aufgebrochen und in einem Fall ein Steuerungselement daraus entfernt. Insgesamt fielen elf Pumpen aus. Bei einer Kontrollfahrt am 21. Januar 2025 wurde festgestellt, dass eine weitere Pumpanlage durch Inbrandsetzung zerstört wurde. Am 15. Januar 2025 wurde auf den Internetseiten **de.indymedia.org** und **switchoff.noblogs.org** ein Selbstbeichtigungsschreiben mit der Überschrift „Mehrere Pumpstationen von Tagebau Hambach sabotiert“ veröffentlicht.

Am 30. Januar 2025, im Vorfeld beginnender Rodungsarbeiten am sogenannten „Sündenwäldchen“ durch die Firma RWE AG, zerstörten unbekannte Täter eine Brunnenanlage, indem sie diese in Brand setzten. Dazu wurden an dem geöffneten Container, in dem sich die Elektronik der Anlage befindet, Äste aus dem nahe-liegenden Waldbereich aufgestapelt und entzündet. Der Container brannte voll-ständig aus.

Am 14. Februar 2025 wurde zudem eine Trafostation auf dem RWE-Gelände von vermummten Personen in Brand gesetzt. Am 17. Februar 2025 erfolgte ein Kabeldiebstahl an einer Brunnenanlage der Firma RWE AG. Einen Tag später begingen abermals unbekannte Täter eine Sachbeschädigung durch ein Feuer an einer Brunnenanlage im Bereich der Rodungsarbeiten.

Am 28. Januar 2025 lehnte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die Klage des BUND um die Aussetzung der Vollziehung des RWE-Hauptbetriebsplans für den Braunkohletagebau Hambach ab. Somit erlaubte das Gericht die Rodung des Manheimer Erbwaldes. Am Folgetag begann die RWE AG mit ersten Rodungsarbeiten ohne polizeilichen Großeinsatz. Bis auf die besetzten und umliegenden Bäume inklusive der Bauwerke gelang es der RWE AG mit einem privaten Sicherheitsunternehmen, das komplette Manheimer Fließ und den Manheimer Erbwald zu roden. Vor Ort befindliche Personen stammten wie in der Vergangenheit aus der nicht-extremistischen Umweltbewegung sowie aus einem extremistischen, gewaltbereiten Milieu, das die Baumstrukturen bewohnte und eine Nähe zum Personenklintel des Hambacher Forstes aufwies. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Extremisten und dem RWE-Sicherheitsdienst sowie zu Sachbeschädigungen und Brandanschlägen. Am 18. November 2025 wurde der letzte noch etwa ein Hektar große Teil des Erbwaldes geräumt und gerodet. Dabei hielten sich bis zuletzt Waldbesetzer in mehreren eigens errichteten Strukturen auf. Im Einsatzverlauf kam es zu Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüchen.

### Gerichtsverfahren im sogenannten „Budapest-Komplex“ am Oberlandesgericht Düsseldorf

Nach den linksextremistischen Überfällen auf mutmaßliche Teilnehmer einer rechten Demonstration in Budapest (Ungarn) im Februar 2023 wurden die meisten Tatverdächtigen mittlerweile in Gewahrsam genommen oder haben sich selbst gestellt. Die hieraus erfolgenden Gerichtsverfahren werden an den Oberlandesgerichten Dresden und Düsseldorf geführt. Die im Zuge dessen bereits erfolgten Verlegungen der Personen in nordrhein-westfälische Justizvollzugsanstalten haben 2025 zu ersten Solidaritätsaktionen und -versammlungen geführt. In Düsseldorf hat sich hierzu eine lokale Budapest-Solidaritätsgruppe gebildet, die aller Voraus-

sicht nach künftige Aktionen organisieren wird und die linksextremistische Szene hierfür mobilisieren möchte. Durch die herausgehobene bundesweite Bedeutung des „Budapest-Komplexes“ für die Szene und die als richtungsweisend erwarteten späteren Urteile ist mit einem hohen Interesse der lokalen Szene und über-regionaler Akteure zu rechnen. Düsseldorf wird dabei als einer der beiden Verhandlungsorte im Blickfeld der Szene sein.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Berichtszeitraum zeigt sich ein zunehmender Trend zur Aktionsorientierung von Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Bereich des Antifaschismus. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Im Antifaschismus lässt sich aus linksextremistischer Sicht schon seit einigen Jahren ein klares Feindbild herausstellen. Die Partei *AfD* befördert auf Bundesebene durch ihre zunehmenden Wahlerfolge und die damit verbundene erhöhte Thematisierung in der Öffentlichkeit eine hohe Emotionalisierung innerhalb der linksextremistischen Szene. Im Narrativ linksextremistischer Akteure werden historische Vergleiche zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland gezogen und fördern dadurch das dringende Bedürfnis, dem gefühlten Rechtsruck der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen zu wollen. Dabei wird zunehmend die Grenze von friedlichem Protest durch die Begehung von Straftaten aus dem Versammlungsgeschehen heraus überschritten. Dies dokumentieren die zahlreichen Versammlungslagen und Berichte der Polizei im abgelaufenen Jahr. Oftmals ist die Sicherstellung der für alle politischen Lager grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit nur durch ein hohes Aufkommen von polizeilichen Einsatzkräften möglich. Bei Bekanntwerden rechter Versammlungen wird ein Protest seitens der linksextremistischen Szene entweder schnell selbst organisiert oder die linksextremistische Teilnahme durch die Anbindung an bürgerlich geprägte lokale Bündnisse sichergestellt. Die hohe Mobilität und der Vernetzungsgrad linksextremistischer Akteure wird an dieser Stelle offenbar.

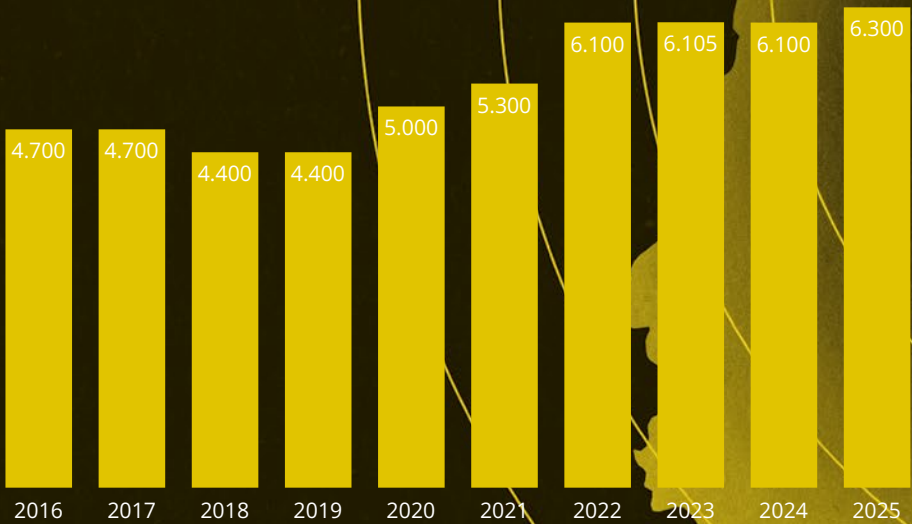
Diese Entwicklung wird auch durch das in Nordrhein-Westfalen mittlerweile nahezu flächendeckende Netzwerk an Strukturen sogenannter „**Offener Antifaschistischer Treffen**“ befördert. In vielen größeren Städten Nordrhein-Westfalens haben sich in den letzten Jahren diese Strukturen gebildet. Sie dienen als

niedrigschwellige Anlaufstellen für die Rekrutierung neuer Personen für die linksextremistische Szene. Öffentlich beworbene regelmäßig stattfindende „Offene Treffen“ ermöglichen für jedermann einen Zugang zu Personen und Gruppen aus der linksextremistischen Szene. Die Form dieser Treffen kann variieren und reicht von einfachen Kneipenabenden, anlassbezogenen Vortragsveranstaltungen hin zu konkreten Skillshare-Workshops für geplante antifaschistische Proteste. Dabei werden neue Personen zielgerichtet an bestehende linksextremistische Narrative und Aktionsformen herangeführt.

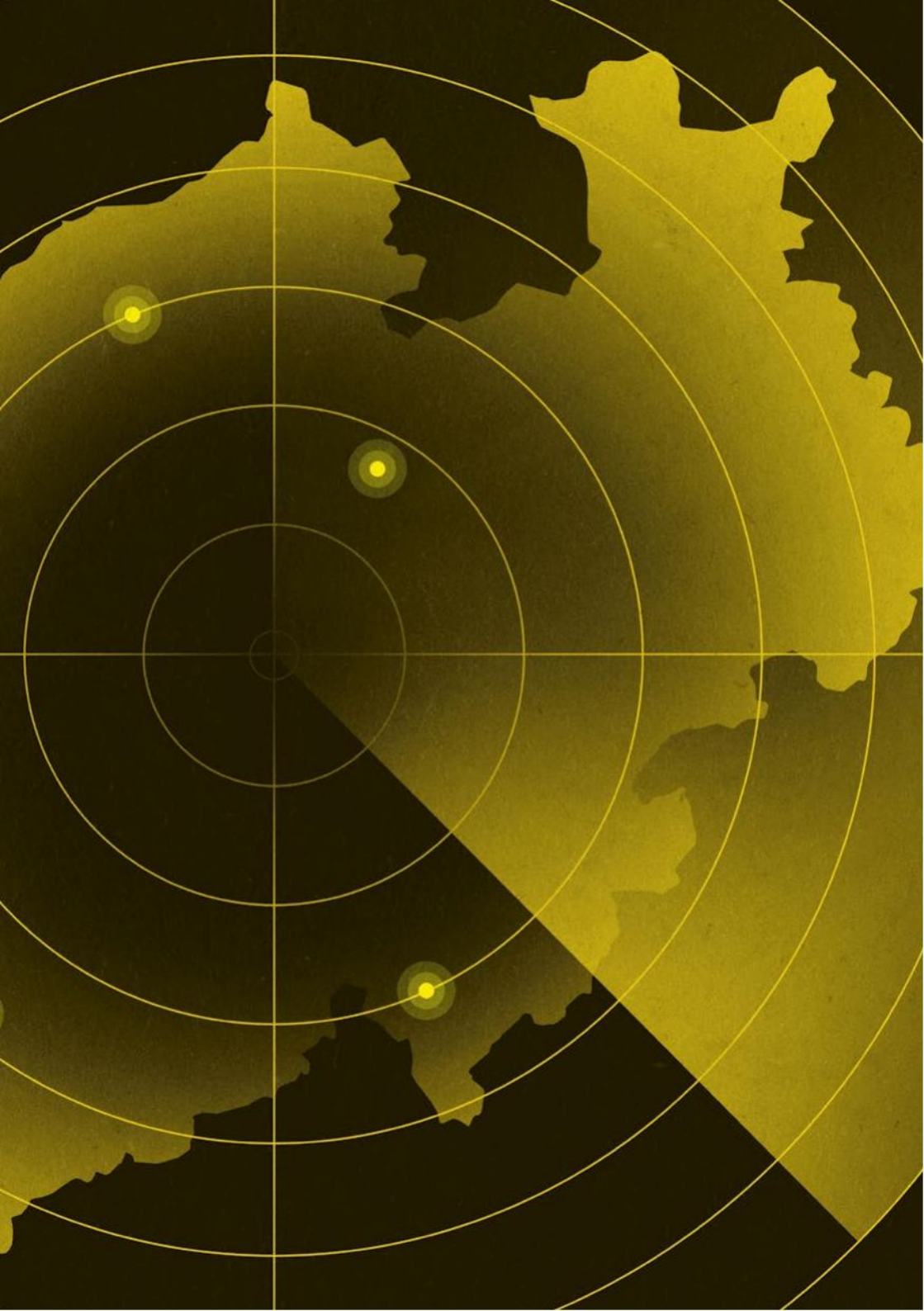
Gesellschaftliche und politische Entwicklungen, wie beispielsweise eine länger andauernde angespannte wirtschaftliche Lage, Diskussionen über die Wiedereinführung einer Wehrpflicht oder die bereits andauernden Kriege im Ausland verstärken gleichzeitig auch die Polarisierung hinein in das linke politische Lager. Linksextremisten verstärken ihre Aktivitäten durch die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft.

Bei den thematisierten Versammlungslagen, bei denen die politischen Lager aufeinandertreffen und die Versammlungsfreiheit als ein hohes demokratisches Gut der fdGo durch den Einsatz der Polizei bewahrt werden muss, wird die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGo) in der Praxis und für die Bürger sichtbar. Die Fronten sind dabei zunehmend emotionalisiert und verhärtet. Dieser Trend wird sich, sofern sich in einigen der angesprochenen gesellschaftlichen und politischen Felder keine oder nur als unzureichend empfundene Lösungen ergeben, in dieser Form aller Voraussicht nach fortsetzen, da die linksextremistische Szene nicht zuletzt darum kämpft, die Hegemonie ihrer Denkmuster zu erringen.

# AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS



Personenpotenzial auslandsbezogener Extremismus



## ZUSAMMENFASSUNG

Dem auslandsbezogenen Extremismus können in NRW unterschiedliche Akteure zugerechnet werden, die sich sowohl an Ideologieelementen des Links- als auch des Rechtsextremismus bedienen. Diese Akteure eint, dass sowohl die strategische Ausrichtung als auch das Agitationsverhalten meist von Entwicklungen außerhalb Deutschlands abhängig ist - zumindest aber - davon beeinflusst wird.

Deutschland und NRW gelten dabei unter anderem als Rückzugsraum für Organisationen des auslandsbezogenen Extremismus: Hier werden Spenden gesammelt, Mitglieder rekrutiert und politische Kommunikation betrieben. In den jeweiligen Herkunftsregionen wird teilweise versucht, eigene Ziele und Vorstellungen mit Gewalt und Terror durchzusetzen. Internationale Konflikte aktivieren insofern auch regelmäßig erhebliche Konfliktsituationen in NRW. Für den Verfassungsschutz NRW sind diese Organisationen beobachtungsbedürftig, da sie sich entweder gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten, teilweise gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz verstoßen und/oder aber die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Beobachtungsobjekte, die einen Bezug zur Türkei haben, bilden nach wie vor einen Schwerpunkt der Bearbeitung des Verfassungsschutzes NRW im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus. Hierbei spielen für den Linksextremismus die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und die **Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)** eine zentrale Rolle. **PKK** und **DHKP-C** eint, dass beide Organisationen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen: Für die **PKK** gilt das unter anderem in Nordsyrien und Nordirak; die **DHKP-C** bekennt sich ebenfalls offen zu einem bewaffneten Kampf in der Türkei. Für Deutschland gilt indessen aber auch, dass sowohl **PKK** als auch **DHKP-C** aus strategischen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. So ist die **PKK** in Europa ohnehin darum bemüht, nach außen als legalistische Organisation zu erscheinen und dadurch unter anderem ihre Streichung von der Europäischen Liste der Terrororganisationen (so-

genannte EU-Terrorliste) zu erreichen. Für die **DHKP-C** gilt, dass diese - wie in den vergangenen Jahren - insbesondere über Solidaritätsbekundungen realweltlich in Erscheinung tritt.

Demgegenüber steht die **Ülkücü-Bewegung**, die den im Grundgesetz fest verankerten Gleichheitsgrundsatz ablehnt, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise das friedliche Zusammenleben der Völker richtet. In Deutschland manifestiert sich der türkische Rechtsextremismus in drei Dachverbänden sowie einer verbandsunabhängigen Struktur. Während die Dachverbände der **Ülkücü-Bewegung** in ihrer Außendarstellung nach wie vor um ein gemäßigtes Auftreten bemüht sind, propagieren die Anhänger der **freien Ülkücü-Szene** ihre extremistische Ideologie im digitalen Raum sehr offen. Internationale Entwicklungen, wie zum Beispiel der im Berichtsjahr angestoßene Friedensprozess zwischen der **PKK** und der türkischen Regierung, haben regelmäßig unmittelbare Auswirkungen auf das Aktionsverhalten der Akteure in NRW.

Das konnte der Verfassungsschutz NRW im Berichtsjahr 2025 insbesondere mit Blick auf das propalästinensische Demonstrationsgeschehen feststellen: Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran und die Situation im Gazastreifen waren 2025 zentraler Bezugspunkt für Veranstaltungen, wie Kundgebungen, Demonstrationen und Versammlungen von propalästinensischen Akteuren. Diese Solidarisierung mit den Palästinenserinnen und Palästinensern wurde indessen auch von Akteuren aus anderen extremistischen Bereichen für die eigene Sache zweckentfremdet. Die grundsätzliche Feindschaft gegenüber Israel, eine meist antizionistische und antiimperialistische aber auch antisemitische Deutungsweise stellen hier regelmäßig den gemeinsamen Bezugspunkt für die öffentliche Agitation dar. Hierbei sind Akteure aus dem säkularen extremistischen propalästinensischen Bereich mitunter das Bindeglied unterschiedlicher extremistischer Prägungen.

## IM FOKUS: DIE INSTRUMENTALISIERUNG PROPALÄSTINENSISCHER SOLIDARITÄT DURCH EXTREMISTISCHE KRÄFTE

Nach den Terroranschlägen der HAMAS auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 entstand in NRW eine anhaltende Versammlungslage mit Bezügen zum Nahostkonflikt. Die weiteren, auch militärischen Entwicklungen in der Region hatten im Jahr 2025 regelmäßig unmittelbaren Einfluss auf das Demonstrationsgeschehen in NRW.

Diese Demonstrationen wurden mitunter von extremistischen Kräften zweckentfremdet, um die eigene Wirkmächtigkeit und Anschlussfähigkeit - bis in die Mitte der Gesellschaft - zu erhöhen. Hierbei spielt neben Antisemitismus und Israelhass auch Kritik gegenüber den hiesigen Sicherheitsbehörden eine elementare Rolle.

So fand am 28. Juni 2025 in Duisburg eine propalästinensische Demonstration „gegen die deutsche Beihilfe zum Genozid“ statt, für die bundesweit mobilisiert wurde. Im Anschluss wurde ein „Tribunal“ durchgeführt, welches eine „öffentliche Anklage gegen die Bundesrepublik wegen Angriffen auf [...] Grundrechte im Zusammenhang mit Palästina“ zum Gegenstand hatte. Dabei wurden mehrere Podiumsdiskussionen durchgeführt, welche sich mit unterschiedlichen Themen befassten, zum Beispiel mit Vereinsverboten oder mit der Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Als Redner traten unter anderem ehemalige Funktionäre von **Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)** sowie der ehemalige Deutschland-Koordinator von **SAMIDOUN - Palestinian Prisoner Solidarity Network** in Erscheinung.

## Aktuelle Verbotsverfügungen

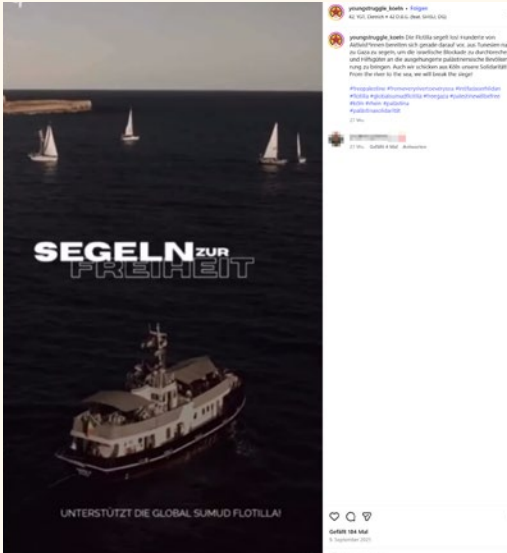
**SAMIDOUN** wurde am 2. November 2023 durch das Bundesministerium des Innern (BMI) verboten. Neben der Unterstützung terroristischer Vereinigungen lehnt **SAMIDOUN** das Existenzrecht Israels ab und fordert die Errichtung eines einheitlichen palästinensischen Staates, der das Staatsgebiet Israels mit umfasst.

**PSDU** wurde indessen am 16. Mai 2024 durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst, da sich der Verein gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete. **PSDU** verwendete antisemitische Narrative, befürwortete den bewaffneten Widerstand gegen den Staat Israel und negierte dessen Existenzrecht. Das Oberverwaltungsgericht Münster lehnte einen gegen das Verbot gerichteten Eilantrag mit unanfechtbarem Beschluss vom 15. November 2024 ab. Eine Entscheidung im Hauptsacheverfahren steht noch aus.

Beworben wurde die Veranstaltung auch durch den Verein **Rote Hilfe e. V.**, einem Rechtshilfeverein aus der linksextremistischen Szene, oder durch die **Kommunistische Organisation (KO)**. Auf der Versammlung selbst konnten Symbole der **Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)**, die Jugendorganisation der **Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)**, festgestellt werden.

Das Agieren letztgenannter Organisationen markiert auch den ideologischen Anknüpfungspunkt der Thematik: Treibende Motive des linksextremistischen Spektrums sind Antikolonialismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus. Analog hierzu sind entsprechende Teilnahmen aus dem Feld der linksextremistischen türkischen Gruppierungen zu bewerten.

Hervorzuheben ist hier zum Beispiel die Agitationsweise von **Young Struggle**; ein Akteur, der sich im Rahmen eines „antiimperialistischen Kampfes“ des palästinensischen Volkes gegen den Staat Israel und nicht gegen dessen jüdische Bevölkerung richtet. So haben Vertreter von **Young Struggle** im Jahr 2025 zum Beispiel an



Young Struggle wirbt für die Unterstützung der Global Sumud Flotilla auf Instagram

der „Global Sumud Flotilla“ teilgenommen. „Global Sumud Flotilla“ ist eine internationale Initiative, die versucht, den Gazastreifen über den Seeweg zu erreichen, um dort humanitäre Hilfe zu leisten.

Neben dem propalästinensischen, deutschen und türkischen Linksextremismus vermittelt der Nahostkonflikt auch tendenzielle Anschlussfähigkeiten in den Bereich des türkischen Rechtsextremismus. Prägendes Moment ist hier dann nicht der „anti-imperialistische Kampf“ gegen das israelische Regime, sondern die antisemitischen Konnotationen,

die der ideologischen Ausrichtung der **Ülkücü-Bewegung** inhärent sind. Werden diese Konnotationen meist nur im digitalen Raum öffentlich wirksam, konnten während einer Demonstration in Düsseldorf im Berichtsjahr vereinzelt auch Symbole der Türkischen Rechtsextremisten identifiziert werden; zum Beispiel der graue Wolf („Bozkurt“) auf einem Motorradhelm sowie das Wort „Türk“ in Runenschrift auf einer Kutte.

Neben den bereits genannten Phänomenbereichen waren im Rahmen propalästinensischer Versammlungen auch vermehrt religiöse Bezüge zum Islam ersichtlich. So konnten auf der Versammlung am 27. September 2025 in Düsseldorf sogenannte „Takbir - Allahu Akbar“-Rufe sowie das Zeigen der „Tauhid“-Geste festgestellt werden. Zudem wurden Redebeiträge mit religiösen Bezügen zum Islam gehalten. Diese Zunahme religiöser Tendenzen trägt dazu bei, dass auch das Interesse des islamistischen Personenpotenzials an den Kundgebungen steigt und sie für dieses attraktiver werden. Dies kann perspektivisch dazu führen, dass Islamisten ihre bisherige Zurückhaltung überwinden und sich vermehrt bei den

Veranstaltungen einbringen. Vereinzelt sind bei den Demonstrationen auch islamistische Akteure in Erscheinung getreten, die überwiegend dem extremistisch-salafistischen Spektrum oder der **Hizb ut-Tahrir** zuzuordnen waren.

### Demonstrationsgeschehen in Düsseldorf am 27. September 2025

Am 27. September 2025 fand in Düsseldorf eine propalästinensische Demonstration mit 12.000 Teilnehmenden zum Thema „Wir vergessen Gaza nicht - Freiheit für Palästina und alle unterdrückten Völker“ statt. Im Vorfeld wurde die Versammlung in sozialen Medien durch verschiedene Akteure mit teils hoher Reichweite beworben. Im Ergebnis konnte ein bundesweiter Zulauf von Personen aus verschiedenen Phänomenbereichen festgestellt werden, welcher teilweise über organisierte Busreisen erfolgte. Trotz der hohen Emotionalisierung der Teilnehmenden und einer proisraelischen Gegendemonstration verlief die Versammlung überwiegend störungsfrei.

Das propalästinensische Demonstrationsgeschehen in NRW findet dabei selten in Gänze unter extremistischer Schirmherrschaft statt; allerdings nutzen Akteure extremistischer Szenen diese Versammlungen, Kundgebungen und demonstrativen Akte für ihren eigenen Zweck: Sie werben und rekrutieren Mitglieder und nutzen das Label der „Palästina-Solidarität“, um ihre ideologischen Ziele zu markieren. Die Proteste und Demonstrationen verlaufen mittlerweile zwar mehrheitlich störungsfrei, es kommt jedoch vereinzelt zu versammlungstypischen Straftaten bis hin zu Angriffen auf die Polizei.

Der Verfassungsschutz NRW nimmt diese Entwicklung der Vernetzung extremistischer Kräfte über ideologische Grenzen hinweg allerdings sehr ernst: 2025 hat gezeigt, dass die Lage dynamisch ist und die unterschiedlichen extremistischen Bereiche ein erhebliches Mobilisierungspotenzial haben.

## ÜLKÜCÜ-BEWEGUNG (GRAUE WÖLFE)



### Sitz/Verbreitung

Landesweit mit Schwerpunkten in Ballungszentren

### Gründung/Bestehen seit

1978 Gründung der Föderation der **Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – ADÜTDF)**

1987 Abspaltung und Gründung der **Union der Türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (Avrupa İslam Kültür Dernekleri Birliği – ATIB)** von der heutigen **ADÜTDF**

1994 Gründung der **Föderation der Weltordnung in Europa (Avrupa Nizam-ı Alem Federasyonu – ANF)**

### Struktur/ Repräsentanz

Circa 70 **ADÜTDF**-Vereine in NRW (Dachverband mit Sitz in Frankfurt)

Sieben **ATIB**-Vereine in NRW und der Dachverband mit Sitz in Köln

Vier **ANF**-Vereine in NRW (Dachverband mit Sitz in Ludwigsburg)

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

**Freie Szene der Ülkücü-Bewegung:** 900 ➔

**Vereinsgebundene ADÜTDF-Mitglieder:** 2.000 ➔

Vereinsgebundene **ATIB**-Mitglieder: 700 ↘

Vereinsgebundene **ANF**-Mitglieder: 300 ➔

## Veröffentlichungen

Webseiten, Facebook-, Instagram-, X und TikTok-Profilen und -Gruppen, YouTube, Zeitschrift Referans (**ATIB**) und Zeitschrift Alperen (**ANF**)

## Kurzporträt/Ziele

Die heterogene türkisch-rechtsextremistische **Ülkücü-Bewegung** zeichnet sich durch ihr turanistisches Weltbild aus. Die politische und geschichtliche Bedeutung des Osmanischen Reiches dient als narrative Grundlage für die Überlegenheit der türkischen Nation. Zentrales Merkmal der Bewegung ist die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Ziel ist die Vereinigung aller Turkvölker in einem Staat „Turan“.

## Finanzierung

**ADÜTDF, ATIB, ANF:**

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Verkauf von beispielsweise Kalendern

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Wegen ihres extremistischen-nationalistischen Gedankengutes handelt es sich bei der **Ülkücü-Bewegung** um eine Gruppierung, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richtet und zugleich gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz verstößt. Somit erfüllt diese Bewegung mit ihren Gruppierungen die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörde (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW).

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Ende Februar 2025 rief der Gründer der **PKK** Abdullah Öcalan zur Waffenniederlegung und Auflösung der **PKK** auf. Hintergrund dieses Aufrufs dürfte der Vorstoß des MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli aus Oktober 2024 sein: Hier suchte Bahçeli erstmalig das Gespräch mit der prokurdischen DEM-Partei und rief Öcalan dazu auf, im türkischen Parlament die Auflösung der **PKK** zu verkündigen. Die **ADÜTDF** - als Deutschlandorganisation der MHP - vertritt hierzulande grundsätzlich die In-

teressen des türkischen Koalitionspartners und handelt entlang der vorgegebenen Parteilinie. Folglich werden weder die strategische Ausrichtung noch die Äußerungen des Vorsitzenden öffentlichkeitswirksam hinterfragt.

Neben diesen internationalen Entwicklungen, die die **ADÜTDF** in Deutschland tangieren, tritt der mitgliederstärkste Dachverband der **Ülkücü-Bewegung** in NRW regelmäßig über einzelne Ortsvereine im Rahmen von Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten realweltlich in Erscheinung. So feierte ein Ortsverein der **ADÜTDF** im Berichtsjahr zum Beispiel sein 50-jähriges Jubiläum.



50. Jubiläumsfeier der ADÜTDF Neuss auf Instagram

Die Feierlichkeiten der **ADÜTDF** waren eindeutig von der Symbolik der **Ülkücü-Bewegung** gerahmt. Das ist nicht immer der Fall: Regelmäßig ist für Außenstehende nämlich nicht direkt erkennbar, dass es sich bei bestimmten Veranstaltungen um solche von Akteuren der **Ülkücü-Bewegung** handelt.

Im Gegensatz zur **ADÜTDF** ist die **ATIB** um eine gemäßigttere Außendarstellung bemüht. Symbole oder Codes, die eine Nähe zur **Ülkücü-Bewegung** indizieren, werden von der **ATIB** explizit nicht oder nur sehr selten genutzt. Eine ihrer elementaren Aktivitäten ist indes die Kontaktpflege zu türkischen Einrichtungen und Verbänden in Deutschland und auch zu staatlichen Stellen der Türkei: So wurde sie zum Beispiel zum 102. Gründungstag der Türkei der türkischen Botschaft in Berlin

eingeladen. Überdies hat die **ATIB** Anfang Dezember in ihrer Zentrale in Köln zentrale Persönlichkeiten aus türkischen Regierungskreisen in Empfang genommen.

Auch die **ANF** ist um eine gemäßigte Außendarstellung und um die Akzeptanz in der Gesellschaft bemüht. Die einzelnen **ANF**-Ortsvereine sind dennoch von einer sehr starken Führer- und Märtyrerverehrung geprägt; diese Verehrung gilt in erster Linie ihrem Gründer Muhsin Yazicioğlu, der zugleich die Identifikationsfigur der **ANF** darstellt. Realweltlich tritt die **ANF** immer wieder mit Gedenkveranstaltungen in Erscheinung: So findet im März jeden Jahres eine Veranstaltung zu Ehren des Muhsin Yazicioğlus statt - im Berichtsjahr im Duisburger Ortsverein.

Die Anhängerschaft der sogenannten **freien Szene der Ülkücü-Bewegung** ist durch eine bedingungslose Solidarität gegenüber der Türkei und größtenteils gegenüber dem türkischen Staatspräsidenten gekennzeichnet. Nationale und internationale Entwicklungen, die die Türkei betreffen, wurden auch im Berichtszeitraum aufgegriffen und in ideologischer Färbung kommentiert. Vorherrschende Themen, wie zum Beispiel der Israel-Palästina-Konflikt sowie regionale Konflikte in der Türkei werden hierbei regelmäßig instrumentalisiert, um die deutsche Politik gegenüber der türkischen herabzusetzen.

Ein weiteres zentrales Thema der **freien Ülkücü-Szene** - insbesondere im digitalen Raum - ist das Propagieren der „deutschen“ Islam- und Türkeifeindlichkeit. Die Kommunikation in sozialen Medien zeigt: Dieses Narrativ spricht offensichtlich auch Personen(-gruppen) an, die sonst keine Berührungspunkte mit der **Ülkücü-Bewegung** beziehungsweise ihrer Ideologie haben. In diesem Zusammenhang verbreiten einzelne Akteure der **freien Ülkücü-Szene** indes auch das szenetypische Narrativ der Überlegenheit und Verherrlichung des Türkentums.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die der **Ülkücü-Bewegung** zuzurechnenden drei Dachverbände **ADÜTDF**, **ATIB** und **ANF** sind nach wie vor um ihr integratives Image in Deutschland bemüht: Hierbei gerieren sich die einzelnen Vereine und ihre Vertretungen regelmäßig als die einzig existierenden Repräsentanten für die türkeistämmige und türkische Community in NRW. Einfluss nehmen die Dachverbände zum Beispiel über Aktivitäten

in Kultur-, Eltern- und Sportvereinen oder Moscheen und Bildungseinrichtungen. Über diese (auch eigenen) Vereinsangebote gelingt es den Dachverbänden fortwährend, diverse Zielgruppen anzusprechen. In der Öffentlichkeit verhalten sie sich angepasst und entlang demokratischer Werte, um in Deutschland eine starke und nachhaltige türkisch-nationalistische Interessenvertretung herauszubilden; vor diesem Hintergrund wird seitens der Dachverbände dazu aufgerufen, sich sozial und politisch zu engagieren. Hierbei soll keinesfalls die türkische Identität abgelegt werden, vielmehr geht es darum, türkisch-nationalistische Interessen, also auch den eigenen Überlegenheitsanspruch gegenüber anderen Völkern, in diversen (auch politischen) Einrichtungen und Institutionen zu vertreten. Ihr übersteigertes Nationalbewusstsein und ihre diskreditierende Haltung gegenüber Andersdenken ist dennoch integraler Bestandteil ihrer ideologischen Ausrichtung und wird nach innen kommuniziert.

Demgegenüber steht die Agitationsweise der **freien Ülkücü-Szene**: Diese kommuniziert ihre Überlegenheitsnarrative internetöffentlich und kommentiert tagesaktuelle Geschehnisse in rassistischer und antisemitischer Art und Weise. Einzelne Protagonisten verfügen in sozialen Medien über eine enorme Reichweite und inszenieren sich als Sprecher der türkeistämmigen und türkischen Community in NRW. Nützlich sind in diesem Zusammenhang prinzipiell alle Themen, die die Türkei auch nur annähernd betreffen: So werden die stereotypisierten Kommentare jener türkischen Rechtsextremisten durch ihr Publikum häufig nicht als extrem oder problematisch, sondern als richtig und nachvollziehbar verstanden, wie zum Beispiel die kontinuierliche Darstellung der in Deutschland vorherrschenden Islam- und Türkeifeindlichkeit. Solche Kommentare können auch der Pflege bestehender Feindbilder und der Heroisierung der türkischen Nation dienen.



# REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI/-FRONT (DEVIRIMCI HALK KURTULUS PARTISI-CEPHESI – DHKP-C)



## Sitz/Verbreitung

Türkei, europaweite Verbreitung mit Schwerpunkt Süd- und Westeuropa

## Gründung/Bestehen seit

1994, hervorgegangen aus der 1978 gegründeten revolutionären Linken (Devrimci Sol Dev-Sol)

## Struktur/ Repräsentanz

Generalsekretär, Zentralkomitee sowie länder- und gebietsverantwortliche Funktionäre.

Nach dem Tod von Dursun Karatas im Jahr 2008 wurde offiziell noch kein Nachfolger für das Amt des Generalsekretärs bestimmt.

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

circa 200 →

## Veröffentlichungen

Publikationen: „Halk Okulu“ (regelmäßiges Erscheinen, bis 2019 „Yürüyüş“)

Web-Angebot: Eigener Internetauftritt, Nutzung von sozialen Netzwerken

## Kurzporträt/Ziele

Die in der Türkei und in Deutschland verbotene **Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)** verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus propagiert die **DHKP-C** einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Die Organisation tritt damit für eine revolutionäre

Überwindung der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Hierzu führt sie in der Türkei auch terroristische Aktionen durch. In Deutschland kann die **DHKP-C** aufgrund ihres Verbotes im Jahr 2000 nicht offen agieren. Sie handelt daher über Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Zugehörigkeit zur Organisation zulassen oder deren Verbindungen zur **DHKP-C** nur schwer nachweisbar sind.

### Finanzierung

Spenden und Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen sowie Eintrittsgelder von Veranstaltungen

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW).

Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 1983 verbotenen Devrimci Sol. Seit dem Verbot im Jahr 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Die **DHKP-C** ist in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** gibt sich den Namen Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHKP), während sich der militärische Arm der **DHKP-C** als Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHKC) bezeichnet.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum wurden von Mitgliedern und Unterstützern der **DHKP-C** in verschiedenen Städten im Bundesgebiet Versammlungen für in der Türkei inhaftierte Funktionäre und Sympathisanten, denen die türkische Justiz unter anderem Unterstützung einer Terrororganisation vorwirft, durchgeführt. Auch in NRW wurden in diesem Kontext vereinzelt Kundgebungen vor türkischen Generalkonsulaten angemeldet und abgehalten. Die Teilnehmerzahl lag überwiegend im unteren zwei-

stelligen Bereich. Eine erwähnenswerte Außenwirkung wurde durch die Kundgebungen nicht erreicht.

### „Märtyrergedenken“ in Köln

Im April 2025 versammelten sich in Köln Aktivisten und Unterstützer der **DHKP-C** im Rahmen des so genannten „Märtyrergedenkens“. Hierbei wird an Personen erinnert, die in der Vergangenheit während Hungerstreiks, Attentaten oder bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften und dem Militär getötet worden sind. Neben den obligatorischen roten Fahnen wurde seitens der Teilnehmenden auch ein Transparent mitgeführt, das neben der Abbildung von drei getöteten Attentätern der **DHKP-C** auch ein Bild des Gründers der Organisation Dursun Karatas zeigte. An der Demonstration nahmen circa 50 Personen teil, was im Vergleich zu den Jahren davor eine deutlich geringere Beteiligung darstellt. Dennoch ist diese jährlich stattfindende Veranstaltung für die Organisation als identitätsstiftende und die Gemeinschaft stärkende Propagandaaktivität von zentraler Bedeutung.

### Aktivitäten der Musikgruppe Grup Yorum

Auftritte der Musikgruppe Grup Yorum sind integraler Bestandteil der Propagandaaktivitäten der **DHKP-C** in Deutschland. Veranstaltungen der Gruppe wurden und werden von der Organisation genutzt, um einen Personenkreis anzusprechen, der weit über die eigene Anhängerschaft hinausgeht. Im Berichtszeitraum gelang es der aus dem direkten Umfeld der **DHKP-C** stammenden Musikgruppe jedoch nicht, größere Konzertveranstaltungen im Bundesgebiet durchzuführen.

Auch in NRW wurden lediglich kleinere Auftritte überwiegend im Rahmen von Kundgebungen und Versammlungen durchgeführt. So trat Grup Yorum unter anderem im Mai 2025 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Bochum auf. Ein weiterer öffentlicher Auftritt fand im Juni 2025 auf einem seitens der Jugendorganisation der **Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)** organisierten Musikfestival in Gelsenkirchen statt.

Aufgrund fehlender Auftrittsmöglichkeiten und um Aufmerksamkeit zu generieren, nutzt die Gruppe daher verstärkt diverse Plattformen in den sozialen Medien. Aktu-

ell wird über den Aufbau eines so genannten „Volkschors“ versucht, das musikalische und personelle Spektrum der Musikgruppe zu erweitern.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Versammlungen und Kundgebungen im Rahmen der Solidarisierung mit inhaftierten Angehörigen und Sympathisanten der Organisation nehmen nach wie vor eine zentrale Stellung im Aktionsverhalten der **DHKP-C** in Deutschland ein. In diesem Kontext spielt NRW für die Organisation aufgrund seiner geographischen Lage und dem hohen Anteil türkischer und türkeistämmiger Einwohner eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus werden die Möglichkeiten des virtuellen Raums im Rahmen von Agitation und Propaganda für die **DHKP-C** genutzt. Hier macht sich die Organisation die Reichweite des Internets, insbesondere von sozialen Netzwerken zu Nutze, um die Anhängerschaft sowie potenzielle neue Unterstützende zu erreichen und zu mobilisieren. Auf einschlägigen Plattformen und Internetseiten werden, analog zu realweltlich durchgeführten Kundgebungen, die gleichen Themen propagandistisch aufbereitet und forciert. Der Musikgruppe Grup Yorum kommt aufgrund deren Popularität in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zu.

Obwohl die Organisation in den letzten Jahren aufgrund des entschlossenen Handelns der Sicherheits- und Ordnungsbehörden wiederholt empfindliche Rückschläge hinnehmen musste, fungiert Deutschland für die Organisation auch weiterhin als wichtiger Rückzugs- und Sammlungsraum sowie Rekrutierungsbasis potenzieller Mitglieder und Unterstützer. Auch wenn aktuell nicht mit einer Aufkündigung des 1999 seitens der **DHKP-C** für Westeuropa erklärten Gewaltverzichts zu rechnen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass von hier aus terroristische Aktivitäten geplant und vorbereitet werden. Eine nachrichtendienstliche Beobachtung der Organisation und von deren Unterstützerumfeld sind somit auch zukünftig angebracht und notwendig.

## ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK), VOLSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA- GEL) UND UNTERSTÜTZENDE ORGANISATIONEN



### Sitz/Verbreitung

Nordirak, in Europa Vertretung durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten durch den **Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E)**

### Gründung/Bestehen seit

November 1978

### Struktur/Repräsentanz

Höchste Entscheidungsgremien: **Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)**, Präsident: Abdullah Öcalan, Co-Vorsitzende: Besê Hozat und Cemil Bayik und die Generalversammlung **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)**

Europa: autoritäre Führung mittels Kaderprinzip

Deutschland: neun Regionen (Eyalet), 31 Gebiete (Bölge). NRW: zwei Regionen (Nordrhein und Westfalen), acht Gebiete mit je einem leitenden Führungsfunktionär, örtliche kurdische Vereine für die Umsetzung von Vorgaben der europäischen Führungsebene sowie als Treffpunkt und Anlaufstelle für Anhänger der Organisation.

Dachverband: Seit Ende Januar 2020 (*Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanya – KON-MED*) als neuer Dachverband (bereits im Jahr 2019 gegründet): fünf regionale Föderationen im Bundesgebiet, die den örtlichen Vereinen übergeordnet sind (NRW: *Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW (Federasyona Civaken Azad yen Mezopotamy li NRW – FED-MED e.V.)*).

Aktuell werden in NRW rund 50 örtliche Vereine als **PKK**-nah eingeschätzt.

Neben den lokalen Vereinsstrukturen versucht die **PKK**, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren und umzusetzen:

- Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)
- Islamische Gemeinde Kurdistans (CÎK)
- Zentralverband der Êzidischen Vereine e.V. (NAV-YEK) (Löhne)
- Föderation der demokratischen Aleviten e.V. (FEDA) (Dortmund)

Diese Massenorganisationen vertreten kurdische Interessen ohne integraler Bestandteil der **PKK** zu sein. Gleichwohl ist deutlich erkennbar, dass auch in diesen Organisationen der **PKK** nahestehendes Personenpotential aktiv ist.

Weitere Organisationen:

- Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH/TJKE)
- Europäischer Jugend-Dachverband Bewegung der revolutionären Jugend (Tevgera Ciwanên Şoreşger – TCŞ, in Deutschland maßgeblich für Rekrutierungsaktivitäten zum bewaffneten Kampf in der Türkei, Syrien oder Irak verantwortlich).

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

2.200 ➔

### Veröffentlichungen

Publikationen:

- Serxwebûn (Unabhängigkeit) (monatlich)
- Stêrka Ciwan (Stern der Jugend) (monatlich)
- Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen) (monatlich)
- Kurdistan-Report (zweimonatlich)
- Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik) (täglich)

Fernsehen:

- Stêrk TV
- Gerîla TV

Internet: Zahlreiche Internetauftritte verschiedener regionaler Organisationen und Gruppierungen sowie mediale Präsenz in unterschiedlichen sozialen Netzwerken mit guten Verknüpfungen untereinander.

### Kurzporträt/Ziele

Die **PKK**, die heute unter der Bezeichnung **KONGRA-GEL** agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nordirak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte.

Im Jahr 1993 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) ein Betätigungsverbot für die **PKK** und ihre Nebenorganisationen erlassen.

Obwohl seitens der **PKK** immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurdinnen und Kurden im Nahen Osten. Darüber hinaus sind die Freilassung ihres seit 1999 inhaftierten Führers Abdullah Öcalan und die Aufhebung des Betätigungsverbots zentrale Ziele.

### Finanzierung

Jährliche Spendensammlungen bei der Anhängerschaft, Erlöse aus Zeitschriften- und Devotionalienverkäufen und Eintrittsgelder bei Großveranstaltungen dienen der logistischen und finanziellen Unterstützung der Organisation.

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **PKK** ist mit der Verbotsverfügung nach § 18 Satz 2 Vereinsgesetz vom 22. November 1993 durch das Bundesministerium des Innern (BMI) mit einem Betätigungsverbot belegt. Das Betätigungsverbot erstreckt sich auf sämtliche Umbenennungen der Organisation als auch auf alle seit 1993 genutzten Symbo-

le sowie auf neu hinzugekommene Kennzeichnungen der **PKK**. Die **PKK** ist seit 2002 von der Europäischen Union auf der Liste von Personen, Vereinigungen und Körperschaften verzeichnet, die an Terrorhandlungen beteiligt waren und restriktiven Maßnahmen unterliegen sollen (sogenannte EU-Terrorliste).

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein weitgehender Verzicht auf gewalttätige Aktionen seitens der **PKK** feststellbar. Insbesondere bei Aufeinandertreffen mit politischen Gegnern kann es situativ zu gewalttätigem Verhalten von einzelnen Personen oder Kleinstgruppen kommen. Die **PKK** stellt aufgrund ihrer fortwährenden Bereitschaft zu aktionsorientiertem und gewaltbereitem Verhalten nach wie vor eine Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Überdies verfolgt die **PKK** ihre Ziele in den Kampfgebieten weiterhin mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grund eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 27. Februar 2025 verkündete eine Delegation der pro-kurdischen Partei der Völker für Gleichheit und Demokratie (Halkların Eşitlik ve Demokrasi Partisi - DEM), die zuvor den **PKK**-Gründer Abdullah Öcalan auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali besucht hatte, eine Erklärung Öcalans: In dieser Erklärung übernahm Öcalan die „historische Verantwortung“ für den Aufruf zur Niederlegung der Waffen. Der Appell richtete sich ausdrücklich an die Mitglieder der **PKK** und forderte sie dazu auf, einen Kongress einzuberufen, um Lösungswege zu finden, die inhaltlichen Erklärungen Öcalans umzusetzen, sowie sich in Staat und Gesellschaft zu integrieren.

Am 1. März 2025 verkündete der Exekutivrat der **PKK** schließlich einen einseitigen Waffenstillstand, der jedoch an die Bedingung der Freilassung Öcalans geknüpft wurde. Aus verschiedenen Berichten geht hervor, dass die **PKK** im Zeitraum vom 5. bis 7. Mai 2025 auf ihrem 12. Kongress in den sogenannten Medya-Verteidigungsgebieten beschlossen haben soll - unter bestimmten Voraussetzungen - den organisatorischen Aufbau der **PKK** aufzulösen, den bewaffneten Kampf zu beenden

und damit die unter dem Namen **PKK** geführten Aktivitäten einzustellen. Eine zentrale Forderung im laufenden Friedensprozess ist die Freilassung von Abdullah Öcalan aus der Haft, damit er proaktiv an den weiteren Verhandlungen teilnehmen kann.

Weiterhin gilt, dass insbesondere die Situation in den kurdischen Siedlungsgebieten maßgeblich dafür verantwortlich ist, wie die **PKK**-nahen Organisationen taktieren und reagieren. Speziell die Ereignisse in Nordsyrien, im Nordirak und in der geographischen Region Kurdistan lösen Reaktionen aus, die im Bundesgebiet und somit auch in NRW erkennbar sind. Dem steht das Ziel der **PKK** nicht entgegen, von der EU-Terrorliste entfernt zu werden. Um dies zu erreichen, gilt auch die Vorgabe der Führungsebene der **PKK**, friedlich und kooperativ aufzutreten. Als Beleg hierfür kann zum Beispiel der „Lange Marsch der kurdischen Jugend“ im Jahr 2025 gewertet werden; dieser verlief friedlich und ohne Störungen.

## Veranstaltungen

Im Jahreskalender der **PKK** zählen insbesondere die folgenden vier Großveranstaltungen zu den tradierten Ereignissen und Festen:

- März:  
Traditionelles kurdisches Neujahrsfest Newroz in Frankfurt am Main
- Mai:  
Internationales Jugendfestival/Kulturfest Mazlum Dogan (2025 ausgefallen)
- Juni:  
Zilan-Frauenfestival in Leverkusen
- September:  
Internationales kurdisches Kulturfestival in Dortmund

Von diesen vier Traditionsveranstaltungen fanden 2025 das Zilan-Frauenfestival und das Internationale kurdische Kulturfestival in NRW statt.

Das Zilan-Frauenfestival im Juni 2025 fand mit circa 2.000 überwiegend weiblichen Teilnehmerinnen in Leverkusen statt. Hierbei handelt es sich um eine Veranstaltung, die aus den **PKK**-nahen Strukturen der Frauenverbände organisiert

und durchgeführt wird. Zusätzlich haben kleinere Newroz-Feierlichkeiten in NRW und am 22. März 2025 eine zentrale **PKK**-nahe Newroz-Feier in Duisburg stattgefunden. Hier kamen rund 2.000 **PKK**-Sympathisanten zusammen.



Langer Marsch der Kurdischen Jugend 2025

Das Internationale kurdische Kulturfestival, das am 13. September 2025 in Dortmund durchgeführt wurde, verlief ohne Störungen und war geprägt von dem Friedensprozess und dessen möglicher weiterer Entwicklung. An der Veranstaltung nahmen 14.000 Personen teil.

Im Vorfeld des internationalen kurdischen Kulturfestivals kam es zu dem traditionellen „Langen Marsch“ der Kurdischen Jugend. Dieser Marsch verlief über mehrere Tage dezentral in verschiedenen Städten in NRW.

Die Teilnehmer repräsentierten eine heterogene Gruppe von **PKK**-Anhängern und Personen, die sich mit den Zielen der **PKK** solidarisieren. Die Zahl der Teilnehmenden, die nicht dem klassischen **PKK**-nahen Klientel zuzuordnen sind, war auch in diesem Jahr deutlich erkennbar: Bis zu einem Drittel der Teilnehmenden

des „Langen Marsches“ kamen aus dem internationalen linken Spektrum und gehörten damit anderen als kurdischen Gruppierungen an.

Daneben gab es eine weitere Großveranstaltung in NRW. Diese Veranstaltung befasste sich mit dem Thema „Freiheit für ÖCALAN“. An ihr nahmen im November 2025 in Köln rund 8.000 Personen teilgenommen haben, deutlich weniger als angekündigt und erwartet.

### Reaktionen auf Gerüchte über die Gesundheit oder den Tod Abdullah Öcalans

Nach wie vor ist Abdullah Öcalan die zentrale ideologieprägende Person für die Anhänger\*innen der PKK. Gab es in den Vorjahren fortwährend Gerüchte um seinen Gesundheitszustand und die prekären Haftbedingungen, sind diese aufgrund seiner Einbindung in den Friedensprozess fast völlig ausgeblieben.

### Verschärfung des Kennzeichnungsverbotes

Auch in 2025 war das durch das Bundesministerium des Innern (BMI) verschärfte Verbot des Zeigens von Symbolen aus dem Bereich der **PKK** und deren nahestehenden Organisationen ein andauerndes Thema. Inhaltlich umfasst das Betätigungsverbot auch das öffentliche Zeigen von Symbolen der **PKK** sowie ihrer Unter- und Teilorganisationen.

### Gestiegene Bedeutung digitaler Medien

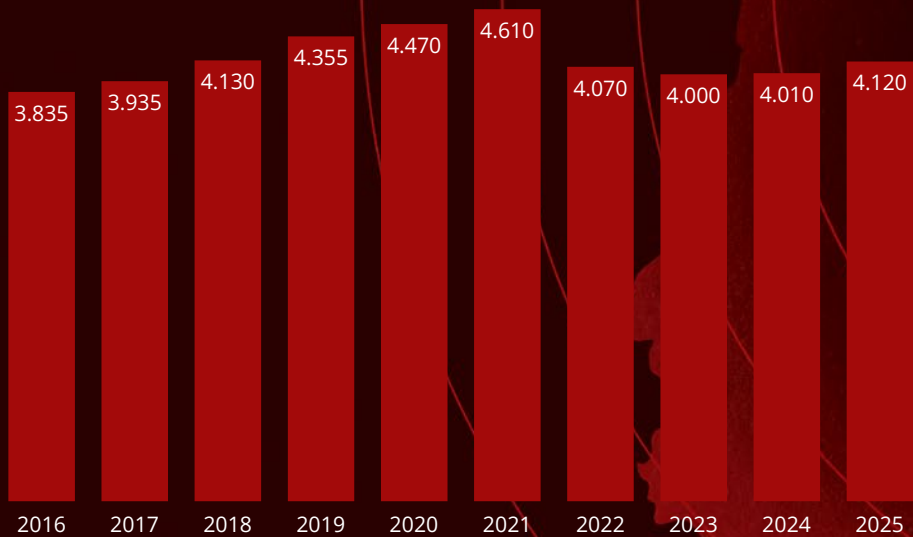
Die **PKK** nutzt weiterhin einen aufwändigen Medienapparat, in dem digitale Medien (Facebook, Twitter, Instagram, Facebook-Messenger, WhatsApp etc.) zunehmend an Bedeutung gewinnen. Daneben erhöhen sie die kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit der **PKK**-nahen Gruppierungen. Insbesondere die Nutzung sozialer Netzwerke zielt auf die jüngere Anhänger\*innen der **PKK**. Diese Plattformen werden zur Rekrutierung Jugendlicher für den bewaffneten Kampf, für kurzfristige und flächendeckende Veranstaltungsaufrufe sowie für die Verbreitung von Stimmungsbildern genutzt. Auffällig im Berichtszeitraum war auch hier die Aneignung dieser Inhalte durch die linksextremistische Szene. Viele Veranstaltungen, die im Ursprung einen **PKK**-Bezug hatten, wurden durch Accounts der linksextremistischen Szene oder dieser Szene nahestehenden Gruppierungen geteilt und verbreitet. Hierbei war auffällig, dass diese Aufrufe regelmäßig zentral gesteuert und verbreitet wurden.

## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

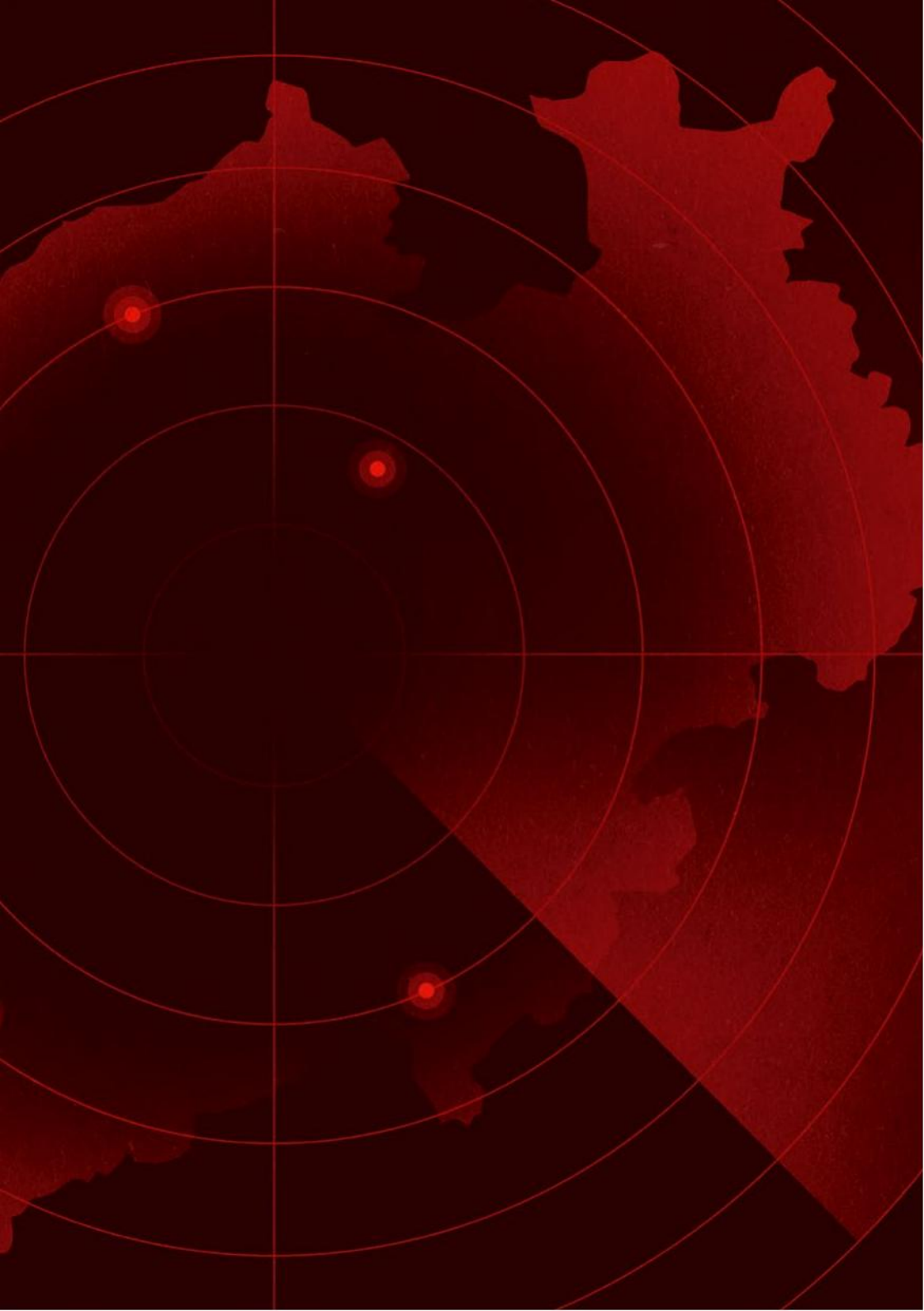
Das Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger wird in der nächsten Zeit maßgeblich von der Entwicklung des Friedensprozesses abhängig sein. Obwohl der 12. Kongress der **PKK** formal den Beschluss zur Beendigung des bewaffneten Kampfes und zur Auflösung der Organisation gefasst hat, deuten sprachliche und inhaltliche Elemente der Erklärung darauf hin, dass das tatsächliche Ende der militärischen Aktivitäten nicht unmittelbar erfolgen wird. Die **PKK** stellt die Umsetzung ihrer Entscheidung unter bestimmte politische und rechtliche Voraussetzungen und betont weiterhin das Ziel einer kurdischen nationalen Einheit. Unklar bleibt dabei, welche konkreten Forderungen an den türkischen Staat gerichtet werden und inwiefern diese mit der Staatsstruktur der Türkei vereinbar sind. Ebenso vage bleiben die von der Organisation geforderten rechtsverbindlichen Absicherungen und Garantien. Nachdem der Oberkommandierende der „Verteidigungskräfte des Volkes“ (Hêzên Parastina Gel - HPG), Murat Karayılan, in einer Stellungnahme betont hatte, dass die Entwaffnung der **PKK** strukturelle Reformen im türkischen Staat erfordere, wird ersichtlich, dass der geforderte Friedensprozess nicht allein von der Entscheidung der **PKK** abhängt, sondern auf tiefgreifende rechtliche und gesellschaftliche Veränderungen innerhalb der Türkei angewiesen ist. Damit wird die erklärte Beendigung des bewaffneten Kampfes weniger als endgültiger Abschluss, sondern vielmehr als strategisch bedingte Neuorientierung innerhalb der kurdischen Bewegung interpretiert.

Im Hinblick auf das künftige Aktionsverhalten muss weiterhin aufmerksam beobachtet werden, welche Wechselwirkungen zwischen **PKK**-Anhängern und nationalistischen/rechtsextremistischen Türken innerhalb Deutschlands durch politische Ereignisse erzeugt werden. Es muss damit gerechnet werden, dass die **PKK** wieder auf medienwirksame Aktionsformen wie zum Beispiel die Besetzung oder Blockade von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteibüros oder Schiffen zurückgreift. Auch die anlassbezogene, direkte gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist in Betracht zu ziehen. Bei ihren Handlungsformen wird sich die **PKK**-Führung hier aber aller Voraussicht nach weiterhin davon leiten lassen, Deutschland als Rückzugsraum nicht zu gefährden. Auch politische Einflussnahme beziehungsweise Lobbyarbeit ist ein Aktionsschwerpunkt der **PKK** in Deutschland mit dem Ziel, die Einstufung als Terrororganisation zu beenden.

# ISLAMISMUS



Personenpotenzial Islamismus



## ZUSAMMENFASSUNG

### **Anhaltend hohe Bedrohungslage durch den transnationalen jihadistischen Terrorismus**

Die Gefahr für terroristische Anschläge in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ist nach wie vor abstrakt hoch und geht weiterhin insbesondere von transnationalen globalen jihadistischen Netzwerken aus, die vor allem dem sogenannten **Islamischen Staat (IS)** zugeordnet werden können. Auch **Al-Qaida**-Netzwerke propagieren über ihre Medienstellen und Kanäle islamistisch motivierte Terroranschläge, finden jedoch unter den Befürwortern des Jihadismus anscheinend deutlich geringere Resonanz. Die Anschläge der vergangenen Jahre, wie auch die im Jahre 2025 wies – soweit diese aufgeklärt werden konnten – einen Bezug zum **IS** auf, nicht zu **Al-Qaida**. Zwei der fünf jihadistisch motivierten Angriffe, die 2025 in Deutschland stattfanden, wurden in Nordrhein-Westfalen verübt. Hierbei handelt es sich um die Anschläge vom 18. Mai 2025 auf eine Gruppe vor einer Bar in Bielefeld und vom 5. September 2025 auf eine Lehrerin und einen Passanten in Essen. Das Tatmittel war in beiden Fällen ein Messer und in einem außerdem ein Stockdegen. Bei diesen Angriffen wurden insgesamt sieben Menschen zum Teil schwer verletzt. Die in Untersuchungshaft genommenen Tatverdächtigen waren vor den Angriffen nicht in hiesigen salafistischen Netzwerken aktiv und standen nicht im Kontakt zu entsprechenden Akteuren. Deshalb waren beide Tatverdächtige bis zu ihrer Tat nachrichtendienstlich nicht bekannt. In diesen beiden Fällen bestätigen sich Erfahrungen aus den vorangegangenen Jahren, dass Attentäter überwiegend entweder bereits eine Radikalisierung durchlaufen hatten, bevor sie nach Deutschland kamen, oder sich durch soziale Medien und die dort zu findende jihadistische Propaganda radikalisierten und zur Tat verleitet wurden. Zudem fördern psychische Problemlagen eine jihadistische Radikalisierung und können auch zu einer islamistisch-jihadistisch motivierten Gewalttat führen. Davon sind auch Personen betroffen, die aufgrund ihres Alters weder nachrichtendienstlich bearbeitet noch strafrechtlich verfolgt werden können. Für die Sicherheitsbehörden

stellen solche allein handelnden Täter eine große Herausforderung dar. Sie setzen alles daran, sie vor der Ausübung einer Gewalttat zu erkennen. Dies gelingt häufig dank internationaler Zusammenarbeit.

### **Aktivitäten der HAMAS**

Wie schon Ende 2023 wurden auch im Jahr 2025 wieder mutmaßlich terroristische Planungen von kriminellen Akteuren aufgedeckt, die eine Verbindung zur **HAMAS** aufweisen. Eine Verbindung zu den in Nordrhein-Westfalen bekannten Protagonisten **HAMAS**-naher Zusammenschlüsse wie der aufgelösten **Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland (PGD)** besteht nach derzeitigem Stand jedoch nicht. Terroristische Planungen und Gewalttaten würden der bisher erkennbaren Strategie der **HAMAS**-nahen Zusammenschlüsse in Nordrhein-Westfalen zuwiderlaufen. Nach dem Verbot der **HAMAS** in Deutschland im November 2023 halten sich ihre Anhänger auffallend zurück. Bei den zahlreichen pro-palästinensischen Demonstrationen übernehmen sie keine Führungsrolle, sondern laufen ganz überwiegend in Demonstrationen mit, die von anderen – häufig politisch linksgerichteten Gruppen – organisiert werden. So gelingt es in Teilen, das Leid der Palästinenser in den Vordergrund zu stellen, die Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 auszublenden und die **HAMAS** als vermeintliche Verteidigerin der Interessen der Palästinenser erscheinen zu lassen. Terroranschläge in Deutschland würden diese propagandistischen Teil-Erfolge mit einem Schlag zunichtemachen.

### **Staatliche Maßnahmen gegen Vertreter der Hizb ut-Tahrir (HuT)**

Das Bundesministerium des Innern hat am 5. November 2025 die **Hizb ut-Tahrir (HuT)**-nahe Gruppierung **Muslim Interaktiv (MI)** verboten, die hauptsächlich in der Freien und Hansestadt Hamburg agiert hat. Ihre Protagonisten waren jedoch bundesweit aktiv, auch in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Verbot von **MI** fanden auch bei den anderen beiden bekannten **HuT**-nahen Organisationen **Realität Islam (RI)** und **Generation Islam (GI)** Durchsuchungsmaßnahmen statt.

Diesen **HuT**-nahen Gruppierungen gelang es in den vergangenen Jahren, ihren Einfluss in der vor allem jungen muslimischen Community auszuweiten, indem sie als „identitäre Islamisten“ auftraten und kontrovers geführte gesellschaftliche Debatten geschickt aufgriffen, um sich als vermeintliche Vertreter muslimischer

Interessen darzustellen. So schafften es die Protagonisten dieser Gruppierungen beispielsweise, aus der als pro-palästinensischen Demonstration angekündigten Versammlung am 3. November 2023 in Essen eine Veranstaltung für die Wiedererrichtung des Kalifats zu machen.

In sozialen Medien waren diese Gruppierungen, allen voran **MI**, besonders präsent. Mit dem Verbot wird diese Präsenz im virtuellen wie realweltlichen Bereich zurückgedrängt.

### **Salafistische Da'wa in Nordrhein-Westfalen**

In einigen Städten Nordrhein-Westfalens waren auch 2025 wieder Informationsstände auf Straßen beziehungsweise in Fußgängerzonen zu sehen, an denen **salafistische Bestrebungen** für ihre Interpretation des Islam warben. Sehr präsent war dabei die Gruppierung **Nur al-Ilm**, die ihre lokale Präsenz direkt auch in den sozialen Medien darstellt und damit die Reichweite über das Auftreten vor Ort hinaus deutlich erweitert. Darüber hinaus veranstaltete diese Gruppierung „Brüdertreffen“, von denen zumindest eins auch in Nordrhein-Westfalen (Gütersloh) stattgefunden hat.

Größere Veranstaltungen von szenebekanntem Predigern fanden im Berichtszeitraum seltener als im Vorjahr statt. Dies liegt vermutlich auch daran, dass einige namhafte Prediger ins Ausland gegangen sind oder sich zurzeit in Haft befinden. Die salafistischen Prediger aus Nordrhein-Westfalen und die, die ins Ausland gegangen sind, boten jedoch weiter Umra-Reisen an und begleiteten diese. Solche Umra-Reisen sind ein Geschäftsmodell, das für die Prediger in finanzieller Hinsicht ebenso wie mit Blick auf die Da'wa und Vernetzungsmöglichkeiten lukrativ ist.



## IM FOKUS: HANNA HANSEN: EINE SALAFISTISCHE INFLUENCERIN ALS AUSNAHMEERSCHEINUNG

Hanna Hansen ist aktuell die reichweitenstärkste salafistische Influencerin in Deutschland. Ihr ist es gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit in die islamistische Szene zu integrieren und dort eine Funktion einzunehmen, die außer ihr bisher keine andere Akteurin im Salafismus innehat. Damit kann sie eine erhebliche Wirkung unter Salafistinnen erzielen, stößt aber zugleich an die Grenzen des Rollenbilds, das Frauen im Salafismus zugeschrieben wird.

### **Biographischer Hintergrund**

Bereits zu Beginn ihrer Karriere, die sie als Model begann, verwendete Hanna Hansen ihren Künstlernamen und behielt diesen auch später bei. Nach ihrer Model-Karriere war sie einige Zeit als DJ tätig, bevor sie dann als Profiboxerin bekannt wurde. Ihr beruflicher Werdegang war demnach von Beginn an von einer ausgeprägten Präsenz in den sozialen Medien und der Öffentlichkeit geprägt. Nach dem Ende ihrer Profiboxkarriere im Jahr 2023 begann sie damit, Beiträge über den islamischen Glauben in den sozialen Medien zu teilen. Konvertiert ist sie laut eigenen Angaben jedoch schon einige Jahre zuvor.

Erst Anfang 2024 fiel sie durch erste Bezüge in die islamistische Szene und durch politisierte Äußerungen zum Islam auf. Damit einhergehend grenzte Hanna Hansen sich zunehmend von ihrem vorigen Leben und ihrer Karriere ab und entfernte ältere Beiträge von ihren Profilen, auf denen sie noch ohne Kopftuch zu sehen war. Ihre Annäherung an den Salafismus setzte sie stetig weiter fort, sodass sie sich innerhalb kürzester Zeit zu einer bedeutenden Aktivistin in der islamistischen Szene entwickelte.

### **Agieren als salafistische Akteurin**

Hanna Hansen handelt weitgehend analog zu anderen (männlichen) Predigern und unterstreicht so ihre herausgehobene Position innerhalb der salafistischen Szene. Sie ist mittlerweile ebenso etabliert wie salafistische Prediger und bedient dabei

sämtliche Kanäle und Aktionsfelder, die diesen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus hat sie offensichtlich Kontakte zu einschlägigen islamistischen Institutionen und Gruppierungen sowie bedeutenden salafistischen Akteuren. Im Rahmen ihrer Pilgerfahrten kooperiert sie beispielsweise mit Efstathios Tsiounis (Abu Alia).

Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in der Online-Da'wa, also der Missionierung über ihre diversen Auftritte in den sozialen Medien, wo sie über eine erhebliche Reichweite verfügt. Am aktivsten ist sie bei Instagram, dort hat sie aktuell über 221.000 Follower. Bei TikTok hat sie mit rund 220.000 Followern (Dezember 2025) eine ähnliche Reichweite. Sporadisch nutzt sie ihren YouTube-Kanal mit über 12.200 Abonnenten, insbesondere um längere Videos von Vortragsveranstaltungen einzustellen. Auch bei X und Spotify, wo sie einen eigenen Podcast betreibt, ist sie vertreten.

Auf den Kanälen finden sich meist kurze Videos, in denen sie religiöse Inhalte vermittelt und Ermahnungen zu einem frommen Lebensstil teilt. Diese richten sich vorrangig an ein weibliches Publikum. Immer wieder kommentiert sie dabei auch politische und gesellschaftliche Ereignisse, aktuelle Debatten und Entwicklungen aus einer spezifisch muslimischen Perspektive. Daneben wirbt sie für ihre Auftritte und Pilgerfahrten und ruft zu Spenden für den von ihr betriebenen Hilfsverein auf. Zudem legt sie besonderen Wert darauf, neue Gläubige zu gewinnen und stellt regelmäßig Videos ein, in denen Frauen ganz unterschiedlichen Alters ihr das islamische Glaubensbekenntnis nachsprechen und damit ihren Übertritt beziehungsweise ihre Zugehörigkeit zum Islam bekunden.

Ihre Da'wa-Arbeit beschränkt sie aber nicht auf den digitalen Raum, sondern zeigt sich auch realweltlich. Sie tritt bei zahlreichen Veranstaltungen als Rednerin auf. Das Setting kann dabei stark variieren. So sprach sie bereits in größeren Moscheen vor hunderten Zuhörern, scheut zugleich aber auch nicht davor zurück, sich in einem wesentlich kleineren Rahmen zu engagieren. Sie veranstaltet beispielsweise auch Seminare, „Schwesterntreffen“ oder Picknickveranstaltungen, bei denen die Teilnehmerzahl deutlich geringer ist und sich nur einige Dutzend Frauen zusammensuchen, um ihr zuzuhören.



den Projekte in diversen Ländern gefördert, darunter im Tschad, Gambia, Somalia, Pakistan, Afghanistan, Kosovo und Marokko. Die Projekte scheinen ganz überwiegend in muslimisch geprägten Ländern angesiedelt und dienen neben karitativen Zwecken auch religiösen Anliegen. So wird in Gambia beispielsweise der Bau einer Moschee finanziert, in Afghanistan hingegen die Renovierung einer Madrasa, also vermutlich einer religiösen Bildungseinrichtung, unterstützt.

### Ideologische Botschaften

In theologischer Hinsicht hat Hanna Hansen deutlich ihre Orientierung am Salafismus erkennen lassen, indem sie regelmäßig Positionen dieser Strömung vertritt und verbreitet. Darüber hinaus finden sich unter ihren Äußerungen in den sozialen Netzwerken aber auch mehrfach solche, die auf ein extremistisches Religionsverständnis schließen lassen. Immer wieder greift sie klassische Narrative aus dem Islamismus auf. Sie fordert eine politische Ordnung nach religiösen Richtlinien und richtet sich explizit gegen den Säkularismus. Als Feindbilder gelten ihr hingegen allgemein die „westliche Welt“, emanzipatorische Ansätze, der „liberale Islam“ sowie sufistische Strömungen im Islam.



Auf ihrer Instagram-Seite stellt Hanna Hansen den Säkularismus als unvereinbar mit dem Islam dar

So äußerte sie sich etwa zum Thema Scharia und machte deutlich, dass die Scharia absolute Gerechtigkeit für alle Menschen darstelle. Sie zitierte in diesem Zusammenhang einen mittelalterlichen islamischen Rechtsgelehrten mit der Aussage, dass derjenige, der behauptete, dass es außerhalb der Scharia etwas Besseres gebe, ein Ungläubiger sei. Dass die Scharia dabei nicht nur als religiöse Leitlinie und ethische Richtschnur verstanden wird, ergibt sich aus den weiteren Erläuterungen. Hanna Hansen erläuterte, dass es kein System gebe, das besser als die Scharia sei. Dadurch deutet sie an, dass die Scharia allumfassend sei und sich nicht nur auf den religiösen Bereich beschränke. Das Abweichen von den göttlichen

Vorgaben sei dementsprechend der wesentliche Grund für Spaltung innerhalb der islamischen Gemeinschaft.

Personen, die diese ignorieren, seien entweder Unterdrücker oder Ignoranten. Eine besondere Gefahr bestehe dann, wenn Menschen eigene Maßstäbe setzen, etwa durch Philosophie, Sufismus oder politische Interessen. Dies ist eine Anspielung auf das Fundament islamistischer Überzeugungen, wonach allein Gott der Gesetzgeber (auch im Diesseits) sei und Menschen kein Recht dazu besitzen würden, eigene Gesetze zu entwerfen. Dies stelle einen unrechtmäßigen Eingriff in die göttliche Souveränität dar. In klassisch salafistischer Manier sieht Hanna Hansen dementsprechend die Lösung nicht in „mehr Wissen oder Toleranz“, sondern in einer „klaren Rückkehr zum Weg der Salaf“, also jenen Generationen früherer Muslime, die aufgrund ihrer zeitlichen Nähe zu Muhammad besonders von Salafisten als nachahmenswert betrachtet werden.

Im Zusammenhang mit dem Kopftuch stellte sie fest, dass sie dieses früher als Einschränkung betrachtet, es heute hingegen als Freiheit erkannt habe. Dies führt sie auf die schlimme Beeinflussung durch den Westen und durch das säkulare Denken zurück, weshalb sie ihre Leser dazu auffordert, den Westen und den Säkularismus aus deren Leben zu entfernen.

Auch die Emanzipation der Frau sieht sie kritisch und behauptet, dass eine „Befreiung“ von den Geboten Allahs in die Hölle führe. Sie verweist auf eine klassische Rollenverteilung und betont, dass die Frau im Islam als Mutter besonders geehrt werde, während die Gesellschaft verlange, dass sie mehr sein müsse. Das scheinbar gute Ziel der Selbstbestimmung könne aber in der Rebellion gegen die göttliche Ordnung enden. Deshalb sei es sinnvoll, sich auf die Frauen aus der Zeit des Propheten Muhammad zu besinnen, da die wahre Stärke der Frau nicht im Widerstand gegen ihre Rolle, sondern im Gehorsam gegenüber Gott liege.

Die Beispiele verdeutlichen, dass Hanna Hansen immer wieder an zentrale Botschaften des extremistischen Salafismus anknüpft. Dabei verwendet sie Begriffe aber häufig in einem eher ungebräuchlichen Kontext oder in einem Zusammenhang, der nicht zu deren eigentlicher Bedeutung passt und ambivalente Deutungen

ermöglicht. Exemplarisch lässt sich dies an einem Beitrag verdeutlichen, in dem sie erläutert, dass ihr Weg das Engagement in der Da'wa-Arbeit sei und sie keinen Sinn darin sehe, sich in die Politik einzubringen. Überschriften ist dieser Beitrag aber mit der Aussage „Ich rufe zu Allah, nicht zu den demokratischen Parlamenten“. Dies suggeriert, dass es einen Widerspruch zwischen islamischer Religiosität und dem demokratischen Parlamentarismus gebe und eine demokratische Ordnung nicht mit dem Islam zu vereinbaren sei. Bisher ist nicht erkennbar, ob eine derartige Verwendung solcher Termini versehentlich und aus Unwissenheit erfolgt, oder ob sie diese Technik gezielt dazu nutzt, um den extremistischen Charakter ihrer Aussagen zu verschleiern.

### **Bedeutung für die salafistische Szene**

Hanna Hansen ist es gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit in der salafistischen Szene zu etablieren. Unter den weiblichen Akteuren der Szene leistet sie einen bedeutenden Beitrag im Rahmen der Da'wa-Arbeit und kann mittlerweile zu einer der prägenden Figuren in diesem Bereich gezählt werden, da sie nicht nur in Nordrhein-Westfalen wirkt, sondern bundesweit tätig und entsprechend vernetzt ist. Sie erfreut sich großer Beliebtheit und scheint für viele Frauen der salafistischen Szene als Vorbild zu gelten. Dies ist in Teilen sicher auch darauf zurückzuführen, dass sie bereits vor ihrem islamistischen Engagement als Influencerin aktiv war. Dementsprechend nutzte sie ihre bereits vorhandene Reichweite auch, um extremistische Botschaften zu verbreiten. Die Zahl ihrer Follower stieg sogar moderat. Aufgrund ihrer Vorgeschichte kann sie die Da'wa-Arbeit zudem besonders glaubwürdig vertreten, da sie stets darauf verweist, dass ihre „weltlichen“ Erfolge als Model, DJane und Profiboxerin ihr nicht die Zufriedenheit boten, die sie jetzt aus ihrem Glauben erlangen könne.

Darüber hinaus hat die salafistische Szene ihre Da'wa-Aktivitäten weiterentwickelt. Es gibt neue Formen und Stile der Ansprache, die zielgerichtet auf einen jungen Adressatenkreis zugeschnitten sind und diesen auch dann abholen, wenn nur wenige religiöse Vorkenntnisse und kaum Hintergrundwissen vorhanden sind. Auch Hanna Hansen folgt dieser Strategie, indem sie sich sprachlich und inhaltlich mit einfachen Botschaften gezielt an ihrem Publikum ausrichtet und komplexe theologische Diskussionen vermeidet.

Sie ist zudem eine Ausnahmerecheinung innerhalb der salafistischen Szene, deren Protagonistinnen üblicherweise nicht in derartiger Form an die Öffentlichkeit treten, sondern gemäß des im Salafismus propagierten Frauenbilds eher im Hintergrund agieren. Ihr Auftreten ist gänzlich atypisch, da es für salafistische Frauen aus religiösen Gründen eigentlich nicht üblich ist, sich als Person in dieser Form öffentlich zu exponieren. Möglicherweise trägt zudem gerade diese besondere Präsenz und ihr Ausbruch aus den üblicherweise von der Szene propagierten Rollenzuschreibungen bei gleichzeitiger ideologischer Konstanz dazu bei, dass sie Frauen innerhalb der salafistischen Szene in besonderer Weise anspricht.

Ihre klare ideologische Haltung und der Erfolg ihrer Da'wa-Arbeit dürften maßgebliche Gründe dafür sein, dass bisher kein bedeutender Prediger ernsthafte Kritik an ihrer Person und ihrem Agieren äußerte. Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Rechnung dürfte ihre Reichweite der Grund dafür sein, dass man ihr exponiertes Auftreten trotz des Widerspruchs zur salafistischen Ideologie hinnimmt. Bisher ist aber nicht ersichtlich, dass ihr Ausbruch aus dem im Salafismus verbreiteten Rollenbild Schule macht, und weitere Salafistinnen ihr Auftreten und ihr Agieren imitieren.

Die immense mediale Aufmerksamkeit, die ihrer Person in der zweiten Jahreshälfte 2025 zuteilwurde, sowie die damit einhergehende Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden haben dazu geführt, dass sie mittlerweile vorsichtiger agiert und ihre Aktivitäten nicht mit der gleichen Transparenz wie zuvor präsentiert. Vor diesem Hintergrund bleibt es abzuwarten, ob die öffentliche Aufmerksamkeit und die damit einhergehende Kritik dazu führen, dass sie ihr Engagement in der salafistischen Da'wa künftig zurückhaltender gestaltet oder ob sich ihre Integration in die islamistische Szene im bisherigen Tempo fortsetzt.



## EXTREMISTISCHER SALAFISMUS

### Sitz/Verbreitung

Alle Regionen Nordrhein-Westfalens, Schwerpunkte sind Ballungsräume im Rhein-Ruhr-Gebiet: Bonn, Köln, Düren, Aachen, Wuppertal, Düsseldorf, Mönchengladbach, das Ruhrgebiet mit den Ballungsräumen um Dortmund, Essen und Duisburg, aber auch Ostwestfalen-Lippe

Vielfach überregionale Vernetzung

### Gründung/Bestehen seit

Ursprung **extremistisch-salafistischer Bestrebungen**: Historische islamisch-sunnitische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens. Die ideologischen Grundlagen basieren in großen Teilen auf dem sogenannten Wahhabismus.

Ursprung jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er-Jahre in Afghanistan

In Nordrhein-Westfalen: Ab etwa 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten

### Struktur/ Repräsentanz

Extremistisch-salafistisch ausgerichtete Moscheevereine hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz fest im Blick. Beim Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen werden Verbotverfahren gegen diese angestrengt. Die Szene reicht jedoch über die bekannten Moscheevereine hinaus und Aktivitäten manifestieren sich insbesondere im Internet.

Maßgebliche Akteure sind vielfach überregional vernetzt. Vor allem im Bereich der Missionierungsaktivitäten durch szenebekanntere Prediger ist eine solche Vernetzung – auch bundesweit – zu verzeichnen.

In lokalen beziehungsweise bestimmten extremistisch-salafistischen Strukturen dominieren zahlenmäßig häufig Personen mit einem bestimmten Migrationshintergrund – beispielsweise aus Tschetschenien oder Tadschikistan.

Mit dem Ende der Corona-Pandemie ab 2022 nahmen extremistische Missionierungsaktivitäten (Da'wa-Aktivitäten) im öffentlichen Raum wieder zu. Auch 2025 gab es regelmäßig Informationsstände, über die salafistisch-extremistische Bücher und Flyer verteilt wurden.

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

Bekannte **extremistische Salafisten** in NRW: 2.700 →

politisch: 2.100 →

gewaltorientiert: 600 →

### Veröffentlichungen

Die Verbreitung der Ideologie erfolgt vor allem über die sozialen Medien. Die Prediger verfügen virtuell und realweltlich über eine große Reichweite, sind deutschlandweit aktiv und treten teilweise auch in Moscheen und Eventhallen auf.

### Kurzporträt/Ziele

Der **extremistische Salafismus** teilt sich ideologisch in eine politische und eine gewaltorientierte/ jihadistische Strömung auf.

Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Ideologie. Diese basiert auf religiösen Versatzstücken, die der islamischen Religion entlehnt sind. Salafisten streben die Errichtung eines vermeintlich „authentisch-islamischen“ Staatssystems an.

Politische Salafisten versuchen diese Ziele durch Missionierungsarbeit und den Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen zu erreichen, die die Bildung einer Parallelgesellschaft fördern.

Gewaltorientierte Salafisten, die auch als Jihadisten bezeichnet werden, stellen den Jihad im Sinne eines bewaffneten militärischen Kampfes in den Mittelpunkt ihrer Ideologie. Sie wollen ihre Vision eines islamischen Staatswesens mit Waffengewalt umsetzen.

Der Übergang zwischen politischen und gewaltorientierten Salafisten ist fließend.

### Finanzierung

Spenden aus dem In- und Ausland, wirtschaftliche Betätigung durch den Verkauf von szenetypischen Produkten, Angebot von Pilgerreisen, Kriminalität

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Anhänger der **extremistischen salafistischen Szene** verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnung- und Herrschaftssystem. Die Demokratie wird als „falsche Religion“ und die Teilnahme an Wahlen als „Götzendienst“ angesehen.

**Extremistische Salafisten** folgen damit dem Prinzip der „göttlichen Souveränität“. Die Gesetzgebung kann demnach nur von Gott ausgehen und niemals von einem von Menschen gewählten Gesetzgeber gemacht werden. Der **extremistische Salafismus** widerspricht aus diesem Grund dem Prinzip der „Volkssouveränität“ und dadurch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die ablehnende und offen feindselige Haltung gegenüber der Gesellschaft und die teilweise hohe Gewaltaffinität führen zu einem großen Konfliktpotenzial, welches das friedliche Zusammenleben gefährdet. Von gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland aus, denn sie sind bereit, schwerste Gewalttaten und Anschläge zu verüben und schrecken auch vor Tötungsdelikten nicht zurück. Extremistisch-salafistische Bestrebungen unterliegen deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

### Entwicklungen innerhalb der jihadistischen Szene

Die konstant hohe Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus zeigte sich im Jahr 2025 mehrfach in Anschlägen und Anschlagversuchen. Im Jahr 2025 gab es dabei in Nordrhein-Westfalen keine Todesopfer, allerdings wurden auch hier mehrfach Personen durch islamistisch motivierte Täter zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Am 18. Mai 2025 griff ein syrischer Staatsbürger die Gäste eines Lokals in Bielefeld mit einem Messer an und verletzte vier von ihnen lebensgefährlich. Der Täter konnte zunächst fliehen, wurde aber am nächsten Tag in der Nähe von Düsseldorf verhaftet. Die Ermittlungen ergaben, dass der Täter sich bereits 2015 in Syrien dem sogenannten **Islamischen Staat (IS)** angeschlossen und für diesen gekämpft hatte, bevor er 2023 in Deutschland einreiste. Seine Tat soll er vor diesem Hintergrund aus einer islamistischen Motivation heraus verübt haben.

Im August 2025 kam es zu einem versuchten Tötungsdelikt durch eine 13-Jährige in Paderborn, die Anzeichen einer islamistischen Radikalisierung erkennen ließ. Nach ihrer Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung hatte sie dort eine Betreuerin mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt.

Im September griff ein 17-jähriger Schüler an einem Essener Berufskolleg seine Lehrerin mit einem Messer an und verletzte diese schwer. Im Anschluss verletzte er eine weitere Person, bevor die Polizei ihn durch einen Schusswaffeneinsatz stoppte. Auch diesen Gewalttaten soll eine islamistische Motivation zugrunde liegen.

Dass jihadistische Propaganda immer wieder auch von sehr jungen Menschen konsumiert wird, macht etwa der Fall eines 14-jährigen deutlich, gegen den die Staatsanwaltschaft Köln im Juni des Jahres wegen des Verdachts der Verbreitung von **IS**-Propaganda ermittelte.

Insbesondere Jugendliche, junge Erwachsene und teilweise sogar Kinder kommen über das Internet mit jihadistischen Inhalten in Berührung. Dadurch besteht die

Gefahr, dass sie sich selbstständig oft innerhalb kürzester Zeit radikalisieren und dann von sich aus den Kontakt in die jihadistische Szene suchen.

Teilweise verbreiten Personen unwissentlich jihadistische Inhalte, indem sie etwa jihadistische Naschids (Gesänge) ins Internet einstellen, ohne deren Bedeutung zu erfassen, etwa weil ihnen die Kenntnisse der arabischen Sprache fehlen. Wenn es sich dabei um Propaganda verbotener Organisationen wie etwa des **IS** handelt, kann dies dennoch strafbar sein.

In einigen Fällen zeigte sich zudem deutlich, dass Jugendliche weniger die ideologischen Angebote jihadistischer Organisationen anzogen, sondern primär das Interesse an deren Gewalthandlungen im Vordergrund stand, da diese eine starke Faszination ausübten.

Bei jenen Personen, die sich tatsächlich intensiver mit den Konzepten und den Botschaften jihadistischer Gruppen auseinandersetzten, war hingegen oft eine gewisse Unreife in ihren Vorstellungen und Planungen erkennbar. Nach wie vor ist die Ausreise in ein „islamisches Land“ ein erstrebenswertes Ziel von jungen Jihadisten. Sie hoffen, die eigenen Glaubensvorstellungen in einem stärker religiös geprägten Umfeld einfacher praktizieren zu können. Häufig besteht auch der Wunsch, sich einer militanten Organisation anzuschließen, um im Jihad kämpfen zu können. In der Realität sind die Einflussgebiete jihadistischer Organisationen nur schwer zu erreichen. Ohne Ortskenntnisse und entsprechende Kontakte ist ein Anschluss kaum möglich. Vor diesem Hintergrund sind solche Wünsche nach einer Ausreise, um sich Jihadisten anzuschließen, oft eine Flucht aus der Realität.

Immer wieder beschäftigen sich hiesige Jihadisten mit Anschlagplanungen. Insbesondere in jihadistischen Chatgruppen werden entsprechende Überlegungen ausgetauscht. Häufig handelt es sich eher um Anschlagfantasien und weniger um ausgeklügelte Planungen. Dabei werden etwa komplexe Anschlagsmodi wie Angriffe mit einem LKW, der Beschuss mit automatischen Waffen oder der Bau von Sprengsätzen durch Personen besprochen, die weder über nennenswerte Kenntnisse in der Chemie noch über einen Führerschein verfügen, geschweige denn über die Möglichkeit, Zugang zu Schusswaffen zu erlangen. Die Befürwortung des

Jihadismus ist in solchen Fällen auch als Projektionsfläche für Aggressionen oder Symptome einer Realitätsflucht zu deuten.

Diese Hintergründe dürfen aber keinesfalls dazu führen, das Phänomen des Jihadismus zu unterschätzen. Bereits mehrfach verübten Personen jihadistische Gewalttaten, denen man diese aufgrund des Alters, der persönlichen Hintergründe oder der eingeschränkten Möglichkeiten nicht zugetraut hätte. Hinzu kommt, dass jihadistische Organisationen im Ausland es gerade auf diese Zielgruppe abgesehen haben und ihre Propaganda passgenau auf diese ausrichten. Dank der intensiven und professionellen Arbeit der Sicherheitsbehörden ist das Risiko für komplexere Anschlagsszenarien jihadistischer Organisationen in den meisten Ländern eher gering. Realistischer ist es hingegen, junge Menschen zu instrumentalisieren und zu radikalisieren, die leicht beeinflussbar und bisher nicht auf dem Radar der Sicherheitsbehörden sind. Für jihadistische Organisationen ist das eine Möglichkeit, die sie mit überschaubarem Ressourceneinsatz und ohne größeres Risiko anstreben können. Ein Beispiel dafür ist die jihadistische Medienstelle As-Saif Media, die Propaganda des **IS** in deutscher Sprache zur Verfügung stellt.



Free our Sisters ist bemüht, die Solidarität unter Muslimen auf inhaftierte IS-Anhänger auszuweiten auf Instagram

Die letzte verbliebene offen jihadistische Struktur in Nordrhein-Westfalen ist das Gefangenenhilfswerk **Free Our Sisters**. Diese Initiative unterstützt inhaftierte Jihadisten materiell oder moralisch. Dafür wurden Gelder gesammelt und weitergeleitet oder Briefe mit Solidaritätserklärungen und Durchhalteparolen an die Inhaftierten übersandt. Darüber hinaus betätigte sich die Initiative auch propagandistisch. Sie versuchte etwa auf ihren Online-Auftritten Sympathien für Jihadisten zu vermitteln, indem an die Solidarität aller Muslime appelliert wurde. Darüber hinaus wurde ein Buchversand betrieben, in dem auch Titel von islamistischen Akteuren wie dem 2011 getöteten Al-Qaida-Mitglied Anwar Al-Aulaki vertrieben wurden. Zudem gab es Bücher, die sich explizit an Kinder richteten und bereits diesen die Ideologie des extremistischen Salafismus vermitteln sollten.

Im September 2025 wurde die Hauptakteurin von **Free Our Sisters** aufgrund eines Haftbefehls des Generalbundesanwalts festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, durch ihre Tätigkeiten seit 2018 eine ausländische terroristische Vereinigung unterstützt zu haben. Derzeit ist unklar, ob **Free Our Sisters** vor diesem Hintergrund die Aktivitäten fortsetzen kann.

### Fortführung der Da'wa-Aktivitäten

Die extremistisch-salafistische Szene setzte auch im Jahr 2025 ihre Da'wa-Aktivitäten mit den unterschiedlichsten Mitteln fort.

So hingen beispielsweise Da'wa-Plakate an besonders stark frequentierten Orten. Die bekannt gewordenen Plakate enthielten rein religiöse Botschaften und keine extremistischen Inhalte, sind aber im Kontext der salafistischen Da'wa-Aktivitäten zu betrachten.

Die Street-Da'wa fand ebenfalls weiter statt, aber mit neuen Akteuren. Unter Street-Da'wa fallen realweltliche Missionierungsaktivitäten von Anhängern der extremistisch-salafistischen Szene im öffentlichen Raum. Die aktivste Gruppierung in diesem Bereich war 2025 **Nur al-Ilm** (Licht des Wissens), die Akteure aus Bremen gründeten. Seit Ende des Jahres 2024 tritt diese aber auch in Nordrhein-Westfalen über Einzelpersonen und besondere Aktionsformen vermehrt in Erscheinung. Die Gruppierung, der ausschließlich junge Erwachsene und vereinzelt auch Minder-

jährige angehören, wirkt sowohl virtuell als auch realweltlich auf die hier ansässige Szene, insbesondere auf die genannte, junge Zielgruppe ein. **Nur al-Ilm** nutzt diverse Social Media-Plattformen, um Inhalte zu verbreiten und eigene Aktionen und Angebote zu bewerben. Dazu gehören Instagram, YouTube, TikTok, Telegram sowie ein Discord-Server. Alle genannten Kanäle werden aktuell und regelmäßig aktualisiert.

Darüber hinaus agiert **Nur al-Ilm** auch realweltlich und organisiert beispielsweise sogenannte „Brüdertreffen“, in deren Rahmen Unterrichte, gemeinsames Beten, Grillen und Fußballspielen angeboten werden. Im März fand ein solches „Brüdertreffen“ in Gütersloh statt. Hinzu kommen umfangreiche, auch realweltliche Angebote von Lerninhalten, in deren Rahmen die extremistische Ideologie der Gruppierung verbreitet wird.

Im Frühjahr gab es eine ausführliche Berichterstattung über **Nur al-Ilm** in den Medien und im politischen Raum. Seitdem wird das Label etwas defensiver vermarktet. Die Street-Da'wa-Aktivitäten werden im Internet nun unter der Bezeichnung **Yaqin - Das Licht der Wahrheit** dargestellt.

Auch die bereits seit mehreren Jahren aktive Da'wa-Initiative **Sakina - Frieden im Herzen** war weiterhin in Nordrhein-Westfalen tätig und hat mehrfach Bezüge in den extremistischen Salafismus erkennen lassen. So verteilte die Gruppe im Berichtszeitraum etwa Flyer der 2024 verbotenen DMG Braunschweig.

Im Laufe des Jahres 2025 waren die genannten Da'wa-Initiativen fast jedes Wochenende, teilweise auch mit mehreren Da'wa-Ständen, sichtbar. Betroffen waren dabei insbesondere Großstädte an Rhein und Ruhr wie Köln, Düsseldorf, Essen und Dortmund. Die Aktivitäten dieser Da'wa-Gruppierungen sind üblicherweise regulär angemeldet. Meist besteht ein solcher Stand lediglich aus einem Büchertisch und gegebenenfalls aus einem kleinen Pavillon, die in zentraler Lage in Fußgängerzonen aufgebaut werden. Das Ziel besteht darin, zunächst religiöse Literatur an Passanten zu verteilen und die Chance zu nutzen, mit diesen ins Gespräch zu kommen. Vereinzelt wurden auch Videos veröffentlicht, in denen Passanten an den Ständen zum Islam konvertiert sind.

Zugenommen haben im vergangenen Jahr außerdem die Angebote an Umra-Reisen durch salafistische Prediger. Mittlerweile gibt es fast keinen Prediger in Nordrhein-Westfalen, der nicht an der Durchführung der Pilgerreisen nach Saudi-Arabien beteiligt ist. Einzelne Personen engagieren sich derart im Geschäft mit den Pilgerfahrten, dass sie dafür ihre Da'wa-Aktivitäten und Vortragstätigkeiten hintenanstellen. Üblicherweise sind prominente Prediger als Reiseleiter oder zumindest als Begleiter einer Gruppe von Pilgern tätig und bieten dann auch ein Begleitprogramm an. Diese Pilgerreisen sind für die salafistische Szene nach wie vor in doppelter Hinsicht relevant. Einerseits sind diese eine willkommene Möglichkeit, um Einkommen zu generieren. Andererseits bieten diese die Gelegenheit, sich ungestört von deutschen Behörden mit anderen Salafisten aus Deutschland oder sogar international zu vernetzen. Bei den Zusammenkünften in Mekka können ideologische Inhalte, die in Deutschland auf Kritik stoßen oder die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden wecken würden, weitgehend ungestört an die Pilger vermittelt werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass Personen, die bisher nur lose Kontakte in die Szene hatten, stärker in salafistische Kreise eingebunden werden. Zudem gibt es Indizien dafür, dass der Kontakt der Reisegemeinschaft in Einzelfällen auch nach der Pilgerfahrt fortbesteht und die auf diese Weise geknüpften Netzwerke von längerfristiger Dauer sein könnten.

### Salafistische Prediger in NRW

Die Maßnahmen der NRW-Sicherheitsbehörden gegen salafistische Akteure zeigen zunehmend Wirkung und erschweren es den Salafisten, in Nordrhein-Westfalen aktiv zu sein. Einige besonders reichweitenstarke Prediger sind entweder in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt oder befinden sich weiterhin im Ausland, sodass sie nur noch sehr bedingt auf ihre Anhängerschaft in Nordrhein-Westfalen einwirken können.

Der in den vergangenen Jahren sehr einflussreiche Ibrahim El Azzazi hielt sich im Jahr 2025 im Ausland auf und spielte für die hiesige salafistische Szene nur noch eine untergeordnete Rolle. Leonis Hamza war hingegen durch sein laufendes aufenthaltsrechtliches Verfahren eingeschränkt und trat infolgedessen deutlich zurückhaltender auf. Dennoch verbreitet er weiterhin seine Botschaften über die von ihm betriebenen Kanäle in den sozialen Medien.

Dehran Asanov (Abdelhamid) musste bereits im Jahr 2024 aufgrund der gegen ihn durchgeführten Ermittlungen wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Betrugs in Untersuchungshaft. Im Sommer 2025 kam es in diesem Verfahren zur Anklage. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Die Staatsanwaltschaft konnte ihm den gewerbsmäßigen Betrug in 37 Fällen nachweisen und belegen, dass er in circa zweieinhalb Jahren fast eine halbe Million Euro an Spendengeldern gesammelt hatte, die aber größtenteils nicht in Hilfsprojekte flossen, sondern für Luxusartikel ausgegeben wurden. Innerhalb der islamistischen Szene wurde der Prozess mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und von zahlreichen islamistischen Akteuren auch außerhalb des Salafismus kommentiert. Während einige den gesamten Prozess und die Verurteilung grundsätzlich als inszeniert betrachteten und diese als weiteren islamfeindlichen Akt der Behörden deuteten, sahen andere Islamisten die Vorwürfe gegen Asanov als durchaus glaubhaft an. Insbesondere sein Geständnis, das er freiwillig abgelegt hatte, wurde als Beleg dafür gewertet, dass die Anklagepunkte zutrafen. Nach der Verurteilung im Juli 2025 war Asanov zunächst wieder frei und versuchte, sich gegenüber seiner Anhängerschaft zu erklären. Er gab an, dass er Belege für seine Unschuld habe und diese zeitnah vorlegen werde. Dies führte dazu, dass die Kontroversen um seine Person immer heftiger wurden und für einige Tage das Potenzial hatten, die salafistische Szene in Deutschland entlang der Frage seiner Schuld zu spalten. Als es ihm trotz der entsprechenden Ankündigung nach einiger Zeit nicht gelang, seine Unschuld zu beweisen, rückten auch die letzten salafistischen Wortführer und enge Vertraute von ihm ab. Obwohl er damit alle führenden Akteure der salafistischen Szene als Fürsprecher verloren zu haben scheint, gibt es an der Basis immer noch eine erhebliche Zahl von Anhängern, die ihm die Treue halten. Es bleibt abzuwarten, ob es ihm gelingt, diese zu mobilisieren und wieder an seine früheren Erfolge anzuknüpfen. In jedem Fall hat das Verfahren gegen Asanov gezeigt, dass derartige Vorwürfe von höchster Relevanz für die Szene sind. Diese können dazu führen, die Glaubwürdigkeit von Asanov zu erschüttern, aber auch die Vertrauenswürdigkeit der salafistischen Szene grundsätzlich zu untergraben und zudem ein bedeutendes Geschäftsmodell zu zerstören.

Pierre Vogel zählt weiterhin zu den einflussreichsten Akteuren der salafistischen Szene und ist nach wie vor bundesweit mit anderen Predigern vernetzt. Im Jahr



Tawhid-Unterricht für Jugendliche, TEIL 1 | Pierre Vogel

Pierre Vogel lädt eine Unterrichtsreihe auf YouTube hoch

Abonntenen bei YouTube zu den reichweitenstärksten Predigern im Land. Inhaltlich nahm er zu verschiedenen Themen Stellung und erläuterte theologische, aber auch politische oder gesellschaftliche Fragen. Im Sommer veröffentlichte er eine Stellungnahme und teilte mit, dass er in seiner Da'wa-Arbeit künftig eine andere Richtung einschlagen wolle. Er kündigte an, dass er weniger auf aktuelle Ereignisse oder auf Kommentare in den sozialen Medien reagieren wolle, sondern sich stattdessen stärker auf die inhaltliche Arbeit und dabei besonders auf das Unterrichten konzentrieren wolle. Tatsächlich veröffentlichte er daraufhin Videos zu mehreren Unterrichtseinheiten bei YouTube, die sich alleine schon durch ihren Umfang von jeweils circa 30 Minuten von den meist sehr kurzen Clips bei TikTok unterscheiden.

Der im Berichtszeitraum aktivste Prediger aus Nordrhein-Westfalen war Efstathios Tsiounis (Abu Alia). Allerdings ist bei ihm auffällig, dass seine Auftritte dieses Jahr kaum in Nordrhein-Westfalen stattfanden. So verwies er etwa im März 2025 im Zusammenhang mit einem abgesagten Vortrag darauf, dass dem Vorstand des Vereins, der ihn einladen wollte, zuvor Angst gemacht worden sei. Jenseits der Landesgrenzen war er aber weiterhin ein gefragter Prediger und trat häufig in einschlägigen salafistischen Institutionen oder Gemeinden auf. Aufgrund seiner Tätigkeit als Leiter von Pilgerreisen reiste er zudem öfter ins Ausland. Von dort hielt er vereinzelt Online-Vorträge. Als weibliche Akteurin nimmt zudem Hanna Hansen eine Sonderstellung ein, die im vorangestellten Kapitel dargestellt wird.

2025 trat er nicht im Rahmen von größeren Veranstaltungen auf. Allerdings agierte er mehrfach als Prediger während des Freitagsgebets in einer kleineren Moschee. Darüber hinaus war er weiterhin als Influencer aktiv und zählte mit über 100.000 Followern bei TikTok und über 70.000

## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

In der jihadistischen Szene setzten sich die Trends der Verjüngung und die Zunahme der Online-Radikalisierungen fort. Jugendliche und junge Erwachsene radikalieren sich häufiger selbstständig im Internet, ohne realweltliche Kontakte oder Kommunikation mit anderen Islamisten. Die Gefahr ist, dass diese jederzeit zur Tat schreiten können. Das ist eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden, die auf die verschlüsselte Kommunikation über Messenger-Dienste zugreifen müssen, um Planungen frühzeitig aufzudecken.

Die Bemühungen, jihadistische Inhalte im Internet zu sperren, zeigen mittlerweile Wirkung. Die Propaganda terroristischer Gruppierungen ist zumindest auf den relevanten Plattformen der sozialen Medien schwieriger und meist auch nur für einen beschränkten Zeitraum zugänglich. Zugleich wird es durch moderne Algorithmen leichter, an einschlägige Inhalte zu kommen. Personen, die gezielt nach jihadistischem Material suchen, weichen auf weniger regulierte Plattformen aus oder tauschen Videos und Botschaften in geschlossenen Chatgruppen mit nur wenigen Teilnehmern aus.

Die Da'wa-Aktivitäten im politischen Salafismus wurden trotz der staatlichen Maßnahmen fortgesetzt. Bei den Führungsfiguren und den prominenten Predigern konnte ein Verdrängungseffekt und damit ein Rückgang der Aktivitäten erreicht werden. Zugleich gelang es der neuen Gruppierung **Nur al-Im**, sich zu etablieren und über das gesamte Jahr aktiv zu sein. Die weitere Entwicklung der extremistisch-salafistischen Szene hängt auch in quantitativer Hinsicht davon ab, ob es ihr gelingt, ausreichend Kanäle und Instrumente für ihre Da'wa-Arbeit zu erhalten.

# HAMAS



## Sitz/Verbreitung

Bundesweite Aktivitäten, auch in Nordrhein-Westfalen

## Gründung/Bestehen seit

1987

## Struktur/ Repräsentanz

Seit der Selbstauflösung der wichtigsten **HAMAS**-nahen Organisationen in Deutschland, der **Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)** sowie der Organisation **Die Barmherzigen Hände e.V.** in Nordrhein-Westfalen, existieren seit 2024 im Inland keine eingetragenen **HAMAS**-nahen Strukturen mehr. Dennoch sind **HAMAS**-nahe Protagonisten auch ohne offizielle Strukturen im Hintergrund aktiv.

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

230 →

## Veröffentlichungen

Englisch- und arabischsprachiges Web-Angebot der **HAMAS**-Kernorganisation; arabisch- und teilweise deutschsprachige Veröffentlichungen der Sympathisanten-szene in sozialen Netzwerken

## Kurzporträt/Ziele

Die sunnitische **HAMAS** (arabisches Akronym für „Bewegung des islamischen Widerstandes“) hat sich aus dem palästinensischen Teil der **Muslimbruderschaft** entwickelt und ist seit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das vorrangige politische Ziel der **HAMAS** ist die von ihr so genannte „Befreiung Gesamt-palästinas“ und damit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. Im Jahr 2017 veröffentlichte die **HAMAS** ein neues Grundsatzdokument. Es stellt jedoch keine

wesentliche Abweichung gegenüber der ursprünglichen **HAMAS**-Charta von 1987 dar. Allerdings zeigt die Organisation in dem neu verfassten Dokument die grundsätzliche Bereitschaft, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu akzeptieren. Gleichzeitig wird jedoch an einer vollkommenen Befreiung Palästinas vom „Jordan bis zum Mittelmeer“ und am bewaffneten Widerstand festgehalten. Der Kampf der **HAMAS** richte sich in erster Linie gegen den Staat Israel, wobei dieser nicht namentlich genannt, sondern beispielsweise als „zionistische Entität“ oder ähnlich umschrieben wird. Mit dieser Verweigerung der Namensnennung soll die Nicht-Anerkennung des Staates Israel zum Ausdruck gebracht werden. Das Existenzrecht Israels wird damit nach wie vor negiert, auch wenn moderat auftretende **HAMAS**-Funktionäre eine Anerkennung unter bestimmten Bedingungen bei Verhandlungen in Aussicht gestellt haben.

Die **HAMAS** setzt bei ihrem Kampf gegen Israel in erheblichem Umfang auf militärische und terroristische Mittel, die von Raketenbeschuss bis zu Selbstmordanschlägen reichen.

Bisher hat die **HAMAS** militärische und terroristische Mittel jedoch nicht außerhalb der Konfliktregion Israel/Palästina eingesetzt.

Seit 2001 befindet sich die **HAMAS** mitsamt ihrer militärischen Suborganisation, den **Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden**, auf der durch den Rat der Europäischen Union erstellten EU-Terrorliste und unterliegt damit entsprechenden Sanktionen. Im November 2023 wurde die **HAMAS** in Deutschland durch das Bundesministerium des Innern verboten.

## Finanzierung

Humanitäre Vereine, die für die Bedürfnisse der Palästinenser Spenden sammeln, leiten diese – vermutlich auch wissentlich – über Strukturen der **HAMAS** weiter. Auch wenn der Verein **Die Barmherzigen Hände** sich 2024 nach seiner Nennung im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen selbst aufgelöst hat, ist davon auszugehen, dass entsprechende Spendensammlungen an anderer Stelle fortgesetzt werden.

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **HAMAS** ist eine terroristische Organisation. Neben ihrem paramilitärischen Arm, den **Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden**, verfügt sie über eine Partei-Organisation, ein soziales Hilfswerk sowie religiöse und karitative Organisationen. Sie ist für zahlreiche Attentate in Israel und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich, bei denen zivile Ziele, nicht militärische, im Fokus stehen. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten, vor allem anti-israelisch ausgerichteten Antisemitismus, der auch in der Charta der **HAMAS** deutlich zum Ausdruck kommt.

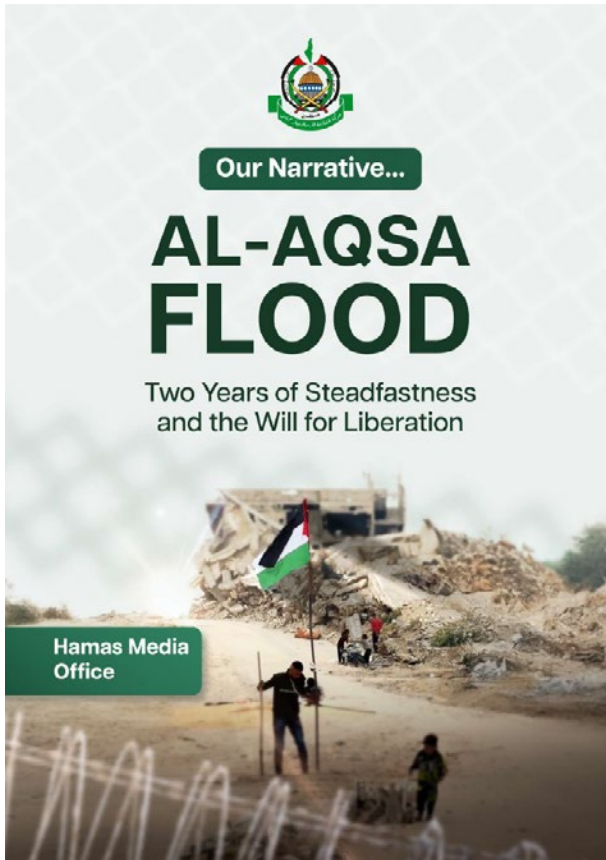
Über die Befreiung Palästinas hinaus verfolgt die **HAMAS** das Ziel, einen „islamischen Staat“ in Palästina zu errichten. Dabei orientiert sie sich als palästinensischer Zweig der **Muslimbruderschaft** an deren islamistischer Ideologie.

Diese Ideologie steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die terroristischen Aktivitäten gegen Israel gefährden auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und die antisemitische Einstellung richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker. Die **HAMAS** unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die militärische Infrastruktur der **HAMAS** war vor dem 7. Oktober 2023 auch von Seiten Irans maßgeblich mit aufgebaut worden. Manche politischen Beobachter sprachen bereits davon, dass auch die **HAMAS** zu einem Proxy Irans werde, oder schon geworden sei. Die nachrichtendienstlichen und militärischen Operationen Israels gegen den eigentlichen Proxy Irans, die **Hizb Allah** im Libanon 2024, die Niederlage des mit Iran verbündeten Assad-Regimes in Syrien im Dezember 2024, und die Luftschläge der israelischen Luftwaffe gegen das Atomprogramm Irans („Zwölfstagekrieg“ vom 13. bis 25. Juni 2025) führten 2025 dazu, dass die **HAMAS** auf keine weitere Unterstützung durch Iran mehr rechnen kann. Der Terroranschlag gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 führte zu einer völligen militärischen Niederlage der **HAMAS**. Da jedoch mit der Zerschlagung der Terrorstrukturen der **HAMAS** und dem Versuch, die israelischen Geiseln aus den der

Gefangenschaft der **HAMAS** zu befreien, auch unermessliches Leid für die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens einherging, versuchte die **HAMAS**, dies propagandistisch zu nutzen.



Die HAMAS zieht in ihrer Propaganda zwei Jahre nach dem 7. Oktober 2023 Bilanz

So führten seit den Terroranschlägen gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Schlägen der israelischen Streitkräfte gegen die **HAMAS** und ihre militärischen sowie terroristischen Strukturen und Fähigkeiten auch in Nordrhein-Westfalen **HAMAS**-nahe Netzwerke vor allem einen politischen und propagandistischen Kampf. Ein Symbol für die Reichweite der **HAMAS**-Propaganda war der Sprecher der **al-Qassam-Brigaden**, der unter dem Kampfnamen „Abu Obaida“ auftrat. Er entwickelte sich zum Symbol des bewaffneten Widerstands der **HAMAS** und war auch unter ihren

hiesigen Unterstützern der Organisation sehr populär. Im August 2025 wurde er im Rahmen der Kampfhandlungen getötet und von den **al-Qassam-Brigaden** als Märtyrer betrauert.



Die Qassam-Brigaden trauern um ihren im August 2025 getöteten Sprecher „Abu Obaida“

Unter den hiesigen **HAMAS**-Anhängern setzte sich 2025 fort, was auch zuvor schon zu beobachten war. **HAMAS**-nahe Akteure hielten sich bei der Mitwirkung und Organisation von pro-palästinensischen Veranstaltungen und Demonstrationen in herausgehobener Position stark zurück. Pro-palästinensische Veranstaltungen und Demonstrationen wurden daher auch im Berichtszeitraum fast ausschließlich von nicht-**HAMAS**-nahen Gruppen initiiert und organisiert. **HAMAS**-Akteure wirkten jedoch im Hintergrund innerhalb der palästinensischen Gemeinde aktiv mit.

Bereits im Dezember 2023 wurden vier Personen mit Bezügen zur **HAMAS** unter dem Verdacht festgenommen, Waffendepots in Europa aufzusuchen, um mit den dort vorhandenen Waffen möglicherweise Anschläge gegen jüdische und/ oder israelische Einrichtungen zu verüben. Im Oktober und November 2025 gerieten erneut einige Personen in Deutschland und im europäischen Ausland unter diesen Verdacht und wurden festgenommen. Dabei wurden ein Nachbau einer AK 47 sowie mehrere Pistolen und Munition sichergestellt. Neben **HAMAS** Bezügen bestehen bei den festgenommenen Personen auch Verbindungen in kriminelle Strukturen sowie geographisch überwiegend in den Libanon. Es stellt sich die Frage, ob die **HAMAS** möglicherweise ihre Strategie der Zurückhaltung in Europa aufgegeben hat, und nun auch außerhalb von Israel/ Palästina terroristische Anschläge plant.

## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Ob und welche Rolle die **HAMAS** zukünftig in Palästina – im Gazastreifen und in der West-Bank – noch spielen wird, ist unklar, und hängt von den Ergebnissen der Ende 2025 noch laufenden Verhandlungen für einen Frieden in Palästina sowie dem Verhalten aller beteiligten Staaten und Akteure ab.

In der Diaspora hat sich gezeigt, dass die palästinensischen Gruppierungen jeder politischen Couleur in der Palästina-Frage ungeachtet von ideologischen Gegensätzen – islamistisch, linksextremistisch – zusammenstehen und gemeinsam agieren. Deshalb ist es auch für **HAMAS**-nahe Akteure ohne Probleme möglich, bei der Initiative und Organisation von Veranstaltungen und Demonstrationen Zurückhaltung zu üben. Der Grund für die große Solidarität unter den Palästinensern hierzulande ist ihre Bestürzung über das unermessliche Leid der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen aufgrund des militärischen Vorgehens der israelischen Streitkräfte. Dieses Leid der Bevölkerung wird propagandistisch jedoch auch genutzt, um anti-israelische Stimmung zu schüren und die Verbrechen der **HAMAS** bei den Terroranschlägen gegen den Staat Israel zu überdecken. Die Zusammenarbeit aller Gruppierungen innerhalb der palästinensischen Gemeinde, ungeachtet ihrer politischen oder religiösen Ausrichtung, wie sich diese seit dem 7. Oktober 2023 gezeigt hat, wird voraussichtlich auch weiterhin Bestand haben.

Zurzeit ist die Frage offen, wie die im Dezember 2023 sowie Oktober und November 2025 erfolgten Festnahmen von Personen, die zum Teil Verbindungen zur **HAMAS** aufweisen, zu bewerten sind. Mit Anschlägen gegen jüdische oder israelische Ziele in Europa würde die **HAMAS** ihre bisher ziemlich erfolgreiche Propagandastrategie, die darin besteht, sich hinter dem Leid der palästinensischen Bevölkerung zu verstecken und sich zugleich als deren Verteidiger darzustellen, zunichtemachen. In Nordrhein-Westfalen bestehen jedenfalls zwischen den bekannten **HAMAS**-nahen Akteuren und den festgenommenen Personen bislang keine Verbindungen. Dennoch mehren sich die Hinweise, dass Akteure innerhalb der **HAMAS** Deutschland nicht mehr länger nur als Rückzugsraum, sondern zunehmend auch als Operationsraum betrachten könnten.

# HIZB ALLAH (PARTEI GOTTES) UND SCHIITISCHER ISLAMISMUS



## Sitz/Verbreitung

Mutterorganisation im Libanon, sympathisierende religiöse Vereine in der libanesischen Diaspora, darunter auch im Bundesgebiet und Nordrhein-Westfalen

## Gründung/Bestehen seit

1982

## Struktur/ Repräsentanz

Die Anhänger in Deutschland treffen sich in den örtlichen Moscheevereinen. Deren Satzungen und Aktivitäten lassen formell nach außen hin keinen Bezug zur **Hizb Allah** erkennen. Es gibt keinen Dachverband.

Bezüge zur **Hizb Allah** sind unter anderem für das *Deutsch-libanesisches Kulturaustausch-Zentrum e.V.* in Dortmund (*Ahl al-Bait-Versammlung*), die **Gemeinschaft Libanesischer Emigranten e.V.** in Bottrop (**Imam Rida-Zentrum**) sowie den **Al Mahdi Kulturverein Bad Oeynhausen e.V.** nachweisbar.

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2024

400 →

## Veröffentlichungen

Mehrsprachiges Web-Angebot. Der **Hizb Allah-Sender al-Manar** darf seit 2008 in Deutschland nicht mehr betrieben werden. Dieser ist jedoch im Ausland weiterhin aktiv und auch in Nordrhein-Westfalen zu empfangen.

## Kurzporträt/Ziele

Die schiitische islamistische Organisation **Hizb Allah** bildete sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Die Organisation profitierte

dabei vor allem von der Unterstützung der Islamischen Republik Iran während des andauernden libanesischen Bürgerkriegs (1975 bis 1990).

Sie verfügt über einen (para-)militärischen, einen karitativen und einen politischen Zweig. An ihrer Spitze stand seit 1992 der Generalsekretär und Oberbefehlshaber Hassan Nasrallah (getötet am 27. September 2024), der als zentrale Identifikationsfigur galt. Seit Oktober 2024 ist Naim Kassim neuer Generalsekretär, nachdem er für dieses Amt bereits seit 1991 als Stellvertreter fungiert hatte.

Die **Hizb Allah** ist seit Anfang der 1990er-Jahre im libanesischen Parlament und der Politik vertreten und immer wieder auch an Regierungen beteiligt. In den Teilen des Libanon mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit (Nordosten und Süden sowie Süd-Beirut) beherrscht sie das gesamte öffentliche Leben und verfügt über staatsähnliche Strukturen. Mit ihren wohltätigen Einrichtungen sowie ihren legalen und illegalen Strukturen ist sie ein wichtiger Faktor in der Wirtschaft des Libanon. Militärisch verfügt die **Hizb Allah** über eine schlagkräftige Truppe, die zu Kampfeinsätzen fähig ist. Der militärische Zweig kooperiert dabei eng mit einer für Auslandseinsätze zuständigen Einheit der iranischen Revolutionsgarde, der sogenannten Quds Force, und kam während des syrischen Bürgerkriegs (2012 - 2024) zur Unterstützung des Assad-Regimes zum Einsatz.

Die Organisation bestreitet offen das Existenzrecht des Staates Israel. Sie wird für Anschläge oder entsprechende Vorbereitungsaktivitäten gegen israelische und jüdische Ziele verantwortlich gemacht (unter anderem 1994 in Buenos Aires und 2012 in Burgas), wirkte aber auch bei einem Anschlag gegen kurdisch-iranische Oppositionsvertreter (1992 im Berliner Restaurant Mykonos) mit.

Für Israel ist die **Hizb Allah** mit ihren militärischen und terroristischen Möglichkeiten eine permanente Bedrohung, die sich immer wieder in gewaltsamen Angriffen manifestiert.

Deutschland stellt für die Organisation einen Rückzugsraum dar, der für logistische Unterstützungsleistungen genutzt wird. Im April 2020 wurde die in vielen westlichen Staaten verbotene **Hizb Allah** durch den Bundesminister des Innern auch

in Deutschland verboten. Der in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen für die **Hizb Allah** aktivste Verein, die **Fatime Versammlung e.V.**, bekannt als **Imam-Mahdi-Zentrum in Münster**, wurde durch den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen im März 2022 ebenfalls verboten. Damit konnten die Aktivitäten der mit der **Hizb Allah** sympathisierenden Kreise deutlich zurückgedrängt werden.

### Finanzierung

Spenden der Anhänger, mutmaßlich Erlöse aus kriminellen Aktivitäten, im Libanon finanzielle Zuwendungen aus Iran.

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das Eintreten der **Hizb Allah** für die Ideologie der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (wilayat al-faqih) widerspricht dem Prinzip der Volkssouveränität. Sie ist demnach eine Bestrebung, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Ihre Agitation gegen den Staat Israel und die damit einhergehenden antisemitischen Positionen laufen dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider.

Bei der **Hizb Allah** handelt es sich darüber hinaus um eine international agierende terroristische Organisation, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Rechtsgrundlage für die Beobachtung der **Hizb Allah** durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz sind demnach § 3 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 VSG NRW.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

#### Lage der Hizb Allah im Libanon

Die Folgen der israelischen Schläge gegen die **Hizb Allah** sowie die internen Entwicklungen im Libanon in den Jahren 2024 und 2025 haben die **Hizb Allah** vermutlich in die schwierigste Lage seit ihrer Gründung gebracht. Die hauptsächlichen Faktoren der derzeitigen Krise der **Hizb Allah** sind der Verlust ihrer Führung und

hochrangiger Persönlichkeiten sowie unzähliger Feldkommandeure und -kämpfer, die Fortsetzung der Angriffe der israelischen Luftwaffe im Libanon im Jahr 2025, um Infrastruktur der Organisation zu zerstören und die gezielten Tötungen weiterer mittlerer und hoher Kommandanten, wie zuletzt am 23. November 2025 die Tötung des **Hizb Allah**-Stabschefs Haytham Ali Tabataba'i in Beirut. Diese Tötung geschah trotz der seit dem 27. November 2024 bestehenden Waffenruhe zwischen der **Hizb Allah** und Israel. Die Situation der **Hizb Allah** wird zudem durch die Einstellung der Unterstützungsflüge aus Iran, der Schläge gegen Schmuggelrouten und Finanzierungsquellen sowie die Entscheidung der libanesischen Regierung vom 5. August 2025, das staatliche Waffenmonopol gegen alle bewaffneten Gruppierungen – einschließlich der **Hizb Allah** – umzusetzen, und diese bis Ende des Jahres zu entwaffnen, erschwert. Auch wenn die Entwaffnung nicht umgesetzt werden konnte, so bleibt doch der internationale Druck auf die libanesischen Regierung und somit auch auf die **Hizb Allah** bestehen. Schließlich gibt es aber auch Kritik an der Führung aus den eigenen Reihen. Denn die seit Mitte 2025 wieder schärfer gewordene Rhetorik gegenüber Israel erscheint hohl, weil sie nicht durch Taten – wie zum Beispiel eine Vergeltungsaktion für die Tötung von Stabschef Tabataba'i – umgesetzt werden kann, ohne dass wiederum eine äußerst heftige militärische Reaktion der israelischen Streitkräfte erfolgt, die die Hizb Allah erneut schwer treffen und den gesamten Libanon in Mitleidenschaft ziehen würde.



Im Februar 2025 nehmen zehntausende Hizb Allah-Anhänger an der Beisetzung von Hasan Nasrallah in Beirut teil

Die **Hizb Allah** versucht dem zu entgegnen, indem sie in der Propaganda ihre Entschlossenheit und ihren Durchhaltewillen betont. Besonders deutlich wurde dies im Februar 2025, als für den im Vorjahr getötete Generalsekretär Hasan Nasrallah in einem Beiruter Fußballstadion eine Beerdigung unter Teilnahme von Tausenden **Hizb Allah**-Anhängern stattfand. Nasrallah genoss unter ihnen beinahe kultische Verehrung und hinterließ eine Lücke, die sein Nachfolger Naim Kassim bisher nicht ausfüllen kann.



Hizb Allah-Generalsekretär Naim Kassim gedenkt in einer Rede im Dezember 2025 der Märtyrer der Organisation und fordert zur Fortsetzung des „Widerstands“ auf

Trotz der enormen Probleme, die die **Hizb Allah** derzeit hat, hat sie sich durch eine organisatorische Dezentralisierung den Bedrohungen angepasst und zum Teil neu aufgestellt. Sie versucht vor allem, das Überleben ihrer Führung zu sichern. Dabei stützt sie sich auf die andauernde Unterstützung der Islamischen

Republik Iran und entwickelt alternative Methoden für den Waffenschmuggel und die Geldbeschaffung, produziert selbst Waffen und setzt darauf, ihre politische Machtbasis im Libanon zu bewahren, den Status der Organisation zu stärken und junge Schiiten im Libanon für sich zu gewinnen.

### Situation in Nordrhein-Westfalen

Die Sympathisanten der **Hizb Allah** und ihre Vereine verhielten sich 2025 im Hinblick auf öffentliche Veranstaltungen ebenso ruhig und zurückhaltend wie bereits im Jahr zuvor. Diese Ruhe sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Szene emotional durch die Ereignisse und Entwicklungen im Libanon und im Nahen Osten insgesamt stark berührt und angespannt ist. An ihrer pro-iranischen religiösen und politischen Einstellung sowie ihrer Gegnerschaft gegenüber Israel und den Juden hat sich nichts verändert.

In Nordrhein-Westfalen fanden 2025 keine Veranstaltungen mit erkennbarem Bezug zur **Hizb Allah** statt. Einige Personen aus Nordrhein-Westfalen nahmen jedoch auch im Berichtsjahr wieder an der Demonstration aus Anlass des sogenannten „al-Quds-Tags“ teil. Diese fand am 29. März 2025 in Frankfurt am Main statt. Die dortige Demonstration war geprägt von einer anti-israelischen und pro-iranischen Grundhaltung. An der Versammlung nahmen 2025 weniger Personen teil als im Jahr zuvor (2025: circa 550, 2024: circa 750). Insgesamt verlief diese störungsfrei.

### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Die zu beobachtende Zurückhaltung der **Hizb Allah**-Sympathisanten und ihrer Vereine zeigt deutlich, dass die Verunsicherung aufgrund der Verurteilungen zweier **Hizb Allah**-naher Personen sowie der staatlichen Verbots- und Durchsuchungsmaßnahmen aus dem Jahr 2024 gegen **Hizb Allah**-nahe Vereine und das Iran-nahe **Islamische Zentrum in Hamburg** immer noch nachwirken. Die schiitische islamistische Szene insgesamt ist in wesentlichen Teilen weiterhin verunsichert und hält sich mit politischen Äußerungen in der Öffentlichkeit zurück. Auch die Lage der **Hizb Allah** im Libanon oder die der Islamischen Republik Iran ist 2025 nicht so, dass die hiesige schiitische islamistische Szene von dieser Seite eine Stärkung erfahren würde.

Zurzeit ist nicht damit zu rechnen, dass die **Hizb Allah** in nächster Zeit wieder die militärische und politische Stärke im Libanon erlangen wird, die sie vor dem 7. Oktober 2023 hatte. Andererseits erscheint es auch nicht sehr wahrscheinlich, dass sie ihre Waffen komplett der libanesischen Armee übergeben wird. Vermutlich wird die **Hizb Allah** alles daransetzen, als militärischer und politischer Faktor im Libanon zu überleben. Ähnlich versuchen auch ihre Sympathisanten in Nordrhein-Westfalen, ihre Strukturen aufrecht zu erhalten. Deshalb werden sie ihre bereits seit einigen Jahren geübte Zurückhaltung bei öffentlichen Veranstaltungen weiterhin beibehalten.

## HIZB UT-TAHRIR (ISLAMISCHE BEFREIUNGSPARTEI – HUT)



### Sitz/Verbreitung

Keine offizielle Vertretung in Deutschland, regionale Schwerpunkte der Anhänger in Nordrhein-Westfalen sind Duisburg, Essen, Dortmund und Münster.

### Gründung/Bestehen seit

1953

### Struktur/ Repräsentanz

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen aufgrund des Verbots keine offiziellen Anlaufstellen der **Hizb ut-Tahrir**. Die Anhänger treffen sich in abgeschotteten Kleingruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.

Darüber hinaus verbreiteten auch mehrere Internet-Kanäle von **Realität Islam (RI)**, **Generation Islam (GI)** und **Muslim Interaktiv (MI)** das Gedankengut der **HuT**.

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

170 ↗

### Veröffentlichungen

Mehrsprachiges Web-Angebot, insbesondere über die Kanäle von **RI**, **GI** und **MI**. Bis Mitte 2025 wurden die Kanäle von **RI** und **GI** formell aufgelöst und werden unter den Namen der Verantwortlichen weitergeführt: Suhaib Hoffmann und Ahmad Tamim.

### Kurzporträt/Ziele

Die **Hizb ut-Tahrir (HuT)** wurde 1953 von dem Rechtsgelehrten Scheich Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen

**Muslimbruderschaft**, gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangige Ziele der Organisation sind die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen. Dieser soll die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handelns im Kalifat durchsetzen. Säkulare Staatsformen stehen hierzu im Widerspruch und werden bekämpft. Islam und Demokratie sind für die **HuT** nicht miteinander vereinbar. Zur Durchsetzung ihrer Ziele versucht die **HuT** vor allem einflussreiche Persönlichkeiten und Akademiker zu rekrutieren, die ihre herausgehobene gesellschaftliche Position zur gezielten Einflussnahme im Sinne der **HuT** nutzen sollen. In den meisten muslimisch geprägten Ländern ist die **HuT** verboten. Seit dem 15. Januar 2003 unterliegt die **HuT** auch in Deutschland einem Betätigungsverbot.

Im Gegensatz zu anderen islamistischen Organisationen agiert die **HuT** überwiegend politisch und bietet keine religiösen Dienstleistungen an.

### Finanzierung

Spenden

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Das vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Betätigungsverbot wurde am 25. Januar 2006 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 19. Juni 2012 die Klage der **HuT** gegen das Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Der EGMR sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abspricht. Sie habe ferner den Sturz von Regierungen in muslimisch geprägten Staaten gefordert. Diese sollten nach Vorstellung der **HuT** durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat ersetzt werden, das man allerdings nicht mit Gewalt erkämpfen will.

Die **HuT** kennzeichnet zudem ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen und Hindus, gelten – entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung – als Ungläubige. Ihre Lebensform sei abzulehnen. Mit ihnen solle möglichst kein Kontakt gehalten werden, da sie untereinander ein Bündnis eingegangen seien, um den Islam zu zerstören.

Aufgrund der gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ideologie sowie des Antisemitismus der **HuT** unterliegt diese nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 5. November 2025 verbot das Bundesministerium des Inneren (BMI) offiziell den Verein **MI**, das Vermögen wurde beschlagnahmt. Zeitgleich leitete das BMI vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen **RI** und **GI** ein. Beide Organisationen wurden nicht sofort verboten, aber es erfolgten länderübergreifende Durchsuchungen in Hessen, Hamburg und Berlin.

Der Hauptgrund lag darin, dass sich die Aktivitäten von **MI** gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Die Ideologie der Vereinigung lehnt Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Minderheitsrechte ab - stattdessen propagiert diese ein Kalifat als staatliche Ordnung.

**RI** und **GI** verfolgen im Grundsatz mit ihren Aktivitäten ähnliche Ziele wie **MI** und sind möglicherweise mit **MI** sogar eng verbunden. Die beiden ersteren haben ihre Accounts in Sozialen Medien jedoch schon im April beziehungsweise Mai 2025 auf personalisierte Accounts umgestellt und die **RI** und **GI** zugeordneten Inhalte gelöscht. Auf den nun personalisierten Accounts werden jedoch die gleichen Themen mit gleichem Tenor behandelt.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

**RI** und **GI** führen Ihre Online-Aktivitäten de facto – nunmehr in personalisierten Accounts – weiter fort. Ähnlich wie die nun verbotene Organisation **MI** richten sie sich gezielt an junge, deutschsprachige Muslime, häufig mit internationaler Familiengeschichte und oft geprägt von Identitätsproblemen und Ausgrenzungserfahrungen. Mit ihrer starken Präsenz in digitalen Medien werden emotionalisierende Themen aufgegriffen und einseitige Botschaften vermittelt. Politisch oder gesellschaftlich aufgeladene Ereignisse – wie beispielsweise internationale Konflikte, islamfeindliche Übergriffe, Debatten um Integration – bieten **RI** und **GI** Gelegenheit, junge Muslime über Schuld- und Opfer-Narrative zu erreichen und für ihre

Ideologie zu gewinnen. Dazu gehören die Ablehnung von Demokratie, das Leugnen des Existenzrechts Israels, die Forderung eines Kalifats sowie die Ablehnung von Minderheitsrechten und Geschlechtergerechtigkeit.

Trotz des Verbots von **MI** und der vereinsrechtlichen Maßnahmen gegen **RI** und **GI** werden die Mitglieder und Unterstützer weiterhin vernetzt bleiben. Wie erfolgreich das Vorgehen in den Sozialen Medien und das Mobilisierungspotential sind, zeigt eine bis Januar 2026 laufende Petition, die von Suhaib Hoffmann initiiert wurde: „Nie wieder Staatsräsön“. Die Petition richtet sich gegen die Deutsche Israelpolitik und spricht somit nicht nur junge Muslime an, sondern auch nicht-muslimische Bürger, die ihre Solidarität mit den Palästinensern zeigen wollen. Dem Netzwerk von Hoffmann und damit der HuT gelingt es, zahlreiche Sympathisanten zu mobilisieren, um Unterschriften für diese Petition insbesondere in den Ballungsräumen zu sammeln und Flyer zu verteilen.



Flyer der Petition „Nie wieder Staatsräsön“ auf X



## MUSLIMBRUDERSCHAFT (UNTER ANDEREM DEUTSCHE MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT, DMG)

### Sitz/Verbreitung

Bundesweite Strukturen, Hauptsitz der **DMG** in Berlin

### Gründung/Bestehen seit

1928 in Ägypten, in Deutschland seit den 1960er-Jahren aktiv

### Struktur/ Repräsentanz

Die **Muslimbruderschaft (MB)** ist eine weltweit agierende Bewegung, zu der eine Vielzahl von Organisationen gehört.

In Deutschland stellt die **Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)** die wichtigste Organisation von Anhängern der **Muslimbruderschaft** dar. Daneben existieren **MB**-nahe Verbandsstrukturen auf europäischer Ebene.

Neben der **DMG** existieren zahlreiche weitere Institutionen und Vereine. Diese stehen der Ideologie der **Muslimbruderschaft** zumindest nahe, obwohl sie keine oder nur eine sehr lose Anbindung an die **DMG**-Strukturen aufweisen.

In NRW sind Einflüsse der **Muslimbruderschaft** unter anderem in der **Ar-Rahman-Moschee** in Münster feststellbar, die durch das **Islamische Kulturzentrum in Münster e.V.** betrieben wird.

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

160 (ohne **HAMAS-Anhänger**) ↗

### Veröffentlichungen

Verschiedene Internetseiten und Auftritte, auch deutschsprachig, in sozialen Medien

## Kurzporträt/Ziele

Die im Jahr 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete **MB** ist die älteste und einflussreichste islamistische Bewegung. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern in nahezu allen muslimisch geprägten Ländern vertreten. Nach eigenen Angaben sind dies insgesamt 70 Länder weltweit.

Die Ideologie der **MB** ist die Basis aller späteren islamistischen Bestrebungen. Das taktische und strategische Vorgehen der verschiedenen regionalen Zweige der **MB** unterscheidet sich vor allem im Hinblick auf die Frage, ob Gewalt zur Erreichung des politischen Ziels angewandt werden soll. Bis heute nimmt die ägyptische **MB** gegenüber allen anderen regionalen Zweigen eine führende Rolle ein.

Nach der Abspaltung militanter Gruppierungen verzichtet die (ägyptische) **MB** seit Ende der 1970er-Jahre grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Dieser Gewaltverzicht gilt jedoch nicht für die von ihr propagierte Befreiung Palästinas und somit im Kampf gegen Israel. Dieser wird insbesondere von der **HAMAS**, dem palästinensischen Zweig der **MB**, geführt.

In Nordrhein-Westfalen ist das Ziel der hiesigen Vertreter der **MB** zunächst, die Bestrebungen der Organisation in den islamisch geprägten Ländern zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Deutungshoheit über den Islam in Deutschland angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, geht die **MB** entsprechend moderat vor.

Erkenntnisse über das organisierte Zusammenwirken öffentlicher und nicht öffentlicher **MB**-naher Strukturen zeigen zudem, dass die **MB** in Nordrhein-Westfalen vor allem durch die **DMG** repräsentiert wird.

## Finanzierung

Spenden sowie wirtschaftliche Betätigung

## Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **MB** ist der Ursprung des modernen politischen Islam, einer extremistischen Ideologie, die auch als Islamismus bezeichnet wird. Kernaussage und -forderung

des Islamismus ist, dass die politische Herrschaft nur Gott zustehe und der Mensch diese nur als sein Stellvertreter oder Sachwalter auszuüben habe. Dabei müsse der Mensch sich an die von Gott herabgesandten Offenbarungen und die darin gegebenen Bestimmungen halten. Diese finde man im Koran und der Sunna, dem Brauch des Propheten Muhammad.

Die **MB** verfolgt das Ziel, in islamisch geprägten Staaten ein Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia einzuführen. Eine säkulare demokratische Verfassungsordnung wird allenfalls als Möglichkeit angenommen, den Übergang zu einer islamischen Ordnung gewaltlos zu gestalten. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Gedankengut der **MB** annähert oder zumindest gewisse Freiräume für die Ideologie der Bewegung entstehen.

Nach Auffassung der **MB** sind die staatliche Ordnung und die Rechtsprechung gemäß der islamischen Rechts- und Lebensordnung, der Scharia, aufzubauen. Diese gründet sich auf Koran und Sunna. In dieser Ordnung kann das Volk zwar am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben, was demokratische Elemente innerhalb der islamischen Ordnung möglich machen würde, aber der Rahmen des politisch Möglichen wäre zwingend durch die Offenbarung Gottes und der daraus entwickelten Scharia gesetzt. In dieser von der **MB** so bezeichneten „islamischen Ordnung“ wäre also Gott der Souverän, nicht das Volk. Dies widerspricht im Grundsatz dem Gedanken der Volkssouveränität und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Hiesige Vertreter der **MB** äußern sich in der Regel nicht eindeutig extremistisch. Stattdessen stellen sich die **MB**-nahen Vereine als religiöse islamische Organisationen dar, die für das Recht der Muslime auf Teilhabe in der Gesellschaft eintreten. Dabei vertritt die **MB** nach eigenem Verständnis einen „Islam der Mitte“. Dieser grenzt sich einerseits vom religiösen Fundamentalismus und andererseits von einem liberalen, westlichen Islam ab. In ideologischer Hinsicht steht er zwischen

einem militanten **salafistischen Jihadismus** und einem säkularen Islamverständnis. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass sich auch dieser „Mittelweg“ eindeutig am klassischen Konzept von Scharia orientiert, damit Widersprüche zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung aufweist und somit selbst als extremistisch zu bewerten ist. Die **MB** fühlt sich nach wie vor einem ganzheitlichen Religionsverständnis verpflichtet. Demzufolge sollte der Glaube alle Lebensbereiche regeln, wozu auch die politische und gesellschaftliche Ordnung zählen.

Deshalb unterliegt sie nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW als extremistische Bestrebung der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

## Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

### Internationale Entwicklungen mit Bezug zur Muslimbruderschaft

Die **Muslimbruderschaft** sieht sich weltweit weiterhin mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählte das Verbot der **Muslimbruderschaft** im April 2025 in Jordanien. Der dortige Ableger war politisch besonders aktiv und spielte zudem im Parlament eine bedeutende Rolle. Im Jahr 2024 erlangte dieser bei den Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen. Anlass des Verbots war der Vorwurf, dass die Gruppierung in eine Verschwörung verwickelt sei und das Land destabilisieren würde. Der Hintergrund war die Verhaftung von mehreren mutmaßlichen Mitgliedern der Organisation, die Anschläge mit Drohnen und Raketen geplant haben sollen. Im Raum stehen dabei Verbindungen zur **HAMAS**, weshalb das Königreich Jordanien befürchten dürfte, in den Nahost-Konflikt hineingezogen zu werden.

Auch die USA überlegen, ob sie die **MB** neu bewerten. Medienberichten zufolge wurde im November 2025 ein Verfahren seitens der US-Behörden eingeleitet, um prüfen zu lassen, ob einzelne regionale Ableger des Netzwerks, etwa in Ägypten oder in Jordanien, als Terrororganisationen eingestuft werden können.

In Europa musste die **MB** ebenfalls Rückschläge verkraften. Die französischen Behörden lösten im September 2025 das Institut européen des sciences humaines (IESH) in Château-Chinon auf. Diese Bildungsreinrichtung prägte durch ihr jahrzehntelanges Wirken eine ganze Generation von Muslimbrüdern. Auch Personen

aus Deutschland und Nordrhein-Westfalen studierten an dieser Einrichtung und erhielten dort neben theologischen Kenntnissen eine entsprechende ideologische Prägung im Sinne der **MB**.

Bezüglich des Nahost-Konflikts war für die **MB** von besonderer Relevanz, dass die von ihr beeinflusste International Union of Muslim Scholars (IUMS) im April eine Fatwa (Rechtsgutachten, -meinung) publizierte, die eine erhebliche Verschärfung der Wortwahl gegen Israel darstellte. Jenseits der bereits bekannten Forderungen zum Boykott Israels stellte die IUMS fest, dass die palästinensische Bevölkerung und die umliegenden Staaten zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes verpflichtet seien. Die IUMS geht sogar noch einen Schritt weiter und erklärt den Jihad zur Befreiung Palästinas zur individuellen Pflicht für jeden Muslim, der dazu in der Lage sei. Bisher hatte sie in dieser Hinsicht lediglich von einer kollektiven Verpflichtung für die Gesamtheit der Muslime gesprochen. Obwohl diese Fatwa nicht ohne Widerspruch blieb und einflussreiche theologische Institutionen diese als verantwortungslos bezeichneten, besteht dennoch die Gefahr, dass derartige Formulierungen zu einer weiteren Eskalation des Nahost-Konflikts beitragen und antisemitische Einstellungen befördern können.



Titelbild der Fatwa, in der die IUMS im April 2025 den Jihad zur Befreiung Palästinas zur individuellen Pflicht für jeden Muslim erklärte

## Aktivitäten der Muslimbruderschaft in NRW

Im Berichtszeitraum setzten sich die Aktivitäten der **MB** im bekannten Umfang fort. Es bestehen weiterhin Anlaufstellen im Land, die in erheblichem Maße durch ihre Anhänger geprägt sind.

Zudem war erkennbar, dass der Nahost-Konflikt mittlerweile ein derart prägendes Thema ist, dass er auch durch hiesige Gelehrte der **MB** aufgegriffen und in Freitagspredigten behandelt wurde. Diese gehen inhaltlich in eine ähnliche Richtung wie die erwähnte Fatwa der IUMS, auch wenn sie zumindest für Deutschland das Erfordernis rein gewaltfreier Aktionen betonen. Dabei ist erkennbar, dass auch hiesige Muslimbrüder grundsätzlich die Positionen der IUMS teilen, da sie Regierungen und Armeen in der Pflicht sehen, dem als Unrecht empfundenen Vorgehen der israelischen Armee in Gaza entgegenzutreten. Für Muslime in Europa schlägt man hingegen andere Handlungen vor und fordert sie zu friedlichen und legalen Aktionen wie Öffentlichkeitsarbeit, wirtschaftlichen Boykotten, Bittgebeten und der Organisation von Kundgebungen auf.

## Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Trotz der Herausforderungen auf internationaler Ebene ist nicht erkennbar, dass die Strukturen der **Muslimbruderschaft** in Nordrhein-Westfalen dadurch beeinträchtigt wären. Allerdings scheint die **Muslimbruderschaft** in NRW weiterhin Schwierigkeiten zu haben, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Dies schmälert allerdings kaum ihren erheblichen Einfluss, der insbesondere auf ihre hervorragende internationale Vernetzung und die theologische Reputation ihrer Gelehrten zurückzuführen ist. Im Berichtszeitraum war erkennbar, dass sich die antizionistische Haltung der **MB** verstärkt in ihren theologischen Positionierungen findet und sich dieser Trend mittlerweile auch in Deutschland niederschlägt.

# FURKAN-BEWEGUNG



## Sitz/Verbreitung

Zentrale: Adana (Türkei)

Deutschland: Zentren in Dortmund, Hamburg, Berlin, Frankfurt und München

## Gründung/Bestehen seit

1994 Gründung der **Furkan Vakfi (Furkan Stiftung)** in der Türkei, in Nordrhein-Westfalen seit 2011 vertreten, 2015 Gründung des **Furkan Kultur- und Bildungszentrums e.V.** in Dortmund

Als Rekrutierungsinstrument unter Studenten dient **MuslimStudentsNRW**

## Struktur/ Repräsentanz

Regionale Vertretungen in Deutschland, hierarchische Gliederung mit Alparslan Kuytul als Gründer an der Spitze

## Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

90 ↗

## Veröffentlichungen

Zeitschrift **Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan)**, Verbreitung von Inhalten über die eigene Internetpräsenz, über Videoplattformen und in sozialen Medien (**FurkanTV**)

## Kurzporträt/Ziele

Die **Furkan Stiftung für Bildung und Dienst (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı)** auch als **Furkan-Bewegung** bezeichnet wurde durch Alparslan Kuytul gegründet, der bis heute als charismatische Führungsfigur agiert. Die Organisation verfolgt das

Ziel, die „Islamische Zivilisation“ hier ein Synonym für Staats- und Gesellschaftsordnungen durchzusetzen.

Zur Umsetzung bemüht sich die Bewegung um eine Stärkung der Ummah (Gemeinschaft der Muslime) sowie um die Ausbildung und Schulung einer Vorreiter-Generation (Öncü Nesil). Sie soll als gesellschaftliche Avantgarde auf dieses Ziel hinwirken.

Zentrum der **Furkan-Bewegung** ist Adana (Türkei), der Wohnort Kuytul's. Die **Furkan-Bewegung** hat Ableger in zahlreichen Städten der Türkei und in Europa, darunter auch Deutschland.

Bei der in Nordrhein-Westfalen befindlichen **Furkan-Bewegung** handelt es sich um einen Verein mit Sitz in Dortmund und Kleingruppen im Umland. Die Anhänger finden sich regelmäßig zu religiösen Unterrichtsveranstaltungen zusammen. Diese gibt es auch für Kinder und Jugendliche. Männer und Frauen werden hierbei getrennt unterrichtet.

Die **Furkan-Bewegung** stellt hohe Anforderungen an ihre einzelnen Mitglieder und bindet diese sehr stark ein. Dadurch weist sie einen beinahe sektenartigen Charakter auf.

### Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Eintrittsgelder, Erlöse aus Veranstaltungen

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Anhänger der **Furkan-Bewegung** orientieren sich auch in Deutschland vor allem an den Lehren Kuytul's. Ein zentrales Anliegen ist für ihn die Rückkehr zu einer „Islamischen Zivilisation“. Diese soll sich ausschließlich an Koran und Sunna (prophetische Tradition) orientieren und Gott das ihm zustehende Recht zur Herrschaft einräumen. Die **Furkan-Bewegung** geht davon aus, dass die Demokratie die Rechte Gottes vereinnahmt und die Teilhabe am politischen Prozess zu Kompromissen zwingt, die im Widerspruch zu Gottes Gesetzen stünden. Solche Kompromisse dürften nach Kuytul's Verständnis jedoch keinesfalls eingegangen werden.

Aus dieser Auffassung resultiert eine prinzipielle Ablehnung der Demokratie, die sich auch im Verbot der Teilnahme an Wahlen widerspiegelt.

Dieses politische Religionsverständnis lehnt demnach die Herrschaft des Volkes, also die Demokratie, ab und strebt eine Herrschaft Gottes an, die auf der Scharia basieren soll. Somit stellt die **Furkan-Bewegung** eine islamistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar und unterliegt deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

### Ergebnisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **Furkan-Bewegung** geriert sich als Fürsprecher muslimischer Interessen und vertritt vor allem im Hinblick auf den Nahost-Konflikt Positionen, die von moderat agierenden islamistischen Akteuren nicht geäußert werden. Hierbei findet keine Auseinandersetzung mit den terroristischen Handlungen der **HAMAS** statt. Vielmehr wird das szenetypische Opfernarrativ bedient, um die Terroranschläge als Akt der Selbstverteidigung umzudeuten.

Darüber hinaus wird versucht, sich durch Bildungs- und Freizeitangebote einen seriösen Anstrich zu geben. Zielsetzung ist, bei den überwiegend jungen Anhängern als seriöse muslimische Organisation wahrgenommen zu werden.

Dies veranschaulichen auch die von der Furkan-nahen Organisation **Muslim-StudentsNRW** zu Semesterbeginn bereitgestellten Informationsstände an Universitäten vor allem in Bochum und in Dortmund. In diesem Rahmen gaben **MuslimStudentsNRW** erstmals öffentlich ihre Zugehörigkeit zur **Furkan-Bewegung** bekannt.

Weiterhin wurde durch die Nennung der Universität auf den Einladungen in den Sozialen Medien optisch suggeriert, dass es sich bei dem Veranstalter der Vorträge, Seminare und Unterrichte um die jeweilige Universität handele. Die zunächst unverfänglichen Angebote von **MuslimStudentsNRW** dienen jedoch mittelfristig dem Ziel, junge Akademiker an die **Furkan-Bewegung** heranzuführen und somit neue Mitglieder zu gewinnen.

Mitgliederwerbung fand auch unter dem Aspekt der propagierten Geschlechtertrennung statt. Hierbei handelte es sich zum Beispiel um geschlechtergetrennt organisierte Lesezirkel oder Filmabende. Durch professionelle Aufmachung und ansprechende Gestaltung wird eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und eine Bindung an die Organisation erreicht.

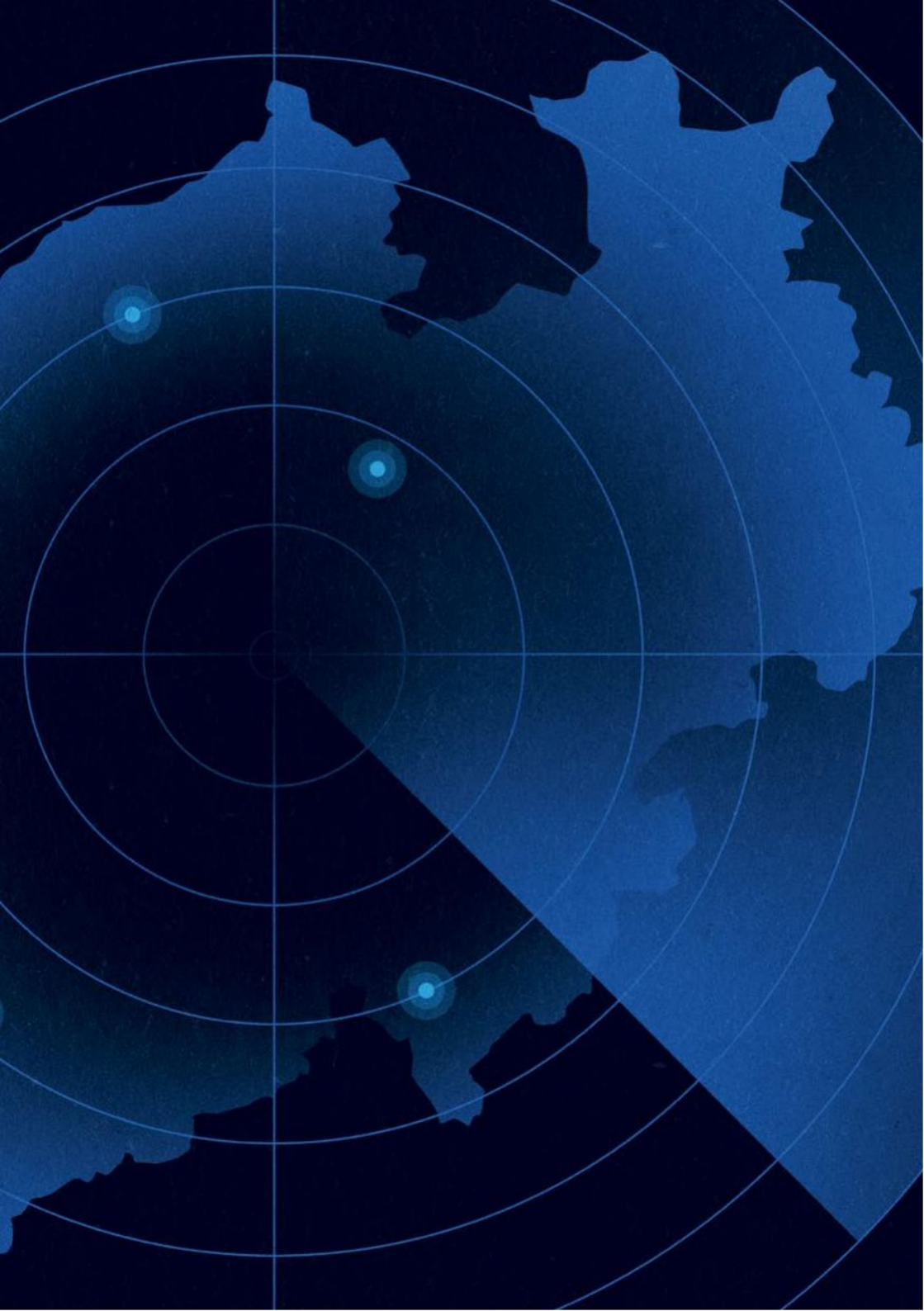
### **Bewertung, Tendenzen, Ausblick**

Die **Furkan-Bewegung** entfaltete ihre intensiven Aktivitäten vor allem im Raum Dortmund und Umgebung. Der Schwerpunkt hat sich eindeutig an die Universitäten verlagert. Durch ein breites Angebot an Veranstaltungen binden sie ihre Anhänger eng an die Organisation.

Das hiermit einhergehende stark ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl, das nicht nur in Kleingruppen und wöchentlichen Veranstaltungen, sondern auch im bundesweiten und im internationalen Austausch gepflegt wird, ist unter anderem für die Beständigkeit und das Anwachsen der Szene verantwortlich. Besonders bedeutend ist dabei weiterhin der enge und regelmäßige Kontakt zur Zentrale der Bewegung im türkischen Adana, der sich anhand von Reisen ausgewählter Furkan-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen in die Türkei manifestierte. Dort traten die Anhänger mit der Führungsfigur Alparslan Kuytul in Kontakt.

Die Zahl der Anhänger der **Furkan-Bewegung** stieg im Berichtszeitraum an. Es gelang trotz der sektenartigen Struktur und den hohen Erwartungshaltungen gegenüber potenziellen Mitgliedern, insbesondere durch die Positionierung im Nahost-Konflikt und das Wirken an den Universitäten neue Mitglieder zu gewinnen.

# SPIONAGEABWEHR, CYBERABWEHR UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ



## ZUSAMMENFASSUNG

Die weitere Zuspitzung internationaler Konflikte und die Positionierung wichtiger weltpolitischer Akteure zu diesen Konflikten sowie zur gesamten europäischen Sicherheitsarchitektur hat im Jahr 2025 dafür gesorgt, dass die von ausländischen Mächten ausgehende Bedrohung für Deutschland, seine demokratischen Werte und staatlichen Interessen so groß ist, wie seit Ende des zweiten Weltkrieges nicht mehr. Dem Verfassungsschutz als Abwehrdienst kommt dabei die zentrale Aufgabe zu, ausländische Bedrohungen für unseren Staat, gleich aus welcher Richtung sie kommen, frühzeitig zu erkennen, zu benennen und abzuwehren.

### **Russische Föderation**

Die Russische Föderation hat ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Berichtsjahr fortgesetzt. Gleichzeitig haben sich Qualität und Quantität der von Russland ausgehenden hybriden Angriffe auf Deutschland und Europa nochmals erhöht. Aufgrund der Annäherung zwischen Russland und den USA betrachtet Russland die europäischen Staaten als Hauptunterstützer der Ukraine und damit gleichbedeutend als derzeitigen Hauptgegner. Dies gilt für Deutschland als größten militärischen Unterstützer der Ukraine in Europa in besonderem Maße. Vor diesem Hintergrund erklärte Bundeskanzler Merz, Deutschland befinde sich zwar noch nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Selen, bezeichnete Russland im Oktober 2025 als „zweifellos aggressiv, offensiv und zunehmend eskalativ“.

Dies spiegelt sich in den Tätigkeiten russischer Nachrichtendienste sowie in durch russische staatliche Stellen gesteuerten Aktivitäten unmittelbar wider. Spionage, Desinformation, illegitime Einflussnahme, Cyberangriffe, Proliferation, ein deutlich gestiegenes Sabotagerisiko sowie die Bereitschaft zu staatsterroristischem Agieren werden als Mittel der hybriden Kriegsführung gegen Deutschland eingesetzt mit dem Ziel, Staat, Politik und Gesellschaft zu destabilisieren, die deutsche

Unterstützung für die Ukraine zu schwächen und die Bevölkerung zu verunsichern. Dabei setzt sich im Berichtsjahr der Trend fort, neben aufwendigen, langfristigen nachrichtendienstlichen Operationen risikobereiter und konfrontativer zu agieren. Der Einsatz sogenannter Low-Level-Agenten beispielsweise für Sabotagezwecke belegt dies.

Aufgrund der massiven Eskalation zwischen Deutschland beziehungsweise den europäischen Staaten und der Russischen Föderation ist der Verfassungsschutz nicht lediglich in die Abwehr konkreter hybrider russischer Angriffe eingebunden, sondern in diesem Kontext auch verstärkt in präventive Maßnahmen. Die Spionage- und Cyberabwehr sowie der Wirtschaftsschutz stehen hierzu in permanentem Austausch mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie der Bundeswehr, beteiligen sich an neu eingerichteten Arbeitsgruppen, Vorbereitungsmaßnahmen wie dem Operationsplan Deutschland und sensibilisieren Politik, Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft, um die für einen möglichen militärischen Konflikt erforderliche Resilienz auf breiter Fläche zu erhöhen.

### **Weitere Staaten**

China und Iran stellen neben Russland nach wie vor Hauptakteure illegaler nachrichtendienstlicher Aktivitäten in Deutschland und Nordrhein-Westfalen dar. China strebt unverändert Weltmachtstatus an und besitzt dabei als einziger Staat die Ressourcen, die USA beispielsweise in wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Hinsicht ernsthaft herausfordern zu können. Entsprechend umfassend ist das chinesische Einwirkungspotential auch in Europa. Insbesondere einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von China können Peking in die Lage versetzen, chinesische Positionen umfassend durchzusetzen und umgekehrt kompromisslos eigene „rote Linien“ zu zeichnen und zu verteidigen, wenn es um als „innere Angelegenheiten“ wahrgenommene Themenfelder und Kritik an China insgesamt geht.

Iran hingegen stellt aufgrund seines teilweise staatsterroristischen Vorgehens auf europäischem Boden eine herausgehobene sicherheitspolitische Bedrohung dar. Der Krieg zwischen Iran und Israel sowie die weitgehende Schwächung der von Iran als „Achse des Widerstands“ bezeichneten Verbündeten haben zu einer deutlichen

Reduzierung der konventionell-militärischen beziehungsweise regionalen terroristischen Optionen Irans geführt. Asymmetrische Schläge wie Mordoperationen auch in Deutschland oder willkürliche Festnahmen westlicher Staatsbürger in Iran sind daher weiterhin eine reale Gefahr, wie unterschiedliche Einzelfälle auch im Berichtsjahr gezeigt haben.

Wenngleich die größte nachrichtendienstliche Bedrohung in Deutschland von den drei genannten Staaten ausgeht, ist die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen ihrem gesetzlichen Auftrag folgend unverändert dem sogenannten 360-Grad-Blick verpflichtet. In NRW waren auch im Berichtsjahr diverse Staaten illegal mit ihren Nachrichtendiensten aktiv und haben beispielsweise ihre Auslandsopposition im Wege transnationaler Repression (TNR) ausgeforscht oder anderweitig zu schwächen versucht. TNR betrifft deutsche Sicherheitsinteressen unmittelbar; die Bedrohung, Einschüchterung oder Ausforschung von in Deutschland unter dem Schutz der grundgesetzlich verbrieften Rechte lebenden Menschen ist nicht hinnehmbar. Insbesondere Staaten aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Asien sind hier im Berichtsjahr aufgefallen. Die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen richtet ihre Arbeit dabei grundsätzlich entlang der Höhe der von ausländischen Mächten ausgehenden Gefahren aus. Bedrohungen für die demokratischen Werte, die Souveränität und die Interessen Deutschlands werden daher auch künftig konsequent in den Blick genommen, selbst wenn sie von grundsätzlich verbündeten ausländischen Mächten ausgehen sollten.

## **Cyberabwehr**

In der Cyberabwehr war im Jahr 2025 feststellbar, dass sich die Aktivität von staatlich gesteuerten ausländischen Hackergruppierungen mit technisch fortgeschrittenen Angriffsmethoden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen fortgesetzt hat. Zu den Operationszielen zählen in vielen Fällen Aufklärung, Spionage und Datendiebstahl. Im Angesicht zunehmender geopolitischer Spannungen stehen hierbei insbesondere Politik, kritische Infrastrukturen sowie das Rüstungs- und Verteidigungswesen im Fokus. Cyberangriffe werden von ausländischen Nachrichtendiensten aber auch dazu genutzt, Oppositionelle und politische Gegner auszuforschen und zu bedrängen. Staatlich gesteuerte Cyberoperationen begleiten darüber hinaus Desinformationskampagnen, mit denen versucht wird,

demokratische Prozesse zu lenken und zu manipulieren. Nach wie vor können in Nordrhein-Westfalen staatliche Hackergruppierungen beobachtet werden, deren Ursprung in Russland, China, Iran und Nordkorea vermutet wird. Die Angreifer nutzen unzureichend gesicherte Fremdsysteme, um eine Rückverfolgung zu erschweren. Hierzu können auch Arztpraxen, Autohäuser und kleinere Geschäfte gehören. Neben staatlichen Akteuren stören selbsternannte Hacktivist:innen mit ihren Aktionen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland.

### **Wirtschaftsschutz**

Mit Blick auf die beschriebene Sicherheitslage standen insbesondere Unternehmen der Rüstungsindustrie sowie Betriebe der sogenannten Kritischen Infrastrukturen im Zentrum der Unterstützung und Sensibilisierung durch den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsschutz. Zugenommen haben im Berichtsjahr die Anfragen aus Kommunalverwaltungen, die auch mit Blick auf die vorausgegangenen Cyberangriffe auf kommunale IT-Dienstleister den eigenen Fokus verstärkt auf Fragen der eigenen Sicherheit gerichtet haben.

Die Bedeutung des Wirtschaftsschutzes ist mit dem im Berichtsjahr beschlossenen und am 1. April 2026 in Kraft tretenden Verfassungsschutzgesetz NRW unterstrichen worden. So ist der Schutz von Wirtschaft und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen nun ausdrücklich als gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes normiert. Die Bedeutung zeigt sich in der Praxis, durch die erneute Zunahme der Nachfrage nach Vorträgen und Beratungsgesprächen des Wirtschaftsschutzes gegenüber dem Vorjahr.

## IM FOKUS: LOW-LEVEL-AGENTEN

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Jahr 2022 ist Deutschland einer komplexen nachrichtendienstlichen Bedrohungslage ausgesetzt. Russland setzt hierbei auf unterschiedliche strategische Methoden wie Spionage, Sabotage und Einflussnahme. Die aktuellen Fälle machen allerdings einen Wandel deutlich: Denn heute kommen nicht mehr nur klassische Führungsoffiziere und Agenten zum Einsatz, sondern auch sogenannte Low-Level-Agenten.

In der Russischen Föderation sind Nachrichtendienste ein traditionell fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur: Die heutigen Inlands- (FSB) und Auslandsnachrichtendienste (SWR) sind aus dem früheren Komitee für Staatssicherheit (KGB) hervorgegangen. Das KGB bestand von 1954 bis 1991 und vereinte die sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienste mit der Geheimpolizei. Ferner hat der militärische Geheimdienst (GRU) seine Strukturen, Arbeitsweisen und sein Selbstverständnis über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus bewahrt. Und auch die aktuelle russische Staatsführung, Wladimir Putin war vor seiner Amtszeit KGB-Offizier und FSB-Direktor, weist eine große Nähe zu den russischen Diensten und ihren Denkmustern auf.

## Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Nachrichtendienstlich stützt sich die Russische Föderation im Wesentlichen auf

- den für die Tätigkeitsfelder Spionageabwehr, Terrorismusbekämpfung und organisierte Kriminalität zuständigen Inlandsnachrichtendienst „Federalnaja Slushba Besopasnosti“ (FSB),
- den zivilen Auslandsnachrichtendienst „Slushba Wneschnej Raswedki“ (SWR), vorrangig konzentriert auf die Themen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, sowie
- die „Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije“ (GRU) als militärischen Auslandsnachrichtendienst.

Dieser Umstand manifestiert die lange Tradition russischer Geheimdienste einerseits, andererseits haben die russischen Geheimdienste unter der Präsidentschaft Putins eine massive Bedeutungszunahme erfahren. Obwohl russische Geheimdienste auf über Jahrzehnte erprobte Mittel wie Reisekader oder das sogenannte „Illegalenprogramm“ zurückgreifen können, stellen die deutschen Sicherheitsbehörden fest, dass die Russische Föderation ihren Modus Operandi augenscheinlich angepasst hat. Die bereits im Verfassungsschutzbericht 2024 vorgenommene Bewertung, dass vieles auf ein offensiveres und eskalativeres Vorgehen russischer Dienste hindeutet und hierzu neue Instrumente wie sogenannte Low-Level-Agenten eingesetzt werden, hat sich bestätigt.

Während 2022 noch hauptamtliche Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes (GRU) verantwortlich für beispielsweise Sabotageoperationen waren, wird aus den jüngeren Entwicklungen ersichtlich, dass ein operatives Umdenken der russischen Dienste stattgefunden hat; so werden im Zuge der aktuellen Lage auch sogenannte Low-Level-Agenten tätig. Diese können als oftmals jung, männlich, russischsprachig, häufig technikaffin und nachrichtendienstlich ungeschult beschrieben werden.

Das Handlungsfeld dieser Personen ist weit gefasst: Es reicht von der Verbreitung von Propaganda und Desinformationen über Ausspähmaßnahmen gegen Militärtransporte, militärische Liegenschaften oder Kritische Infrastrukturen und Sachbeschädigungen bis zur Durchführung von Brandanschlägen. Die übertragenen Aufgaben sind zunächst häufig leicht durchführbar und setzen kein spezielles Können oder Wissen voraus. Operatives Geschick oder nachrichtendienstliches Know-how ist für diese Aufgaben nicht erforderlich. Somit eignet sich grundsätzlich jede Person, die leicht zugänglich ist und die Bereitschaft besitzt, bestimmte Taten oder Aktivitäten durchzuführen. Die Anwerbung solcher Personen findet meist im digitalen Raum statt: Über unterschiedliche Applikationen oder Messengerdienste wird ein erster Kontakt hergestellt. Die Hintergründe dieser Kontaktaufnahme sind den Angesprochenen zu Beginn meist nicht bewusst. Über eine zunächst sehr niedrigschwellige Kontaktaufnahme und eine In-Aussicht-Stellung finanzieller Anreize werden die Personen nach kurzer Zeit für eine Zusammenarbeit gewonnen. Dass der Auftraggeber möglicherweise ein russischer Geheimdienstler sein könnte, wird dabei eher nicht offenbar. Insoweit können Personen - auch unwissend - schnell zu Agentinnen und Agenten eines fremden Nachrichtendienstes werden.

## Straftatbestand der geheimdienstlichen Agententätigkeit

### § 99 StGB Geheimdienstliche Agententätigkeit

#### (1) Wer

1. für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder
2. gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in § 94 oder § 96 Abs. 1, in § 97a oder in § 97b in Verbindung mit § 94 oder § 96 Abs. 1 mit Strafe bedroht ist.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten werden, mitteilt oder liefert und wenn er

1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung solcher Geheimnisse besonders verpflichtet, oder
2. durch die Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

(3) § 98 Abs. 2 gilt entsprechend.

Welche Folgen das Tätigwerden für die einzelne Person hat, spielt für die russischen Geheimdienste keine Rolle. Die Vorgehensweise, digitale Anwendungen zur Kontaktaufnahme und Bezahlung zu nutzen, reduziert das operative Risiko für russische Geheimdienste maßgeblich: Identifikation des Auftraggebers, konkrete Zielsetzung und Bezahlung sind ausreichend unbestimmt, sodass eine abschließende Attribuierung in Richtung Russland häufig schwer bis nicht möglich zu sein scheint. Gleichzeitig haben die russischen Dienste wenig Ressourcen wie Geld oder Ausbildungszeit in Low-Level-Agenten investiert und können „Verluste“ durch Enttarnung und Verhaftung gut verkraften und kompensieren.

Die Entwicklung verdeutlicht, dass russische Geheimdienste bereit sind, die operativen Risiken einer weniger professionellen Operationsführung zugunsten des kurzfristigen Nutzens von Schnelligkeit, Auftragsumsetzung und Schadenswirkung einzugehen. In den vergangenen Jahren hat der NRW-Verfassungsschutz immer wieder vor der Spionage- und Sabotagegefahr russischer Nachrichtendienste gewarnt. Im aktuellen Berichtsjahr muss die nordrhein-westfälische Spionageabwehr konstatieren, dass sich die erhöhte Gefahr, vor der gewarnt wurde, realisiert hat.

Die Bundesanwaltschaft hat am 9. und 10. Mai 2025 in Köln und Konstanz zwei ukrainische Staatsangehörige wegen des Verdachts der Agententätigkeit zu Sabotagezwecken (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 Nr. 1 StGB) festnehmen lassen.

Zudem hat die Bundesanwaltschaft am 13. Mai 2025 aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 11. Mai 2025 einen weiteren ukrainischen Staatsangehörigen wegen des gleichen Vorwurfs in der Schweiz festnehmen lassen. Den Beschuldigten wird zudem vorgeworfen, sich zur Begehung einer schweren Brandstiftung sowie der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion bereit erklärt zu haben (§ 30 Abs. 2 StGB i. V. m. § 306a Abs. 1 Nr. 3 StGB und § 308 Abs. 1 StGB).

### **Straftatbestand der Agententätigkeit zu Sabotagezwecken**

#### § 87 Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer einen Auftrag einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes zur Vorbereitung von Sabotagehandlungen, die in diesem Geltungsbereich begangen werden sollen, dadurch befolgt, daß er

1. sich bereithält, auf Weisung einer der bezeichneten Stellen solche Handlungen zu begehen,
2. Sabotageobjekte auskundschaftet,
3. Sabotagemittel herstellt, sich oder einem anderen verschafft, verwahrt, einem anderen überläßt oder in diesen Bereich einführt,
4. Lager zur Aufnahme von Sabotagemitteln oder Stützpunkte für die

Sabotagetätigkeit einrichtet, unterhält oder überprüft,

5. sich zur Begehung von Sabotagehandlungen schulen läßt oder andere dazu schult oder

6. die Verbindung zwischen einem Sabotageagenten (Nummern 1 bis 5) und einer der bezeichneten Stellen herstellt oder aufrechterhält, und sich dadurch absichtlich oder wissentlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt.

(2) Sabotagehandlungen im Sinne des Absatzes 1 sind

1. Handlungen, die den Tatbestand der §§ 109e, 305, 306 bis 306c, 307 bis 309, 313, 315, 315b, 316b, 316c Abs. 1 Nr. 2, der §§ 317 oder 318 verwirklichen, und

2. andere Handlungen, durch die der Betrieb eines für die Landesverteidigung, den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Kriegsgefahren oder für die Gesamtwirtschaft wichtigen Unternehmens dadurch verhindert oder gestört wird, daß eine dem Betrieb dienende Sache zerstört, beschädigt, beseitigt, verändert oder unbrauchbar gemacht oder daß die für den Betrieb bestimmte Energie entzogen wird.

(3) Das Gericht kann von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter freiwillig sein Verhalten aufgibt und sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, daß Sabotagehandlungen, deren Planung er kennt, noch verhindert werden können.

Nach der Verdachtslage erklärten sich die drei Beschuldigten Ende März 2025 gegenüber einer oder mehreren mutmaßlich im Auftrag russischer staatlicher Stellen handelnden Personen bereit, Brand- und Sprengstoffanschläge auf Gütertransporte in Deutschland zu begehen. Die Beschuldigten sollten arbeitsteilig von Deutschland aus an Empfänger in der Ukraine Pakete mit Spreng- oder Brandvorrichtungen versenden. Diese sollten sich während der Lieferung entzünden. Um geeignete Transportwege auszukundschaften, gab einer der Beschuldigten in Köln zwei Testpakete auf, in denen sich unter anderem GPS-Tracker befanden. Den Auftrag hierzu erteilte der zweite Beschuldigte und stellte über den dritten Beschuldigten die Paketinhalte zur Verfügung. Die Ermittlungen in diesem Fall dauern an.

Sabotage und deren Vorbereitung betrifft nicht nur Deutschland; im Oktober 2025 wurde in Polen und Rumänien ein ähnlich gelagerter Fall detektiert: Es wurden dort acht Personen festgenommen, weil sie Teile der Kritischen Infrastrukturen ausgekundschaftet hatten. Daneben sollen sie Paketsendungen mit Sprengstoff vorbereitet haben; diese hätten bei einem Transport in die Ukraine in Brand geraten sollen. Die Fälle zeigen, dass Low-Level-Agenten auch für größer angelegte Sabotageaktivitäten nutzbar sind: Sie erfüllen zwar lediglich einfache und kurzfristige Teilaufgaben, stellen mit Blick auf den gesamten Sachverhalt allerdings häufig zentrale Abläufe und Prozesse sicher. Diese Einbeziehung ziviler Personen in nachrichtendienstliche Operationen durch russische Geheimdienste stellt eine neue Qualität hybrider Bedrohungen dar.

Während für frühere Sabotageakte noch hauptamtliche Mitarbeiter russischer Geheimdienste verantwortlich waren, wird aus den jüngeren Beispielen im europäischen Ausland ersichtlich, dass offenbar ein operatives Umdenken stattgefunden hat. Es ist plausibel, dass diese Umorientierung der russischen Geheimdienste auch dem erheblichen „Erfolgsdruck“ geschuldet ist, kurzfristig Schadensereignisse und Verunsicherung im westlichen Ausland herbeizuführen. Gleichzeitig führt die zunehmende Eskalation zwischen Russland und Europa zu einem insgesamt destruktiveren nachrichtendienstlichen Vorgehen. Kurzfristige Schadenseintritte sind dabei offensichtlich genauso wichtig wie beispielsweise ein langfristiger Informationsfluss einer klassischen Spionageoperation.

### **Einflussnahmeoperationen im Rahmen der Bundestagswahl 2025**

Low-Level-Agenten können auch bei Operationen, die der Einflussnahme dienen, eine zentrale Rolle spielen.

Im Dezember 2024 kam es beispielsweise zu zahlreichen Sachbeschädigungen in Deutschland. Betroffen waren die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Brandenburg. Die Täter befüllten Abgasrohre von Fahrzeugen mit Bauschaum und brachten Aufkleber mit dem Slogan „Sei Grüner!“ an.

In der Öffentlichkeit wurde zunächst davon ausgegangen, dass die Aktionen von Klimaaktivisten initiiert worden seien. Bei den Tätern dürfte es sich aber mutmaß-

lich um von Russland genutzte Low-Level-Agenten gehandelt haben. Dafür spricht die zeitliche Korrelation zwischen den Aktionen und der damals bevorstehenden Bundestagswahl im Februar 2025. Zudem sollte die politische Implikation der Taten die Partei Bündnis90/Die Grünen beziehungsweise ihr nahestehende Akteure diskreditieren. Dies wäre im Sinne russischer Agitation.

### Russische Einflussnahme auf die Bundestagswahl 2025

Grundsätzlich sind politische Ereignisse wie die Bundestagswahl in besonderem Maße dazu geeignet, in unzulässiger Art und Weise durch fremde Mächte beeinflusst zu werden. Russland war der zentrale Akteur bei hybriden Versuchen der Einflussnahme auf die Bundestagswahl 2025.

Ziele Russlands waren dabei:

- Das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben.
- Die Bindung Deutschlands zu EU und NATO zu schwächen.
- Die Unterstützung für die Ukraine zu vermindern.
- Eine gesellschaftliche Spaltung zu fördern.
- Politische Entscheidungen im eigenen Sinne zu beeinflussen.

Eine abschließende Zuordnung der Taten ist wegen des noch ausstehenden Gerichtsurteils bisher nicht erfolgt. Der Fall verdeutlicht aber dennoch, dass Russland neben den realweltlichen Folgen etwaiger Aktionen, wie der Beschädigung von Fahrzeugen, ein größeres Ziel, die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses und der politischen Willensbildung, in den Blick nehmen dürfte. Der Einsatz von Low-Level-Agenten kann insofern auch eine andere Täterschaft suggerieren; hierfür nutzt Russland ohnehin bestehende Spaltungslinien, die eine weitere Polarisierung versprechen.

Insofern zielt Russland neben möglichen Vorbereitungshandlungen für Sabotageaktivitäten gegen Kritische Infrastrukturen und militärische Liegenschaften direkt in das Zentrum der westlichen Demokratien. Die Russische Föderation nutzt dafür neben den drei wesentlichen Geheimdiensten ungeübte, kriminelle, finanziell

motivierbare Personen ohne nachrichtendienstlichen Hintergrund. Dieser veränderte Modus Operandi reiht sich in das Konzept zur hybriden Kriegsführung ein.

### **Aktivitäten von Low-Level-Agenten abwehren**

Deutschland ist ein herausgehobenes Ziel russischer Nachrichtendienste. Dies belegen die Fälle der jüngeren Vergangenheit. Die Nutzung von Low-Level-Agenten stellt eine neue Bedrohung dar, der die deutschen Sicherheitsbehörden mit einer erhöhten Aufmerksamkeit und konkreten Abwehrmaßnahmen begegnen.



Gemeinsame Kampagne des BKA und der Nachrichtendienste zum Thema Low-Level-Agenten

Die Spionageabwehr geht den Hinweisen in enger Zusammenarbeit mit den nachrichtendienstlichen und polizeilichen Partnern nach. Um Gefahren konkret einschätzen und diesen wirksam begegnen zu können, werden Erkenntnisse auch kurzfristig im Verbund der relevanten Sicherheitsbehörden ausgetauscht. Damit trägt die Spionageabwehr dazu bei, mutmaßliche russische Sabotage aufzuklären beziehungsweise zu unterbinden.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025 Politik und Behörden für die hohe Bedrohungslage durch illegitime Einflussnahme fremder Mächte sensibilisiert, auch um damit eine frühzeitige Entdeckung und Abwehr zu ermöglichen. Schließlich sind Einflussnahme- und Desinformationskampagnen kurz vor einer Bundestagswahl für einen Ein-

flussakteur grundsätzlich attraktiv, da in diesem Fall den deutschen Behörden und einer eventuell betroffenen Partei wenig Zeit für eine öffentliche Gegen-darstellung bliebe.

Eine Verstärkung dieser Art der Prävention soll dazu beitragen, betroffene Zielgruppen möglicher Rekrutierungsversuche durch russische Geheimdienste vor den Gefahren zu warnen und gleichzeitig das sicherheitsbehördliche Hinweisaufkommen zu erhöhen.

### **Proxy-Akteure im Cyberbereich**

Als weitere Komponente der hybriden Kriegsführung kann pro-russischer Hacktivismus gegen die Unterstützer der Ukraine gewertet werden. Mit kurzfristigen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen wollen die Akteure mediale Aufmerksamkeit erzeugen, um mit Hilfe von Propaganda die Bevölkerung einzuschüchtern und zu verunsichern. Das Narrativ und die Zielauswahl der Angriffe folgen den Interessen und Zielen russischer Nachrichtendienste. Im Gegensatz zu staatlich gesteuerten Hackergruppierungen verfügen die geworbenen Personen in der Regel nur über niedrige bis mittlere technische Fähigkeiten. Auch wenn eine staatliche Steuerung bisher nicht nachgewiesen werden konnte, agieren die Hacktivisten als selbsternannte Stellvertreter (Proxys) Moskaus.

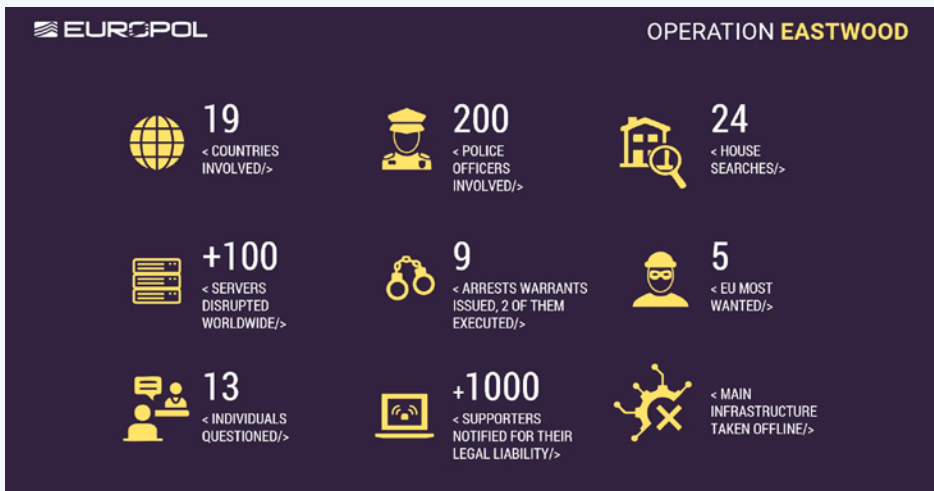
Im Bereich des Hacktivismus tritt insbesondere die Gruppierung NoName057(16) in Erscheinung. Über seine Telegram-Kanäle versucht der Akteur, ideologisch motivierte Privatpersonen für seine Kampagnen zu rekrutieren. Hierbei stellt er auch eine finanzielle Entschädigung in Aussicht. Weitere pro-russische hacktivistische Gruppierungen, wie die ZPentest Alliance, richten ihre Angriffe insbesondere gegen industrielle Kontroll- und Betriebssysteme in westlichen Staaten.

### **Überlastungsangriffe gegen die NATO**

Distributed Denial of Service Angriffe (DDoS-Angriffe) können die Verfügbarkeit von Web-Angeboten durch eine gezielt herbeigeführte Überlastung zeitweise einschränken. Zwar entstehen meist keine langfristigen Schäden, dennoch können Ausfälle von Online-Diensten wie Bankgeschäften, Verkaufsplattformen oder sozialen Medien zu Vertrauensverlust, Beeinträchtigung der Markenwahrnehmung und

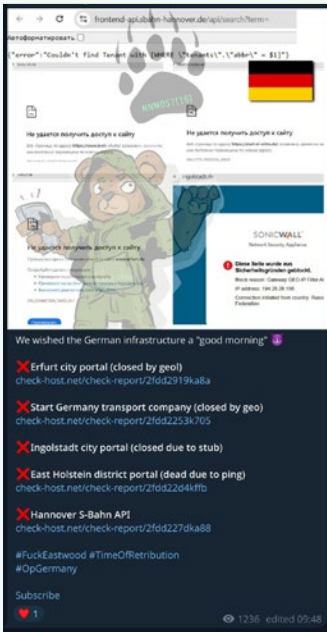
direkten finanziellen Verlusten führen. Zusätzlich können die Kosten für die Stärkung der Infrastruktur gegen zukünftige Angriffe für Unternehmen erheblich sein. Neben direkten messbaren Schäden sind häufig auch symbolische Schäden beabsichtigt, indem pro-russische Kräfte ihre vermeintliche Überlegenheit und Stärke im Cyberraum signalisieren und medienwirksam in Erscheinung treten möchten.

Mit seinem DDoSia-Projekt stellt NoName057(16) eine Software für die Teilnahme an koordinierten DDoS-Attacken zur Verfügung. Die Gruppierung koordiniert Angriffe gegen staatliche Stellen, Infrastruktur und Unternehmen in Europa und im Umfeld der NATO - häufig als Gegenreaktion für die Unterstützung der Ukraine. Zu den Zielen der Überlastungsangriffe gehörten in der Vergangenheit unter anderem Organisationen, Universitäten und Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Um in das Zielspektrum der Hacktivist\*innen zu geraten, kann bereits ein russlandkritischer Vortrag, etwa an einer Universität, ausreichend sein.



Pressemeldung von Europol zur Aktion gegen NoName057(16) vom 16. Juli 2025

Im Juli 2025 fand unter der Koordination von Europol eine internationale Großaktion gegen das Hacktivist\*innen-Netzwerk NoName057(16) statt. Bei der als „Operation Eastwood“ benannten Operation wurden zahlreiche Durchsuchungen in ver-



Ankündigung einer neuen Angriffswelle auf Telegram

stehenden Staaten durchgeführt, über einhundert Server stillgelegt oder beschlagnahmt und mindestens zwei Personen festgenommen.

Obwohl die Operation NoName057(16) erheblich traf, konnte die Gruppierung nicht vollständig zerschlagen werden. Insbesondere im Oktober 2025 machte die Gruppierung in Presseberichten erneut von sich reden. Die vermeintlichen Erfolge posteten die Haktivisten auf ihren Telegram-Kanälen. Hierbei wird deutlich, dass die Haktivisten auf die öffentliche Wirkung ihrer Angriffe setzen.

Im Oktober 2025 wurde durch Presseberichte bekannt, dass das Deutsche Vergabeportal in Berlin (dtvp.de) durch eine DDoS-Attacke zeitweise nur eingeschränkt erreichbar war. Das Portal dient unter anderem der Einreichung von Angeboten für öffentliche Aufträge und ist eine zentrale Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft. Bislang fehlen jedoch Hinweise auf weitergehende Schäden wie Datenabfluss oder Manipulation von Ausschreibungsverfahren. Unabhängig hiervon dürfte der Angriff von der Gruppierung als erheblicher Erfolg eingeschätzt werden, da er sowohl eine operative als auch symbolische Bedeutung entfaltete. Die Auswirkungen werden auf Telegram in typischer, überzeichneter Weise dargestellt.

## Angriffe gegen industrielle Kontroll- und Betriebssysteme

Neben Überlastungsangriffen führen pro-russische Haktivisten auch immer wieder vermeintliche Hacks von schlecht gesicherten kleineren industriellen Steuerungsanlagen durch. Oft geraten dabei KRITIS-nahe Einrichtungen oder Einrichtungen der freiwilligen kommunalen Daseinsvorsorge, etwa kleinere Wasserwerke oder Schwimmbäder, in das Visier der Aktivisten. Insbesondere kleinere Betreiber haben oftmals unzureichend geschützte Fernwartungszugänge. Ein Ziel der Angreifer ist auch hier, durch eine öffentliche Berichterstattung Aufmerksamkeit zu

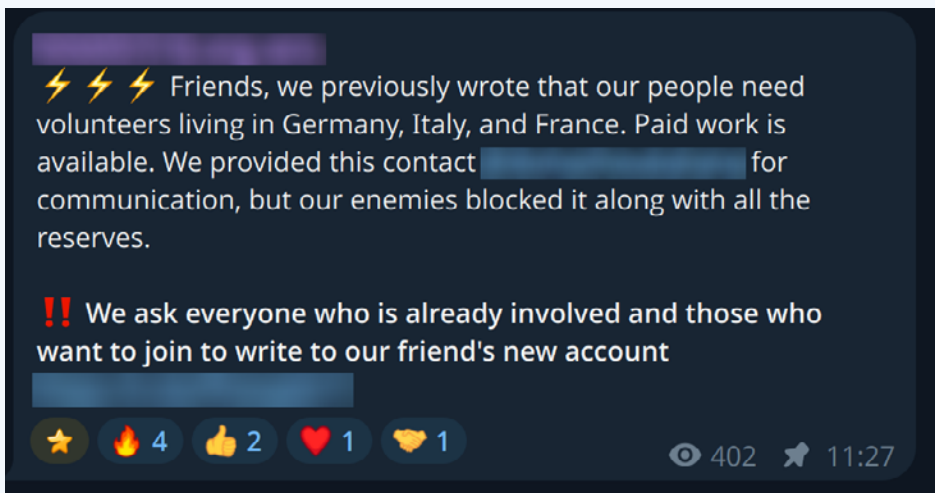
erhalten und Unsicherheit zu verbreiten. In vielen Fällen stimmt der auf den Telegram-Kanälen dargestellte Schaden nicht mit den Auswirkungen in der Wirklichkeit überein. Die Angreifer behaupten, keinerlei Skrupel vor materiellen oder personellen Schäden zu haben.

### Allianzen pro-russischer Hackerkollektive

Pro-russische Hackerkollektive agieren zunehmend in losen Allianzen, die durch gemeinsame Ideologie, Propaganda-Kanäle und Zielauswahl verbunden sind. Diese Netzwerke dienen vor allem der gegenseitigen Verstärkung, dem Austausch einfacher Software- und Hacking-Werkzeuge und der Koordination von medienwirksamen Angriffen. Technisch bleibt die Schlagkraft einzelner Gruppen begrenzt, doch ihr koordiniertes Auftreten erhöht die Sichtbarkeit. Allianzen bilden somit einen eigenständigen Teil der pro-russischen Einfluss- und Störarchitektur im Cyberraum.

### Anwerbung von Sympathisanten

Hacktivistische Gruppierungen fordern Sympathisanten immer wieder auf, sich dem Kollektiv anzuschließen. NoName057(16) bietet für die Durchführung von Angriffen sogar eine finanzielle Entschädigung an. Gleichwohl wird die Rekrutierung durch vermehrtes Blockieren von Telegram-Kanälen inzwischen erschwert.



Auf seinem Telegram-Kanal wirbt NoName057(16) Freiwillige an und stellt eine Bezahlung in Aussicht

Wer jedoch auf das Angebot eingeht und gegen Bezahlung für pro-russische Hacktivist\*innen Angriffe durchführt, begeht eine schwere Straftat. Deutsche und europäische Behörden werten solche Aktionen zunehmend als organisierte Cyberkriminalität oder sogar als Einflussnahme für eine fremde Macht. Während die Anführer im Ausland vor Strafverfolgung nahezu sicher sind und anonym bleiben, können deren Proxy-Helfer im Ausland von Strafverfolgungsbehörden mit erheblichen Strafen belegt werden.

Ebenso gehen die USA vehement gegen pro-russische Hackergruppierungen vor und bieten hohe Geldsummen für Hinweise auf beteiligte Personen. So gab das Justizministerium der USA am 9. Dezember 2025 bekannt, Anklage gegen eine ukrainische Staatsangehörige erhoben zu haben, die zuvor an die USA überstellt worden war. Der Angeklagten wird vorgeworfen, die pro-russischen Hackergruppen Z-Pentest und NoName057(16) unterstützt zu haben. Beide Gruppen werden als mutmaßlich staatlich gesponsert oder zumindest staatlich geduldet bewertet, weil sie geopolitische Interessen Russlands verfolgen. Insbesondere die Hackergruppe Z-Pentest steht in dem Verdacht, in Verbindungen mit dem russischen Militärgeheimdienst GRU zu stehen. Z-Pentest hatte sich im Jahr 2024 zu Cyberangriffen auf industrielle Steueranlagen in den USA bekannt, bei denen es zu Schäden im Bereich der Trinkwasseraufbereitung und Fleischproduktion kam. Nach Angaben des Justizministeriums der USA drohen der Angeklagten bei einer Verurteilung für die Unterstützung von Z-Pentest bis zu 27 Jahre und für die Unterstützung von NoName057(16) bis zu fünf Jahre Haft in den USA.

## SPIONAGE, PROLIFERATION UND SICHERHEITSGEFÄHRDENDE AKTIVITÄTEN FÜR FREMDE MÄCHTE

Das Jahr 2025 markiert einen Wendepunkt für die europäische Sicherheitsarchitektur. Mit ihrer am 4. Dezember 2025 veröffentlichten nationalen Sicherheitsstrategie legen die Vereinigten Staaten von Amerika ihre außenpolitischen Positionen und Prioritäten fest. Neben einer Neujustierung der Beziehungen zu Russland und China werden Europa und insbesondere die Europäische Union äußerst kritisch bewertet. Darüber hinaus wird deutlich, dass die USA sich stärker auf den amerikanischen Kontinent als unmittelbare Einflussphäre konzentrieren wollen. Die Strategie setzt damit die außenpolitische Marschrichtung der Regierung von Präsident Trump fort, die europäischen Staaten zu höheren Militärausgaben im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft und zur primären Finanzierung der Ukraine-Unterstützung anzuhalten. Es wird deutlich, dass Europa künftig selbst für seine Verteidigungsfähigkeit sorgen muss und ebenso die Hauptverantwortung für die Sicherung der sogenannten NATO-Ostflanke trägt.

Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt spielt dabei eine Führungsrolle innerhalb Europas. Die Bundesregierung hat zur Stärkung der Ver-

### 9. Januar

Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (China)

### 05. Februar

offenbar von Russland gesteuerte, deutschlandweite Sabotageserie

2025

### 16. Januar

Festnahme wegen mutmaßlicher Agententätigkeit (Marokko)

### 29. April

Anklage wegen mutmaßlicher Agententätigkeit (China)

teidigungsfähigkeit ein Sondervermögen aufgelegt. Die Europäische Union und die wichtigsten europäischen Staaten stehen eng an der Seite der von Russland völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine. Gleichzeitig ist Deutschland inzwischen der größte finanzielle Unterstützer der Ukraine. Diese Situation sowie die politische Annäherung zwischen den USA und Russland führen dazu, dass der Kreml Europa und insbesondere Deutschland inzwischen als Hauptfeind betrachtet. Die Fokussierung auf Europa zeigt sich unter anderem in der Verstärkung hybrider Maßnahmen russischer Nachrichtendienste und weiterer staatlicher Stellen gegen Europa und die NATO-Ostflanke. Bundeskanzler Merz erklärte in diesem Kontext, dass Deutschland sich zwar noch nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden befinde. Es ist Konsens zwischen den meisten europäischen Regierungen, dass eine verschärfte Eskalation mit der Russischen Föderation bis hin zu einem militärischen Angriff Russlands auf Europa möglich erscheint.

Die Entwicklungen seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine im Jahr 2022, insbesondere aber die weitere Entwicklung im Berichtsjahr bringen Deutschland in eine äußerst angespannte Sicherheitslage. Während die Eskalation zwischen Europa und Russland eher zunimmt, ist die enge Partnerschaft mit den USA mit Blick auf die dortige Sicherheitsstrategie aktuell erheblichen Herausforderungen ausgesetzt. Gleichzeitig setzt die Volksrepublik China ihren Expansionskurs fort, um das selbst formulierte Ziel, bis 2049 Weltmachtstatus zu erlangen, zu erreichen.

### **28. Mai**

Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (Russland)

### **01. Juli**

Festnahme wegen mutmaßlicher geheimdienstlicher Agententätigkeit (Iran) mit möglichem staatsterroristischem Bezug

### **13. Juni**

Beginn des sogenannten Zwölf-tagekrieges zwischen Israel und Iran

### **12. Juli**

Kölner Polizistin wegen Spionageverdachts vom Dienst suspendiert (Türkei)

Dabei macht China auch in Europa und Deutschland in vielfältiger Weise Gebrauch von seinen Einwirkungsmöglichkeiten, die in nicht unerheblichem Maße in einseitigen, vor allem wirtschaftlichen Abhängigkeiten begründet liegen. Daneben birgt die zwischenzeitliche massive Eskalation im Nahen Osten bis hin zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Iran und Israel sowie den USA ein erhöhtes Risiko für staatsterroristische Aktivitäten Irans in Deutschland.

Dem Verfassungsschutz als Abwehrdienst kommt in dieser Situation eine zentrale Verantwortung zu. Die Bedrohung unserer demokratischen Werte und Institutionen sowie deutscher Interessen durch ausländische Mächte ist aufgrund der multiplen, miteinander verflochtenen Krisenherde in der Welt und der Positionierung zentraler weltpolitischer Akteure so groß wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Spionageabwehr ist zuständig für die Detektion und Abwehr ausländischer Spionage, Sabotage, Desinformation, illegitimer Einflussnahme, Proliferation sowie von transnationaler Repression (TNR) bis hin zu Staatsterrorismus. Dabei führt die veränderte Sicherheitslage zu einer nochmals engeren Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden von Bund und Ländern sowie mit der Bundeswehr und anderen sicherheitsrelevanten Stellen. Im Bereich Spionage hat sich die Intensität des Austauschs im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ-SP) sowie in anderen Gremien erhöht. In Nordrhein-Westfalen hat neben dem Verfassungsschutz auch die Polizei ihre Aufmerksamkeit gegenüber der Thematik verstärkt.

**25. August**

Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit (China)

**10. September**

Russische Drohnen dringen in polnischen Luftraum ein

2025

**01. September**

Verurteilung eines marokkanischen Staatsangehörigen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit

Polizeibehörden in der Fläche wurden entsprechend sensibilisiert und eigene Strukturen zur Bearbeitung von Spionage und insbesondere Sabotage geschaffen.

Neben der Detektion und Abwehr konkreter illegaler und illegitimer Maßnahmen ausländischer Mächte in Deutschland werden die kommenden Jahre zusätzlich davon geprägt sein, die deutschen Sicherheitsbehörden hinsichtlich der aktuellen Bedrohungslage zu „härten“. Zudem werden Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung bei der Erhöhung ihrer Resilienz unterstützt. Über den Konflikt mit der Russischen Föderation hinaus ist die aktuelle Notwendigkeit deutlich, sicherheitspolitische Abhängigkeiten zu reduzieren, eigene Fähigkeiten zu erhöhen und entsprechende Sensibilität in allen relevanten Bereichen zu schaffen. Eine starke und kompetente Spionageabwehr ist wesentlicher Baustein hierzu.

### Russische Föderation

Die Russische Föderation hat ihre gegen Deutschland gerichteten nachrichtendienstlichen Aktivitäten im Jahr 2025 in nochmals erhöhtem Maße fortgesetzt.

### Deutschland im Fokus hybrider Bedrohung

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich die nachrichtendienstliche Bedrohung, die von Russland ausgeht, kontinuierlich verschärft. Durch unterschiedliche Maßnahmen und entlang verschiedener, sich weiter verschiebender Eskalationslinien forciert die Russische Föderation ihre gegen

#### 30. September

Haftstrafe wegen Spionage für China für Ex-Mitarbeiter des Mitglieds des Europäischen Parlaments Maximilian Kraus

#### 30. Oktober

Verurteilung von Dieter S. vor dem OLG München unter anderem wegen Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

#### 23. Oktober

Russische Militärflugzeuge dringen erneut in NATO-Luftraum ein

#### 22. Dezember

Verurteilung von drei Deutschen wegen illegaler Ausfuhren nach China durch das OLG Düsseldorf

Deutschland, die NATO und Europa gerichteten Destabilisierungsversuche. Im Zusammenhang mit dieser hybriden Bedrohung stellt die Spionageabwehr ein deutlich aggressiveres und risikobereiteres Vorgehen fest, das auf ein einheitliches Ziel gerichtet ist: Westliche Gesellschaften zu destabilisieren, zu spalten, Bündnisse zu schwächen und die bestehende Sicherheits- und Ordnungsstruktur zu zerstören oder nachhaltig zugunsten Moskaus zu verändern. Zu den zentralen Aktivitäten der Russischen Föderation in Deutschland zählen:

- Spionage,
- Sabotage,
- Illegitime Einflussnahme,
- Proliferation,
- und in Einzelfällen Staatsterrorismus.

Im Hinblick auf den andauernden Krieg in der Ukraine hat die Russische Föderation ein großes Interesse an den klassischen Aufklärungsbereichen Politik, Wirtschaft, Militär, Wissenschaft und Technik. Besonders bedeutsam sind Informationen, die der Aufklärung sämtlicher Akteure und Aktivitäten, die mit der Ukraine in Zusammenhang stehen, sowie der deutschen Ukraine-Unterstützung dienlich sein können. Darüber hinaus gelten Informationen über Personen, die in Russland den Status eines Verräters oder Staatsfeindes innehaben, prinzipiell als besonders relevant. Bei solchen Personen kann es sich beispielsweise um nachrichtendienstliche Überläufer oder Deserteure, aber auch herausgehobene und als feindlich klassifizierte Akteure handeln, die der ukrainischen Seite zugeschrieben werden. Hier kann die Gefährdungslage über das nachrichtendienstliche Aufklärungsinteresse hinausgehen und unter Umständen staatsterroristische Risiken implizieren.

In diesem Zusammenhang könnte eine aktuelle Anklage des Generalbundesanwaltes (GBA) stehen: So hat die Bundesanwaltschaft im Mai 2025 vor dem Staatsschutzsenat des OLG Frankfurt am Main Anklage gegen einen ukrainischen, einen armenischen und einen russischen Staatsangehörigen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben. Die drei Angeschuldigten sollten demnach im Auftrag eines russischen Geheimdienstes einen Mann ausspähen, der sich im Rahmen des russischen Angriffskrieges für das ukrainische Militär an Kampfhandlungen

beteiligt haben soll. Zur Identifikation der in Deutschland derzeit lebenden Zielperson und weiterer Informationsgewinnung habe diese in einem Café in Frankfurt am Main getroffen werden sollen. Die Zielperson hatte sich allerdings zuvor an deutsche Polizeibehörden gewandt, sodass es nicht zu diesem Treffen kam. In seiner Pressemitteilung gab der GBA an, dass die Ausspähaktion vermutlich der Vorbereitung weiterer geheimdienstlicher Operationen in Deutschland, „möglicherweise bis hin zur Tötung der Zielperson“ führen sollte. Die Ermittlungen in diesem Fall dauern an.

### **Bedeutung menschlicher Zugänge**

Neben zentral aus Moskau oder über Mittelsleute gesteuerten Operationen kommt diplomatischen Vertretungen für die Entfaltung nachrichtendienstlicher Aktivitäten seit jeher eine wichtige Rolle zu. Mit Schließung von vier der fünf russischen Generalkonsulate im Jahr 2023 auf Weisung des Auswärtigen Amtes und der damit verbundenen Entscheidung der Russischen Föderation, den Standort in Bonn beizubehalten, kommt diesem Generalkonsulat in Nordrhein-Westfalen auch in nachrichtendienstlicher Hinsicht eine gestiegene Bedeutung zu. Beleg hierfür ist unter anderem das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf aus Mai 2024: Ein 54-jähriger aus Rheinland-Pfalz hatte Dokumente der Bundeswehr mit dem Verschlussachengrad „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ an das russische Generalkonsulat in Bonn übermittelt.



Prozess gegen Jian G. vor dem Oberlandesgericht in Dresden

Diverse Fälle der jüngeren Vergangenheit - sei es ein ehemaliger Mitarbeiter eines schwedischen Nachrichtendienstes oder der aktuell laufende Prozess gegen einen mutmaßlichen Innentäter im Bundesnachrichtendienst (BND) - verdeutlichen, dass die russischen Dienste über in Jahrzehnten erprobte Mittel und Wege zur Informationsgewinnung verfügen. Sie können damit erfolgreich auch in zentralen und äußerst sensiblen Bereichen menschliche Zugänge anbahnen, kultivieren und abschöpfen. Solche Fälle belegen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von sicherheits- und verteidigungsrelevanten Stellen im Fokus russischer Dienste stehen und sich der nachrichtendienstlichen Risiken bewusst sein müssen.

### **Zunahme von Sabotagevorbereitungen und -handlungen**

Neben der Beschaffung politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Informationen können solche Operationen aber auch der Vorbereitung von Sabotage, Einflussnahme oder der Initiierung und Steuerung von Desinformationskampagnen dienen. Bereits im Jahr 2024 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz vor möglichen Sabotagehandlungen gewarnt. Die Entwicklung im Berichtsjahr zeigt, dass diese Warnung richtig war und aufrechterhalten werden muss. So registrieren die europäischen Sicherheitsbehörden ein weiter erhöhtes Meldeaufkommen zu Vorfällen wie Brandanschlägen, Sachbeschädigungen oder Drohnensichtungen. Festnahmen wegen Sabotagevorbereitungen und -handlungen in ganz Europa und Deutschland nehmen zu. Die Ereignisse deuten darauf hin, dass Kritische Infrastrukturen und militärische Liegenschaften - wie bereits zu Zeiten der Sowjetunion - im Fokus möglicher Vorbereitungshandlungen russischer Sabotage stehen können. In erster Linie geraten dabei solche Ziele ins Visier, die im direkten oder mittelbaren Zusammenhang mit der westlichen Unterstützung der Ukraine stehen.

## Sabotage-Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV)

Sabotage ist die „bewusste Beeinträchtigung militärischer, politischer oder produktionsbezogener Prozesse, einschließlich Supply-Chain-Prozessen. Dies kann die Beschädigung oder Zerstörung wichtiger Anlagen und Einrichtungen von Kritischen Infrastrukturen umfassen, die für das Gemeinwesen unverzichtbar sind. [...] Das Behindern oder (Zer-)Stören von politischen, administrativen und wirtschaftlichen Prozessen sowie entsprechender Kommunikation in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ist dabei nicht das alleinige Ziel von Sabotage. Hinzu kommt oftmals auch die Absicht, die öffentliche Meinung und politisch Verantwortliche im Sinn des Sabotageakteurs zu beeinflussen oder Unsicherheit zu erzeugen.“

Seit dem Kalten Krieg werden Sabotageoperationen zur Verunsicherung und Spaltung des Westens genutzt. Damals gerieten militärische Liegenschaften sowie Energie-, Wasser- und sonstige Rohstoffversorgung in den Blick. Heute indizieren die Erkenntnisse in der Gesamtschau ebenfalls, dass Kritische Infrastrukturen und militärische Liegenschaften im Fokus stehen. Ziele sind dabei nicht nur die Unterminierung deutscher Hilfe gegenüber der Ukraine, sondern auch die Bindung von Ressourcen westlicher Sicherheitsbehörden und die Verunsicherung der Bevölkerung in Politik und Gesellschaft.

Dass Informationsbeschaffung explizit der Vorbereitung von Sabotagehandlungen dient, zeigt das Urteil des Oberlandesgerichts München vom 30. Oktober 2025 gegen den deutsch-russischen Staatsangehörigen Dieter S.. Er wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit und Agententätigkeit zu Sabotagezwecken zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Im September 2023 bot S. seinem russischen Kontakt an, Informationen aus Deutschland über Bahnstrecken, Eisenbahnknotenpunkte, die für den Transport von Militärgütern in die Ukraine genutzt werden, sowie Informationen zum Truppenübungsplatz in Grafenwöhr und zu Ölraffinerien in Bayern gegen Entgelt zu beschaffen. Bis zu seiner Festnahme am 17. April 2025 über-

mittelte S. dann auch tatsächlich derartige Informationen. Zudem erklärte er sich bereit, Anschläge auf Bahnstrecken zu verüben. Durch Sabotageaktionen sollte die Integrität des deutschen politischen Systems angegriffen werden und die Bürger sollten so die „Kosten“ der Unterstützung der Ukraine spüren. Die Menschen sollten sich – so der hinter den Aktivitäten stehende Plan – Gedanken darüber machen, ob es klug sei, die Ukraine zu unterstützen. Wegen seiner Beteiligung an einer Brigade der als terroristischen Organisation im Ausland eingestuften „Volksrepublik Donezk“ im Jahr 2014 und entsprechenden Kampfeinsätzen wurde Dieter S. zudem wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt.

### **Einflussnahmeversuche zur Durchsetzung russischer Ziele**

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Russlands müssen indes ganzheitlich betrachtet werden; neben Informationsbeschaffung und Sabotage verfolgen russische Dienste Ziele wie die Schwächung der Ukraine-Unterstützung zudem mittels vielfältiger Einflussnahmeaktivitäten. Diese zielen in erster Linie auf die Stärkung der eigenen Position durch die Schwächung des Gegners. Zielstaaten sollen über Einflussnahme destabilisiert sowie das Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen untergraben werden. Dieser Herangehensweise liegt eine langfristige Strategie Russlands zugrunde. Die russische Seite versucht, bestehende gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, zu verstärken, eigene Narrative an geeigneter Stelle zu platzieren und diesen zu möglichst hoher Verbreitung zu verhelfen. Eine Diskreditierung westlicher Staaten und eine damit einhergehende Diffamierung westlicher Bündnisse wie der EU und NATO sollen dazu beitragen, das russische Weltbild und politische System überlegen erscheinen zu lassen. Nach wie vor werden hierfür verstärkt soziale Medien von staatlichen oder staatsnahen russischen Akteuren und ihren Mittelsleuten genutzt.

In diesem Zusammenhang stehen verschiedene EU-Sanktionen: So wurden im Mai 2025 beispielsweise restriktive Maßnahmen gegen 21 Personen und sechs Organisationen verhängt, die für „destabilisierende Aktivitäten Russlands im Ausland verantwortlich sind.“ Unter den sanktionierten Organisationen war auch das pro-russische Internetportal „Voice of Europe“ mit Sitz in Tschechien. Dieses in der EU angesiedelte Projekt wurde bereits im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament



Beitrag der prorussischen deutschen Bloggerin auf ihrem Kanal „Neues aus Russland“

äußerten. Einzelne deutsche Politiker stehen im Verdacht, über das Projekt politisch vereinnahmt worden zu sein.

Daneben sind Einzelpersonen mit Bezügen nach Deutschland von den Sanktionen betroffen: Eine prorussische deutsche Bloggerin unterstützte mit ihrem Kanal „Neues aus Russland“ regelmäßig den Kreml, indem sie Falschinformationen in sozialen Medien wie beispielsweise Telegram veröffentlichte. Die Europäische Union wirft ihr vor, den demokratischen Prozess in Deutschland untergraben zu wollen.

## Sanktionsmaßnahmen der EU

„Darüber hinaus wird der Rat angesichts der systematischen internationalen Kampagne der Medienmanipulation und Verfälschung von Fakten Russlands, mit der die Nachbarländer und die EU destabilisiert werden sollen, nun die Möglichkeit haben, die Sendelizenzen russischer Medienunternehmen, die unter der Kontrolle der russischen Führung stehen, auszusetzen und ihnen die Ausstrahlung ihrer Sendungen in der EU zu verbieten.“

Auszug einer Pressemitteilung des Europäischen Rats vom 20. Mai 2025

Für die Sanktionierten haben die Maßnahmen der EU merkbare Folgen: Die Vermögenswerte der sanktionierten Personen und Organisationen werden eingefroren und Personen und Organisationen aus der Europäischen Union ist es verboten, ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt überdies ein Reiseverbot. Sie werden damit an der Einreise in und der Durchreise durch EU-Gebiet gehindert.

Illegitime Einflussnahme kann zudem über die gezielte Förderung und Unterstützung von Personen, Parteien und Bewegungen in Deutschland ausgeübt werden. Dabei kommen kommunikative Unterstützung und materielle Anreize zum Einsatz. Bilaterale Gesprächskanäle, „Thinktanks“, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperationen werden ebenso genutzt wie Einladungen zu politischen Reisen oder Symposien, bei denen Kontakte geknüpft und kultiviert sowie letztlich Vereinnahmungen erreicht werden können. Umgekehrt agitiert die russische Staatspropaganda offen und verdeckt gegen unliebsame Parteien, Organisationen und Personen.

Der Verfassungsschutz sensibilisiert mit einem ganzheitlichen Ansatz regelmäßig Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen über Spionage- und Sabotagegefahren und über illegitime Aktivitäten der Einflussnahme.

## China

Im Jahr 2049 wird die Volksrepublik China 100 Jahre alt. Erklärtes Ziel ist, bis dahin in technologischer, wirtschaftlicher und militärischer Sicht Weltmachtstatus zu erlangen. Dieses Ziel leitet das staatliche Handeln Chinas.

Chinesische Nachrichtendienste orientieren sich an den chinesischen Staatszielen. Die Grundlage schafft eine Gesetzgebung, die die chinesischen Nachrichtendienste mit umfangreichen Befugnissen im In- und Ausland ausstattet. So verabschiedete China im Juli 2017 das Nationale Geheimdienstgesetz (NGG). Das NGG öffnet den Sicherheitsbehörden breite Spielräume, nachrichtendienstlich tätig werden zu können. Unterschiedlichste chinesisch-stämmige Akteure - Personen, Organisationen, Unternehmen - können damit im In- und Ausland zur Mitarbeit verpflichtet werden.

Die Nachrichtendienste Chinas protegieren und flankieren folglich die Durchsetzung der Ziele der chinesischen Partei- und Staatsführung. Damit sind sie zentrales Element zum Machterhalt der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh).

Zu den chinesischen Nachrichtendiensten zählen:

- Ministry of State Security (MSS)
- Military Intelligence Directorate (MID)
- Ministry of Public Security (MPS)
- International Department of the Central Committee of the Communist Party of China (IDCPC)

Als größte Volkswirtschaft in Europa ist Deutschland ein wichtiges Ziel für chinesische Nachrichtendienste. Eine ihrer zentralen Aufklärungsaktivitäten zielt daher auf deutsche Hochtechnologie (beispielsweise Künstliche Intelligenz, Quanten-Computing, Halbleiter oder Satellitentechnik und Rüstungsindustrie). China bemüht sich in diesen Bereichen intensiv um Forschungskooperationen mit deutschen Akteuren. Für Deutschland kann das mitunter herausfordernd sein: So gehen mit deutsch-chinesischen Forschungskooperationen Risiken wie zum Beispiel ein über das akzeptable Maß hinausgehender Wissens- und Technologietransfer einher.

### **Zivil-militärische Fusion**

Der Begriff der „zivil-militärischen Fusion“ meint die Bündelung aller Maßnahmen der Wissensbeschaffung zum Zwecke des Machtzuwachses. Forschungsausprägungen und -kooperationen müssen sich an den von der KPCh formulierten Staatszielen orientieren. Überdies werden alle im In- und Ausland erlangten Forschungsergebnisse auf ihre militärische Nutzbarkeit hin überprüft (Dual-Use).

## Belege für ein hohes Spionagerisiko

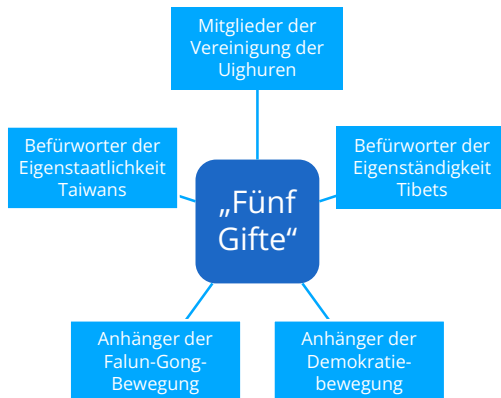
Die Ermittlungsverfahren im Berichtsjahr verdeutlichen: Das Spionagerisiko durch chinesische Nachrichtendienste ist hoch. Das belegt zum Beispiel der Prozessbeginn wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen den US-amerikanischen Staatsangehörigen Martin D. vor dem Oberlandesgericht Koblenz am 19. November 2025. D. arbeitete zwischen 2017 und Frühjahr 2023 für einen zivilen Vertragspartner des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika. Spätestens seit 2020 übte er seine Tätigkeit auf einem US-amerikanischen Militärstützpunkt in Deutschland aus. Im Sommer 2024 soll der Angeschuldigte mehrfach chinesische staatliche Stellen kontaktiert und die Übermittlung sensibler Informationen des US-amerikanischen Militärs für den chinesischen Geheimdienst angeboten haben.

Das hohe Risiko chinesischer Spionage wird ebenfalls mit Blick auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Dresden vom 30. September 2025 deutlich: So hatte die Bundesanwaltschaft bereits am 9. April 2025 Anklage gegen den deutschen Staatsangehörigen Jian G. und die chinesische Staatsangehörige Jaqi X. erhoben. G. war nach Überzeugung des Gerichts bereits seit 2007 Mitarbeiter eines chinesischen Geheimdienstes. Schwerpunkt seiner Tätigkeit sei laut OLG Dresden zum einen die Ausspähung und Namhaftmachung chinesischer Oppositioneller gewesen, außerdem die Sammlung und Auswertung von Informationen über die AfD und – als Mitarbeiter eines AfD-Europaabgeordneten – über die Arbeit des Europäischen Parlaments. G. habe ferner gemeinsam mit der Mitangeklagten Jaqi X. Informationen über Flüge, Fracht und Passagiere beim Flughafen Halle/Leipzig gesammelt und an den chinesischen Geheimdienst weitergegeben, insbesondere über militärische Transporte. X. war am Flughafen Halle/ Leipzig für ein Logistikunternehmen tätig und hatte insoweit entsprechende Zugänge.

Jian G. wurde wegen Spionage für China zu einer Haftstrafe von vier Jahren und neun Monaten verurteilt. Das Oberlandesgericht Dresden sah die geheimdienstliche Agententätigkeit des Deutschen in einem besonders schweren Fall als erwiesen an. Die Angeklagte Yaqi X. wurde zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

## Transnationale Repression gegen Organisationen und Einzelpersonen

Wie der Fall um Jian G. zeigt, sind die Aktivitäten der chinesischen Nachrichtendienste in Deutschland und Nordrhein-Westfalen nicht auf die Informationsbeschaffung politischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Erkenntnisse begrenzt. Chinas Nachrichtendienste betreiben auch sogenannte transnationale Repression (TNR), das heißt sie klären oppositionelle Strukturen - sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen - auf. Dabei gelten Personen als oppositionell, wenn sie zum Beispiel das Machtmonopol der KPCh in Frage stellen und damit nach chinesischer Bewertung die „nationale Einheit“ bedrohen. Insbesondere zählen Personen dazu, die die Protestbewegung in Hongkong unterstützen oder zu den von China als „fünf Gifte“ bezeichneten Gruppen zählen.



„Fünf Gifte“, die nach Bewertung des chinesischen Staates die „nationale Einheit“ bedrohen

Chinesische Nachrichtendienste bedienen sich im Bereich TNR unterschiedlicher offener und verdeckter Methoden: Einerseits werden Personen unter Druck gesetzt, eingeschüchtert, ausgespäht, diskreditiert oder gegeneinander ausgespielt. Andererseits werden finanzielle Anreize geschaffen oder Angehörige in China in Bezug auf ihr berufliches Fortkommen protegirt. Hierbei können Ziele sein, die Personen für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu gewinnen oder sie dazu zu bewegen, ihre politischen Aktivitäten einstellen.

## **Druckmittel zur Durchsetzung eigener Interessen**

Druckmittel gelten für China grundsätzlich als legitimes Mittel der Durchsetzung eigener Interessen; sie kommen auch gegenüber nordrhein-westfälischen staatlichen Stellen wie zum Beispiel Kommunen oder Ministerien zum Einsatz. Chinesische Investitionszusagen, Kooperationen oder künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit wird zum Beispiel unter den Vorbehalt eines chinafreundlichen Agierens gestellt. Damit geht einher, dass sich die chinesische Seite eine Einmischung in innere Angelegenheiten verbittet, die sie allerdings sehr weit auslegt. Kritik am chinesischen Staat oder beispielsweise die Beziehungen zu Taiwan sind in diesem Zusammenhang hochsensible Themenfelder. Darüber hinaus ist bei vielen deutsch-chinesischen Kooperationsformaten feststellbar, dass die chinesische Seite durch immensen Ressourceneinsatz oftmals in der Lage ist, Ungleichgewichte herzustellen, die sich auf Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume auswirken und so im Ergebnis zu einseitigen Abhängigkeiten führen können oder zumindest dazu, dass die deutsche Seite weniger von dem Austausch profitiert. Das Risiko ist insbesondere bei strukturschwachen Städten und Regionen erhöht, die China regelmäßig kontaktiert.

Neben diesen risikobehafteten Kooperationen stellt die Spionageabwehr auch konkrete illegitime Einflussnahmeversuche auf einzelne Entscheidungsträger oder Sachverhalte sowie Versuche einer generellen, langfristigen Vereinnahmung relevanter Akteure für chinesische Interessen bis hin zu nachrichtendienstlichen Anbahnungsoperationen fest.

## **Einflussnahme auf politischer Ebene**

Eine zentrale Rolle bei der Beschaffung politischer Informationen und der Erweiterung chinesischer Netzwerke, die zur Einflussnahme genutzt werden können, spielt das IDCPC. Das IDCPC vertritt die KPCh im Ausland, knüpft Kontakte in die Politik, zu Parteien und Organisationen innerhalb des politischen Spektrums und dessen Umfeld. Das Ziel ist, um Verständnis für die chinesische Politik zu werben. Hierfür werden seitens des IDCPC auch Einladungen nach China ausgesprochen, um beispielsweise Abgeordnete im Sinne der KPCh zu beeinflussen. Das IDCPC versteht sich aber auch als politische Einrichtung, die im Austausch mit wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland steht und Studien zur globalen poli-

tischen Lage, sozialistischen Bewegungen und zu Parteien anfertigt. Das IDCPC ist bei diplomatischen Vertretungen im Ausland angebunden. Hier agieren ihre Mitarbeitenden meist innerhalb der politischen Abteilung in der jeweiligen Vertretung. Dem steht nicht entgegen, dass IDCPC-Angehörige auch in verdeckter Weise Informationen generieren, zum Beispiel sehr niedrigschwellig über die Pflege von persönlichen Kontakten oder die Nutzung von Mittelsleuten.

Für die im Fokus stehenden Akteure ist häufig nicht erkennbar, dass es sich um Versuche der Vereinnahmung oder der Informationssammlung handelt, da sich chinesische Stellen regelmäßig scheinbar neutraler Dritter als Mittler ihrer Interessen bedienen und damit intransparent agieren. Unter dem Vorwand regulärer diplomatischer Austauschinteressen und Kooperationen werden potenzielle Zugangspersonen identifiziert, für dortige Interessen vereinnahmt oder nachrichtendienstlich angeworben. In den Fokus können dabei nicht nur hochrangige aktuelle oder ehemalige Entscheider in Europa-, Bundes- oder Landespolitik geraten, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise von Verwaltungsbehörden oder Personen, die Zugang zu diesen haben.

Chinas nachrichtendienstlicher Ressourceneinsatz ist umfassend und bezieht sich auf alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Spionageabwehr sensibilisiert verstärkt Politik, Behörden, Wissenschaft und Wirtschaft zu den Risiken im Allgemeinen und auch zu konkreten Sachverhalten, die in Zusammenhang mit den nachrichtendienstlichen Aktivitäten Chinas stehen.

### Islamische Republik Iran



Logo des MOIS

Die Islamische Republik Iran zählt zu den Hauptakteuren gegen Deutschland und Nordrhein-Westfalen gerichteter Spionage. Konkret gehen diese Aktivitäten einerseits vom „Ministry of Information and Security“ (MOIS) aus. Das MOIS ist der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst der Islamischen Republik Iran.



Logo der Quds Force

Andererseits sind auch die Quds Force (QF) der iranischen Revolutionsgarde in Nordrhein-Westfalen tätig.

Iranische Nachrichtendienste gehen mit dem gesamten zur Verfügung stehenden Maßnahmenportfolio in Deutschland und Europa gegen Oppositionelle und Dissidenten vor. Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Irans reichen von klassischen Mitteln der Ausforschung, Unterwanderung und Zersetzung oppositioneller Strukturen über gezielte Cyberangriffe bis hin zum Einsatz staatsterroristischer Maßnahmen Staatsterrorismus. Neben diesem Aufklärungsfeld ist die iranische Regierung auch an Informationen aus den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft interessiert.

Die Islamische Republik Iran versteht sich als Regionalmacht mit ausgeprägtem Gestaltungswillen im Nahen und Mittleren Osten. Iranische Aktivitäten verfolgen explizit und nachhaltig antiwestliche und antiisraelische Stoßrichtungen. Seit dem terroristischen Angriff der **HAMAS** auf Israel am 7. Oktober 2023, der nachfolgenden Eskalation im Nahostkonflikt bis hin zur militärischen Auseinandersetzung zwischen Iran und Israel im Juni 2025 besteht eine erhöhte nachrichtendienstliche Bedrohungslage durch iranische Nachrichten- und Sicherheitsdienste auch in Deutschland beziehungsweise Nordrhein-Westfalen. Diese kann sich im Einzelfall auf konkrete staatsterroristische Risiken ausweiten. Seit der erheblichen militärischen Schwächung der von Iran als sogenannte „Achse des Widerstands“ bezeichneten Akteure sowie des Sturzes des Assad-Regimes in Syrien könnten entsprechende iranische Aktivitäten künftig vermehrt als Optionen asymmetrischer Schläge betrachtet werden.

Aufgrund der insoweit fortgesetzten Feindschaft Irans zu Israel gehören (pro-) israelische und (pro-)jüdische Ziele in Deutschland unvermindert zu einem zentralen Bearbeitungsfeld iranischer Nachrichtendienste. Beleg hierfür sind zum Beispiel Festnahmen der Generalbundesanwaltschaft im Juni und November 2025 in Dänemark:

Die Bundesanwaltschaft hat am 26. Juni 2025 den dänischen Staatsangehörigen Ali S. im Wege der Rechtshilfe in Dänemark festnehmen lassen. Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, für den iranischen Nachrichtendienst tätig gewesen zu sein. Konkret sollte S. im iranischen Auftrag Informationen über jüdische Örtlichkeiten in Berlin und dort lebende Personen sammeln. Dies diene nach Bewertung der Bundesanwaltschaft mutmaßlich der Vorbereitung weiterer geheimdienstlicher Operationen bis hin zu Anschlägen gegen jüdische Ziele. Der Beschuldigte wurde nach Deutschland überstellt und befindet sich in Untersuchungshaft.

Am 5. November 2025 wurde der afghanische Staatsangehörige Tawab M. ebenfalls im Wege der Rechtshilfe in Dänemark festgenommen. M. ist dringend verdächtig, sich bereit erklärt zu haben, einen anderen zu einem Tötungsdelikt anzustiften. Konkret soll M. dem Ali S. gegenüber Ende Mai 2025 zugesagt haben, einer derzeit unbekanntem weiteren Person eine Waffe zu verschaffen und sie zu veranlassen, einen Anschlag auf jüdische Ziele in Deutschland zu begehen.

Einen weiteren, mutmaßlich staatsterroristischen Hintergrund untermauert nach Presseberichten von Juli 2025 die Anklageschrift spanischer Behörden in Zusammenhang mit dem Mordversuch gegen den ehemaligen spanischen Europa-Abgeordneten und bekannten Kritiker des iranischen Regimes, Alejo Vidal-Quadras. Die Ermittlungen kommen zu dem Schluss, dass Iran das Attentat auf Vidal-Quadras im Jahr 2023 offenbar in Auftrag gegeben habe. Am 9. November 2023 wurde Vidal-Quadras ins Gesicht geschossen, er konnte nur wegen unmittelbar zu Hilfe kommender Augenzeugen gerettet werden. Medienberichten zufolge sollen die Täter dem kriminellen Milieu zuzurechnen sein.

Es ist kein neues Phänomen, dass sich Iran insbesondere im staatsterroristischen Bereich Personen aus der organisierten Kriminalität als sogenannte Proxies bedient.

Im Rahmen der transnationalen Repression (TNR) gehen iranische Nachrichtensicherheitsdienste in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sowohl gegen organisierte Strukturen der iranischen Opposition als auch gegen Menschenrechtsaktivisten und kritische, meist iranstämmige Journalisten vor. Darüber hinaus kön-

nen Einzelpersonen betroffen sein: Es reicht beispielsweise aus, wenn sich Personen im digitalen Raum negativ über die iranische Regierung geäußert oder an regierungskritischen Demonstrationen teilgenommen haben. Das MOIS sammelt Informationen zu Personen und Organisationen, die in Opposition zum iranischen Regime stehen und wertet diese gezielt aus. Beschafft werden diese Informationen zum Beispiel über menschliche Quellen. Diese werden zur Ausforschung und Lokalisierung von einzelnen Personen in die oppositionellen Strukturen in Deutschland geschleust. Ziel ist, die Opposition in Deutschland zu schwächen und zu zersetzen. Einzelne Personen werden dafür mitunter erpresst: Personen, die zum Beispiel über Familienangehörige in Iran verfügen, werden unter Druck gesetzt, damit sie mit dem iranischen Dienst kooperieren oder ihr oppositionelles Engagement einstellen. Die Dienste gehen niederschwellig und in einem hohen Umfang vor. Mitarbeiter iranischer Nachrichtendienste nehmen über Verwandte oder direkt über Messenger-Dienste Kontakt zu Zielpersonen aus NRW auf und versuchen, sich bei diesen entweder einzuschmeicheln, oder ihnen zu drohen. Häufig versuchen sie, sich über verschiedene Zielpersonen Zugang zu weiteren Personen zu verschaffen. Damit bauen sie ohne größeren Aufwand und aus der Ferne ein Kontaktnetzwerk auf, das über das Internet oder telefonisch abgeschöpft werden kann.

Die Detektion und Abwehr iranischer TNR und insbesondere staatsterroristischer Risiken wird auch weiterhin eine Kernaufgabe der Spionageabwehr in Nordrhein-Westfalen sein.

## Türkei

Die türkischen Nachrichtendienste sind zentrale Elemente der türkischen Sicherheitsarchitektur. Sie verfügen über weitreichende Befugnisse. Der türkische In- und Auslandsnachrichtendienst MIT profitiert beispielsweise davon, dass andere türkische staatliche Stellen nach Artikel 5 des MIT-Gesetzes dazu verpflichtet sind, die nationale Sicherheit betreffende Erkenntnisse unverzüglich an den Dienst zu übermitteln. Auf diesem Wege gelangen auch ursprünglich nicht im Auftrag des beziehungsweise für den MIT gesammelte Informationen mit potenziell nachrichtendienstlichem Wert systematisch in dessen Verfügungsbereich.

Ein Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Türkei in Deutschland und Nordrhein-Westfalen liegt in der sogenannten Anti-Terror-Bekämpfung. Als primäre Zielobjekte gelten nach wie vor die Terrororganisation **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** sowie die sogenannte Gülen-Bewegung. Anders als in Deutschland ist letztere in der Türkei ebenfalls als Terrororganisation eingestuft, da sie von der türkischen Regierung für den Putschversuch im Jahr 2016 verantwortlich gemacht wird.

Die Rahmenbedingungen für türkische Nachrichtendienste sind in Deutschland günstig: So beziehen sie ihre Erkenntnisse nicht nur über klassisch angeworbene menschliche Quellen, sondern auch über Personen, die sich eigeninitiativ melden und Hinweise geben. Der Generalbundesanwalt hatte beispielsweise im Berichtsjahr einen in Nordrhein-Westfalen wohnhaften Mann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit angeklagt. Er soll sich zwischen September 2018 und August 2021 mehrmals über die türkische Polizei mit Schreiben an den türkischen Geheimdienst gewandt haben. In den Schriftstücken soll er Kontaktdaten und weitere Informationen zu Personen aus seinem Umfeld übermittelt haben, die er der Gülen-Bewegung zuordnete. Das Gericht hatte das Verfahren nach § 153a StPO eingestellt, nachdem der Angeklagte entsprechend der gerichtlichen Auflage einen Geldbetrag in Höhe von 5.000 Euro gezahlt hatte.

Am 9. Juli 2025 kam es zu Durchsuchungsmaßnahmen des Generalbundesanwalts gegen eine nordrhein-westfälische Polizeibeamtin sowie eine Mitarbeiterin eines türkischen Generalkonsulates. Der Bundesgerichtshof (BGH) stellt dazu mit Beschluss vom 21. August 2025 (StB 37/25) fest, dass die Durchsuchungen auf Basis eines Anfangsverdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gemäß § 99 Abs. 1 Strafgesetzbuch erfolgten. Den Verdacht begründete die mögliche Übermittlung dienstinterner Informationen durch die Polizeibeamtin an die Konsulatsmitarbeiterin. Der Anfangsverdacht ergab sich laut BGH maßgeblich aus Informationen, welche die nordrhein-westfälische Spionageabwehr den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt hatte. Die Ermittlungen in der Sache dauern an.

Statuswidrige beziehungsweise illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten im Ausland sind grundsätzlich mit hohen operativen und diplomatischen Risiken verbunden. Um diese zu umgehen, führen die türkischen Nachrichtendienste ihre Ansprachen vielfach auf türkischem Boden durch. Besonders zielführend ist dieses Vorgehen bei Personen, die zum Beispiel beruflich oder familiär bedingt ohnehin regelmäßig zwischen Deutschland und der Türkei pendeln. Eine nachrichtendienstliche Ansprache sowie künftige Gespräche können in solchen Fällen ohne operatives Risiko durchgeführt werden.

In Deutschland und Nordrhein-Westfalen versucht die türkische Regierung ebenfalls, kritische Stimmen zu unterbinden oder abzuschwächen und den Aktionsradius der türkischen Opposition zu verringern. Neben einer sehr loyalen Anhängerschaft der türkischen Regierungspartei AKP leben in Nordrhein-Westfalen viele türkische und türkeistämmige Menschen, die sich in Opposition zur türkischen Regierung sehen und teils organisiert, teils frei agieren. Die oppositionelle Diaspora in Deutschland bewegt sich überwiegend im demokratischen, teilweise aber auch innerhalb des extremistischen Spektrums. Der Opposition stehen in Nordrhein-Westfalen vier Generalkonsulate und eine Vielzahl an regierungsnahen Organisationen gegenüber. Diese werden im Sinne der türkischen Regierungspartei AKP instrumentalisiert, um zum Beispiel die Narrative der türkischen Regierung zu verbreiten. Insoweit sind sie Ziel und Instrument türkischer Einflussnahmeversuche. Die diplomatischen Vertretungen flankieren diese Aktivitäten. Mitunter sind die Grenzen zwischen illegitimer Einflussnahme und nachrichtendienstlich relevanter Informationsbeschaffung fließend. Vor diesem Hintergrund klärt die Spionageabwehr regelmäßig Politik und Gesellschaft über die Risiken entsprechender Einflussnahmeoperationen auf und sensibilisiert auf unterschiedlichen Ebenen im Land.

## Proliferation

Der Verfassungsschutzverbund zählt Russland, China, Iran, Pakistan, Nordkorea und Syrien zu den sogenannten proliferationsrelevanten Staaten. Bei diesen Staaten wird befürchtet, dass sie in einem Konfliktfall chemische, biologische, radiologische und nukleare Waffen (CBRN-Waffen) einsetzen beziehungsweise diesen Einsatz als Druckmittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele nutzen könnten.

Obwohl sich der technologische Fortschritt globalisiert, sind proliferationsrelevante Staaten nach wie vor in vielen Bereichen zum Auf- und Ausbau ihrer Programme auf den Erwerb von Produkten und Know-how aus dem Ausland angewiesen. Fortwährend wird versucht, unter Umgehung von Exportkontrollbestimmungen benötigte Produkte auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen zu beschaffen. Regelmäßig ist nicht direkt erkennbar, dass es sich bei den Produkten um rüstungsrelevante Ware handelt. Häufig sind es sogenannte Dual-use-Güter, die sowohl eine militärische als auch eine zivile Verwendungsmöglichkeit haben. Darüber hinaus bestehen Risiken durch die Weiterverbreitung proliferationsrelevanten Wissens zum Beispiel durch sensible Forschungsk Kooperationen, Wirtschafts- oder Wissenschaftsspionage.

### **Proliferation**

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), entsprechender Trägertechnologien und neuartiger Waffensysteme sowie die zu ihrer Herstellung verwendeten Güter einschließlich des dazu notwendigen Know-hows wird als Proliferation bezeichnet. Proliferationsrelevante Staaten versuchen, Produkte und Wissen zur Herstellung und Weiterentwicklung von MVW- und Trägerprogrammen (Raketen und Drohnen), anderen Rüstungsgütern oder Elementen neuartiger Waffensysteme und Hochtechnologien in Europa und Deutschland zu beschaffen.

Zur Verschleierung illegaler Exportgeschäfte und entsprechender Finanztransaktionen werden verzweigte Netzwerke von Tarn- und Beschaffungsfirmen sowie Finanzinstitutionen genutzt. Die Fälschung von Dokumentationen wie zum Beispiel Endverbleibszertifikaten gegenüber Exportkontrollbehörden zählt ebenfalls zum Repertoire gängiger Methoden proliferationsrelevanter Staaten. Ein gängiges Mittel ist zudem die Abwicklung umfangreicher Geschäfte in unverdächtig wirkenden Einzellieferungen oder über jeweils verschiedene Lieferwege und Unternehmen.

Die intensivsten proliferationsrelevanten Beschaffungsbemühungen gingen im Jahr 2025 erneut von Russland und Iran aus. Russland ist aufgrund seines An-

griffskrieges in der Ukraine weiterhin umfangreich mit Sanktionen belegt. Für Russland entstehen daraus Handlungsdruck und die fortwährende Notwendigkeit, rüstungsrelevante und sonstige Technologien unter Umgehung der hiesigen Exportbestimmungen einzukaufen. Mit der Fortdauer des Krieges ist auch eine Intensivierung der Beschaffungsversuche feststellbar. Insofern ist auch künftig mit einem anhaltend hohen Niveau illegaler Einkaufsbemühungen russischer Stellen zu rechnen.

### **Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland**

Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Europäische Union weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Diese gehen über die klassischen Proliferationsbereiche von CBRN-Waffen und Trägertechnologien hinaus. Von den Sanktionen sind unter anderem die russische Finanzwirtschaft, der Energie-, Verkehrs- und Verteidigungssektor sowie der Dienstleistungsbereich betroffen. Es sind insbesondere Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-use), diverse Hochtechnologie-Produkte sowie Technologie im Bereich Funk und Telekommunikation von den Sanktionen umfasst.

Im Juli 2025 wurde vor dem Landgericht Frankfurt am Main ein Prozess gegen den russisch-kirgisischen Staatsangehörigen Alexander S. eröffnet, der im Verdacht steht, mehrfach gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Als Teil eines internationalen Netzwerks soll er maritime Güter für militärische Endverwendungen in Russland beschafft haben. Hierfür habe er gegenüber deutschen Behörden elementare Informationen verschleiert, um die tatsächlichen Endempfänger (Militär und Nachrichtendienst) nicht offenlegen zu müssen. Dieser Fall macht das Interesse Russlands an der Beschaffung strategisch wichtiger militärischer Güter in Deutschland deutlich. Alexander S. war bereits im Oktober 2024 durch das Zollfahndungsamt Essen festgenommen worden und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Von China geht ebenfalls ein hohes Beschaffungsinteresse an Produkten und Know-how aus, das sich jedoch eher auf die Modernisierung und den Auf- und Ausbau sogenannter Emerging Technologies (EMT) bezieht. Der Generalbundesanwalt hatte im Dezember 2024 Anklage gegen drei deutsche Staatsangehörige vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Der Prozess zu diesem Verfahren begann im Mai 2025. Den Angeschuldigten werden gewerbsmäßige Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz vorgeworfen. Über eine von den Angeklagten betriebene Firma beschafften sie Informationen über militärisch nutzbare innovative Technologie, unter anderem bei Forschungseinrichtungen und über Kooperationsabkommen bei einer deutschen Universität. Dieser Vorfall veranschaulicht erneut, dass China ein beachtliches System des Technologie- und Know-how-Transfers zum Zweck der militärischen Aufrüstung und Modernisierung pflegt.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz arbeitet zur Aufklärung und Abwehr proliferationsrelevanter Aktivitäten eng mit den Sicherheits- und Kontrollbehörden des Bundes zusammen. Überdies begegnet die Spionageabwehr den Risiken von Proliferationsgeschäften durch umfangreiche Sensibilisierungen bei Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Multiplikatoren. Sie steht Unternehmen für eine individuelle und bedarfsgerechte Beratung zur Verfügung. Im vertraulichen Austausch wird hierbei unter anderem auf Beschaffungsmethoden und Anzeichen für sensible Geschäfte hingewiesen. Im Rahmen nachrichtendienstlicher Verdachtsbearbeitung wird Hinweisen auf mögliche illegale Lieferungen aus Nordrhein-Westfalen auch operativ nachgegangen.

## CYBERANGRIFFE DURCH AUSLÄNDISCHE STAATEN

Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind nach wie vor wichtige Ziele für ausländische staatliche Cyberakteure. Zu den Operationszielen zählten in vielen Fällen Aufklärung, Spionage und Datendiebstahl. Im Angesicht zunehmender geopolitischer Spannungen stehen hierbei insbesondere Politik, Kritische Infrastrukturen sowie das Rüstungs- und Verteidigungswesen im Fokus. Cyberangriffe werden von ausländischen Nachrichtendiensten aber auch dazu genutzt, Oppositionelle und politische Gegner auszuforschen und zu bedrängen. Staatlich gesteuerte Cyberoperationen begleiten darüber hinaus Desinformationskampagnen, mit denen versucht wird, demokratische Prozesse zu lenken und zu manipulieren. Neben primären Zielen greifen die Akteure die Systeme von unbeteiligten Dritten an, um sie als Angriffsinfrastruktur zu nutzen. Damit gelingt es ihnen, ihre wahre Herkunft zu verschleiern.

### Anhaltende Bedrohung durch staatliche Cyberakteure

Schwerpunkte der Cyberabwehr bilden sogenannte Advanced Persistent Threat (APT)-Gruppierungen, die durch ihre gezielte, langfristige und staatlich gesteuerte Vorgehensweise charakterisiert sind. Bei der Bedrohungslage spielen insbesondere

#### 9. April

Warnung des Verfassungsschutzes und internationaler Partner vor der chinesischen Spyware „MOONSHINE“ und BADBAZAAR“

#### 16. Juli

Internationale „Operation Eastwood“ gegen Infrastruktur der pro-russischen Hacktivis-tengruppe NoName057(16)

2025

#### 21. Mai

Warnung vor Cyberaktivitäten der GRU-Einheit 26165 gegen Logistik- und Technologieunternehmen

APT-Gruppierungen aus Russland und China eine zentrale Rolle, die über erhebliche Ressourcen und technische Fähigkeiten verfügen. Weiterhin werden Cyberangriffe beobachtet, die iranischen und nordkoreanischen Cyberakteuren zugeordnet werden.

Staatliche Cyberakteure verbessern ihre Angriffsmethoden kontinuierlich, verfolgen technologische Trends aufmerksam und erhalten zudem umfangreiche staatliche Unterstützung. APT-Gruppierungen werden oftmals wie militärische Organisationen mit klarer Arbeitsteilung und Zielvorgaben geführt. Die Ziele von staatlich gesteuerten Cyberakteuren unterscheiden sich nach strategischen Gesichtspunkten des jeweiligen Landes und der aktuellen geopolitischen Lage. Die Zuschreibung (Attribuierung) von Cyberangriffen zu bestimmten Gruppierungen und Staaten ist schwierig, weil Angreifer Spuren gezielt verschleiern, etwa durch kompromittierte Server in Drittstaaten, falsche Artefakte oder den Einsatz öffentlich verfügbarer Tools. Daher stellen neben technischen Analysen auch geopolitische Kontexte wichtige Indizien bei der Zuordnung dar. Von APT-Gruppierungen geht eine große Gefahr aus, da sie teilweise über sehr lange Zeit im Verborgenen agieren und Deutschland und Nordrhein-Westfalen enorme Schäden zufügen können. So schwächen langfristig angelegte Aufklärungsoperationen die souveräne Handlungsfreiheit eines Staates: Entscheidungen können ausspioniert, Zeitpläne kompromittiert und geheime Informationen vorab öffentlich werden. Ausländische Angriffe auf Kritische Infrastrukturen, Institutionen oder Einzelpersonen

### **27. August**

Warnung internationaler Partner vor weltweiten Angriffen des APT-Akteurs „SALT TYPHOON“ gegen Telekommunikationsinfrastruktur

### **12. Dezember**

Bundesregierung ordnet die Beeinflussung der letzten Bundestagswahl und eine Cyberattacke im August 2024 auf die deutsche Flugsicherung Russland zu

### **15. Oktober**

Überlastung des Bundesvergabeportal durch die pro-russische Haktivisten-Gruppe NoName057(16)

können dazu führen, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen schwindet. Desinformationskampagnen gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wirtschaftliche Spionage kann zu Innovationsverlusten und wirtschaftlichen Schäden führen. Alle Faktoren können langfristig demokratische Systeme gefährden.

### **Hacktivistische Akteure**

Neben staatlichen APT-Gruppierungen wächst die Gefahr durch hacktivistische Akteure, die mit geringen Mitteln politische und ideologische Ziele im Cyberraum verfolgen. Hierbei traten im Jahr 2025 insbesondere Akteure mit pro-russischer und pro-palästinensischer Motivation in Erscheinung. Im Jahr 2025 gelang es Hacktivisten teilweise erneut, eine hohe mediale Wirkung zu entfalten. So führte eine massive DDoS-Attacke einer prorussischen Hacktivistengruppe zu Einschränkungen der Erreichbarkeit eines deutschen Vergabeportals und einer Vielzahl von Presseberichten. Die Akteure verfolgen in der Regel das Ziel, den Alltag in Deutschland zu stören und für Verunsicherung zu sorgen. Insbesondere die prorussische Gruppierung NoName057(16) versucht, im Netz unbeteiligte Dritte für ihre Aktionen, teilweise gegen Bezahlung, zu werben. Die Vorgehensweise passt in das Muster hybrider Agitationen. Aus Russland heraus werden unbeteiligte Proxys (Stellvertreter) mit geringem Know-how für kriminelle Aktivitäten angeworben (mehr dazu im Fokusbeitrag „Low-Level Agenten“).

### **Kleine Firmen und Organisationen mit Nachholbedarf bei der IT-Sicherheit**

Insbesondere kleinere Unternehmen, Arztpraxen, Handwerksbetriebe und kleinere Versorgungsbetriebe verfügen häufig nur über begrenzte Ressourcen für IT-Sicherheit. Dadurch verbleiben in vielen Fällen grundlegende Schwachstellen in der Infrastruktur, die von professionellen Angreifern mit geringem Aufwand ausgenutzt werden können. Kompromittierte Systeme dienen anschließend nicht selten als Ausgangspunkt für weitere Angriffe auf externe Ziele und erhöhen damit das Gesamtrisiko im digitalen Ökosystem. Viele Angriffe werden von den betroffenen Personen oder Organisationen nicht entdeckt oder gemeldet, so dass neben den bekannten Sachverhalten auch von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss

Die Cyberabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes registriert Angriffe ausländischer Akteure und unterstützt betroffene Personen und Organisationen mit technischen Hinweisen zur Abwehr.

## Russland

Russische Nachrichtendienste nutzen Cyberangriffe aggressiv, um Ihre vielfältigen Ziele in Deutschland zu erreichen. Hierzu haben die Nachrichtendienste Hackergruppierungen etabliert, die als fortgeschrittene anhaltende Bedrohung (APT) klassifiziert werden. Darüber hinaus deuten Indizien darauf hin, dass sich in Russland ein Ökosystem aus staatlichen APTs, Hacktivisten, privaten Sicherheitsfirmen und kriminellen Gruppen gebildet hat. Basis des Ökosystems sind der gegenseitige Nutzen sowie eine nationale Loyalität. Eine direkte Steuerung von kriminellen Cybergruppierungen oder Hacktivisten durch staatliche Stellen ist bisher jedoch nicht eindeutig belegbar. Die Quantität und Qualität der Cyberangriffe, deren Ursprung bei staatlichen Stellen in Russland vermutet wird, sind jedoch auf einem historischen Höchststand und verursachen enormen kurzfristigen und langfristigen Schaden.

Russland nutzt seine umfangreichen Cyberkapazitäten intensiv und gezielt für Operationen gegen Schutzziele in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Die Russischen Nachrichtendienste (GRU, SWR, FSB) bedienen nahezu das gesamte Spektrum geheimdienstlicher Tätigkeit, in der Real-Welt sowie auch im Cyberraum. Dazu zählen Spionage, Sabotage, Staatsterrorismus, Proliferation, Repression von Oppositionellen sowie politische Einflussnahme- und Desinformationskampagnen. Mit der Ausweisung von russischen Diplomaten in Europa könnten die russischen Nachrichtendienste in ihrer Handlungsfähigkeit in der Realwelt geschwächt worden sein, weil Tarn-Personal und verfügbare Logistik ausgefallen sind. Cyberangriffe bieten sich dafür an, die entstandenen Defizite auszugleichen.

Ziele	Methoden	In Deutschland beobachtet
Politiker Parteien Unternehmen KRITIS NGO	Spionage Sabotage Staatsterrorismus Proliferation Repression von Oppositionellen Politische Einflussnahme Desinformation	APT-28/Fancy Bear Sandworm/BlackEnergy APT-29/Cozy Bear Snake/Turla

Steckbrief russische APT

### Cybersabotage gegen Unterstützer der Ukraine

Cyber-Sabotageangriffe gegen die Ukraine, die Russland zugeschrieben werden, gelten als aggressiv, kurzfristig und rücksichtslos. Hierbei werden oftmals Kollateralschäden in anderen Staaten billigend in Kauf genommen. So fielen am Tag des russischen Einmarsches in die Ukraine am 24. Februar 2022 tausende Satellitenmodems des Kommunikations-Dienstleisters Viasat aus. Ermittlungen zeigten, dass eine Wiper-Malware die Modems funktionsunfähig machte. In Deutschland war ein Hersteller von Windturbinen betroffen, der die Satellitenkommunikation für die Fernwartung nutzte.

Eine gemeinsame internationale Warnmeldung unter Beteiligung der Bundesbehörden BfV, BND und BSI informierte im Mai 2025 über die Cyberaktivitäten der russischen GRU-Einheit 26165, welche Cyberspionage gegen Logistik- und Technologieunternehmen in NATO-Mitgliedsstaaten durchführt. Ein maßgebliches Ziel der Einheit ist die Aufklärung von staatlichen Hilfslieferungen an die **Ukraine**. Dabei kamen neben Brute Force Angriffen und Spear-Phishing auch die ausgefeilte Ausnutzung bekannter Schwachstellen (Common Vulnerabilities and Exposures, abgekürzt CVE) zum Einsatz. Im Visier der Angreifer stehen sensitive Informationen, etwa Sender- und Empfängernamen, Abfertigungs- und Zielstandorte, Fahrpläne, Frachtinhalte, Reiserouten und Frachtdokumente.



## Russian GRU Targeting Western Logistics Entities and Technology Companies

### Executive Summary

This joint cybersecurity advisory (CSA) highlights a Russian state-sponsored cyber campaign targeting Western logistics entities and technology companies. This includes those involved in the coordination, transport, and delivery of foreign assistance to Ukraine. Since 2022, Western logistics entities and IT companies have faced an elevated risk of targeting by the Russian General Staff Main Intelligence Directorate (GRU) 85th Main Special Service Center (85<sup>th</sup> GTsSS), military unit 26165—tracked in the cybersecurity community under several names (see [“Cybersecurity Industry Tracking”](#)). The actors’ cyber espionage-oriented campaign, targeting technology companies and logistics entities, uses a mix of previously disclosed tactics, techniques, and procedures (TTPs). The authoring agencies expect similar targeting and TTP use to continue.

Executives and network defenders at logistics entities and technology companies should recognize the elevated threat of unit 26165 targeting, increase monitoring and threat hunting for known TTPs and indicators of compromise (IOCs), and posture network defenses with a presumption of targeting.

U000107616-25|FP-25-2107 | May 2025 | Ver. 1.0

TLP:CLEAR

Internationale Kooperation gegen GRU-Einheit 26165

Entdeckung eines Cyberangriffs zeigte nach Angaben der Organisation, dass eine staatliche Hackergruppe jahrelang systematisch ihre E-Mails abgefangen und ausgewertet hatte.

## Einflussnahme auf demokratische Prozesse

Im Jahr 2025 konnten erneut Aktivitäten der als Storm-1516 benannten Gruppierung festgestellt werden. Die Gruppierung operiert als russisch-nahe Desinformationseinheit, die mit selbst erstellten falschen Videos, falschen Nachrichtenportalen und koordinierten Social-Media-Aktionen westliche demokratische Prozesse beeinflussen will. Immer wieder ist auch der deutsche Bundeskanzler persönlich das Ziel von Verleumdungskampagnen. Die Methoden der Gruppierung reichen über konventionelle Cyberangriffe hinaus und zeigen, dass auch der Informations- und Meinungsraum Teil der hybriden Konfliktlage ist.

## Spionage gegen politische Parteien sowie gegen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen

Regelmäßig werden Fälle bekannt, bei denen es mutmaßlich russischen Cyberakteuren gelingt, sich verdeckte Zugänge zu den IT-Netzwerken von politischen Parteien sowie von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen zu verschaffen. Die forensische Analyse der Angriffe deutet häufig auf Spionage hin. So machte im März 2025 die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. mit Sitz in Berlin bekannt, dass sie in Russland erst als „unerwünscht“ und dann als „extremistisch“ eingestuft wurde. Die

## China

China zugeordnete APT-Gruppierungen können seit Mitte der 2000er-Jahre beobachtet werden. Die Akteure zählen zu den technisch fortschrittlichsten und aktivsten Akteuren im internationalen Cyberraum und damit auch in Deutschland. Die Aktivitäten chinesischer APT-Akteure sind strategisch motiviert und langfristig ausgelegt. Ihre Aktivitäten zeigen klare Bezüge zum Ministerium für Staatssicherheit (MSS) sowie zur Volksbefreiungsarmee (PLA). Als strategisches Ziel der Akteure ist die Unterstützung der staatlichen Entwicklungsagenda erkennbar, insbesondere das Ziel einer weltweiten Führungsrolle Chinas in Wirtschaft, Technologie und Politik bis zum Jahr 2049. Hierzu zählen der systematische, illegitime Wissens- und Technologietransfer in Schlüsselindustrien, etwa in den Bereichen Halbleiter, Energie, Kommunikation, Mobilität und KI. Daneben werden die Gruppierungen dafür eingesetzt, Positionen und Strategien ausländischer Regierungen, insbesondere gegenüber China, aufzuklären. Es kann zudem beobachtet werden, dass mutmaßlich chinesische Akteure Kritische Infrastrukturen (KRITIS) ausspionieren. Es besteht die Gefahr, dass die Informationen im Krisen- oder Konfliktfall für eine hybride Kriegsführung genutzt werden. Außerdem werden die APT-Gruppierungen dafür eingesetzt, Dissidenten, oppositionelle Exil-Gemeinschaften und chinakritische Organisationen im Ausland zu überwachen.

Ziele	Methoden	In Deutschland beobachtet
Politiker Parteien Unternehmen Dissidenten NGO	Spionage Repression von Oppositionellen Politische Einflussnahme Desinformation	Mustang Panda Wicked Panda Stone Panda (APT10) Linen Typhoon Violet Typhoon

Steckbrief chinesischer APT

### Chinas globales Spionage-System

Staatlich gesteuerte APT-Gruppierungen aus China wurden im Jahr 2025 von einem internationalen Cybersecurity-Konsortium mit Beteiligung von BfV, BND und BSI in

einem Joint Cybersecurity Advisory öffentlich für eine groß angelegte internationale Cyberkampagne verantwortlich gemacht. Den Gruppen wird vorgeworfen, seit mindestens 2021 gezielte Angriffe auf Telekommunikationsfirmen, Transportfirmen, sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe durchzuführen. Die Angriffe zielen darauf ab, Personen weltweit durch Bewegungs- und Kommunikationsmuster langfristig verfolgen und überwachen zu können. Der Kampagne wird ein ganzes Cluster von eng verbundenen APT-Akteuren zugeordnet, zu denen unter anderem Salt Typhoon, OPERATOR PANDA, RedMike, UNC5807 und GhostEmperor zählen. Zum Erkennen der Angriffe enthält die Warnmeldung neben der Darstellung der Vorgehensweise auch technische Indikatoren (Indicators of Compromise, IoCs), mit denen technische Systeme auf einen möglichen Befall mit Schadsoftware überprüft werden können. Bei den Angriffen werden primär keine neuen, bisher unbekannt Sicherheitslücken (Zero Day-Schwachstellen) genutzt, sondern vielmehr weitgehend bekannte Schwachstellen und Standardprozeduren. Diese Sicherheitslücken werden verwendet, um Hintertüren für einen späteren Zugang zu implementieren. Das Vorgehen der Angreifer macht die Gefahr deutlich, die von nicht oder unzureichend aktualisierten und gepatchten Systemen ausgeht.

### **Systematische Erfassung von Sicherheitslücken**

Es lässt sich beobachten, dass Cyberakteure mit Verbindung zu China häufig sogenannte Zero-Day-Schwachstellen einsetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei handelt es sich um Sicherheitslücken, die den Herstellern von Hard- oder Software noch unbekannt sind und für die es daher keine unmittelbaren Schutzmaßnahmen oder Updates gibt. Die Ausnutzung solcher Schwachstellen ermöglicht den Angreifern oftmals, weitreichende Zugriffe auf betroffene Systeme zu erhalten.

Das Interesse der chinesischen Regierung an Zero-Day-Exploits gilt als besonders groß. Im Jahr 2021 trat das chinesische Datensicherheitsgesetz (Data Security Law, DSL) in Kraft. Dies verpflichtet Unternehmen und Sicherheitsforschende, neu entdeckte Sicherheitslücken innerhalb von zwei Tagen an das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie (MIIT) zu melden. Teams internationaler Sicherheitsforscher befürchten, dass chinesische beziehungsweise staatsnahe Hackergruppierungen derartig kritische Sicherheitslücken systematisch für ihre Cyberangriffe verwenden.

## Unterdrückung von Minderheiten und Dissidenten

Am 9. April 2025 warnte das Britische National Cyber Security Centre (NCSC) gemeinsam mit dem deutschen Verfassungsschutz und weiteren internationalen Partnern vor den Schadprogrammen Moonshine und BadBazaar. Die Schadprogramme tarnen sich als scheinbar harmlose Apps, etwa als Fälschungen von Messenger-Apps oder als Apps mit religiösem Hintergrund. Werden sie installiert, ermöglichen sie den Angreifern unter anderem den Zugang zu Standortdaten, Mikrofon, Kamera und Nachrichten.

**National Cyber Security Centre**  
a part of GCHQ

### Four tips to stay secure on your smartphone

Reduce the risk from malicious apps with good cyber hygiene, by following these four principles:

- Stay mainstream** >  
Don't root or jailbreak devices, and only use apps from trusted stores 
- Stay organised** >  
Review installed apps and permissions regularly 
- Stay in touch** >  
Report suspicious messages and files 
- Stay alert** >  
Stay vigilant on social media and check shared files and links 

Tipps der National Cyber Security Center für Sicherheit auf dem Smartphone

Die Kampagne mit der beschriebenen Schadsoftware scheint sich insbesondere gegen Gruppen zu richten, die vom chinesischen Staat in der offiziellen Rhetorik als „Fünf Gifte“ beschrieben werden. Dies sind Tibetische Separatisten, uigurische Separatisten, Falun-Gong-Anhänger, Demokratie-Aktivisten sowie taiwanische Unabhängigkeitsbefürworter. Die Warnmeldung enthält wichtige Tipps, mit denen die App-Sicherheit erhöht werden kann. Hierzu zählen das Laden von Apps nur aus of-

fiziellen, vertrauenswürdigen Quellen, die Vermeidung des Rootens oder Jailbreakens, die regelmäßige Überprüfung installierter Apps und deren Berechtigungen, Vorsicht bei Links, Dateien und Apps, die über soziale Medien geteilt werden, sowie das Melden verdächtiger Nachrichten und Apps.

## Nordkorea

Nordkorea ist seit Jahren für seine aktiven und ausgesprochen strategisch handelnden Cyberakteure bekannt. Aufgrund seiner isolierten wirtschaftlichen und politischen Situation sind die bekannten Cybergruppierungen wichtige Stützen des nordkoreanischen Regimes. Die Gruppierungen unterstehen dem Reconnaissance General Bureau (RGB) des militärischen Nachrichtendienstes. Ihr Fokus liegt auf der Finanz- und Devisenbeschaffung beispielsweise durch Krypto-Diebstähle, Bankhacks und Ransomware, der politischen und technischen Spionage sowie grundsätzlich auch auf Sabotage- und Desinformationskampagnen.

Nordkoreanische Cyberakteure treten über Social-Engineering-Taktiken häufig direkt mit ihren Opfern in Kontakt. Hierbei kommen oftmals hervorragende Englisch-Kenntnisse sowie exzellentes Wissen über die westliche Lebensweise zum Tragen. Die Akteure tarnen sich als Headhunter oder Recruiter und nehmen gezielt zu Personen in technischen Branchen, etwa Rüstungs- oder Krypto-Unternehmen, Kontakt auf. Nachdem der Kontakt für einige Zeit besteht, werden die Zielpersonen durch raffinierte Täuschung dazu verleitet, schadhafte Dokumente zu öffnen oder Links anzuklicken. Hierbei kann es sich beispielsweise um verlockende Job-Angebote („Dreamjobs“ genannt), Demo-Projektdateien oder Interview-Umgebungen handeln.

Ziele	Methoden	In Deutschland beobachtet
Rüstungs- unternehmen Banken und Finanz- institutionen IT-Dienst- leister	Spionage Sabotage Desinformation Diebstahl, Ransomware Social-Engineering	Lazarus/Hidden Cobra/APT38

Steckbrief nordkoreanischer APT

Indizien deuten darauf hin, dass sich die Angreifer in Deutschland insbesondere für technologische Informationen über ballistische Raketen, Drohnenarchitekturen, Baupläne von Panzern und anderen Militärgütern interessieren.

### **Staatliche nordkoreanische Freelancer**

Ebenso wird vermutet, dass das nordkoreanische Regime tausende hochqualifizierte Softwareentwickler nutzt, um Devisen zu beschaffen und Sanktionen zu umgehen. Die sogenannten IT-Worker geben sich als Freelancer aus anderen Ländern aus, etwa aus China, Südkorea oder sogar Europa und den USA. Über getarnte IP-Adressen versuchen die Arbeiter, remote für Unternehmen zu arbeiten. Die angebotene Arbeit reicht von Web-Entwicklung, App-Design, Blockchain- oder KI-Projekten bis zu sicherheitskritischer Software. Mögliche Einnahmen fließen über Strohmänner, Krypto-Wallets oder Briefkastenfirmen an Nordkorea.

Der Verfassungsschutzverbund warnt vor den Gefahren, die sich für Unternehmen bei der bewussten oder unbewussten Nutzung der Freelancer ergeben. So verstößt die Bezahlung solcher Personen gegen UN-, US- und EU-Sanktionen. Unternehmen oder Plattformen, die unabsichtlich Verträge abschließen, können straf- oder zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Darüber hinaus könnten die Freelancer Hintertüren oder schadhafte Softwarekomponenten in legitime Softwareprojekte einbringen sowie Zertifikate kompromittieren. Nicht zuletzt könnte der Quellcode, etwa Rüstungssoftware, von den vermeintlichen Freelancern gestohlen werden.

## Iran

Die islamische Republik Iran nutzt ebenfalls cybergestützte Operationen, um politische Interessen über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu verfolgen. Die in Deutschland hauptsächlich festgestellten mutmaßlich iranischen Aktivitäten richten sich insbesondere gegen Personen und Organisationen, die als regierungskritisch gelten (Regimekritiker, Oppositionelle, Dissidenten). Die Aktivitäten werden nachrichtendienstlichen Einheiten, unter anderem den islamischen Revolutionsgarden, zugeordnet.

Ein regelmäßig wiederkehrendes Thema der Akteure ist die Ausforschung, Verfolgung und Beeinflussung von namhaften Oppositionellen, Regimekritikern und Aktivisten, bei denen es sich häufig um Wissenschaftler, Juristen oder Journalisten handelt. Ziele dieser Cyberoperationen sind, den öffentlichen Diskurs über Missstände im Iran zu beeinflussen oder zu beugen und öffentlichkeitswirksame Äußerungen von Kritikern zu unterbinden oder zu unterdrücken. Die Themen der Beeinflussung beinhalten unter anderem Themen der Landwirtschaft (z.B. Wasserknappheit), Menschen- und Frauenrechte oder Regierungskritik.

Ziele	Methoden	In Deutschland beobachtet
Dissidenten Politiker Parteien Unternehmen	Spionage Repression, Einschüchterung Politische Einflussnahme Desinformation Proliferation	Charming Kitten

Steckbrief Iran (beispielhafter Auszug)

### **Ausspähen von Regimekritikern durch Spear-Phishing und Social Engineering**

Seit Jahren werden insbesondere Ausspähveruche der APT-Gruppierung Charming Kitten gegen iranische Personen und Organisationen weltweit und in Deutschland beobachtet. Bereits am 10. August 2023 hatte der Verfassungsschutz-

verbund in einem Cyber-Brief vor den Cyberangriffen gewarnt. Mit Hilfe von ausgefeilten Techniken wie Social Engineering, Spear-Phishing und E-Mail-Spoofing werden von den Angreifern auf die Opfer zugeschnittene Online-Identitäten erstellt und damit zunächst scheinbar harmlose Kontakte zur Zielperson auf- und ausgebaut. Hierbei werden zum Beispiel Job-Angebote, Interview-Anfragen oder andere Lockvogelangebote eingesetzt. Im Laufe der Intensivierung des Kontakts zwischen Angreifer und Opfer werden dann Dokumente und Links versendet, die Schadsoftware und Hintertüren (englisch: Backdoor) auf den Endgeräten der Opfer installieren. Diese ermöglichen in einem letzten Schritt den Zugang zu Onlinediensten wie E-Mail-Konten, Messenger-Diensten oder Cloudspeichern. Dort finden sich möglicherweise Ansatzpunkte zur thematischen Beeinflussung, Delegitimierung, Bedrohung, Folter, Verschleppung, gezielten Tötung oder Sippenhaft des Opfers. Zudem können die Angreifer auf Basis der Kontaktdaten weitere Zielpersonen für ihre Angriffe identifizieren. Immer wieder geraten Personen aus Nordrhein-Westfalen in das Visier von Charming Kitten.



## WIRTSCHAFTSSCHUTZ UND GEHEIMSSCHUTZ IN DER WIRTSCHAFT

Im Jahr 2025 war die Sicherheitslage für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen weiterhin stark durch die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geprägt. Unternehmen müssen sich nach wie vor auf vielfältige Bedrohungen einstellen – darunter Spionage, Sabotage, Cyberangriffe sowie gezielte Desinformationskampagnen. Der Wirtschaftsschutz des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes informierte umfassend zu diesen Risiken.

Im Zentrum der Unterstützung und Sensibilisierung standen insbesondere Unternehmen der Rüstungsindustrie sowie Betriebe der sogenannten Kritischen Infrastrukturen. Hierzu zählen vor allem Einrichtungen, die wegen ihrer Bedeutung für das Gemeinwesen besonders schutzbedürftig sind. Als besondere Herausforderungen wurden unter anderem der zunehmende Einsatz von Drohnen sowie das Vorgehen sogenannter Low-Level-Agenten, gelegentlich auch Wegwerfagenten genannt, identifiziert, von denen erhebliche Risiken für betroffene Unternehmen ausgehen können.

Den Wirtschaftsschutz erreichten zudem zahlreiche Anfragen aus Kommunalverwaltungen, die sich vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren erfolgten Cyberangriffe auf kommunale IT-Dienstleister verstärkt mit Fragen der eigenen Sicherheit auseinandersetzen. Die Kommunen suchten insbesondere nach praxisnahen Hinweisen, wie sie ihre organisatorischen, technischen und personellen Schutzmaßnahmen verbessern können.

Die sehr dynamische politische und technologische Entwicklung beeinflusst die Präventionsarbeit des Wirtschaftsschutzes fortlaufend. Über Fachvorträge, Sensibilisierungsveranstaltungen und Vor-Ort-Termine werden Unternehmen regelmäßig darüber informiert, wie sie ihre Schutzkonzepte stärken können. Dies betrifft sowohl die IT-Sicherheit als auch den physischen Schutz von Gebäuden

sowie sicherheitsrelevante Aspekte der Organisationsstruktur und des eingesetzten Personals.

### **Wirtschaft- und Wissenschaftsschutz als gesetzliche Aufgabe**

Mit dem im Berichtsjahr beschlossenen, neuen Verfassungsschutzgesetz NRW wird der Schutz von Wirtschaft und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich als gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes verankert. Obwohl der Wirtschaftsschutz bereits zuvor praktisch wahrgenommen wurde, unterstreicht die explizite Benennung im Gesetz nun seine wesentliche Bedeutung und hebt ihn als eine der Kernaufgaben des Verfassungsschutzes hervor.

Im Zuge der Novellierung wurden die Möglichkeiten rechtsklarer gefasst, Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen wirksam vor Spionage- und Sabotageaktivitäten zu schützen. Durch die neuen gesetzlichen Grundlagen kann der Verfassungsschutz Gefährdungen nun konkreter benennen und betroffene Stellen zielgerichtet warnen. Dies stärkt sowohl die Prävention als auch die Reaktionsfähigkeit der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Landschaft in Nordrhein-Westfalen.

### **Auswirkungen von Extremismus auf Unternehmen**

Im November 2025 fand im Innenministerium der Wirtschaftsschutztag 2025 zum Thema „Gesellschaft unter Druck - Auswirkungen von Extremismus auf Unternehmen“ statt. An der Veranstaltung haben rund 130 Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen teilgenommen. Die Veranstaltung informierte über die aktuelle Bedrohungslage in den Bereichen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus sowie über Risiken wie Sabotage, Desinformation und Radikalisierung von Beschäftigten. In Vorträgen und Diskussionsrunden wurde erläutert, welche Gefahren von sogenannten Innentätern ausgehen und wie Extremismus das Arbeitsklima und die Unternehmensreputation beeinflussen kann. Zudem wurden Herausforderungen beim Erkennen extremistischer Tendenzen und branchenspezifische Risiken thematisiert. Praxisnahe Schutzmaßnahmen entlang des gesamten Beschäftigungszyklus wurden vorgestellt - vom Bewerbungsprozess bis zum Offboarding.



Beim Wirtschaftsschutztag 2025 erfuhren die Teilnehmenden unter anderem, wie sie Extremismus im eigenen Unternehmen erkennen können

### **Bund-Länder-offene-Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen**

Die Bund-Länder-offene-Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (BLoAG) arbeitete im Berichtsjahr weiter an abgestimmten Maßnahmen gegen die Vektoren der verdeckten Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Das Spektrum der Einflussnahme reicht dabei von Cyberangriffen auf Kritische Infrastrukturen und dem systematischen Einsatz von Drohnen bis zur Verbreitung von Desinformation und Narrativen, um Einfluss beispielsweise auf Wahlen zu nehmen.

In der BLoAG sind Vertreterinnen und Vertreter der Bundesressorts für Inneres, Verteidigung und Äußeres, die vier Bundessicherheitsbehörden sowie die Innenbehörden der beteiligten Bundesländer (Polizei oder Verfassungsschutz) vertreten. Eingesetzt wurde das Gremium auf Beschluss der Innenministerkonferenz nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Jahr 2022.

Wegen der föderalen Struktur Deutschlands sind die Bereiche nachrichtendienstliche Frühaufklärung, polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr und äußere Sicherheit zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Verantwortlich für die Aufgaben sind die Nachrichtendienste sowie Polizeibehörden von Bund,

Ländern und die Bundeswehr. Die Notwendigkeit einer Abstimmung wird unter anderem bei Großprojekten wie der Ausarbeitung beziehungsweise Fortschreibung des Operationsplans Deutschland, als militärischem Teil der Planung zur Gesamtverteidigung deutlich.

### **Aktionsplan gegen Desinformation**

Als besondere Ausprägung der hybriden Bedrohungen fand das Thema Desinformation, explizit staatlich gesteuerte oder gestützte Desinformationskampagnen, die besondere Aufmerksamkeit der vorgenannten BLoAG. Zusammen mit weiteren relevanten Behörden wie der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung sowie weiteren Fachressorts wurde der „Gemeinsame Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation“ erarbeitet und 2025 veröffentlicht. Ergänzend hat das Land Nordrhein-Westfalen in einer Ressort-Arbeitsgruppe Desinformation die verschiedenen Handlungsstränge zusammengeführt und einen gemeinsamen Rahmen geschaffen. Beteiligt waren die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Ministerium für Schule und Bildung sowie die Landeszentrale für politische Bildung. Durch die Ansiedlung des Single-Points-of-Contact (SPOC) für das Thema Desinformation bei der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei wird die Bedeutung des Themas unterstrichen.

### **Netzwerke, Kooperationen und Sensibilisierungen**

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz konnte im Jahr 2025 seine Vernetzung und Zusammenarbeit mit wichtigen Präventionsakteuren weiter ausbauen, darunter Wirtschaftsverbände, Wirtschaftsförderungen und verschiedene Unternehmensnetzwerke. Durch den frühen Austausch mit Wirtschaftsakteuren - teils bereits in der Gründungsphase - lassen sich Schutzmaßnahmen frühzeitig vermitteln und ein grundlegendes Sicherheitsbewusstsein verankern. Besonders bewährt haben sich Formate des niedrigschwelligen, direkten Austauschs, über die Informationen schnell geteilt und gemeinsame Aktivitäten koordiniert werden können. Hervorzuheben ist die enge Kooperation mit DIGITAL.SICHER.NRW, dem landesweiten Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft, sowie mit den Mitgliedern der Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität Nordrhein-Westfalen.

Die Nachfrage nach Vorträgen und Beratungsgesprächen des Wirtschaftsschutzes ist weiterhin hoch. In Online- und Präsenzformaten konnten in den Bereichen Wirtschaftsschutz, Spionage- und Cyberabwehr bei 85 Veranstaltungen rund 5.500 Personen direkt erreicht und sensibilisiert werden.

### Kontakt zum Wirtschaftsschutz

Bei Interesse an den kostenlosen Angeboten des Verfassungsschutzes zur Sensibilisierung und Initialberatung oder beim Verdacht auf Spionage- oder Sabotageaktivitäten können Unternehmen telefonisch unter 0211 871 2821 und per E-Mail an [wirtschaftsschutz@im1.nrw.de](mailto:wirtschaftsschutz@im1.nrw.de) Kontakt zum Wirtschaftsschutz aufnehmen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen kann ein Maximum an Vertraulichkeit zusichern.

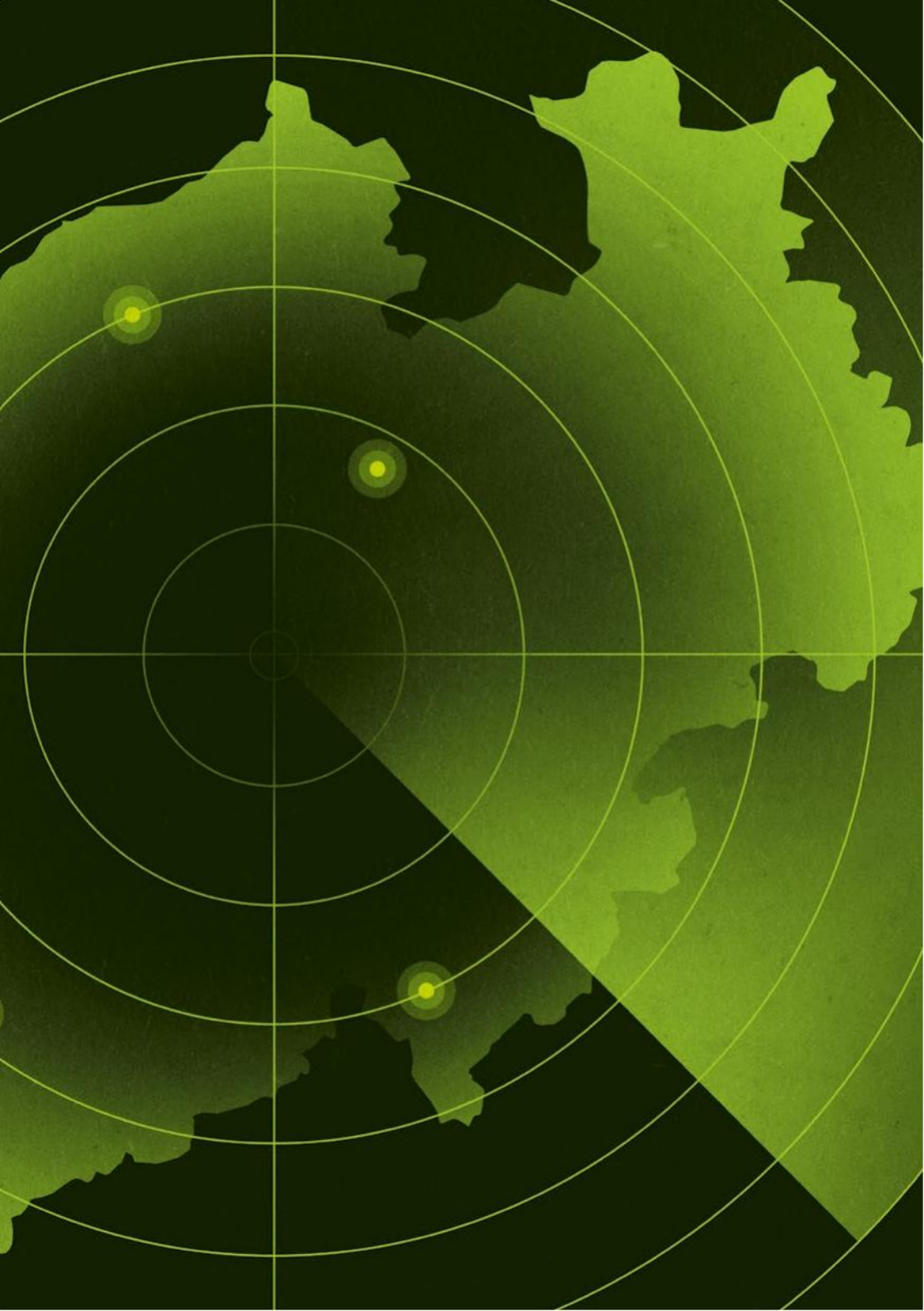
### Geheimhaltungsbetreute Wirtschaft

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsschutz war auch in 2025 ein zentraler Ansprechpartner für die geheimhaltungsbetonte Wirtschaft. Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in NRW, die mit staatlichen Verschlusssachen arbeiten oder Dienstleistungen in besonders sicherheitssensiblen Bereichen erbringen. Betroffen sind ausschließlich Firmen, die sicherheitsempfindliche Aufträge oder Projekte ausführen oder dafür vorgesehen sind. Sie unterliegen damit den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen von Bund und Land und müssen die jeweiligen Verschlusssachenanweisungen einhalten. In diesem Aufgabenfeld kooperiert der Verfassungsschutz besonders eng mit den auf Bundes- und Landesebene verantwortlichen Wirtschaftsministerien, die die Betreuung der geheimhaltungsbetreuten Wirtschaft koordinieren. Neben dem im Innenministerium veranstalteten „Geheimhaltungstag“ fanden exakt 70 gesonderte Einzelfallberatungen und vertrauliche Sensibilisierungsgespräche vor Ort statt.



# PRÄVENTIONSARBEIT UND AUSSTEIGERPROGRAMME





## ZUSAMMENFASSUNG

Für eine erfolgreiche Bekämpfung von Extremismus jeglicher Ausprägung ist eine differenzierte und nachhaltige Präventionsarbeit von zentraler Bedeutung. Dabei verfolgt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz einen ganzheitlichen Ansatz, der auf den drei Kernelementen der Prävention basiert: Aufklärung, niedrigschwellige Interventionen bei beginnenden Radikalisierungsprozessen sowie Angebote zum Ausstieg aus extremistischen Szenen. Flankierend werden Maßnahmen wie die kontinuierliche Vernetzung und der fachliche Austausch mit Behörden, Politik und Zivilgesellschaft systematisch berücksichtigt, um aktuelle Entwicklungen innerhalb extremistischer Szenen fortlaufend in die Arbeit zu integrieren.

Die Zahl der radikalisierten Minderjährigen ist weiterhin hoch. Dies wirkt sich auf alle Präventionsebenen aus, die auf eine hohe Nachfrage nach zielgruppenspezifischen Aufklärungsangeboten auch für ein jüngeres Publikum reagieren müssen. Insbesondere bei den Klientinnen und Klienten der Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW ist eine ansteigende Verjüngung festzustellen, was mit der zunehmenden Rolle von digitaler Kommunikation in sozialen Medien einhergeht.

Das Programm Wegweiser, das den Einstieg junger Menschen in den Islamismus verhindern will, und das Aussteigerprogramm Islamismus (API) feierten zu Beginn des Jahres 2025 ihr zehnjähriges Bestehen. Ihre erfolgreiche Arbeit wurde im Januar 2025 in einer Online-Veranstaltung gewürdigt. Beide Programme wurden im Jahr 2014 ins Leben gerufen und sind aufgrund ihres umfassenden Erfahrungsschatzes und ihrer Fachkunde mittlerweile als feste Bestandteile der nordrhein-westfälischen Präventionslandschaft etabliert.

Der Verfassungsschutz NRW greift mit diesen und weiteren Programmen und Maßnahmen auf eine breit gefächerte Expertise zurück, die im Rahmen von Veranstaltungen, durch die Übernahme von Schirmherrschaften bei Fachtagen, durch Referententätigkeiten, die Mitwirkung an Fortbildungen oder durch die Präsenz auf Messen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Aktuelle Entwicklungen innerhalb extremistischer Szenen sowie gesellschaftliche Veränderungsprozesse werden dabei fortlaufend analysiert und bewertet. So wurden im Oktober 2025 im Rahmen eines gemeinsamen Fachtags der Landeszentrale für politische Bildung, des Verfassungsschutzes NRW und der Volkshochschule Essen über 160 Teilnehmende über das Thema „Kampfsport, Social Media, Rap, Gaming, KI: Aktuelle Facetten der Erlebniswelt Rechtsextremismus“ informiert.

Junge Menschen, die sich im schulischen Kontext mit dem Thema Extremismus auseinandersetzen, werden regelmäßig durch Informationsangebote wie Fachvorträge, Workshops und Expertengespräche sensibilisiert.

Bei insgesamt über 280 Veranstaltungen zu den Themenfeldern Extremismus und Prävention hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 11.900 Personen erreicht.

## IM FOKUS: MINDERJÄHRIGE ALS KLIENTEL DER AUSSTEIGERPROGRAMME

Bereits seit einigen Jahren wird durch Sicherheitsbehörden und Wissenschaft ein Trend zu einer immer jüngeren extremistischen Klientel festgestellt. Diese Entwicklung ist phänomenübergreifend sowohl im Rechtsextremismus als auch im Islamismus in ganz Europa, den USA und Australien zu beobachten und stellt damit die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW vor neue Herausforderungen.

Ein Bericht des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stellte im Oktober 2025 fest, dass sich mittlerweile 42 Prozent der Terrorermittlungen in der EU und den USA gegen Minderjährige richten, was einer Verdreifachung der Zahlen seit 2021 gleich kommt.

Im Bereich Islamismus korreliert diese Entwicklung mit einem Comeback jihadistischer Propaganda nach den Terrorangriffen der **HAMAS** auf Israel am 7. Oktober 2023 und einer „Post-Organisations-Dynamik“: In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl radikalierter junger Täter ohne formelle Anbindung an terroristische oder extremistische Gruppierungen einer Studie zufolge im Vergleich zu den fünf Jahrzehnten davor verdreifacht.

Auch die Aussteigerprogramme des NRW-Verfassungsschutzes stellen vermehrt fest, dass sich das Klientel verjüngt. So konnte beobachtet werden, dass sich immer jüngere Personen radikalieren und gewaltorientiert sind. Dieser Trend hängt nicht nur mit den Krisen der letzten Jahre zusammen, sondern auch mit dem gesellschaftlichen Wandel, in welchem die digitale Kommunikation in unserem Alltag eine immer größere Rolle spielt. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene nutzen insbesondere soziale Netzwerke zum Austausch und knüpfen dort Kontakte. Soziale Medien werden immer zentraler und prägender als Mittel zur Unter-

haltung und als Informationsquelle, auch im Bereich der politischen Bildung. Gleichzeitig wirken extremistische Akteure auf den bei Jugendlichen beliebten Plattformen. Sie nutzen unter anderem Tiktok, Instagram und Discord zur Verbreitung von propagandistischen Inhalten, zur Kommunikation, zur Rekrutierung neuer Anhänger und zur Vernetzung untereinander.

In der jüngsten Vergangenheit traten immer häufiger Jugendliche in Erscheinung, die sich vor allem durch die extremistische Propaganda und den Austausch unter Gleichgesinnten in Chatgruppen radikalisiert haben. Wie der Fall der sogenannten „Teenie-Terroristen“ im Jahr 2024 oder die Anschlägsplanung eines 15-jährigen Jugendlichen auf den Weihnachtsmarkt in Leverkusen im Jahr 2023 zeigen, sind viele von ihnen unter anderem bereit, in kürzester Zeit aktiv zu werden und Gewalthandlungen bis hin zu terroristischen Anschlägen durchzuführen. Seit Oktober 2023 registrierten die Sicherheitsbehörden und die Justiz in der Bundesrepublik zunehmend Fälle von Minderjährigen beziehungsweise Heranwachsenden im Alter von 13 bis 19 Jahren, die mit terroristischen Straftaten in Verbindung gebracht worden sind.

Dieser Trend stellt Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Die Fälle zeigen - gerade aufgrund des jugendlichen Alters und der Tatsache, dass viele von ihnen zuvor in sicherheitsbehördlicher Hinsicht noch nicht in Erscheinung getreten sind - die Bedeutung von Angeboten in der Prävention und Ausstiegsarbeit.

Der Anteil der jugendlichen Klientinnen und Klienten in den drei Aussteigerprogrammen des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt seit 2024 eine enorme Zunahme.

## Minderjährige in den Aussteigerprogrammen NRW - aktuelle Zahlen

Der Anteil von oft gewaltorientierten Minderjährigen unter den aktuell aktiv begleiteten Personen in den Aussteigerprogrammen NRW liegt derzeit

- im Aussteigerprogramm Islamismus (API) bei circa 15 Prozent (2024: 6 Prozent),
- bei Spurwechsel (Rechtsextremismus) bei knapp 15 Prozent (2024: 5 Prozent),
- bei Left (Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus) bei rund 11 Prozent (2024: 13 Prozent).
- Insgesamt bestätigen die Statistiken den Eindruck aus der Praxis, dass sich der Trend der Verjüngung mit Gewaltorientierung auch in den Aussteigerprogrammen verstärkt hat.

### Radikalisierung von Minderjährigen = Radikalisierung im Internet?

Die Jugend als Lebensphase und Übergang von Kindheit zum Erwachsenenalter gilt unabhängig von der Sozialisation, Herkunft, Religion oder sozialen Schicht als eine höchst prekäre und gefährdete Phase. Als eine Schwellenphase in Richtung des Erwachsenwerdens ist sie von Umbrüchen psychischer und physischer Natur gekennzeichnet. Jugendliche sind mit der Herausforderung konfrontiert, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Wichtige Aspekte dieser Phase sind sowohl die körperlichen Veränderungen, welche im Zuge der Pubertät eintreten, als auch die Entwicklung der eigenen Identität, die ein kontinuierlicher Prozess ist und von positiven Erfahrungen, Vorbildern und unterstützenden Bezugspersonen abhängt.

Zudem kommt es in der Adoleszenz häufig zu einer Ablösung von der Familie, was zu einem Anstieg von Konflikten führen kann. Jugendliche hinterfragen die Werte und Normen, die ihnen zuvor vermittelt wurden, und suchen neue Orientierung in nicht-familiären Beziehungen. Die Zugehörigkeit zu Gleichaltrigen und die Einflüsse aus sozialen Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Identitätsfindung.

Diese Gruppen (Peers) können sowohl Unterstützung bieten als auch den Druck erhöhen, extremistische Ansichten anzunehmen, um akzeptiert zu werden.

Akteure aus extremistischen Strukturen wissen diese „brüchige“ Entwicklungsphase der Jugendlichen in der Online-Welt für sich zu nutzen und agieren realweltlich und in den sozialen Medien als Ansprechpartner, um Jugendliche zu erreichen und Attraktivität für ihre verbreiteten Inhalte zu entfalten.

Radikalisierung kann in stärkerem Maße ausschließlich oder hauptsächlich online und in bemerkenswert kurzer Zeit stattfinden. Bei diesen Fällen spielen die realweltlichen sozialen Aspekte und Dynamiken bei der Radikalisierung und Ideologisierung eine untergeordnete Rolle.

Das Internet und vor allem einige einschlägige Social-Media-Plattformen fungieren im Zusammenhang mit geopolitischen Ereignissen und Krisen in Verbindung mit wachsenden Zukunftsängsten und gesellschaftlichen Spannungen als Radikalisierungsverstärker. Der übermäßige Medienkonsum in Kombination mit der digitalen Bilderflut trägt zur Emotionalisierung bei und kann als Radikalisierungsfaktor wirken, einhergehend mit psychischen Belastungen wie erhöhtem Stress, Depressionen und einem verzerrten Selbst- und Fremdbild (zum Beispiel aufgrund von Mobbing Erfahrungen). Ein weiteres Merkmal bei der Radikalisierung im Internet ist, dass Jugendliche und Minderjährige sich durch die Möglichkeit der schnellen Vernetzung einfacher gegenseitig radikalieren und zu Straftaten anleiten können. Die intensive Nutzung sozialer Medien birgt die Gefahr, dass Jugendliche in eine sogenannte „Filterblase“ oder „Echokammer“ geraten, in der sie einseitige und teilweise extremistische Inhalte konsumieren und dann in den vermittelten extremistischen Ansichten bestärkt werden, ohne ein Korrektiv zu den Inhalten zu erhalten.

Es ist nicht verwunderlich, dass gerade Jugendliche besonders anfällig für Online-Radikalisierung sind, da sie im Internet häufig nach Bestätigung und Identität suchen. Extremistische Gruppierungen nutzen diese Bedürfnisse gezielt aus. Dabei spielen zwei Hauptfaktoren eine zentrale Rolle: Persönliche Frustrationen und Identitätskrisen als sogenannte Push-Faktoren sowie die Attraktivität von

Gruppenzugehörigkeit und Sinnstiftung als Pull-Faktoren. Das Internet ermöglicht einen einfachen Zugang zu extremistischen Inhalten und bietet Resonanzräume, die Radikalisierungsprozesse erheblich erleichtern. Soziale Netzwerke und digitale Plattformen dienen als Katalysatoren, indem sie die Verbreitung extremistischer Ideologien fördern und die Vernetzung Gleichgesinnter erleichtern. Technologische Entwicklungen, wie künstliche Intelligenz und das Metaverse, könnten in Zukunft neue Gelegenheitsstrukturen für extremistische Aktivitäten schaffen.

### **Herausforderungen aufgrund entwicklungstypischer Zusammenhänge in der Adoleszenz**

Neben den psychischen Veränderungen, die mit der Pubertät und einem daraus resultierenden Empfinden von Sicherheits- und Kontrollverlust einhergehen, finden auch bedeutende physiologische Veränderungen im Gehirn und im Hormonhaushalt statt. In dieser Phase haben Jugendliche oft weniger Kontrolle über ihre Impulse, da das Frontalhirn, das für die Selbstregulation zuständig ist, noch nicht vollständig entwickelt ist. Solche Veränderungen können sich in einem ausgeprägten Bedürfnis nach sozialen Erfahrungen und manchmal auch in riskantem und delinquentem Verhalten äußern.

Impulsives Verhalten und fehlende Impulskontrolle können im verstärkten Maße auftreten. Im Zusammenhang damit sind Widerstands- und Weigerungsverhalten häufige Reaktionen, die oft aus einem Gefühl der Ohnmacht resultieren und die Zusammenarbeit sowie damit den Distanzierungsprozess insgesamt gefährden können.

Bei dieser Klientel kann man außerdem von einer dynamischeren Motivationslage ausgehen. Dies bedeutet, dass eine Person dann eher als ein Erwachsener von einer Teilnahme am Aussteigerprogramm wieder Abstand nimmt und sich gegebenenfalls erneut der Szene anschließt. Der Vorgang kann sich durchaus wiederholen. In diesen Fällen ist ein noch engerer Austausch mit Netzwerkpartnern und weiteren Sicherheitsbehörden erforderlich. Eine mögliche Abkehr vom Distanzierungsprozess zu erkennen und Sicherheitsrisiken zu minimieren, ist bei minderjähriger Klientel besonders relevant.

## **Herausforderungen aufgrund von sozialen Medien**

Der Medienkonsum bei Jugendlichen stellt für die Ausstiegsgesellschaft ebenfalls ein relevantes Thema dar, da die Medienlandschaft und vor allem die Social-Media-Kanäle eine zentrale Bedeutung bei der Identitäts- und Meinungsbildung Jugendlicher einnehmen. Die ständige Verfügbarkeit von digitalen Inhalten kann zu Problemen wie beispielweise Suchtverhalten, Cybermobbing und einer verzerrten Selbstwahrnehmung führen. Zudem birgt der ständige Konsum eine erneute Konfrontation mit gefährdenden und extremistischen Inhalten.

Als zentrale Bausteine in der Einzelfallbegleitung von Minderjährigen im Distanzierungsprozess sind daher ein medienkritischer Umgang mit Social Media-Inhalten und die Entwicklung von Medienkompetenz zu benennen.

## **Psychische Gesundheit als Einflussfaktor**

Des Weiteren gewinnt die psychische Gesundheit junger Menschen zunehmend an Bedeutung. Faktoren wie Stress, Leistungsdruck, soziale Isolation, Angststörungen und Depressionen unter Jugendlichen, auch durch soziale Medien, rücken das Thema in den Fokus der gesellschaftlichen Diskussion. Fachkräfte sind gefordert, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und geeignete Unterstützungsstrukturen zu schaffen und unterstützend zu vermitteln. Die Unterstützung erfordert ein hohes Maß an Sensibilität und Fachwissen, da die Herausforderung darin liegt, das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen und eine offene Kommunikationsbasis zu schaffen. Darüber hinaus ist für die Einzelfallbegleitung die Erkennung von Anzeichen psychischer Erkrankungen sowie die Vermittlung geeigneter Hilfsangebote unverzichtbar.

## **Maßnahmen des Verfassungsschutzes NRW**

In der Distanzierungsarbeit unterscheidet sich die Begleitung von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden deutlich von der Begleitung Erwachsener. Um der Verjüngung des Klientels angemessen und zielgerichtet zu begegnen, hat das Aussteigerprogramm API unter Beteiligung von Spurwechsel und Left die wesentlichen Herausforderungen, Anforderungen und Bedarfe in Bezug auf die Begleitung der jugendlichen (gewaltorientierten) Zielgruppe zusammengetragen und daraus Grundprinzipien für den Umgang mit dieser Zielgruppe konzeptionell erarbeitet.

Diese tragen dem Bedarf der psychologischen Entwicklung einer stabilen Identität sowie der Berücksichtigung und Einbindung des (psycho-) sozialen Umfeldes bei jungen Menschen Rechnung.

Für die Ausstiegsbegleitung sind vor allem folgende Aspekte entscheidend:

- **Professionalität:** Dazu gehören zum Beispiel die Vermittlung sozialer Kompetenzen sowie adäquater Handlungs- und Bewältigungsstrategien und Medienkompetenz
- **Vernetzung:** Hier sind insbesondere eine Intensivierung der Vernetzung mit Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen der Jugendarbeit sowie im Bereich der sekundären Präventionslandschaft entscheidend. Jugendliche und Heranwachsende sind aufgrund ihres Alters und Entwicklungsstands oft mit verschiedenen Institutionen aus den Bereichen Sicherheit, Soziales, Gesundheit und Bildung konfrontiert. Dies führt dazu, dass gerade in der Begleitung von Minderjährigen mehr Angehörige unterschiedlicher Institutionen beteiligt sind. Daher ist neben einer zielgerichteten Fortbildung der Ausstiegsbegleiterinnen und -begleiter eine enge Vernetzung und Kooperation zwischen Aussteigerprogrammen und allen beteiligten Institutionen entscheidend für effiziente Hilfsangebote, die auf die Resozialisierung, Integration und Stabilisierung der Jugendlichen abzielen. Ein enger Austausch besteht mit dem Präventionsprogramm Wegweiser. Das Programm will einen Ausstieg vor dem Einstieg in die islamistische Szene ermöglichen und leistet unter anderem mit Vortrags- und Workshop-Angeboten an Schulen und einem niedrigschwelligen Online-Beratungsangebot Aufklärungsarbeit zu extremistischen (Online-)Inhalten.
- **Risikomanagement:** Dies betrifft vor allem die Erweiterung der Risikoeinschätzung in der Fallarbeit, die Zusammenarbeit mit (Sicherheits-)Behörden und Supervisionsangebote.



## AUFKLÄRUNG UND INFORMATION DER ÖFFENTLICHKEIT

Als Grundpfeiler der Extremismusprävention ist die Aufklärung und Information der Öffentlichkeit ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit. Täglich sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in ganz Nordrhein-Westfalen unterwegs und treten in den direkten Austausch mit der Bevölkerung und interessiertem Fachpublikum. Unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen passierte dies im Jahr 2025 auf mehreren Ebenen auch bei und mit jüngerem Publikum.

### **Jubiläumsveranstaltung:**

#### **10 Jahre Wegweiser und Aussteigerprogramm Islamismus**

Seit vielen Jahren engagiert sich der NRW-Verfassungsschutz in der Prävention gegen islamistischen Extremismus. Das 10-jährige Bestehen von „Wegweiser – Stark ohne islamistischen Extremismus“ und dem Aussteigerprogramm Islamismus (API) wurde am 29. Januar 2025 in einer großen Online-Veranstaltung gefeiert. Netzwerkpartner und Wegbegleiter erhielten exklusive Einblicke in die praktische Arbeit. In einer Podiumsdiskussion haben ein Wegweiser-Berater, eine API-Ausstiegsbegleiterin und ein Islamwissenschaftler des Verfassungsschutzes mit persönlichen und praxisnahen Einblicken über Meilensteine und prägende Ereignisse und Erlebnisse im Kontext der Islamismusprävention berichtet. Abgerundet wurden die Beiträge durch O-Töne ehemaliger Klientinnen und Klienten sowie Beraterinnen und Beratern, die ihre Erfahrungen und wichtigsten Momente aus erster Hand teilten. Die über 120 Teilnehmenden konnten die Podiumsdiskussion live folgen und über einen Chat direkt Fragen stellen.



Die Teilnehmenden konnten die Podiumsdiskussion online live folgen und über einen Chat direkt Fragen stellen

Im Rückblick auf die vergangene Dekade lässt sich eine positive Bilanz ziehen: Beide Programme begegnen mit Leidenschaft und Expertise den Herausforderungen des Islamismus. Sie sind in Nordrhein-Westfalen fest etabliert und bundesweit renommiert. Die Präventions- und Ausstiegsarbeit bleibt auch in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe für den Verfassungsschutz.

## **280 Veranstaltungen zu Prävention und Extremismus in Nordrhein-Westfalen**

Bei Vortragsveranstaltungen, Workshops, Fortbildungen und Fachtagungen informierte der Verfassungsschutz auch 2025 in allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens über Entwicklungen und Erscheinungsformen des Extremismus. Dabei lag der Schwerpunkt auf den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Insgesamt fanden im Berichtsjahr 280 Informationsveranstaltungen zu Aspekten des politischen Extremismus und zu Fragen der Prävention statt. Damit wurden 11.900 Personen erreicht, darunter unter anderem rund 2.040 Schülerinnen und Schüler.

## **Präventionsarbeit mit Schülerinnen und Schülern**

Die Prävention von Rechtsextremismus setzt schwerpunktmäßig im schulischen Bereich an. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit sind Informationsangebote wie Fachvorträge, Workshops und Gespräche mit Expertinnen und Experten. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler für rechtsextremistische Erscheinungsformen zu sensibilisieren, die sich zunehmend modern inszenieren und ideologische Inhalte gezielt mit Gemeinschafts- und Freizeitangeboten (Erlebniswelt) verknüpfen, um dadurch Anschlussfähigkeit insbesondere bei jungen Menschen herzustellen. In diesem Kontext spielen digitale Räume und insbesondere soziale Netzwerke eine zentrale Rolle für die Verbreitung und Mobilisierung.

Schulische Präventionsmaßnahmen schaffen die Grundlage dafür, junge Menschen frühzeitig über Wirkmechanismen, Gefährdungspotenziale und Rekrutierungsstrategien rechtsextremistischer Strukturen aufzuklären. Zugleich unterstützen sie den Aufbau von kritischer Urteilsfähigkeit sowie eines grundlegenden Verständnisses für demokratische Werte und Prinzipien. Methodisch kommen hierbei dialogorientierte und interaktive Formate zum Einsatz, die grundlegende Kenntnisse zum Phänomenbereich Rechtsextremismus vermitteln und eine vertiefende Auseinandersetzung mit dessen Ausprägungen ermöglichen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Analyse der Erlebniswelt, die von rechtsextremistischen Akteurinnen und Akteuren geschaffen wird, indem Freizeitaktivitäten gezielt politisch instrumentalisiert werden. Die inhaltliche Arbeit erfolgt unter anderem anhand interaktiver Elemente und der kritischen Auseinandersetzung mit Videomaterial von rechtsextremistischen Akteurinnen und Akteuren.

Beispielhaft für die Prävention im Bereich Rechtsextremismus mit Schülerinnen und Schülern seien zwei Veranstaltungen aus 2025 erwähnt.

Im Rahmen einer seit Jahren bestehenden Kooperation mit zwei Gymnasien in Aachen fanden in jeweils zwei Veranstaltungen im Mai und Oktober 2025 Vortragsgespräche über die so genannte „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ statt. Insgesamt 190 Schülerinnen und Schülern wurde aufgezeigt, mit welchen modernen Methoden und unterschiedlichen Strategien die rechtsextremistische Szene versucht, insbesondere junge Menschen für sich zu begeistern.

Bei einem Netzwerktreffen von Schülerinnen und Schülern von Essener Schulen, die sich dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angeschlossen haben, wurden 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Altersgruppe von 16 bis 18 Jahren in der Eventhalle „Colosseum“ in Essen in einem zweistündigen Workshop die aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus deutlich gemacht. Mit Hilfe zahlreicher Videos konnten sich die Schülerinnen und Schüler von der Gefährlichkeit rechtsextremistischer Ideologien und Botschaften überzeugen.

Darüber hinaus unterstützte der NRW-Verfassungsschutz die Veranstaltung „GEMEINSAM GEGEN GEWALT UND AUSGRENZUNG“ in Gelsenkirchen, die der Verein „aktuelles forum“ organisiert hatte. An ihr nahmen rund 300 Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen teil. In einem Einführungsvortrag informierte der Verfassungsschutz über rechtsextremistische Musik und Social-Media-Präsenzen und beteiligte sich am Podiumsgespräch, in dem auch Antisemitismus, Islamismus, türkischer Rechtsextremismus (Graue Wölfe) und antimuslimischer Rassismus Themen waren.

Radikalisierungen verlagern sich zunehmend zu einer immer jünger werdenden Zielgruppe. Um der Entwicklung und dem Bedarf der Extremismusaufklärung im Bereich Islamismus gerecht zu werden, leisteten die Beraterinnen und Berater von Wegweiser Aufklärungsarbeit schwerpunktmäßig an Schulen. Auch im Jahr 2025 wiesen sie dort auf die Gefahren des islamistischen Extremismus hin und stellten ihre Arbeit vor.

### **Angebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

Darüber hinaus beteiligt sich der NRW-Verfassungsschutz regelmäßig an Informationsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Dies gilt besonders für Lehrkräfte weiterführender Schulen. Vorträge und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus können für ganze Kollegien stattfinden oder für bestimmte Fachlehrerinnen und -lehrer. Vielfach bringt der Verfassungsschutz seine Erkenntnisse auch in pädagogische Tage ein, in denen Workshops aus unterschiedlichen Perspektiven zu Themenfeldern wie Demokratie, Extremismus und Gewalt kombiniert werden. Regelmäßig

ist der NRW-Verfassungsschutz insbesondere an Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus an Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfsL) beteiligt. Zu diesem Thema war er 2025 an den ZfsL in Dortmund, Düsseldorf, Hagen, Hamm, Krefeld, Münster, Oberhausen, Paderborn und Solingen zu Gast. Die erneut größte Veranstaltung für Lehrkräfte im Jahr 2025 war der Studientag zum Thema Rechtsextremismus, den das ZfsL Hamm im Mai gemeinsam mit dem Medienzentrum der Stadt Hamm und dem NRW-Verfassungsschutz veranstaltete. Rund 200 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sowie Leitungskräfte aus der Lehrerausbildung gingen Formen, Strategien und Ideologie des Rechtsextremismus nach.

Darüber hinaus informierte der NRW-Verfassungsschutz auch 2025 regelmäßig in Einrichtungen der Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz über aktuelle Entwicklungen des Extremismus. Dazu gehörten Vorträge in den Veranstaltungen des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) sowie in den Polizeipräsidien und Kreispolizeibehörden vor Ort.

### **Kooperationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung**

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung fand im Frühjahr und Sommer 2025 die Veranstaltungsreihe „Extremismus, Populismus, Stammtischparolen und Verschwörungsmythen: Umgang mit Herausforderungen im demokratischen Gespräch. Workshopreihe für kommunalpolitisch Engagierte“ statt. Ziel dieses Workshops war es, die kommunikativen Handlungskompetenzen der Teilnehmenden zu stärken und ihre persönliche Resilienz gegenüber destruktiven Angriffen auszubauen. In interaktiven Übungen lernen die Teilnehmenden, wie sie extremistische und populistische Angriffe erkennen, welche argumentativen Strategien ihnen zur Verfügung stehen und wie sie diesen Parolen entgegenwirken können. In allen fünf Regierungsbezirken haben insgesamt zwölf Veranstaltungen stattgefunden.

Am 17. November 2025 fand in Dortmund die diesjährige Veranstaltung der gemeinsamen Reihe „Delegitimierte Demokratie“ unter dem Titel „Noch immer gegen Staat und Kapital? Linksextremismus im Kontext von Prävention und Demo-

kratiebildung“ statt. Rund 80 Teilnehmende informierten sich über aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus; neben der Instrumentalisierung von Klimaschutz als Türöffner-Thema wurde die postkolonial motivierte Unterstützung autokratischer Regime und Antisemitismus angesprochen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Möglichkeiten von politischer Bildung und Prävention gelegt, dem entgegenzutreten.

### **Fachtagung „Erlebniswelt Rechtsextremismus“**

Die Palette der Angebote, mit denen sich Rechtsextremisten möglichst passgenau an Jugendliche und junge Erwachsene wenden, wird immer breiter, das Erscheinungsbild moderner. Der Begriff „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ fasst Strategien und Aktionsformen dieser Szene zusammen, um junge Zielgruppen zu erreichen. Eine Fachtagung der Landeszentrale für politische Bildung NRW, des NRW-Verfassungsschutzes und der Volkshochschule Essen nahm diese Entwicklungen in den Blick: „Kampfsport, Social Media, Rap, Gaming, KI: Aktuelle Facetten der Erlebniswelt Rechtsextremismus“, unter diesem Titel brachte die Tagung am 28. Oktober 2025 in Essen rund 160 Fachleute zusammen, zum Beispiel aus der pädagogischen Praxis, aus Wissenschaft, Fußballfanprojekten, Kriminalprävention und Justiz.

Im Eröffnungsvortrag zeichnete der NRW-Verfassungsschutz die knapp 50-jährige Entwicklung rechtsextremistischer, Schritt für Schritt modernisierter Erlebniswelten nach. Diese Zeit ist mit Lernprozessen, zum Teil auch mit Prozessen der Professionalisierung der Methoden verbunden, um junge Menschen zu erreichen. Heute steht Social Media im Mittelpunkt der medialen Erlebniswelt des Rechtsextremismus. Die digitalen Netzwerke sind Schaufenster, Aktionsfeld und Radikalisierungsbeschleuniger dieser Szene. Fünf Sessions gingen besonders wichtigen und aktuellen Aktionsräumen rechtsextremistischer Erlebniswelten sehr genau nach: den Entwicklungen im rechtsextremistischen Teilbereich des Kampfsports, in der Musik (insbesondere des rechtsextremistisch geprägten Rap), sozialen Netzwerken, im Gaming und hinsichtlich der Nutzung Künstlicher Intelligenz. Rechtsextremisten sehen hier Gelegenheiten, Jugendliche in ihrer Lebenswelt zu erreichen – Kampfsport, Rap, Gaming und Social Media sind aber keineswegs pauschal rechtsextremistisch geprägte Sphären. Im Schlusspanel der Fachtagung stell-

ten Expertinnen und Experten Präventionsansätze gegen rechtsextremistische Einflussversuche vor. Deutlich wurde, dass die Stärkung der demokratischen Bildung junger Menschen und eine enge Vernetzung aller beteiligten Institutionen entscheidend sind, um extremistischer Propaganda wirksam entgegenzutreten.



Ist Social Media auch ein Radikalisierungsbeschleuniger des Rechtsextremismus? Darüber sprachen in Essen die Investigativjournalistin Angélique Geray von RTL und Stefan Glaser, Leiter von jugendschutz.net

### **Informationsangebote für Feuerwehr**

Die Zusammenarbeit des NRW-Verfassungsschutzes mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW (LpB) zeigte sich auch 2025 in landesweiten Informationsveranstaltungen für Führungskräfte der Feuerwehr. Zu den Kooperationspartnern zählte unter anderem das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW). Die von der LpB durchgeführte Gesamtevaluation der vier Tagungen „Extremismus-Prävention“ in Münster und an der IdF-Außenstelle im Kreis Düren im Jahr 2025 bestätigt die positive Resonanz der Teilnehmenden. Sie gilt ganz besonders für die Aussteigergespräche zum Abschluss der Veranstaltungen, die durch das PRISMA-Projekt im NRW-Verfassungsschutz ermöglicht wurden. Darüber hinaus war der Verfassungsschutz in eigene Seminare des Instituts der Feuerwehr NRW einbezogen und informierte in kommunalen Feuerweherschulen.

## Gamescom

Die Gamescom ist die weltweit größte Messe für Computer- und Videospiele und Unterhaltungselektronik. Seit 2017 ist der Verfassungsschutz NRW regelmäßig mit einem eigenen Messestand in Köln vertreten und präsentierte sich auch 2025 in der sogenannten Entertainment Area den rund 357.000 Besuchern aus 128 Ländern. Neben einem Quiz zum Thema Extremismus wurde dort der Trailer des in Produktion befindlichen Handyspiels „Wer ist Bilal?“ präsentiert. Der Stand war außerdem im Design des Spiels, das der Prävention von islamistischer Radikalisierung und Desinformation sowie zur Stärkung von Medienkompetenz dient, gestaltet. Der Minister des Innern, Herbert Reul, und der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien, Nathanael Liminski, besuchten den Stand und zeigten sich überzeugt vom Standkonzept.

Die Gamescom ist für den Verfassungsschutz NRW jedes Jahr eine Möglichkeit, mit jungen, netzaffinen Menschen ins Gespräch zu kommen. Diese sind für Extremisten in Foren, Chats und Games eine Hauptzielgruppe. In Gesprächen auf Augenhöhe wird auf diese Gefahren aufmerksam gemacht. Außerdem sollen Berührungspunkte zum Verfassungsschutz und seinen Präventionsangeboten abgebaut werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen den Standgästen zu allen Fragen rund um das Thema Extremismus Rede und Antwort.



Minister Herbert Reul, Minister Nathanael Liminski und NRW-Verfassungsschutzchef Jürgen Kayser beim Test der Alphaversion des Serious Games „Wer ist Bilal?“ auf der Gamescom

## **Deutscher Präventionstag 2025**

Am 23. und 24. Juni 2025 war der Verfassungsschutz NRW mit einem Informationsstand auf dem 30. Deutschen Präventionstag (DPT) in Augsburg vertreten. Als größter europäischer Austausch zum Thema Kriminalprävention zog dieser Kongress Fachpublikum aus ganz Deutschland an, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Praxis, Wissenschaft, Forschung und Verwaltung. Das Schwerpunktthema „Gesellschaftlicher Frieden und Prävention“ des diesjährigen DPT legte den Fokus auf soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit in Deutschland. Auf dem Kongress hatten Fachleute die Gelegenheit, verschiedene Ansätze und Maßnahmen zu diskutieren, die zur Entwicklung friedlicher Gemeinschaften beitragen können. Der Messestand des NRW-Verfassungsschutzes auf der begleitend zum Kongress stattfindenden Fachmesse war stark frequentiert, was den Bedarf im Bereich Extremismusprävention verdeutlicht.

## **Integrationskonferenz der Stadt Düsseldorf**

Der Verfassungsschutz NRW hat sich am 13. November 2025 an der Integrationskonferenz der Stadt Düsseldorf mit einem Informationsstand beim „Markt der Möglichkeiten“ beteiligt. Das breite Angebot des Verfassungsschutzes im Bereich Prävention und Ausstieg neben der in Düsseldorf bereits seit 2014 gut etablierten Beratungsstelle des Präventionsprogramms Wegweiser war vielen Besuchern noch nicht bekannt. Besonders die Aussteigerprogramme und PRISMA stießen auf großes Interesse.

## **PRISMA - moderierte Aussteigergespräche**

Die moderierten Gesprächsangebote unter dem Titel PRISMA haben sich im Laufe der vergangenen Jahre als fester Bestandteil der Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes NRW etabliert. Rund 50 Prozent der Veranstaltungen fanden an weiterführenden Schulen statt. Ein weiterer Schwerpunkt waren Feuerwehren und Sicherheitsbehörden. Ehemalige Angehörige extremistischer Szenen geben darin Einblick in prägende Stationen ihres Werdegangs und reflektieren über den Einstieg in die Szene sowie die maßgeblichen Erfahrungen während ihrer Zugehörigkeit. Zentrale Elemente der Gespräche sind zudem die Aufarbeitung des eigenen Handelns im Kontext extremistischer Strukturen und die Wendepunkte, die ihre Distanzierung einleiteten.

Das Format zeichnet sich durch seine ausgeprägte Dialogorientierung aus: Die Teilnehmenden haben jederzeit die Möglichkeit, Fragen an die Ausgestiegenen zu richten und einzelne Aspekte vertieft zu beleuchten. Diese interaktive Gestaltung trägt maßgeblich dazu bei, die Schilderungen der Ausgestiegenen in ihrer Komplexität und Anschaulichkeit erfahrbar zu machen.

Im Berichtsjahr wurde eine quantitative Steigerung verzeichnet: Es fanden 70 Veranstaltungen statt. Zudem wurden die vorgesehenen erweiterten evaluativen Standards erarbeitet.

Parallel hierzu wurde eine neue Zielgruppe identifiziert: Da sich radikalierungsgefährdete Jugendliche zunehmend in immer jüngeren Altersgruppen finden, soll geprüft werden, wie das Format diese vulnerable Gruppe adäquat adressieren kann.

## ZUSAMMENARBEIT MIT VERWALTUNG, WISSENSCHAFT UND PRAXIS

Die Prävention von Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ein koordiniertes und nachhaltiges Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Akteure erfordert. Der Verfassungsschutz versteht seine Arbeit in diesem Bereich als einen vernetzten Ansatz, der Kooperationen mit Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft voraussetzt. Hierdurch werden unterschiedliche Perspektiven gebündelt, präventive Handlungsmöglichkeiten erweitert und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber extremistischen Ideologien nachhaltig gestärkt.

### **Kommunen gegen Extremismus**

Gemeinden, kreisfreie Städte und Kreise sehen sich im kommunalen Alltag fortlaufend mit extremistischen Akteurinnen und Akteuren, Radikalisierungsprozessen bei insbesondere jungen Menschen sowie sicherheitsrelevanten Gefährdungen konfrontiert. Um sie im Umgang damit gezielt zu unterstützen, wurde im Jahr 2014 das gemeinsame Präventionsprogramm „Kommunen gegen Extremismus“ des Verfassungsschutzes NRW und des Polizeilichen Staatsschutzes ins Leben gerufen. Die ersten praktischen Erfahrungen wurden im Rahmen eines Pilotprojekts im Kreis Mettmann gesammelt.

Das Präventionsprogramm verfolgt das Ziel, kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung fachliche Unterstützung im Umgang mit allen Erscheinungsformen des Extremismus anzubieten, um Extremismus so frühzeitig wie möglich entgegenzuwirken. Grundlage hierfür ist die enge Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Kommunen, dem Verfassungsschutz NRW und dem Polizeilichen Staatsschutz. Die Kommunen erhalten fachliche Einordnungen, Hilfestellungen und Informationen zu allen Extremismusbereichen und Unterstützung bei konkreten Verdachtslagen oder offenen Fragestellungen.

Im Jahr 2023 wurde das Programm grundlegend aktualisiert und fortgeschrieben, um die Zusammenarbeit langfristig zu stärken und zugleich tragfähiger und klarer strukturiert zu gestalten. Ein Kernelement dieser Weiterentwicklung ist der regelmäßig stattfindende fachliche Austausch zwischen den teilnehmenden Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten, dem Verfassungsschutz NRW sowie den jeweils zuständigen Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz. Das dritte Fachtreffen fand am 10. Dezember 2025 statt. Auch in diesem Jahr tauschten sich die Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Kommunen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes NRW sowie den für ihren Bereich zuständigen Leitungen der Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz zu unterschiedlichen Themen aus. Der Fokus lag auf aktuellen Herausforderungen, der Radikalisierung junger Menschen, der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und zukünftigen Entwicklungen. Neben dem Austausch fanden zwei vertiefende Fachvorträge zum 2025 vom Verfassungsschutz NRW veröffentlichten Lagebild Rechtsextremismus und zur politisch motivierten Kriminalität und Extremismus in den Regionen statt.

Aktuell beteiligen sich acht Landkreise und vier kreisfreie Städte an dem Programm. Eine schrittweise Erweiterung auf weitere Kommunen ist vorgesehen.

### **Zusammenarbeit mit dem Landesverband E-Sports**

Zur Sensibilisierung für rechtsextremistische Strategien im digitalen Raum haben der Verfassungsschutz NRW und der Landesverband E-Sports NRW Ende 2022 eine Kooperation aufgenommen. Ziel der Zusammenarbeit ist es, Akteurinnen und Akteure aus dem E-Sports-Bereich für menschenfeindliche Ideologien und Strategien rechtsextremistischer Akteurinnen und Akteure auf Gaming- und gaming-nahen Plattformen aufzuklären. Im Rahmen dieser Kooperation fand 2023 der gemeinsame Fachworkshop „Game over Extremism - Gemeinsam gegen Rechtsextremismus im E-Sport“ statt, in dem Vertreterinnen und Vertretern aus der Gaming-Szene, den E-Sports, der politischen Bildung und Sicherheitsbehörden Ansätze für Aufklärungsmaßnahmen sowie erste Ideen für die Integration des Themas in die Trainerinnen- und Trainerausbildung im E-Sport entwickelten. Im Berichtsjahr wurde das Modul ausgearbeitet und dem Vorstand des Landesver-

bandes für E-Sports NRW, dem E-Sport-Bund Deutschland (ESBD) und weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bereich vorgestellt.

Im nächsten Jahr wird das Modul in die E-Sport Trainerinnen- und Trainer-C-Lizenz in NRW implementiert. Zudem ist geplant, dass zwei Online-Termine über den ESBD angeboten werden, an denen jeweils 20 Personen aus ganz Deutschland teilnehmen können.

### **Fachstelle Islamismusprävention**

Die Fachstelle Islamismusprävention (FSI) des Verfassungsschutzes NRW fungiert als Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis, bietet fachliche Unterstützung für das Aussteigerprogramm Islamismus (API) und das Präventionsprogramm Wegweiser und sensibilisiert die Öffentlichkeit durch Vorträge im Bereich der Primärprävention zum Thema Islamismus.

Im Jahr 2025 lag ein Schwerpunkt der FSI auf der Sensibilisierung von Mitarbeitenden kommunaler Flüchtlingseinrichtungen zum Thema Islamismus sowie auf der Vorstellung des Wegweiser-Programms und präventiver polizeilicher Programme wie „Kurve kriegen“ (hilft kriminalitätsgefährdeten Kindern und Jugendlichen, Wege aus der Kriminalität zu finden) und PeRisikoP (Früherkennung von und Umgang mit Personen mit Risikopotenzial). In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration wurden in drei Online-Veranstaltungen unter dem Titel „Radikalisierungsprävention in Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete“ über 1.000 Personen und Einrichtungen erreicht. Zudem wurden Flyer für Mitarbeitende kommunaler Einrichtungen sowie Fachkräfte der Islamismusprävention entwickelt, die das vielfältige Angebot der Landesregierung in diesem Bereich präsentieren.

Im Bereich der Primärprävention wurde 2025 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Islam von Islamismus unterscheiden“ die Schulung von Lehrkräften in zwei ganztägigen Veranstaltungen fortgesetzt, die gezielt für diese Zielgruppe konzipiert wurden. Die Informationsreihe der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, die in Kooperation mit dem Ministerium des Innern, dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration und dem

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde, informierte über den gelebten Islam in Nordrhein-Westfalen und klärte über die Gefahren des Islamismus auf. Neben Informationen und Sensibilisierung für die genannten Themen lag der Schwerpunkt auf den Erfahrungen von Expertinnen und Experten aus der Praxis, insbesondere zu Deeskalations- und Präventionsstrategien sowie zur Aufklärungsarbeit. Zusätzlich wurden Diskussionstische zu relevanten Themen eingerichtet, die unter anderem von Wegweiser durchgeführt wurden.

Die FSI schult regelmäßig neue Wegweiser-Beratungskräfte an den 24 Wegweiser-Standorten in Einführungsveranstaltungen zu den Themen Islamismus und Online-Islamismus. Im Jahr 2025 standen zudem innerjüdische Debatten zum Antisemitismus, Hizb ut-Tahrir sowie die Ergebnisse der „Einsamkeitsstudie“ des Progressiven Zentrums Berlin im Fokus weiterer Fortbildungsveranstaltungen. Auch die aktuellen Entwicklungen in Syrien und im Nahen Osten wurden intensiv behandelt. Diese Fortbildungsangebote stehen ebenso den Mitarbeitenden des NRW-Verfassungsschutzes offen. Im Rahmen eines Wegweiser-Fachtags wurden die Beratungskräfte durch externe Referenten umfassend zum Thema Migration und Flucht sowie zur rassismuskritischen Islamismusprävention qualifiziert.

### **Arbeitskreis Wissenschaft Islamismus**

Im Frühjahr hat die FSI erstmalig den AK Wissenschaft Islamismus in NRW eingerichtet. Der Arbeitskreis wurde 2017 eingerichtet, um die in den Verfassungsschutzbehörden vorhandenen, interdisziplinären wissenschaftlichen Kompetenzen und Ressourcen für die gesetzliche Auftragserfüllung des Verfassungsschutzverbundes im Phänomenbereich Islamismus/islamistischer Terrorismus mit einem Synergieeffekt nutzbar zu machen. Bei der diesjährigen zweitägigen Arbeitstagung stand das Thema Co-Radikalisierung im Fokus und die Frage, wie Islamismus und Rechtsextremismus, die sich – zumindest auf den ersten Blick – antagonistisch gegenüberstehen, durch ihre Aktionen zur gesellschaftlichen Polarisierung beitragen.

## **Wissenschaftliches Netzwerk CoRE NRW**

In Zusammenarbeit mit dem Aussteigerprogramm Islamismus (API) veranstaltete CoRE NRW 2025 einen Workshop, der verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Fachkräfte der Ausstiegsbegleitung zur Zukunft der Ausstiegsarbeit aus dem gewaltbereiten Islamismus zusammenbrachte. Im Fokus standen die aktuellen Herausforderungen sowie mögliche zukünftige Entwicklungen. Ziel des Workshops war es, unter anderem einen Zwischenstand im Umgang mit IS-Rückkehrerinnen und -Rückkehrern zu erarbeiten, basierend auf den gesammelten Erfahrungen und Perspektiven der Teilnehmenden. Darüber hinaus ging es um Themen wie die Ausstiegsbegleitung von Minderjährigen und die Wahrnehmung von Extremismusprävention im öffentlichen Raum. Gemeinsam wurden Überlegungen angestellt, wie die Ausstiegsbegleitung in Zukunft weiterhin nachhaltig auf die bestehenden Herausforderungen ausgerichtet werden könnte.

In seinem jährlichen Netzwerktreffen widmete sich CoRE dem Thema „Radikalisierung 2.0“ und der zunehmenden Rolle des Internets, insbesondere sozialer Medien, bei Radikalisierungsprozessen. Das Fazit der Veranstaltung zeigte, dass für eine effektive digitale Präventionsarbeit eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit notwendig ist, um gezielte und effektive Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, die auch ethische und rechtliche Fragestellungen berücksichtigen.

## **Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit**

Um Effizienz und Reichweite der Präventionsarbeit nachhaltig zu steigern, wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Islamismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ über alle Ressorts und Organisationseinheiten hinweg gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Beirat gezielt intensiviert. Zur Vertiefung der Kooperation wurde der fachliche Austausch in den spezifischen Unterarbeitsgruppen (UAG) Antisemitismus, Digitalisierung, Geflüchtete und Vernetzung fortgeführt. Insbesondere die zielgerichtete Verwendung der Mittel, die die Landesregierung nach dem Terroranschlag von Solingen im Jahr 2024 mit ihrem Paket zu Sicherheit, Migration und Prävention in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt hat, wurde intensiv beleuchtet.

Die UAG agieren als Katalysatoren, um die Kooperation zu vertiefen und künftig weitere Impulse zu setzen. Im Fokus der inhaltlichen Arbeit steht eine Optimierung der gesamten Angebotsstruktur und der Ausbau moderner Beratungsmöglichkeiten: Sowohl digitale als auch aufsuchende Beratungsangebote sollen implementiert beziehungsweise ausgebaut werden. Die kontinuierliche Identifizierung neuer Möglichkeiten und Stärkung vorhandener Angebote bleiben dabei oberstes Ziel.

Durch Stärkung und Bündelung der UAG-Aktivitäten soll eine verbesserte Vernetzung und eine optimierte Angebotsstruktur geschaffen werden. Ziel ist es, neue Herausforderungen – insbesondere im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen – frühzeitig zu identifizieren, um schnellstmöglich sach- und zielgruppengerechte Angebote entwickeln und vorhalten zu können. Neben der Schaffung einer geeigneten digitalen Austauschplattform und Implementierung/Aktualisierung notwendiger Inhalte bildet eine weiterhin enge Zusammenarbeit aller Beteiligten die dafür notwendige Grundlage.

# UMGANG MIT FRÜHEN FORMEN DER RADIKALISIERUNG



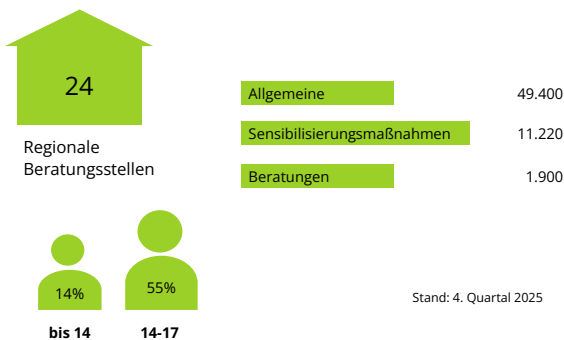
## Präventionsprogramm Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus

Die Situation im Nahen Osten nach den Terroranschlägen gegen den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und das Thema Islamismus im Netz haben in 2025 die Arbeit des Programms Wegweiser - Stark ohne islamistischen Extremismus geprägt. Wegweiser will den Einstieg junger Menschen in den Islamismus verhindern. Die flächendeckende Struktur an 24 Standorten in ganz NRW hat sich dabei bewährt, so dass die zahlreichen Anfragen von Schulen und anderen Einrichtungen schnell und ortsnah von den Beratungskräften aufgefangen werden konnten.

### Wegweiser in Zahlen

Seit Start des Programms 2014 wurden rund 1.900 direkt Betroffene beraten.

In 55 Prozent aller Beratungen waren Kinder und Jugendliche in einem Alter von 14 bis 17 Jahren und in 14 Prozent aller Beratungen Kinder bis 14 Jahre betroffen.



Stand: 4. Quartal 2025

Zahlen und Fakten zu Wegweiser

Die Wegweiser-Standorte haben zudem fast 49.400 allgemeine Anfragen, zum Beispiel nach Materialien, Informationen zum Thema Islamismus sowie Presseanfragen bearbeitet. Zusätzlich wurden 11.220 Sensibilisierungsmaßnahmen wie Veranstaltungen, Vorträge

und Workshops für Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Der dringende Bedarf der durch Wegweiser geleisteten Aufklärungsarbeit spie-

gelt sich vor allem in der weiterhin hohen Nachfrage nach Sensibilisierungsveranstaltungen von Wegweiser wider.

Der Wegweiser-Chat, das anonyme Online-Beratungsangebot des Wegweiser-Programms, befand sich 2025 im zweiten Jahr im Wirkbetrieb.



[www.wegweiser.nrw.de](http://www.wegweiser.nrw.de)

Im Zeitraum vom 15. November 2023 bis 31. Dezember 2025 wurden 674 Beratungen per Chat geleistet. Regelmäßig konnten Anfragen an die Wegweiser-Standorte weitervermittelt werden.

Auf der Basis der im ersten Betriebsjahr gemachten Erfahrungen und erhobenen Daten wurde das Wegweiser-Programm mit seiner nun kombinierten analogen und digitalen Beratungsstruktur im Rahmen nationaler und internationaler Fachtagungen vorgestellt. Mit Blick auf die Zukunft der Präventionsarbeit wurden außerdem verschiedene datenbasierte Konzepte im Rahmen der Sekundärprävention auf eine mögliche Anwendung hin geprüft.

### **Zusatzkompetenz türkischer Rechtsextremismus**

Nach Abschluss der Pilotphase und Ausweitung des Projekts verfügen nun zehn der 24 Wegweiser-Standorte über eine Zusatzkompetenz im Bereich türkischer Rechtsextremismus und leisten flächendeckend für Nordrhein-Westfalen Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zu diesem Thema.

Zusammen mit der Landeszentrale für Politische Bildung NRW wurde im April 2025 außerdem eine Fachtagung im Ministerium des Innern mit dem Thema „Türkischer Rechtsextremismus - Herausforderungen, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten“ durchgeführt. Die Veranstaltung richtete sich insbesondere an Fachkräfte,

die in Schulen, Beratungseinrichtungen, Verwaltungen und Vereinen mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

Vertreter aus Wissenschaft und Praxis berichteten den Teilnehmenden in Impulsvorträgen über ihre aktuellen Befunde. Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung gab ein „Markt der Möglichkeiten“ mit Informationsständen verschiedener Projekte



In Impulsvorträgen berichteten Vertreter aus Wissenschaft und Praxis den Teilnehmenden über ihre aktuellen Befunde

und Organisationen. Ein Abschluss-Panel unter Beteiligung des Wegweiser-Standorts Aachen diskutierte mit den Anwesenden über Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten.

## **Jubiläumsveranstaltungen 10 Jahre Wegweiser und Wegweiser Bergisches Land**

Im Januar fand anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Programme API und Wegweiser eine Online-Veranstaltung mit zahlreichen Teilnehmenden statt. Im November konnte der Wegweiser-Standort Bergisches Land ebenfalls sein Jubiläum feiern. Er ging 2015 als vierte der 24 Beratungsstellen an den Start und kann auf eine erfolgreiche Arbeit und ein großes Netzwerk zurückblicken. Dazu gehört die in die-

ser Form für Wegweiser einzigartige Kooperation zwischen den Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid.

### **Veranstaltungen der Beratungsstellen**

Die Wegweiser-Beratungsstellen haben 2025 zahlreiche Fachtage zu relevanten Fragestellungen durchgeführt. Im Fokus stand unter anderem das Thema Islamismus im Netz. Im Sommer 2025 veranstaltete Wegweiser in den Kreisen Borken und Coesfeld gemeinsam mit dem Systemberater Extremismusprävention einen Fachtag für Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte aus Schule und Zivilgesellschaft. Unter dem Titel „Immer mehr TikTok, immer radikaler? Wie funktioniert Radikalisierung in Rechtsextremismus und Islamismus? Pädagogisch und präventiv begegnen“ stand die Frage im Mittelpunkt, was Radikalität und Extremismus heute bedeuten und wie diese Phänomene insbesondere in digitalen Räumen wirken. Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit Medienkompetenz sowie der Frage, wie der Nahostkonflikt und Diskriminierungserfahrungen im Netz instrumentalisiert werden.

### **Zusammenarbeit mit Wegweiser in Ostbelgien**

Die erfolgreiche Kooperation mit Wegweiser in Ostbelgien wurde 2025 fortgeführt. Der Verfassungsschutz NRW nahm zum Beispiel an der Sitzung des Begleitausschusses in Eupen/Ostbelgien teil, an dem er sich mit einem Vortrag zu Wegweiser und den aktuellen Entwicklungen im Islamismus beteiligte. Im Dezember fand ebenfalls in Eupen ein internationales Kolloquium mit dem Titel „Extremismusprävention im Wandel? Neue Phänomene und internationale Herausforderungen“ mit Fachleuten aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Deutschland statt. Wegweiser, das Aussteigerprogramm Islamismus und Prisma haben an der Programmgestaltung mitgewirkt und ihre Expertise eingebracht.

## Kontakt zu Wegweiser

Informationen zu den Wegweiser-Beratungsstellen sind über den Beratungsstellenfinder unter [www.wegweiser.nrw.de](http://www.wegweiser.nrw.de) verfügbar.

Die zentrale Wegweiser-Hotline ist montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter 0211 871-2728 oder per Mail unter [info@wegweiser.nrw.de](mailto:info@wegweiser.nrw.de) erreichbar und vermittelt auf Wunsch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort.

## Zugang zum Wegweiser-Chat

Der Live-Chat ist unter [www.wegweiser.nrw.de](http://www.wegweiser.nrw.de) montags bis freitags von 10 Uhr bis 22 Uhr und am Wochenende von 14 Uhr bis 20 Uhr erreichbar. Außerhalb dieser Zeiten besteht jederzeit die Möglichkeit, sich zu registrieren und eine Anfrage zu stellen.

## VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen



Vier Veranstaltungsformate standen 2025 im Mittelpunkt des VIR-Programms: die viertägige Ausbildung zur VIR-Trainerin oder zum VIR-Trainer in Bonn, die dreitägige VIR-Fortbildung in Schwerte und ein zweitägiger Aufbaukurs, der mit der Trainerlizenz abschloss. Der Aufbaukurs fand wie auch der jährliche Vernetzungstag

des VIR-Programms in Dortmund statt. Das VIR-Programm verfolgt einen Train-the-Trainer-Ansatz: Die Trainerinnen und Trainer sind lizenziert, in Zweierteams eigene Fortbildungen nach dem VIR-Konzept anzubieten. Durch die Trainerinnen- und Trainerausbildung, die im Juni 2025 zum 13. Mal stattfand, und den Aufbaukurs im Januar 2025 stieg die Zahl der im VIR-Programm ausgebildeten Personen auf insgesamt rund 240. Neu lizenziert wurden 2025 beispielsweise Fachkräfte aus der schulpyschologischen Beratung, aus Aussteigerprogrammen, der Kriminalprä-

vention oder der politischen Bildung. VIR-Trainerinnen und -Trainer sind in Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen und in 13 weiteren Bundesländern tätig. Fortbildungen, die von ausgebildeten VIR-Trainerinnen und -Trainer geleitet wurden, fanden zuletzt unter anderem in Kerpen, Krefeld, Mainz, Marburg, Münster, Neumünster und Stuttgart statt.

Personen, die an VIR-Qualifizierungen teilgenommen haben, aber noch keine Trainerlizenz erwerben konnten, hatten im Januar 2025 zum zweiten Mal die Gelegenheit, diese in einem Aufbaukurs nachzuholen. Das praxisnahe Konzept der Veranstaltung hat sich auch 2025 bewährt, der Aufbaukurs soll weiterhin alle zwei Jahre stattfinden.

### VIR im Überblick

Das Qualifizierungskonzept VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) umfasst zehn Bausteine, darunter Übungen zur motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen aufzeigt (Transtheoretisches Modell der Veränderung), und Grundlagen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtsslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse). Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter [www.vir.nrw.de](http://www.vir.nrw.de) abrufbar.

### Vernetzungstagung „Rechtsextreme und demokratiegefährdende Tendenzen in Deutschland“

Impulse aus der Forschungspraxis von Prof. Dr. Beate Küpper waren ein Schwerpunkt des jährlichen Vernetzungstages für ausgebildete VIR-Trainerinnen und -Trainer am 26. September 2025. Die Rechtsextremismusforscherin von der Hochschule Niederrhein bündelte Ergebnisse aus mehreren Untersuchungen zu rechtsextremistischen und demokratiegefährdenden Tendenzen in Deutschland. Dazu zählte die BEWARE-Studie, die Bedrohungslagen nachgeht, denen zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus ausgesetzt sind. Demnach gaben 79 Prozent der befragten Personen an, dass sie mit Bedrohungen in unter-

schiedlichen Formen bereits konfrontiert waren. Dies galt für zivilgesellschaftliche Akteure in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Im Osten erleben zivilgesellschaftlich Engagierte mehr gewaltförmige Bedrohung, im Westen ist vor allem die Erwartungsangst vor Bedrohung hoch. Der NRW-Verfassungsschutz stellte auf dem Vernetzungstag zentrale Ergebnisse des Lagebilds Rechtsextremismus dar, das im März 2025 veröffentlicht worden war.

## Präventionsansatz und Akteure

Bei VIR-Qualifizierungen geht es um die Kommunikation mit Zielgruppen, bei denen man in Alltagssituationen Impulse setzt, die zur Veränderung motivieren und den Veränderungsprozess fördern. VIR setzt auf Kurzinterventionen wie „Tür und Angel“-Gespräche oder Kurzberatungen mit einer Dauer von zehn Minuten bis zu einer Stunde. Typische Situationen sind Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt. Im VIR-Projekt arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen: Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK-Ruhr), von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW und dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (Aussteigerprogramm Spurwechsel). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen.



## EXTREMISTISCHE VERGANGENHEIT ZURÜCKKLASSEN - AUSSTEIGERPROGRAMME NRW

In Nordrhein-Westfalen bestehen im Verfassungsschutz drei Aussteigerprogramme, an die sich Menschen wenden können, die ihre extremistische Vergangenheit hinter sich lassen und ihr Leben künftig ohne die Prägung durch extremistische Denk- und Handlungsweisen eigenständig gestalten möchten. Bereits seit 2001 unterstützt das Programm Spurwechsel ausstiegswillige Personen aus der rechten Szene, API begleitet seit 2014 Menschen aus dem islamistischen Umfeld und seit 2018 richtet sich Left an Personen aus dem Linksextremismus sowie dem auslandsbezogenen Extremismus.

### Kontakte zu den Aussteigerprogrammen

- Spurwechsel - Aussteigerprogramm Rechtsextremismus
- E-Mail: [kontakt@spurwechsel.nrw.de](mailto:kontakt@spurwechsel.nrw.de)
- Telefon: 0211 837-1906
- Website: [www.spurwechsel.nrw.de](http://www.spurwechsel.nrw.de)
  
- API - Aussteigerprogramm Islamismus
- E-Mail: [kontakt@api.nrw.de](mailto:kontakt@api.nrw.de)
- Telefon: 0211 837-1926
- Website: [www.api.nrw.de](http://www.api.nrw.de)
  
- Left - Aussteigerprogramm Linksextremismus und auslandsbezogener Extremismus
- E-Mail: [kontakt@left.nrw.de](mailto:kontakt@left.nrw.de)
- Telefon: 0211 837-1931
- Website: [www.left.nrw.de](http://www.left.nrw.de)

Diese Programme bieten Hilfe bei der psychosozialen Stabilisierung und begleiten die Ausstiegswilligen dabei, ihre extremistischen Überzeugungen zu reflektieren. Eine zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Ausstiegsprozess ist die freiwillige Bereitschaft der Teilnehmenden, sich auf die Veränderungen einzulassen. In persönlichen Gesprächen wird individuelle Unterstützung geboten, um den Alltag eigenständig zu meistern und gleichzeitig an der Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit sowie der damit verbundenen Denkmuster zu arbeiten, um sich von extremistischen Haltungs- und Sozialkontexten zu distanzieren.

Die Ausstiegsbegleitung setzt dabei vor allem Impulse zur Veränderung und zeigt alternative Lebenswege auf. Letztlich liegt es jedoch in der Verantwortung der jeweiligen Person, die nötigen Veränderungen in Verhalten und Einstellung selbst umzusetzen.

Die Aussteigerprogramme sind wichtige Bausteine im Bereich der Tertiärprävention und fester Bestandteil der Sicherheitsstruktur. Für ihre Arbeit greifen sie auf ein weitreichendes Netzwerk aus (Sicherheits-)Behörden sowie Präventionsakteuren und Hilfesystemen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zurück. Der Verfassungsschutz kommt darüber in einen direkten Kontakt zu den Ausstiegswilligen.



Spurwechsel hat sich im Jahr 2025 in der Klientenarbeit mit inzwischen mehr als 500 Personen beschäftigt und seine Vernetzung behörden- sowie länderübergreifend - zum

Beispiel in der Arbeitsgruppe Deradikalisierung (AG DeRad) im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechts- extremismus/-terrorismus (GETZ-R) - weiter ausgebaut.



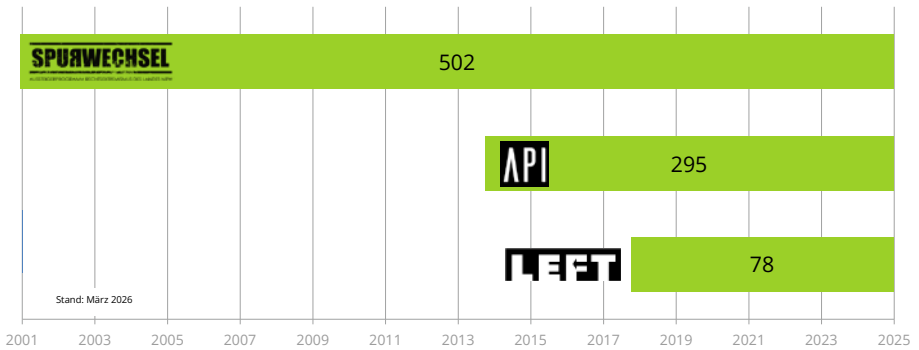
Das API hat angesichts der hohen Relevanz des Themas „Minderjährige im Extremismus“ eine Konzeption erstellt, was in der Ausstiegsarbeit insbesondere im Umgang mit junger Klientel zu beachten ist. Die Konzeption wird übergreifend in allen drei Aussteigerprogrammen verwendet. Das

diesjährige Fokusthema des Kapitels Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme widmet sich dieser Konzeption ausführlicher.

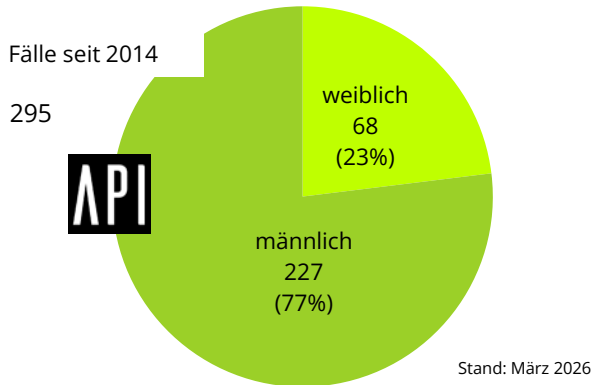
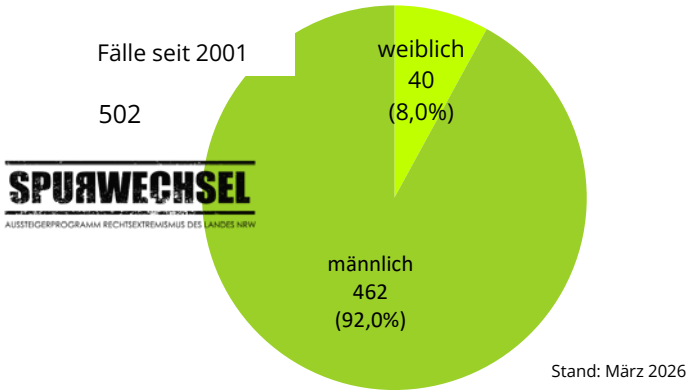


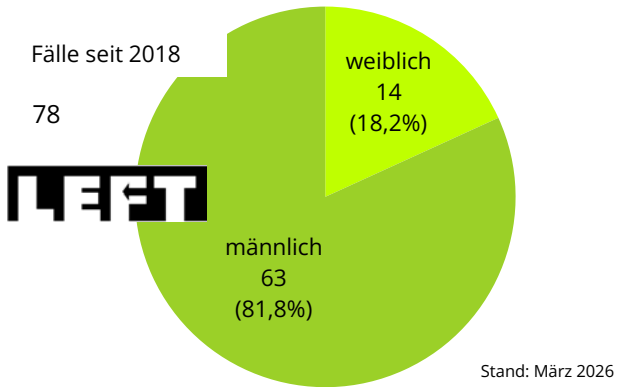
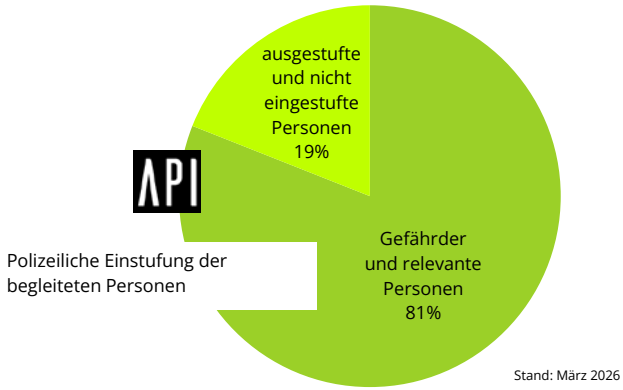
Left hat angesichts der Besonderheiten hinsichtlich der Gewaltlegitimierung und -anwendung im Phänomenbereich des auslandsbezogenen Extremismus (AEX) ein

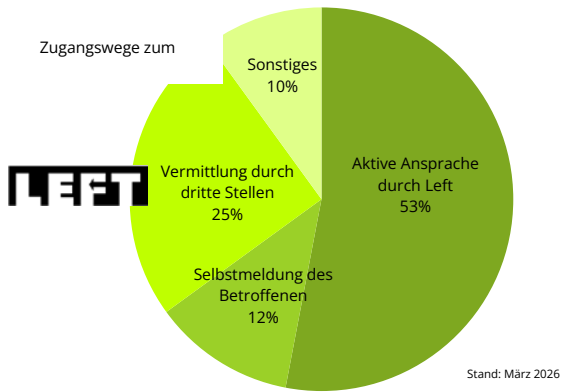
auf die Ausstiegsarbeit in diesem Bereich abgestimmtes Konzept entwickelt. In diesem Konzept werden die Unterschiede zu anderen Phänomenbereichen herausgearbeitet, um den daraus resultierenden Anforderungen sowohl in der Fallakquise als auch in der Deradikalisierungsarbeit in diesem Bereich gerecht werden zu können.



Fallzahlen Präventionsprogramme.







# INDEX

<b>A</b>		<b>ANF</b>	35, 196 ff.
Abdullah Öcalan	197, 206	<i>antifaschistisch, unabhängig,</i>	
<b>AC Ostwestfalen-Lippe</b>	126 f.	<i>fortschrittlich (AUF)</i>	168
Active Clubs	125 ff.	APT	310
<b>Active Club Germania</b>	126	<b>Arbeiterpartei Kurdistan</b>	
<b>Active Club Ostwestfalen</b>	127	<b>(PKK)</b>	190, 305
<b>Active Club Niederrhein</b>	96, 126	<b>Ar-Rahman-Moschee</b>	256
<b>AC Nordrhein</b>	126	<b>ATIB</b>	35, 196 ff.
<b>ADÜTDF</b>	35, 196 ff.	<b>Aufbruch Leverkusen</b>	91
Advanced Persistent Threat	310	<b>Aufbruch Münster</b>	83, 170
<i>Alternative für</i>		<b>Aufgewacht -</b>	
<i>Deutschland (AfD)</i>	108, 152, 178, 186	<b>Die Deutsche Stimme</b>	91, 98
Agententätigkeit zu		<i>AUF Ruhr</i>	168
Sabotagezwecken	276	Aussteigerprogramm	
<b>Akademie für Menschenrechte</b>	146	Islamismus (API)	332, 356, 366 f.
AKP	306	<b>Autonome</b>	27, 34, 176 f.
<b>Alliance Earth IGO</b>			
<b>(Intergovernmental Organisation)</b>	146		
<b>Al Mahdi Kulturverein</b>		<b>B</b>	
<b>Bad Oeynhausen e.V.</b>	246	<b>BDS-Gruppe Bonn</b>	85
Alparslan Kuytul	262, 265	<i>BergAUF</i>	168
Alperen	197	Besê Hozat	206
<b>Al-Qaida</b>	67, 216	<b>Betriebskampf</b>	170
<b>al-Qassam-Brigaden</b>	243	<b>Bismarcks Erben /Ewiger Bund</b>	148
<i>Alternativer Kulturkongress</i>		<b>Blood and Honour-Division</b>	
<i>Deutschland</i>	107, 110	<b>Deutschland</b>	130
<i>alternativ, unabhängig,</i>		<b>Brothers of Honour (BoH)</b>	128 f.
<i>fortschrittlich (AUF)</i>	162		
<b>Amt für Menschenrechte</b>	146	<b>C</b>	
<b>Anarchisten</b>	34	CBRN-Waffen	306
		Cemil Bayik	206

Charming Kitten	322
CoRE NRW	356
Cyberabwehr	313
Cyber-Sabotageangriffe	314

## D

<b>ddbnews</b>	146
<b>ddbradio</b>	146
DDoS-Angriffe	281
DDoSia-Projekt	282
<b>de.indymedia.org</b>	180 ff.
DEM-Partei	197
<b>Der III. Weg</b>	34, 78, 112 ff., 123, 131
<b>Der Störtrupp</b>	91, 95, 102, 124 ff.
<b>Deutsche Jugend voran</b>	90, 95
<b>Deutsche Kommunistische Partei (DKP)</b>	34, 82, 162 ff., 193
<b>Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)</b>	256 f.
<i>Deutsch-libanesisches Kulturaustausch-Zentrum e.V. (Ahl al-Bait-Versammlung)</i>	246
Devlet Bahçeli	197
Devrimci Sol Dev-Sol	202
<b>DHKP-C</b>	35, 190, 191, 202 ff.
<b>Die Barmherzigen Hände e.V.</b>	240 f.
<b>Die Heimat</b>	34, 91, 95, 98 ff., 123, 125, 131, 137, 178 ff.
<b>Die Heimat NRW</b>	102 ff.
<b>Die Rechte</b>	137
Distributed Denial of Service Angriffe	281
Dual-Use	297
Dual-use-Güter	307
Dursun Karatas	202

## E

<b>Einheit Bielefeld</b>	170
Emerging Technologies (EMT)	309
Ethnopluralismus	119
EU-Terrorliste	191, 209
<b>Extremistischer Salafismus</b>	35, 228 ff.

## F

Fachstelle Islamismus-prävention (FSI)	354
<b>Fatime Versammlung e.V.</b>	248
Federalnaja Slushba Besopasnosti	273
Föderation der demokratischen Aleviten e.V. (FEDA)	207
<i>Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW (Federasyona Civaken Azad yen Mezopotamy li NRW – FED-MED e.V.)</i>	206
<b>Föderation der Weltordnung in Europa (Avrupa Nizam-ı Alem Federasyonu – ANF)</b>	196
<b>Föderation klassenkämpferischer Organisationen (FKO)</b>	160, 170, 171, 174
<b>Frauenkollektiv</b>	170
<b>Free Our Sisters</b>	234
<b>Freie Szene der Ülkücü-Bewegung</b>	28, 35, 191, 196, 199 f.
<b>Freischar Westfalen</b>	127
<b>Freundeskreis UN e.V.</b>	135
<b>Front776</b>	113
FSB	272 f., 313
Führer- und Märtyrerverehrung	199

fünf Gifte	299	<b>Hammerskins Deutschland</b>	130
<b>Furkan-Bewegung</b>	35, 80, 262 ff.	Hassan Nasrallah	247, 250
<b>Furkan Kultur- und Bildungszentrum e.V.</b>	262	<b>Heimat Dortmund</b>	102 f., 125, 127
<b>Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan)</b>	262	<b>Heimatjugend</b>	26, 104, 125
<b>Furkan Stiftung für Bildung und Dienst (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfı)</b>	262	<b>Heimatjugend Dortmund</b>	101
<b>FurkanTV</b>	262	<b>Heimatjugend West (HJ West)</b>	91, 101
<b>Furkan Vakfı (Furkan Stiftung)</b>	262	<b>Hizb Allah</b>	35, 242, 246 ff.
		<b>Hizb Allah-Sender al-Manar</b>	246
		<b>Hizb ut-Tahrir (HuT)</b>	35, 80, 195, 217, 252 ff.

## G

Gefängnisinsel Imrali	209	<b>Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD)</b>	96, 118 ff., 127
Geheimdienstliche Agententätigkeit	275	Illegalenprogramm	273
<b>Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)</b>	206	<b>Imam-Mahdi-Zentrum in Münster</b>	248
<b>Gemeinschaft Libanesischer Emigranten e.V. (Imam Rida-Zentrum)</b>	246	Indicators of Compromise	317
<i>Generation Deutschland (GD)</i>	97, 110 f., 106 ff.	Institut européen des sciences humaines (IESH)	259
<b>Generation Islam (GI)</b>	217, 252 ff.	International Department of the Central Committee of the Communist Party of China	297
Gerîla TV	208	<b>Internationale Jugend</b>	170
Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije	273	<b>Internationale Organisation Völkerrecht (IOV)</b>	147
GRU	272 f., 313	<b>Internationales Zentrum für Menschenrechte (IZMR)</b>	146
Grup Yorum	204, 205	International Union of Muslim Scholars (IUMS)	260 f.
Gülen-Bewegung	305	<b>Interventionistische Linke</b>	160

## H

Hacktivismus	281	IoCs	317
Halk Okulu	202	<b>Islamischer Staat (IS)</b>	67, 73, 80, 216, 231 ff.
<b>HAMAS</b>	28, 35, 52, 57, 78 ff., 83, 166, 217, 240 ff., 256 ff., 264, 302, 334, 358		

Islamische Gemeinde		<b>Kommunistischer Aufbau (KA)</b>	170
Kurdistans (CÎK)	207	<b>KONGRA-GEL</b>	35, 208
<b>Islamisches Kulturzentrum</b>		<i>Konfederasyona Cîvakên Kurdistanîyên</i>	
<b>in Münster e.V.</b>	256	<i>li Almanya – KON-MED</i>	206
<b>Islamisches Zentrum in Hamburg</b>	251	<b>Kongress der kurdisch-demo-</b>	
IT-Worker	320	<b>kратischen Gesellschaft Kurdistan</b>	
<b>Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden</b>	241 f.	<b>in Europa (KCDK-E)</b>	206
		<b>Königreich Deutschland (KRD)</b>	147
		KPCh	297
		Kurdische Frauenbewegung	
		in Europa (AKKH/TJKE)	207
		Kurdistan-Report	207
<b>J</b>		<b>L</b>	
<i>Junge Alternative (JA)</i>	34, 106 f.	Left	366, 368
<i>Junge Alternative Landesverband</i>		<b>Letzte Verteidigungswelle</b>	
<i>Nordrhein-Westfalen (JA NRW)</i>	77, 91,	<b>(L.V.W.)</b>	125, 137
96, 107 ff.		<b>linksautonome Szene</b>	176 f.
<b>Junge Nationalisten (JN)</b>	34, 91,	<b>Linksjugend [‘solid]</b>	82 f., 153, 162 ff.
95 ff., 102		<b>Linksjugend [‘solid] NRW</b>	153 f.,
<b>Jung &amp; Stark (JS)</b>	91, 95, 102, 124,	164 ff., 169	
125, 127, 178		Low-Level-Agenten	272
		<i>Lukreta</i>	96, 120, 121
		<b>M</b>	
<b>K</b>		<b>Marxistische Leninistische</b>	
<b>KA/FKO</b>	174 f.	<b>Kommunistische Partei</b>	160
<b>Kampf der Nibelungen</b>	100	<b>Marxistisch-Leninistische Partei</b>	
<b>Kavalier</b>	114, 131	<b>Deutschlands (MLPD)</b>	34, 82, 162
KGB	272	ff., 167, 204	
<b>Klasse gegen Klasse</b>	179	<b>Mean Streets Antifa Dortmund</b>	179
Komitee für Staatssicherheit	272	MHP	197
<b>Kommando Angry Birds</b>	152, 181, 182	Military Intelligence	
<b>Kommunistischer Aufbau</b>	160, 170 ff.	Directorate (MID)	297
<b>Kommunistische Frauen</b>	170	<b>Mindener Jungs</b>	130
<b>Kommunistische Jugend- und</b>			
<b>Kadergruppen (KJKG)</b>	27, 34, 70,		
82, 153, 160, 171 ff.			
Kommunistische Partei Chinas	297		
<b>Kommunistische</b>			
<b>Organisation (KO)</b>	193		
<b>Kommunistische Partei</b>	171		

Ministerium für Industrie und Informationstechnologie (MIIT)	318
Ministerium für Staatssicherheit (MSS)	279, 316
Ministry of Information and Security (MOIS)	301, 304
Ministry of Public Security (MPS)	297
Ministry of State Security	297
<b>Mischszene</b>	34
Muhsin Yazicioğlu	199
<b>Muslimbruderschaft (MB)</b>	35, 240, 242, 253, 256 ff.
<b>Muslim Interaktiv (MI)</b>	217 f., 252 ff.
<b>MuslimStudentsNRW</b>	262, 264

## N

Naim Kassim	250
Nationales Geheimdienstgesetz (NGG)	296
<b>Nationale Jugend Neuwerk</b>	125
<b>Neonazis</b>	98, 122 ff.
<b>Neonazistische Kameradschaften</b>	34
Neue Rechte	96, 97, 107, 119
Newaya Jin	207
NoName057(16)	281, 312
<b>NPD</b>	91, 98
NSDAP	99, 112
<b>N.S. Heute</b>	77, 100, 124, 134, 141
<b>Nur al-Ilm</b>	28, 218, 234 f., 239
<i>NV AUF geht's</i>	168

## O

<b>Offene Antifaschistische Treffen</b>	186
<b>Oidoxie</b>	129 f.

## Organisation Internationales

<b>Völkerrecht</b>	147
--------------------	-----

## P

<b>Palästina Solidarität</b>	
<b>Duisburg (PSDU)</b>	35, 82, 192 f.
<b>Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)</b>	217, 240
Partei der Völker für Gleichheit und Demokratie (Halkların Eşitlik ve Demokrasi Partisi - DEM)	209
<b>Partiya Karkerên Kurdistanê (PKK)</b>	54
PeRiskoP	354
<b>Perspektive Kommunismus (PK)</b>	83
f.,160, 171	

<b>PKK</b>	35, 69, 190 f., 197, 206 ff.
<b>(Post-)Autonome</b>	171
Präventionsprogramm Wegweiser	358
<b>Proto</b>	114, 131

## Q

Quds Force (QF)	302
-----------------	-----

## R

<b>Racial Power Germany (RPG)</b>	125
<b>Realität Islam (RI)</b>	217, 252 ff.
<b>Rebell</b>	162
<b>rechtsextremistische Skinhead-Szene</b>	129
<b>Rechtsextremistische Skinheads</b>	34, 128 f.
Reconnaissance General Bureau (RGB)	319
Referans	197



**V**

<b>Vaterländische Hilfsdienst (VHD)</b>	148
Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)	207
<b>Verband Deutscher Wahlkommissionen (VDWK)</b>	149
<b>Vereinigungen Kampfbund</b>	125
<b>Verfassunggebende Versammlung (VV)</b>	146
VIR-Programm	362
<b>Voice of Anger</b>	130
Voice of Europe	294
<i>Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss in der Alternative für Deutschland, ehemals ‚Flügel‘</i>	92, 106 ff.
Volksbefreiungsarmee (PLA)	316
<b>Volksgemeinschaft Niederrhein (VGN)</b>	124
<b>Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)</b>	206

**W**

<b>Westfalens Erben</b>	120
-------------------------	-----

**Y**

<b>Yaqin - Das Licht der Wahrheit</b>	235
Yeni Özgür Politika	207
<b>Young Struggle</b>	160, 194

**Z**

Zentralverband der Êzidischen Vereine e.V. (NAV-YEK)	207
Zero-Day-Schwachstellen	318
Z-Pentest	285



## IMPRESSUM

### **Herausgeber**

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01

Telefax: 0211/871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw

### **Redaktion**

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821

Telefax: 0211/871-2980

info.verfassungsschutz@im1.nrw.de

www.im.nrw/verfassungsschutz

Stand: April 2026

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Fotos: Bernd Thissen, dpa picture alliance: Rolf Vennenbernd,  
Sebastian Kahnert, Ulrich Baumgarten, Martin Meissner, Mark Baker,  
Revierfoto, Stefan Boness, Ying Tang, Christoph Reichwein, Henning Kaiser

## HINWEIS

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.





Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrichstraße 62 - 80  
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01  
Telefax: 0211/871 - 3355  
[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)